

Lebenswertes Wien

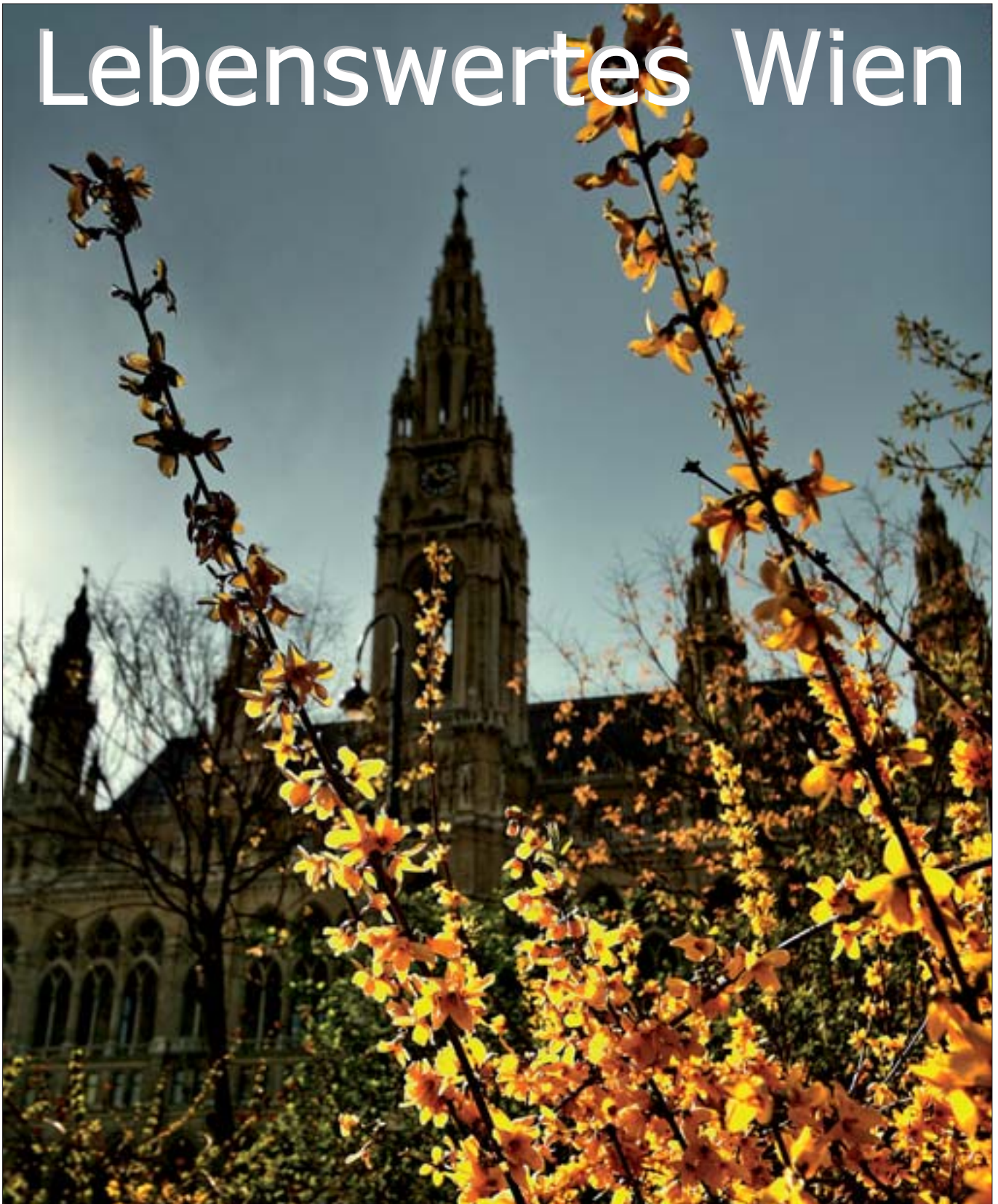


Foto: Michael Mössner / <http://www.oesterreichfotos.at>

Zahlreiche Studien und Rankings attestieren Wien eine ausgezeichnete Positionierung im globalen Wettbewerb und beste

Voraussetzungen für eine dynamische weitere Entwicklung. Lesen Sie darüber, was Wien für seine WienerInnen tut – und was

die Welt dazu sagt, im ersten Teil unseres Wien-Schwerpunkts „Lebenswertes Wien“ ab der Seite 89 ➤

Die Seite 2

Liebe Leserinnen und Leser,
in der vorliegenden Ausgabe unseres »Österreich Journals« endet die Serie über die Aufgaben des Europäischen Parlaments. Sie wird in der Ausgabe 130 von einer Übersicht abgelöst, in denen jene Parteien, die sich am 25. Mai der EU-Wahl stellen, ihre Wahlziele formulieren können. Dies soll Ihnen, drei Wochen vor dem Wahltermin, ein wenig bei Ihrer Entscheidung helfen – wie wir hoffen!

*Liebe Grüße aus Wien
Michael Mössmer*

Der Inhalt der Ausgabe 129

Europawahl 2014: Diesmal geht's um mehr! Letzter Teil	3	Grenzüberschreitende Partnerschaft	78
Wahl-Informationen für AuslandsösterreicherInnen (Europa)Wählerevidenz	10	Burgenländische Landesverfassung auf Reformkurs	79
Handy-Signatur für AuslandsösterreicherInnen	11	Nestroy auf Schloß Kobersdorf	80
Grußworte von Außenminister Sebastian Kurz	12	The Burgenländer Emigration to America	81
52 Prozent wollen derzeit bei EU-Wahl »sicher« wählen gehen	13	-----	
Shimon Peres in Wien	16	LH Kompatscher in Rom	82
Außenminister Kurz präsentierte Studie über Österreich als Amtssitz	21	Flexiblere Visavorschriften für mehr Wachstum und Arbeitsplätze	83
Österreich unterstützt Serbiens Weg in die Europäische Union	23	WIFO-Prognose für 2014/2015	85
Biennale di Venezia 2014	24	Kreditzinsen auf Tiefstständen	87
Wien: Internationale Unternehmen sorgen für Ansiedlungsrekord	26	Schwerpunkt »Lebenswertes Wien«	
10 Jahre Wirtschaftspartnerschaften	28	Wien im internationalen Wettbewerb	89
WirtschaftsOskar 2014	30	Wiener Wohnen - Willkommensservice	91
Nachhaltigkeit im Donauraum	31	GB* - Grünraum	94
Vorsitz der ARGE Donauländer an Baden-Württemberg	32	20.000 neue Wohnungen für Wien	95
Botschafter aus aller Welt im ehemaligen KZ Mauthausen	33	Neue Webcams zeigen aktuelle Verkehrslage	97
Joanneum in Aserbaidshan	33	Ferienzeit ist Downloadzeit	99
Europameister Weinbauschule Krems	34	WIG 64 - Grüne Nachkriegsmoderne	101
Gedenken an den Ersten Weltkrieg	35	Neun von zehn leben gerne in Graz	104
Teil 3 der Serie von Anton Pelinka	37	OÖ: Goldenes Ehrenzeichen an NR-Präsidentin Prammer	105
Eine Katastrophe und ihre Folgen	44	Großes Goldenes Ehrenzeichen an LH-Stv. a.D. Josef Ackerl	106
Jüdisches Leben und Sterben im Ersten Weltkrieg	46	Großes Goldenes Ehrenzeichen des Landes NÖ für Hilde Sochor	107
Egger-Lienz und der Krieg	49	Goldene Wiener Auszeichnung für »Tolle Dolly« Schmidinger	109
Franz Ferdinand Erzherzog von Österreich-Este / Schloß Artstetten	53	Quantenchaos in ultrakalten Gasen entdeckt	110
1914 Tirol vom Frieden in den Krieg	63	Sonnensturm: Explosive Kraft	111
Gestellt. Fotografie als Werkzeug	64	Weltweit erster biegbare und transparenter Bildsensor sieht nun auch in die Tiefe	112
402.223 Arbeitslose	65	Seeanemone: halb Tier, halb Pflanze	113
Neuer Chef der LK-Österreich	68	Die Gründung der Albertina	115
-----		Amy Winehouse: Ein Familienporträt	119
»Burgenland Journal«		Hans Hollein zum 80. Geburtstag	120
Güssing: modernste Kaserne Europas	71	Serie "Österreicher in Hollywood" von Rudolf Ulrich. Diesmal: der Kameramann. Regisseur und Produzent Rudolph Maté	125
Grenzüberschreitende Projekte	73	Sport und Wohlfühlen in Wien	
Sicherheitsgipfel tagte Eisenstadt	74	Von Thomas Rottenberg.	128
Trauersitzung für Hans Halbritter	75		
Zug um Zug zu mehr Sicherheit	76		
Tourismus: Konsolidierungskurs	77		



Shimon Peres in Wien S 16



Arstetten: Erzherzog Franz Ferdinand S 53



Wien im internationalen Wettbewerb S 89



Die Gründung der Albertina S 115



Sport und Wohlfühlen in Wien S 128

Impressum: Eigentümer und Verleger: Österreich Journal Verlag; Postadresse: A-1130 Wien, Dr. Schöber-Str. 8/1. Für den Inhalt verantwortlicher Herausgeber und Chefredakteur: Michael Mössmer; Lektorat: Maria Krapfenbauer. jede Art der Veröffentlichung bei Quellenangabe ausdrücklich erlaubt. Fotos Seite 1: Michael Mössmer / oesterreichfotos.at Seite 2: Peter Lechner/HBF; Michael Mössmer / oesterreichfotos.at; Albertina, Wien; WienTourismus / Claudio Alessandri

Europawahl 2014: Diesmal geht's um mehr!

Die europäischen BürgerInnen wählen im Mai 2014 ihr Europäisches Parlament und haben damit die Möglichkeit, den Kurs der Europäischen Union für die kommenden fünf Jahre mitzubestimmen. Letzter Teil: »Umwelt- und Klimaschutz«, »Demokratische Kontrolle der Außenbeziehungen der EU«, »Vorausschau auf 2014–2019«

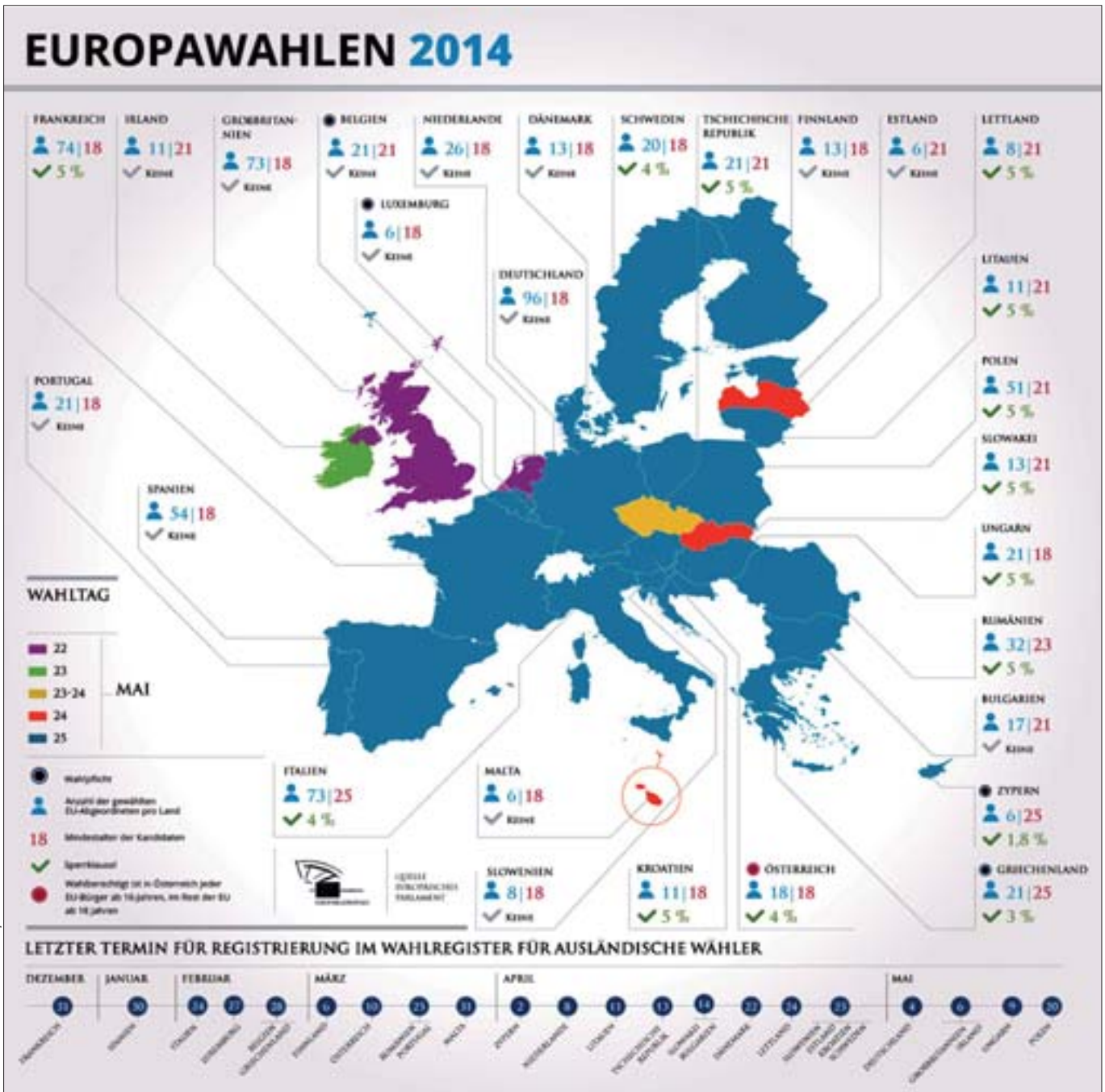


Foto: Europäische Gemeinschaft 2014

Das Europäische Parlament hat sich stets für eine globale Strategie zur Bekämpfung des Klimawandels eingesetzt. Es hat dazu neue Rechtsvorschriften erlassen, um

zur Senkung der Treibhausgasemissionen beizutragen und die Umstellung auf eine kohlenstoffarme Wirtschaft zu fördern. Die Abhängigkeit Europas von kostspieligen

Importen fossiler Brennstoffe soll drastisch sinken.

Die Abgeordneten haben sich intensiv mit der Umgestaltung der Bereiche Verkehr und

Österreich, Europa und die Welt

Energie befaßt, um zu gewährleisten, daß die EU treibstoffeffizientere Personen- und Lastkraftwagen sowie Motorräder herstellt sowie in alternative Kraftstoffe investiert, die keine Umweltschäden hervorrufen.

Unter dem Motto „Sicherheit zuerst“ und „Vorbeugung ist die beste Medizin“ trug das Parlament dazu bei, Umweltgefahren zu begrenzen, und setzte sich mit Erfolg für reine Luft, unbelastete Böden und sauberes Wasser ein.

1. Bekämpfung des Klimawandels und Förderung sauberer Energie

Der Klimawandel ist die größte umweltpolitische Herausforderung unserer Zeit und steht im Zentrum der Bemühungen des Europäischen Parlaments, das auf den bereits bestehenden grundlegenden EU-Gesetzen aufbaut und eine zukunftsgerichtete Klimapolitik auf europäischer und internationaler Ebene fordert. Während ihrer Teilnahme an den Klimagipfeln der Vereinten Nationen forderten die Abgeordneten die EU und ihre internationalen Partner wiederholt auf, bei den weltweiten Bemühungen um das für 2015 erwartete globale und rechtsverbindliche Klimaschutzübereinkommen mehr Ehrgeiz zu zeigen.

Nach den langfristigen Etappenzielen der EU für 2020 – wie die Reduzierung der Treibhausgasemissionen um 20 Prozent und die Gewinnung von 20 Prozent der Energie aus erneuerbaren Energiequellen – konzentrierte sich das Parlament auf weitere wichtige Maßnahmen in diesem Bereich, zum Beispiel die Verschiebung der Versteigerung von Treibhausgasemissionszertifikaten im Emissionshandelssystem (EHS), um Investitionen von Unternehmen in CO₂-arme Technologien zu verstärken. Die Abgeordneten arbeiten auch daran, neue und ehrgeizigere Klimaziele für den Zeitraum 2020 bis 2030 festzulegen.

Saubere und effiziente Energieträger

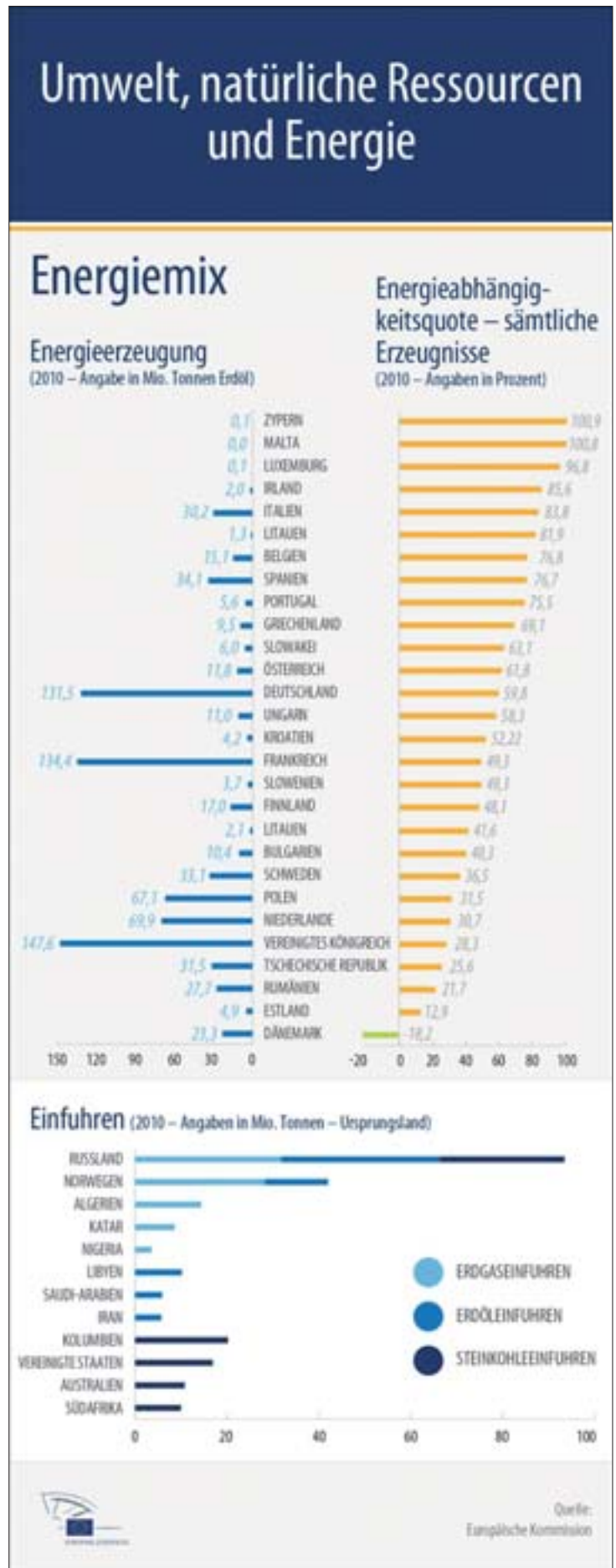
Die neue Gesetzgebung zur Energieeffizienz wird dazu beitragen, daß die Energiekosten für die Verbraucher gesenkt werden und daß die EU als Ganzes ihre klimapolitischen Ziele erreicht und bis zum Jahr 2020 den Energieverbrauch um 20 Prozent senkt. Die verabschiedeten obligatorischen Energiesparmaßnahmen, einschließlich der Renovierung öffentlicher Gebäude, Energiesparpläne für Energieversorger und Energieaudits für alle großen Unternehmen, könnten zur Einsparung von 50 Milliarden Euro im Jahr führen und viele tausend neue „grüne“ Arbeitsplätze schaffen.

Die Bauordnungen der Mitgliedsstaaten werden vorschreiben, daß bei neuen Gebäuden der Energieverbrauch gegen Null geht und daß Heizkessel und Klimaanlage regelmäßig kontrolliert werden.

Die verpflichtende Energieverbrauchsangabe auf Haushaltsgeräten wird den Verbrauchern dabei helfen, die Betriebskosten abzuschätzen. Das Parlament konnte auch strengere Ökodesign-Anforderungen durchsetzen, damit die Verbraucher gut informierte und klimafreundliche Entscheidungen treffen können, sowie verschärfte Normen für fluorierte Gase in Klimaanlage und Kühlschränken.

Bei der laufenden Überarbeitung der Regeln für Biokraftstoffe hat das Parlament die Entwicklung umweltfreundlicherer Biokraftstoffe der zweiten Generation unterstützt, und dabei deren Auswirkungen auf Landnutzungsänderungen berücksichtigt.

Das Parlament befaßte sich intensiv mit Schiefergas, forderte



Österreich, Europa und die Welt

die Mitgliedsstaaten auf, einen stabilen Rechtsrahmen für „Fracking“ einzurichten und drängte auf eine umfassende Überarbeitung der Rechtsvorschriften in den Bereichen Chemikalien und Wasserschutz durch die EU, damit diese die möglichen Konsequenzen der Nutzung dieser neuen Energiequelle berücksichtigen.

Sichere Gasversorgung

Die europäischen Haushalte müssen nicht länger befürchten, daß ihnen in einer zukünftigen Gasversorgungskrise der Gashahn zugedreht wird, da das Parlament Gesetze für EU-weite Koordinierung und Gasverbandspläne genehmigt hat.

Die neuen Regeln sollen die Anfälligkeit für künftige Störungen vermindern und die Entwicklung von Infrastrukturen auf nationaler und EU-Ebene fördern. In erster Linie zielen sie zwar auf Marktmechanismen ab, in einer Versorgungskrise werden jedoch zuerst die Haushalte geschützt.

Verkehr: Neue Regeln für verbesserte Treibstoffeffizienz

Das Europäische Parlament forderte Gesetze, um die Innovation voranzutreiben und die Kohlendioxidemissionen (CO₂) von neuen Personen- und Lastkraftwagen bis 2020 zu reduzieren. So würden die Auswirkungen des Straßenverkehrs auf das Klima in der EU verringert, und die Kraftstoffeffizienz für Autofahrer verbessert. Der Straßenverkehr steht in der EU bei den Treibhausgasemissionen nach der Energieerzeugung an zweiter Stelle. Er trägt mit einem Fünftel zu den gesamten CO₂-Emissionen bei.

Es wurden neue Regelungen eingeführt, um Motorräder umweltfreundlicher und sicherer zu machen. Die Abgeordneten erstellten ein gemeinsames System für die Typengenehmigung für zweirädrige Fahrzeuge mit Antriebssystem, das von Leichtmotorrädern bis hin zu schweren Krafträdern gilt.

Mautgebühren für den Güterverkehr sollten ursprünglich nur Infrastrukturkosten, jetzt aber auch die Kosten der Lärmbelastung und Luftverschmutzung decken. Das Parlament verabschiedete neue Vorschriften, um ein Gleichgewicht zwischen den wirtschaftlichen Interessen der Länder in Randgebieten der EU und den Erfordernissen des Umweltschutzes herzustellen.

Die Abgeordneten setzten sich mit Erfolg für saubereren Schiffsdiesel ein und übten auch Druck aus, damit die Emissionen des Schiffs- und Luftverkehrs durch globale Abkommen reduziert werden.

2. Umweltschutz

Industrielle Verschmutzung

Über 50.000 Industrieanlagen – von Kraftwerken bis hin zu Schweinezuchtanlagen – werden verschärfte Vorschriften zum Schutz vor Luft-, Boden- und Wasserverschmutzung einhalten müssen. Das Gesetz befaßt sich mit Schadstoffen wie Schwefeldioxid und Stickoxiden.

Die Abgeordneten haben ebenfalls Vorschriften angenommen, um das Abwracken alter Schiffe unter EU-Flagge auf Stränden von Drittländern abzuschaffen und zu gewährleisten, daß die Schiffe nur in Einrichtungen, die EU-Vorschriften entsprechen, verschrottet werden.

Das Parlament hat zur Verringerung der Schäden durch illegalen Holzeinschlag beigetragen, indem es die Strafzahlungen für EU-Zulieferer von Holz illegaler Herkunft erhöht hat. Diese Strafen entsprechen nun den wirklichen Kosten für die Umwelt und die Wirtschaft, die der illegale Holzeinschlag verursacht, und gewährleisten an jeder Stufe der Lieferkette die „saubere“ Herkunft von Holz, das in der EU verkauft wird.

Elektroschrott

Das Parlament unterstützte Gesetze zur Bekämpfung der Berge von Elektroschrott, daher müssen die Mitgliedsstaaten der EU in Zukunft mehr kaputte Kühlschränke, Telefone und ähnlichen Schrott einsammeln und wiederverwerten. Dank der Abgeordneten ist es für Verbraucher einfacher geworden, kleine Geräte zurückzugeben, und für skrupellose Unternehmer schwieriger, Elektroschrott illegal aus der EU auszuführen.

Överschmutzung und gefährliche Chemikalien – Verursacher muß zahlen

Das Parlament unterstützte Rechtsvorschriften, nach denen Öl- und Gasgesellschaften für die Kosten sämtlicher möglicher Umweltschäden haftbar gemacht werden und über die dafür notwendigen Zahlungsmittel verfügen müssen, andernfalls erhalten sie keine Bohrlizenz für EU-Gewässer.

Das Parlament verschärfte auch die Bestimmungen für Kontrollen an gefährlichen Chemiestandorten und stellte im Anschluß an die Rotschlamm-Katastrophe in Ungarn das Recht der Öffentlichkeit auf bessere Informationen über Anlagen in ihrer unmittelbaren Umgebung sicher.

Die Abgeordneten haben auch die Vorschriften für die Kontrolle gefährlicher Chemiestandorte verschärft und sichergestellt,

daß die Öffentlichkeit ein Recht auf Information über solche Einrichtungen vor Ort erhält, vor dem Hintergrund der Rotschlammkatastrophe in Ungarn.

Das Parlament hat sich seit 2009 unermüdlich darum bemüht, daß die wichtigsten Werte der EU – Frieden, Demokratie und Menschenrechte – in ihren Außenbeziehungen die tragenden Säulen sind.

Demokratische Kontrolle der Außenbeziehungen

Das Parlament hat erreicht, daß der im Jahr 2011 eingerichtete Europäische Auswärtige Dienst (EAD) einer politischen und haushaltstechnischen Überprüfung durch das Parlament unterliegt, und daß der Hohe Vertreter für Außenpolitik der EU den Abgeordneten gegenüber rechenschaftspflichtig ist.

Es hat in vielen wichtigen Handelsabkommen klare Umwelt-, Sozial- und Menschenrechtsklauseln durchgesetzt und das umstrittene ACTA-Abkommen wegen Bedenken hinsichtlich der Privatsphäre und der Freiheit des Internets abgelehnt. Das EU-Parlament hat auch sichergestellt, daß Bergbauunternehmen in Zukunft sämtliche Zahlungen an die Regierungen von Drittländern offenlegen müssen.

Das Parlament unterstützte EU-Beitrittsverhandlungen mit Ländern wie Serbien und Albanien und förderte gute Verbindungen mit den Nachbarländern der EU im Osten und im Süden.

Die Abgeordneten waren seit 2009 weltweit bei 35 Wahlen als Beobachter anwesend. Jahr für Jahr verleiht das Europäische Parlament den Sacharow-Preis für Menschenrechte. Im Jahr 2013 zeichnete es die pakistanische Aktivistin Malala Yousafzai aus, die für das Recht auf Bildung für Mädchen kämpft.

1. Ausweitung des Einflusses der EU in der Welt

Das Parlament bestand darauf, daß der neue Europäische Auswärtige Dienst (EAD), der im Jahr 2011 im Rahmen des Vertrags von Lissabon eingerichtet wurde, um die Außenbeziehungen der EU zu rationalisieren und zu verbessern, einer umfassenden haushaltstechnischen und politischen Kontrolle durch die Abgeordneten unterzogen werden muß. Seither hat es wiederholt auf die Notwendigkeit eines einfachen, transparenten und effizienten europäischen diplomatischen

Österreich, Europa und die Welt

Dienstes hingewiesen, der gegenüber den europäischen Bürgern rechenschaftspflichtig ist.

Während der Gespräche zur Gestaltung des neuen diplomatischen Dienstes der EU stellten die Abgeordneten sicher, daß der EAD, ein wirklich unabhängiger EU-Dienst wurde, dessen Personal zu 60 Prozent aus den EU-Institutionen stammt. Dank des Europäischen Parlaments muß der EAD bei der Einstellung des Personals auch geografisch ausgewogen vorgehen, damit er nicht übermäßig durch einzelne Mitgliedsstaaten beeinflusst werden kann.

Die Abgeordneten haben ebenfalls darauf bestanden, daß die EU ihre Rolle in der Außenpolitik aktiver wahrnimmt und die EU-Verteidigungspolitik ausbaut.

Sowohl im Plenum als auch in den jeweiligen Ausschüssen erstattet der Hohe Vertreter der Außenpolitik der EU dem Parlament regelmäßig Bericht darüber, wie die Prioritäten der EU die aktuelle und die geplante Ausrichtung der außenpolitischen Maßnahmen der EU beeinflussen. Die Ansichten der Abgeordneten werden auch von den neuen Leitern der EU-Delegationen in der Welt berücksichtigt, die an Anhörungen im Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten teilnehmen müssen, bevor sie ihr Amt antreten. Dadurch können direkte Beziehungen zwischen dem Parlament und denen, die die Außenpolitik vor Ort ausführen, aufgebaut werden.

2. Förderung von Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit

Der jährliche Sacharow-Preis für geistige Freiheit ist zum deutlichsten Symbol des Europäischen Parlaments für seine Leidenschaft für den Schutz der Menschenrechte und der Demokratie geworden. Im Jahr 2011 wurde er an fünf Aktivisten des Arabischen Frühlings vergeben, um zu zeigen, wie wichtig der historische Aufstand in den südlichen Mittelmeerländern seit seinem Beginn nach Ansicht des Parlaments war. 2012 wurde er an zwei iranische Aktivisten verliehen und Im Jahr 2013 an die Pakistanerin Malala Yousafzai, die für das Recht auf Bildung für Mädchen kämpft.

Durch seine klaren und zielgerichteten Maßnahmen im Bereich der Menschenrechte hat das Parlament weltweit Sichtbarkeit erreicht. Dadurch konnten offenkundige Menschenrechtsverstöße gegenüber Einzelpersonen und Gruppen aufgezeigt und gestoppt werden.

Während seiner gesamten Legislaturperiode hat sich das Parlament dafür eingesetzt, die wichtigsten Werte der EU über seine 41 Delegationen den Parlamenten in Drittländern und multilateralen parlamentarischen Versammlungen zu vermitteln. Die Abgeordneten haben sich seit 2009 weltweit an über 30 Wahlbeobachtungsmissionen beteiligt, etwa an den Parlamentswahlen im Sudan 2010, an der Wahl zur verfassungsgebenden Versammlung in Tunesien 2011 und an den Parlamentswahlen in Georgien 2012, um dazu beizutragen, daß die demokratischen politischen Prozesse frei, fair und transparent ablaufen.

Bei den Verhandlungen mit den Mitgliedsstaaten über den EU-Haushaltsposten für den Bereich der Außenbeziehungen von 2014 bis 2020 konnte das Parlament eine effizientere und effektivere Verwendung der vorgesehenen Finanzmittel in Höhe von 51 Milliarden Euro sicherstellen, d.h. eine stärkere demokratische Kontrolle der Projekte und Programme bei der Heranführungshilfe, bei den Ausgaben für Nachbar- und Partnerländer,

Die EU als weltpolitischer Akteur

Der Sacharow-Preis

Preisträger der vergangenen Jahre

2013 | Malala Yousafzai
pakistanische Aktivistin für das Recht von Mädchen auf Schulbildung

2012 | Nasrin Sotoudeh und Jafar Panahi
eine Anwältin und ein Regisseur aus dem Iran, die sich für geistige Freiheit in ihrem Land einsetzen

2011 | Aktivisten des Arabischen Frühlings
streitvertretend für all jene, die in der arabischen Welt für Würde, Demokratie und Grundrechte eintreten

2010 | Guillermo Farías
kubanischer unabhängiger Journalist und Dissident

2009 | Memorial
russische Bürgerrechtsorganisation

Für Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der Welt

40 Delegationen

für die Beziehungen zu Parlamenten in Drittstaaten

36 Wahlbeobachtungsmissionen

seit 2009

Mali – 07/2013	Senegal – 02. und 03/2012	Moldau – 11/2010
Pakistan – 05/2013	Republik Kongo – 11/2011	Aserbaidschan – 11/2010
Paraguay – 04/2013	Nicaragua – 11/2011	Tansania – 10/2010
Kenia – 01/2012	Kirgisistan – 10/2011	Kirgisistan – 10/2010
Armenien – 02/2013	Tunesien – 10/2011	Sudan – 04/2010
Jordanien – 01/2013	Sambia – 08/2011	Togo – 01/2010
Sierra Leone – 11/2012	Peru – 06/2011	Tadschikistan – 02/2010
Ukraine – 10/2012	Nigeria – 04/2011	Ukraine – 01. und 02/2010
Georgien – 10/2012	Uganda – 02/2011	Bolivien – 12/2009
Osttimor – 07/2012	Tschad – 02/2011	Mosambik – 10/2009
Algerien – 05/2012	Sudan – 01/2011	Moldau – 07/2009
Armenien – 05/2012	Kosovo – 12/2010 und 05/2011	

Quelle:
Europäisches Parlament

Österreich, Europa und die Welt

der Friedenssicherung, und bei den Maßnahmen für Demokratie und Menschenrechte gewährleisten.

3. Verbreitung der Werte der EU durch freie und faire Handelsabkommen

Nach dem Vertrag von Lissabon muß das Parlament jetzt grünes Licht geben, bevor Handelsabkommen und Assoziierungsabkommen der EU mit Drittländern oder nicht zur EU gehörenden Regionen in Kraft treten können.

Die Abgeordneten haben diese neuen Befugnisse auf zwei verschiedene Arten genutzt:

- Erstens, um Wachstum und Beschäftigung in der EU zu fördern, indem sie eine verstärkte Nachfrage für die Waren und Dienstleistungen aus der EU in Drittländern veranlaßt haben, zum Beispiel durch freien Handel mit den wichtigsten Akteuren auf dem Weltmarkt.

Die Abgeordneten haben der Eröffnung von Verhandlungen über ein umfassendes Handels- und Investitionsabkommen mit den Vereinigten Staaten zugestimmt (Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft – TTIP), sowie Gesprächen über ein Freihandelsabkommen mit Japan und Investitionsverhandlungen mit China. In jedem einzelnen dieser Fälle haben sie sich dafür eingesetzt, die Vorschriften für EU-Unternehmen in strategisch wichtigen Bereichen, in denen die EU weltweit führend ist, wie zum Beispiel Finanzdienstleistungen, Automobile, Technologie sowie innovative und wissensbasierte Waren und Dienstleistungen, zu lockern.

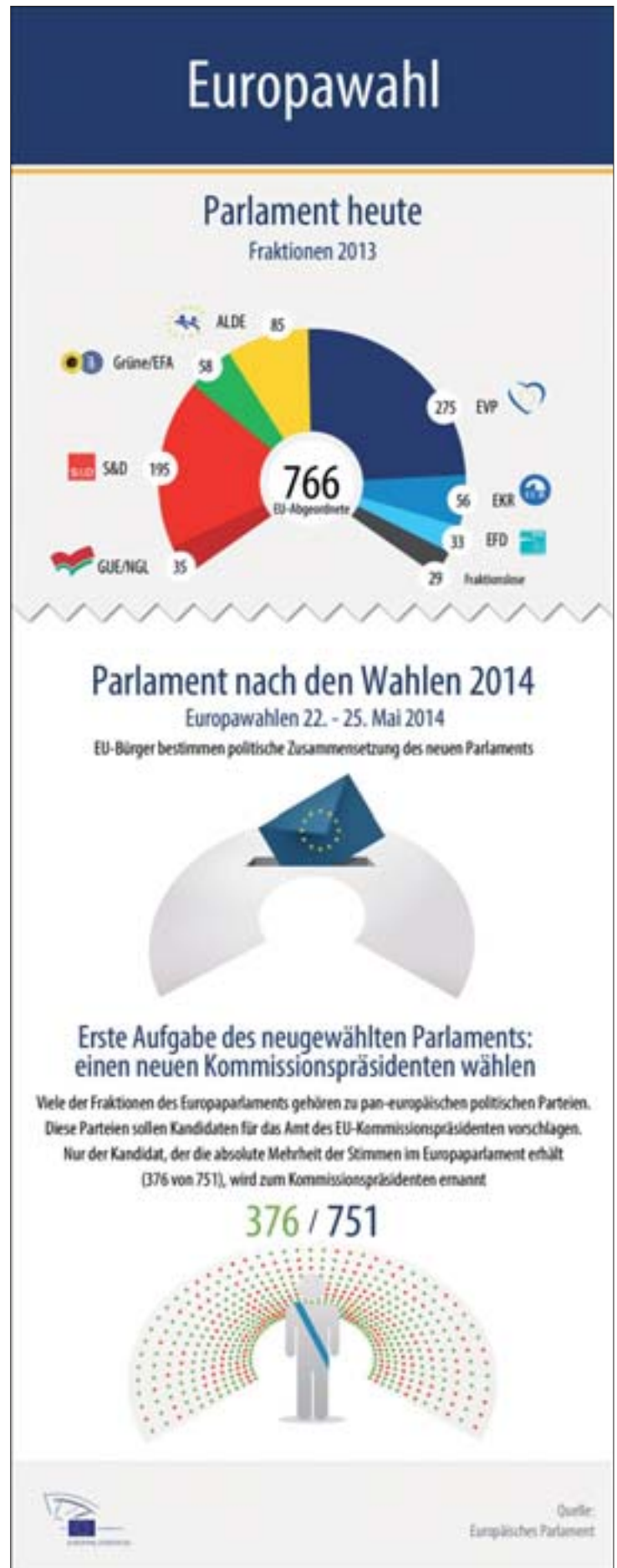
- Zweitens hat das Europäische Parlament seine Befugnisse genutzt, um in den Verhandlungen bestimmte Bedingungen durchzusetzen, um die Werte der EU zu achten und zu verbreiten. Während der Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten und China zum Beispiel haben die Abgeordneten darauf bestanden, audiovisuelle Dienste von den geplanten Abkommen auszuschließen, um die kulturelle und sprachliche Vielfalt der EU-Länder zu schützen. In den Verhandlungen mit China haben sie gefordert, daß das geplante Abkommen mit der EU in keiner Weise zur Nutzung von Zwangsarbeit in der chinesischen Industrie führen darf.

Im Jahr 2012 nutzte das Parlament seine Befugnisse gemäß dem Vertrag von Lissabon, um erstmals Handelsabkommen abzulehnen, indem es gegen das umstrittene Abkommen zur Bekämpfung von Produkt- und Markenpiraterie (ACTA) stimmte, da es befürchtete, es könnte die Privatsphäre verletzen und die Freiheit der Internetnutzer einschränken.

Das Parlament setzte auch die Neuverhandlung von Abkommen mit den USA über den Zugriff auf Bankdaten (letztendlich im Juli 2010 angenommen) und über Fluggastdaten (2012 angenommen) durch, die beide zum Aufspüren der Finanzierung von Terrorismus dienen und einen angemessenen Schutz der Privatsphäre und der Bürgerrechte sicherstellen sollen.

Das Parlament setzte handelspolitische Schutzklauseln durch, um eine faire Behandlung der europäischen Industrie in einigen Freihandelsabkommen sicherzustellen, wie etwa im Freihandelsabkommen mit Südkorea, das im Jahr 2011 mit einer Klausel zum Schutz der Interessen der europäischen Autoindustrie verabschiedet wurde.

Als Mitgesetzgeber hat sich das Parlament seit 2009 dafür eingesetzt, daß EU-Handelsabkommen mehr Schutz für die Um-



Derzeit im EU-Parlament vertretene Fraktionen



Europäische Volkspartei

<http://www.epp.eu>



Party of European Socialists

<http://pes.eu>



Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa

<http://aldeparty.eu>



Die Grünen

<http://europeangreens.eu>



Alliance of European Conservatives and Reformists

<http://aecr.eu>



Europäische Linke

<http://european-left.org>



Bewegung für ein Europa der Freiheit und der Demokratie

<http://meldeuropa.com>



Europäische Demokratische Partei

<http://pde-edp.eu>



Freie Europäische Allianz

<http://e-f-a.org>



Europäische Allianz für Freiheit

<http://eurallfree.org>



Allianz der Europäischen Nationalen Bewegungen

<http://aemn.eu>



Europäische Christliche Politische Bewegung

<http://ecpm.info>



EUDemokraten

<http://eudemocrats.org/>

gen an Regierungen von Nationalstaaten über jedes ihrer Projekte ab 2015 offenlegen müssen. Die Abgeordneten haben ebenfalls die Abschaffung einer Klausel durchgesetzt, die Unternehmen von der Transparenzpflicht befreit hätte, falls ein Staat die Offenlegung von Zahlungsinformationen verbietet.

Das Parlament hat ebenfalls die weltweite demokratische Kontrolle von Handelsabkommen zwischen Staaten gefördert, indem es das parlamentarische Forum der Welthandelsorganisation gegründet hat, und es auch mitorganisiert.

4. Für eine Erweiterung der EU und eine von Stabilität und Wohlstand geprägte Nachbarschaft

Das Parlament war im Anschluß an die Aufstände des Arabischen Frühlings eine treibende Kraft bei der radikalen Reform der Nachbarschaftspolitik der EU. Es bestand auf einer verstärkten politischen und finanziellen Unterstützung als Gegenleistung für innere Reformen und Veränderungen hin zu einer Demokratie und forderte die Aussetzung von Abkommen im Falle von Verstößen gegen die Menschenrechte.

Es setzte sich auch für die Verbesserung der Standards und Werte der EU in der östlichen Nachbarschaft der Union ein. Weiterhin hat das Parlament den Druck verurteilt, den Rußland auf jene Länder in der Region ausübt, die sich für eine Annäherung an die EU einsetzen, und mehr EU-Unterstützung für diese Länder gefordert. Auf Initiative des EP wurde im Mai 2011 mit Euronest eine neue parlamentarische Versammlung geschaffen, die Abgeordneten und Mitglieder der nationalen Parlamente der Länder der Östlichen Partnerschaft zusammenführt.

Das Parlament stellte die Rechtsstaatlichkeit, die Unabhängigkeit und die Rechenschaftspflicht der russischen Justiz auf den Prüfstand, als es EU-Sanktionen gegen russische Amtsträger forderte, die im Zusammenhang mit dem Fall Sergei Magnitski stehen. Es forderte auch ein Ende der „selektiven Justiz“ in der Ukraine, wie etwa die Verurteilung der früheren Premierministerin Julia Timoschenko und anderer Politiker, und ein Ende der Gewaltanwendung gegen pro-europäische Demonstranten, die gegen die Entscheidung der Regierung protestierten, das Assoziierungsabkommen mit der EU beim Gipfel in Vilnius im November 2013 nicht zu unterzeichnen.

Jeder neue EU-Beitritt muß vom Parlament grünes Licht erhalten, das sich immer wieder für eine zunehmende Erweiterung

welt und die Menschen- und Sozialrechte bieten als bisher. Auf Druck des Parlaments verpflichteten sich Kolumbien, Peru und Länder in Zentralamerika zu verbindlichen Fahrplänen zur Einführung von Mindestnormen in den Bereichen Umweltschutz, Arbeitsrecht und Menschenrechte, bevor das Parlament sein Einverständnis für die Abkommen gab, damit sie im vollen Einklang

mit den Werten und dem Rechtsbestand der EU stehen.

Ein bedeutsamer Erfolg des Parlaments war, in schwierigen Verhandlungen mit den Mitgliedsstaaten EU-weite Transparenzregeln durchzusetzen, so daß die großen Unternehmen in den Öl-, Gas-, Bergbau- oder Holzgewinnungssektoren umfassende und detaillierte Informationen über ihre Zahlun-

Grafik: Europäisches Parlament 2014 / Quellen: Europäisches Parlament; Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Europäische Union, Art. 17.7; Erklärung 11 im Vertrag von Lissabon

Der Weg zur neuen EU-Kommission

 <p>#1 Die europäischen Parteien wählen ihre Kandidaten für den Vorsitz der EU-Kommission Wahlkampf</p>	 <p>#2 EU-Bürger wählen das neue Parlament</p>	 <p>#3 Der Präsident des Europäischen Rates berät sich mit dem Europaparlament über einen möglichen Kandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten unter Berücksichtigung der Europawahlresultate Nach den Beratungen schlägt der Präsident des Europäischen Rates den Staats- und Regierungschefs der EU einen Kandidaten vor Der Europäische Rat entscheidet, welcher Kandidat vorgeschlagen werden soll (mit qualifizierter Mehrheit)</p>	 <p>#4 Wählt des Kommissionspräsidenten durch das Europäische Parlament mit einfacher Mehrheit (376 Stimmen)</p>	 <p>#5 Die Mitgliedsstaaten schlagen die designierten Kommissare in enger Kooperation mit dem neuen Kommissionspräsidenten vor Anhörung der designierten Kommissare vor den Ausschüssen des Europaparlaments</p>	 <p>#6 Abstimmung des Europaparlaments über die neue EU-Kommission (Mit einfacher Mehrheit)</p>	 <p>#7 Amtseinführung der neuen EU-Kommission vor dem Europaparlament</p>	<p>Februar / März</p> <p>23.-25. Mai 2014</p> <p>Juni</p> <p>Juli</p> <p>August / September</p> <p>Oktober / November</p>
--	---	--	--	---	--	--	---

auspricht. Es hat aktiv die Beitrittsgespräche mit Serbien und den Status eines EU-Beitrittskandidaten für Albanien unterstützt und auf eine Beschleunigung der Verhandlungen mit der Türkei und mit der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien gedrängt. Gleichzeitig hat es immer wieder gefordert, daß die Menschenrechte und die Grundfreiheiten, die Rechtsstaatlichkeit, die gutnachbarlichen Beziehungen und der Kampf gegen Bestechung in allen Kandidatenländern zur Priorität gemacht werden.

Vorausschau auf 2014 bis 2019

Welche Aufgaben warten auf die neuen Abgeordneten nach der Europawahl?

Für welche Politik wird die EU in den nächsten fünf Jahren stehen? Wie wird sie die zur Verfügung stehen Finanzmittel verwenden? Das alles hängt ab vom politischen Kräfteverhältnis im Europäischen Parlament und von der Person, die die Führung der Europäischen Kommission übernehmen wird. Über beides wird der Wähler bei der Europawahl im Mai 2014 entscheiden.

Die europäischen politischen Parteien werden ihre Wahlprogramme im Frühjahr 2014 fertig stellen. Doch schon jetzt ist klar, daß die weitere Stabilisierung der Finanzsysteme, insbesondere im Euro-Währungsgebiet, die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der EU in der Weltwirtschaft und die Schaffung von Arbeitsplätzen in den nächsten Jahren weiterhin hoch auf der Tagesordnung stehen.

Auch Verbraucherschutz und Umweltschutz werden die Abgeordneten nach wie vor stark beschäftigen. Das künftige Parlament wird das geplante Handels- und Investitionsabkommen mit den USA entweder annehmen oder ablehnen müssen. Die EU-Finzen werden ebenfalls ein wichtiges Thema bleiben, weil die neu- oder wiedergewählten Abgeordneten den Umfang und die Verwendung der Mittel im langfristigen EU-Haushalt 2014-2020 überprüfen müssen. ■

<http://www.europarl.europa.eu/portal/de>

Quelle: Pressedienst des Europäischen Parlaments

Lesen Sie am 30. April in der »Österreich Journal« Ausgabe 130 über Österreichs SpitzenkandidatInnen der wahlwerbenden Parteien und deren Wahlziele.

Wahl-Informationen für AuslandsösterreicherInnen

Ein Antrag auf Eintragung in die Europa-Wahlerevidenz muß bis
10. April 2014 bei der zuständigen Gemeinde eingelangt sein.

Wenn Sie Ihren Hauptwohnsitz nicht in Österreich haben, vor dem 1. Jänner des Jahres der Eintragung das 15. Lebensjahr vollendet haben und sich dennoch an Wahlen, Volksabstimmungen oder Volksbefragungen beteiligen wollen, müssen Sie in die Wahlerevidenz einer österreichischen Gemeinde eingetragen sein. Für die Teilnahme an einer Europawahl ist eine Eintragung in die Europa-Wahlerevidenz erforderlich.

Was haben Sie als AuslandsösterreicherIn zu unternehmen, um in die Wahlerevidenz und/oder die Europa-Wahlerevidenz eingetragen zu werden?

Antrag auf Eintragung in die (Verbleib in der) Wahlerevidenz

Sofern Sie bisher in keiner Gemeinde in die Wahlerevidenz/Europa-Wahlerevidenz eingetragen sind, müssen Sie einen entsprechenden Antrag auf Eintragung in die jeweilige Evidenz stellen. Hierbei können Sie sich eines hierzu aufgelegten Formulars bedienen. Wenn Sie wollen, können Sie mit einem Formular die Eintragung in beide Wahlerevidenzen (Wahlerevidenz und Europa-Wahlerevidenz) oder auch den Verbleib (wiederum in einer Wahlerevidenz oder in beiden) beantragen. Sie müssen hierzu auf dem Formular mit der – langen – Bezeichnung „Antrag auf Eintragung in die (bzw. Verbleib in der) Wahlerevidenz/Europa-Wahlerevidenz für österreichische Staatsbürger(innen), die außerhalb des Bundesgebietes leben“ nur das(die) entsprechende(n) Kästchen ankreuzen.

Das Formular ist bei allen österreichischen Gemeinden vorrätig. Ist es Ihnen nicht möglich, mit einer Gemeinde Kontakt aufzunehmen, so können Sie das Formular als ausfüllbare und speicherbare pdf-Datei (236 kB) herunterladen. Beachten Sie in bitte auch die Ausfüllanleitung (pdf, 57 kB) – den Link finden Sie am Ende dieses Beitrags.

Wohnen Sie in einem Mitgliedsstaat der Europäischen Union, so steht es Ihnen frei, entweder die Mitglieder des Europäischen Parlaments Ihres Wohnsitz-Mitgliedsstaates oder die österreichischen Mitglieder des Europäischen Parlaments zu wählen. Sollten

Quelle: Bundesministerium für Inneres

Sie sich dafür entscheiden, die österreichischen Mitglieder des Europäischen Parlaments zu wählen, so vergessen Sie bitte nicht, dies durch Ankreuzen des entsprechenden Kästchens auf dem Antragsformular förmlich zu erklären.

Den Antrag können Sie per Post, Telefax oder per E-Mail (eingescannt) direkt an die Gemeinde, zu der Ihr Anknüpfungspunkt (Lebensbeziehung, Verbindung) zu Österreich besteht, stellen. Schließen Sie bitte dem Antrag Belege an, die zur Glaubhaftmachung des im Formular angeführten Anknüpfungspunktes geeignet sind.

Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird Sie die Gemeinde für die Dauer von zehn Jahren in ihre Wahlerevidenz und/oder Europa-Wahlerevidenz eintragen. Sollte Ihr Antrag nicht zur Eintragung in die Wahlerevidenz(en) führen, so werden Sie darüber von der Gemeinde schriftlich verständigt.

Sie haben in Hinkunft die Möglichkeit, für die Dauer Ihrer Eintragung in die Wahlerevidenz(en) durch Ankreuzen des entsprechenden Kästchens auf dem Antragsformular eine automatische Zusendung von Wahlkarten zu beantragen. In diesem Fall benötigt die Gemeinde – zwecks Zusendung der Wahlkarten – stets Ihre aktuelle Auslandsan-

schrift. Wenn Sie keine automatische Zusendung der Wahlkarten beantragen, müssen Sie für die Stimmabgabe im Ausland für jede Wahl, Volksabstimmung und Volksbefragung eine Wahlkarte (Stimmkarte) anfordern.

Die Gemeinde, in deren Wahlerevidenz und/oder Europa-Wahlerevidenz Sie eingetragen sind, wird Sie spätestens drei Monate vor einer bevorstehenden Streichung informieren, daß die Zehn-Jahres-Frist abläuft und daß Sie die Möglichkeit haben, einen Verbleib in der Wahlerevidenz und/oder Europa-Wahlerevidenz zu beantragen. Bis zu diesem Zeitpunkt können Sie bei allen bundesweit abzuhaltenden Wahlen, Volksabstimmungen und Volksbefragungen sowie gegebenenfalls bei Europawahlen von Ihrem Wahlrecht (Stimmrecht) Gebrauch machen. Sobald in Österreich eine Wahl, Volksabstimmung oder Volksbefragung ausgeschrieben (angeordnet) wird, werden Sie von der Gemeinde verständigt. Bitte beachten Sie besonders:

- Bei Verlegung des Hauptwohnsitzes ins Ausland reicht eine Abmeldung nach dem Meldegesetz nicht aus, um als AuslandsösterreicherIn in der Wahlerevidenz und/oder Europa-Wahlerevidenz zu verbleiben. Sie haben vielmehr ausdrücklich eine diesbezügliche Erklärung abzugeben.
- Sind Sie bereits in einer der beiden Wahlerevidenzen eingetragen (Wahlerevidenz oder Europa-Wahlerevidenz) und Sie möchten sich in die jeweils andere Evidenz eintragen lassen, ist dies in derselben Gemeinde möglich.
- Auf einen Antrag können Sie beide Wahlerevidenzen ankreuzen, wobei Sie bereits in einer der beiden Wahlerevidenzen geführt werden, beginnt die Zehn-Jahres-Frist hinsichtlich beider Evidenzen neu zu laufen. ■

Weitere Informationen zu Wahlen

http://www.bmi.gv.at/cms/bmi_wahlen

der Link auf das Formular im pdf-Format

https://formulare.afoms.web.com/F3W/Template/BMI/Wahlerevidenz/2010/Antrag_Wahlerevidenz_EU_selbst.pdf

und der Link auf die Ausfüllanleitung

http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/auslandsosterr/files/Ausfuellanleitung.pdf

Quelle: Bundesministerium für Inneres

Wählerevidenz bzw. Europa-Wählerevidenz

AuslandsösterreicherInnen, d.h. österreichische StaatsbürgerInnen mit Hauptwohnsitz im Ausland, die von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen wollen, haben zunächst einen Antrag auf Eintragung in die Wählerevidenz (für Nationalratswahlen, Bundespräsidentenwahlen, Volksabstimmungen, Volksbefragungen gemäß § 2a Abs.6 des Wählerevidenzgesetzes 1973) bzw. die Europa-Wählerevidenz (für Europawahlen gemäß § 4 Abs. 6 des Europa-Wählerevidenzgesetzes) zu stellen. Dies kann frühestens in jenem Kalenderjahr erfolgen, in dem der/die Auslandsösterreicher/in 15 Jahre alt wird.

Der Antrag ist bei der zuständigen Wählerevidenzgemeinde in Österreich mittels des Formulars „Antrag auf Eintragung in die (Verbleib in der) Wählerevidenz und/oder Europa-Wählerevidenz“ zu stellen (klicken Sie bitte auf den Link – auch wenn er nicht lesbar ist):

http://www.bmeia.gv.at/fileadmin/user_upload/bmeia/media/40es/2Themen/Wahlbuero/Antrag_Waehlerevidenz_gelb.pdf

Bitte füllen Sie den Antrag nur aus, wenn Sie derzeit nicht in der Wählerevidenz eingetragen sind. Beachten Sie dabei bitte genau die Ausfüllanleitung:

http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/auslandsoesterr/files/Ausfuellanleitung.pdf

Die zuständige Wählerevidenzgemeinde ist die österreichische Gemeinde Ihres letzten Hauptwohnsitzes in Österreich (s. Punkt 7 des Formulars). Wenn ein solcher nicht vorliegt, dann jene Gemeinde in Österreich, in der zumindest ein Elternteil von Ihnen seinen Hauptwohnsitz hat oder hatte (s. Punkt 8 des Formulars). Sollte auch ein solcher nicht vorliegen, dann richtet sich die zuständige Gemeinde nach anderen glaubhaft zu machenden Lebensbeziehungen zu Österreich, deren Wertigkeit die Reihenfolge in Punkt 9-15 des Formulars bestimmt. Es wäre daher insgesamt nur ein Anknüpfungspunkt anzugeben: derjenige, der von oben gesehen als erster zutrifft.

Sollten Sie von der Möglichkeit Gebrauch machen wollen, die Wahl- bzw. Stimmkarte für maximal 10 Jahre „im Voraus“ an die Ihrer Wählerevidenzgemeinde mitgeteilte Postadresse automatisch zugestellt zu erhalten, können Sie diesen Antrag auf demselben Formular – unter Punkt 18 – stellen (Details dazu finden Sie unter Wahlkarte/Stimmkarte).

Ihr Antrag kann **jederzeit** – d.h. unabhängig von bestimmten Wahlen – direkt an

die zuständige Gemeinde gestellt werden (Adressen siehe unter Kontakte „Österreich“. Wenn Sie dazu Fragen haben, stehen Ihnen die österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland – Botschaften und (General-)Konsulate – gerne zur Verfügung.

Legen Sie bitte dem Antrag zumindest Kopien Ihres österreichischen Reisepasses oder, sofern Sie keinen österreichischen Reisepaß besitzen, eine Kopie Ihres österreichischen Personalausweises oder Staatsbürgerschaftsnachweises bei.

AuslandsösterreicherInnen, die in Wählerevidenzen eingetragen sind, sind verpflichtet, ihrer Wählerevidenzgemeinde jede Adreßänderung im Ausland – samt, wenn zutreffend, auch der E-Mail-Adresse – mitzuteilen.

Die Eintragung ist maximal zehn Jahre gültig. Vor Ablauf der Zehn-Jahres-Frist informiert die jeweils zuständige Gemeinde die Auslandsösterreicher/innen über die bevorstehende Streichung und erinnert an eine Verlängerungsmöglichkeit (für weitere zehn Jahre). Sollten Sie Zweifel an Ihrer Eintragung oder deren Datum haben, ist es zur Sicherheit ratsam, rechtzeitig vor einer kommenden Wahl, Volksabstimmung oder Volksbefragung Kontakt mit Ihrer Wählerevidenzgemeinde aufzunehmen, um den Stand der Eintragung zu klären. Allenfalls wäre ein (neuer) Antrag zu stellen.

Mit diesem Formular kann auch – gleichzeitig oder separat – die Eintragung in die Europa-Wählerevidenz beantragt (bzw. verlängert) werden. Für die Eintragung in die Europa-Wählerevidenz eines anderen EU-Landes – für jene AuslandsösterreicherInnen, die nicht die österreichischen EP-Mitglieder sondern diejenigen ihres Wohnsitzlandes wählen wollen –, bestehen in jedem Land eigene Formulare, die bei der dafür zuständigen lokalen Behörde erhältlich sind.

Österreichische StaatsbürgerInnen, die ihren dauernden Wohnsitz im Ausland haben, sollten sich anlässlich eines Kurzaufenthaltes in Österreich nicht mit Hauptwohnsitz anmelden, **da sie sonst automatisch und ohne gesonderte Verständigung aus der Wählerevidenz gelöscht werden könnten.** ■

Quelle: BMeIA

<http://auslandsoesterreicher.at>

<http://www.bmeia.gv.at>

Handy-Signatur für AuslandsösterreicherInnen

Das Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres hat mit März 2014 an den österreichischen Botschaften in London und Madrid Registrierungsstellen für die Aktivierung der Handy-Signatur als Pilotprojekt errichtet. Damit wird Ihr Mobiltelefon zum virtuellen Ausweis, mit dem Sie sich im Internet eindeutig identifizieren und somit bei diversen E-Services komfortabel anmelden können. Mit der elektronischen Unterschriftsfunktion können Sie Dokumente und Rechnungen jedenfalls EU-weit rechtsgültig elektronisch unterschreiben – und sich zeitintensive Behördengänge ersparen.



Ihre Vorteile im Überblick

- Amtswege und diverse E-Services der Wirtschaft rasch und einfach erledigen;
- Dokumente komfortabel rechtsgültig elektronisch unterschreiben;
- hoher Sicherheitsstandard und kostenfreie Nutzung;
- Zeit- und Ortsunabhängigkeit durch das Internet.

So kommen Sie zu Ihrer Handy-Signatur

Persönlich mit Ihrem Mobiltelefon unter Vorlage Ihres österreichischen Reisepasses oder Personalausweises

- an den Österreichischen Botschaften in London und Madrid oder
- an einer der zahlreichen Registrierungsstellen in Österreich:

<http://www.handy-signatur.at/Registrierungsstellen.aspx>

Antworten auf alle Fragen

Ihre Nutzung der Handy-Signatur ist dem Ministerium dabei Richtschnur, ob Registrierungsstellen bald an allen österreichischen Botschaften und Generalkonsulaten eingerichtet werden sollen. Weitere Informationen finden Sie im Flyer Handy-Signatur für AuslandsösterreicherInnen (*auch wenn der Link nicht lesbar ist, er funktioniert*):

http://www.bmeia.gv.at/fileadmin/user_upload/bmeia/media/40es/1AuslandsösterreicherInnen/Flyer-Handy-Signatur_BMEIA_WEB1.pdf

Digitales Österreich:

<http://www.digitales.oesterreich.gv.at>

Bürgerkarte:

<http://www.buergerkarte.at>

Handy-Signatur (allgemein):

<https://www.handy-signatur.at> ■

Liebe Leserinnen und Leser des Österreich-Journals!

Ich freue mich sehr, dass ich mich als neuer österreichischer Außenminister an Sie, als im Ausland lebende Österreicherinnen und Österreicher wenden darf. Sie sind ein wichtiger Teil der österreichischen Bevölkerung und tragen wesentlich zum positiven Bild Österreichs in der Welt bei.

Gerade deshalb wollen wir das Außenministerium noch stärker als bisher als Service-Einrichtung positionieren - für Unternehmer, Studierende, Urlauber und die 500.000 Auslandsösterreicherinnen und Auslandsösterreicher - für Sie!

Das Ministerium und ich als Außenminister sehen dieses Service als unsere Aufgabe und wollen Sie bestmöglich bei den Herausforderungen im Ausland unterstützen sowie gleichzeitig die Bindung zu Österreich aufrecht erhalten. Dazu stehen Ihnen als direkte Anlaufstellen im Außenministerium die Abteilung für Auslandsösterreicherinnen und Auslandsösterreicher oder in Ihrem Aufenthaltsland die zuständige Österreichische Botschaft bzw. das für Sie zuständige Österreichische Generalkonsulat oder Honorarkonsulat gerne zur Verfügung.

Ich persönlich wünsche Ihnen alles Gute und bedanke mich besonders für die Verbundenheit mit unserer Heimat Österreich!



Sebastian Kurz

Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten

52 Prozent wollen derzeit bei EU-Wahl »sicher« wählen gehen

Zwei Drittel halten das EU-Parlament für wichtig, die EU-Mitgliedschaft Österreichs ist unbestritten, wie eine ÖGfE-Umfrage zeigt.

Paul Schmidt, Leiter der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) appelliert mit Bezug auf eine aktuelle ÖGfE-Umfrage, es sei „höchste Zeit, die Debatte über Europa zu intensivieren und die Positionen der KandidatInnen darzustellen“. Die Voraussetzungen dafür seien gegeben: „Das Europäische Parlament wird grundsätzlich für wichtig gehalten und auch die Wahlbereitschaft ist gestiegen.“

Gaben im April 2013 noch 39 % an, „sicher“ ihre Stimme bei den Wahlen zum EU-Parlament abgeben zu wollen, stieg dieser Wert im November 2013 auf 49 % und liegt aktuell bei 52 % (EU-Wahlbeteiligung 2009: 46 %). Der Anteil jener, die „eher schon“ teilnehmen wollten, sank in diesem Zeitraum von 42 auf 23 %. Konstant erweist sich – mit einem Fünftel – der Anteil der (bereits jetzt) deklarierten Nicht-WählerInnen. Ein Zehntel der Befragten äußerte sich zu dieser Frage nicht.

„Um diese Wahlmotivation auch ins Ziel zu bringen, muß verstärkt über die Bedeutung der EU-Wahl informiert werden. Wichtig ist zu zeigen, daß – selbst bei 380 Millionen Wahlberechtigten europaweit – die eigene Stimme und jene Österreichs sehr wohl zählt.“ Denn als Motive für ihre Nichtteilnahme an den EU-Wahlen nennen rund zwei Drittel mit nur geringen Unterschieden, daß „die eigene Stimme ohnehin nichts ändert“ und daß „Österreich in der EU ohnehin nichts zu sagen hat“. In ähnlich hohem Ausmaß folgen mangelnde Information, grundsätzliche Ablehnung der EU und das Motiv, daß „die Wahl nicht wichtig“ ist. Seltener – von knapp der Hälfte – wird als Motiv der Nichtteilnahme der „Protest gegen die Regierung“ angeführt.

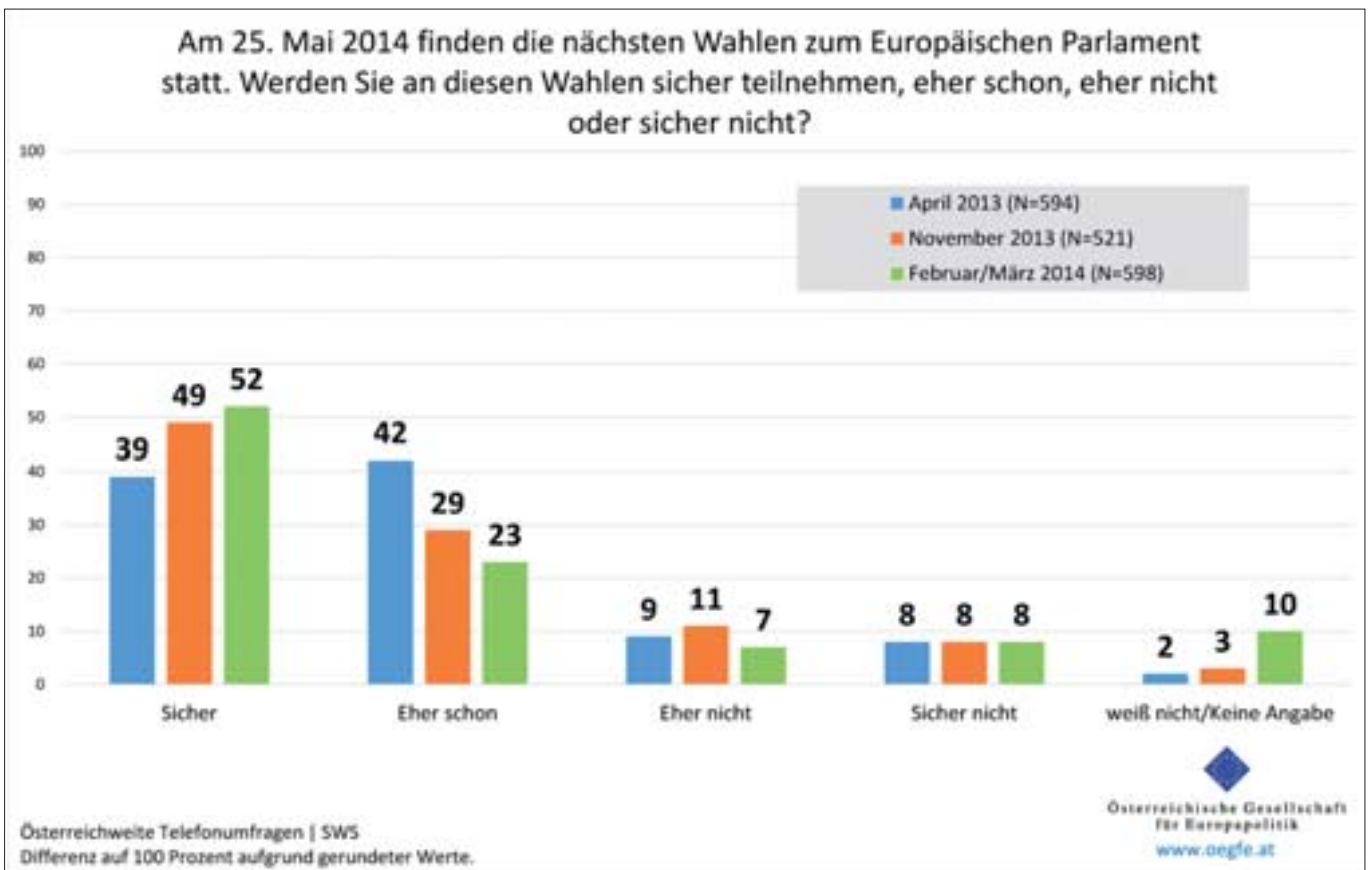
„Fehlende Information und das Gefühl, nichts bewirken zu können, senkt die Wahlbereitschaft. Dabei war die realpolitische Bedeutung des Wahlausgangs durch ein ge-

stärktes EU-Parlament und die indirekte Wahl des EU-Kommissionspräsidenten noch nie so hoch wie heute.“

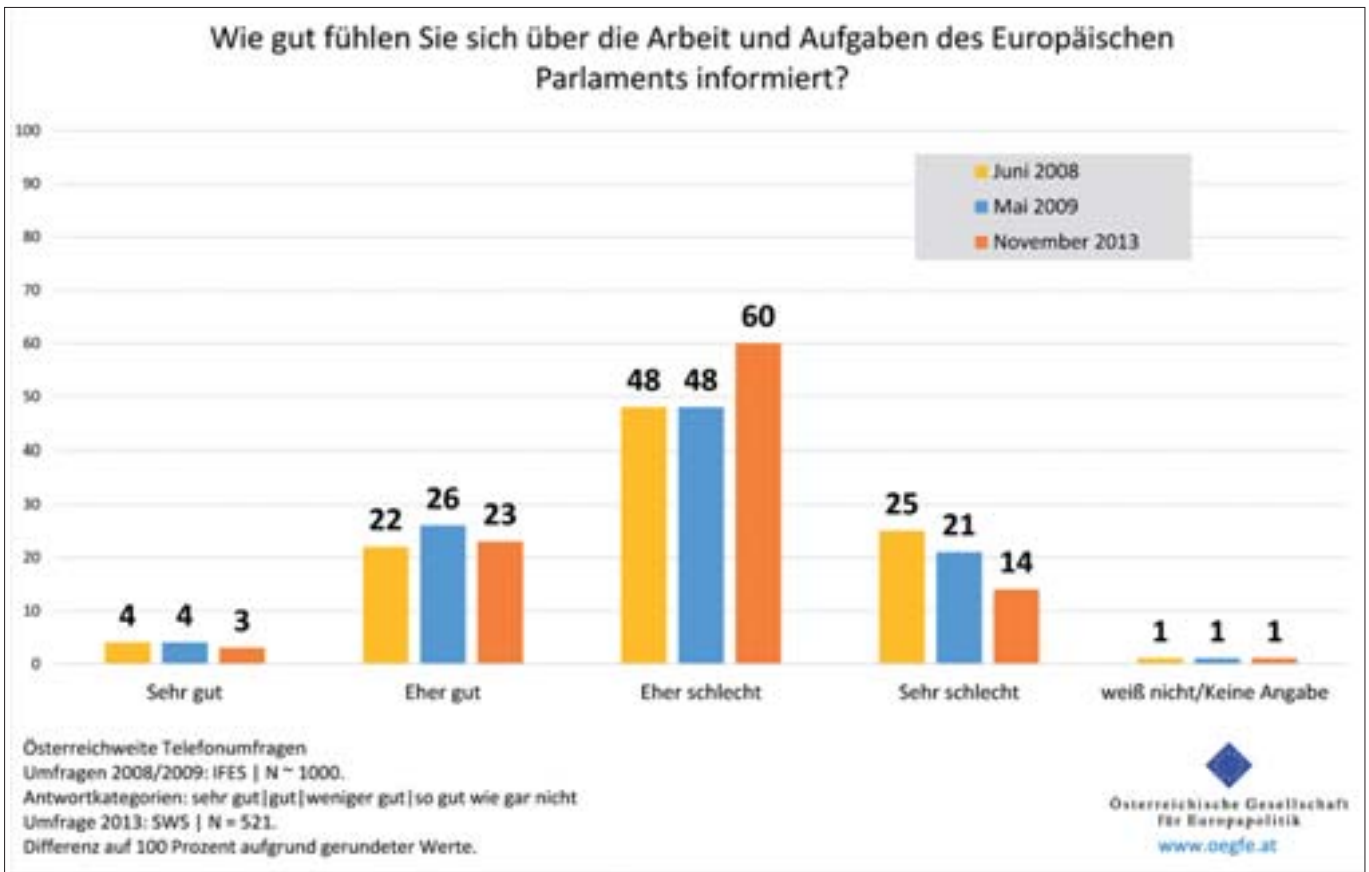
Das Europäische Parlament wird auch medial öfter wahrgenommen als dies noch vor zwei Jahren der Fall war. Gaben im Mai 2012 noch 63 % der Befragten an, sie würden „(sehr) selten“ oder „nie“ Nachrichten oder Informationen über das EU-Parlament registrieren, ist dieser Wert kontinuierlich auf aktuell 46 % gesunken. Dagegen ist die Zahl jener, die „(sehr) oft“ über das Europäische Parlament in den Medien hören, lesen oder sehen von 37 auf 52 % gestiegen.*)

Kaum verändert hat sich in den vergangenen zwei Jahren die Bewertung des Europäischen Parlaments. Im Mai 2012 sagten 71 %, daß sie die Arbeit und Aufgaben des EU-Par-

*) Für alle (und folgenden) Werte gilt: Rest auf 100 %: „weiß nicht/Keine Angabe“. (Vergleichsumfrage vom September 2013, SWS, Tel ASB 66, September 2013, N: 555.)



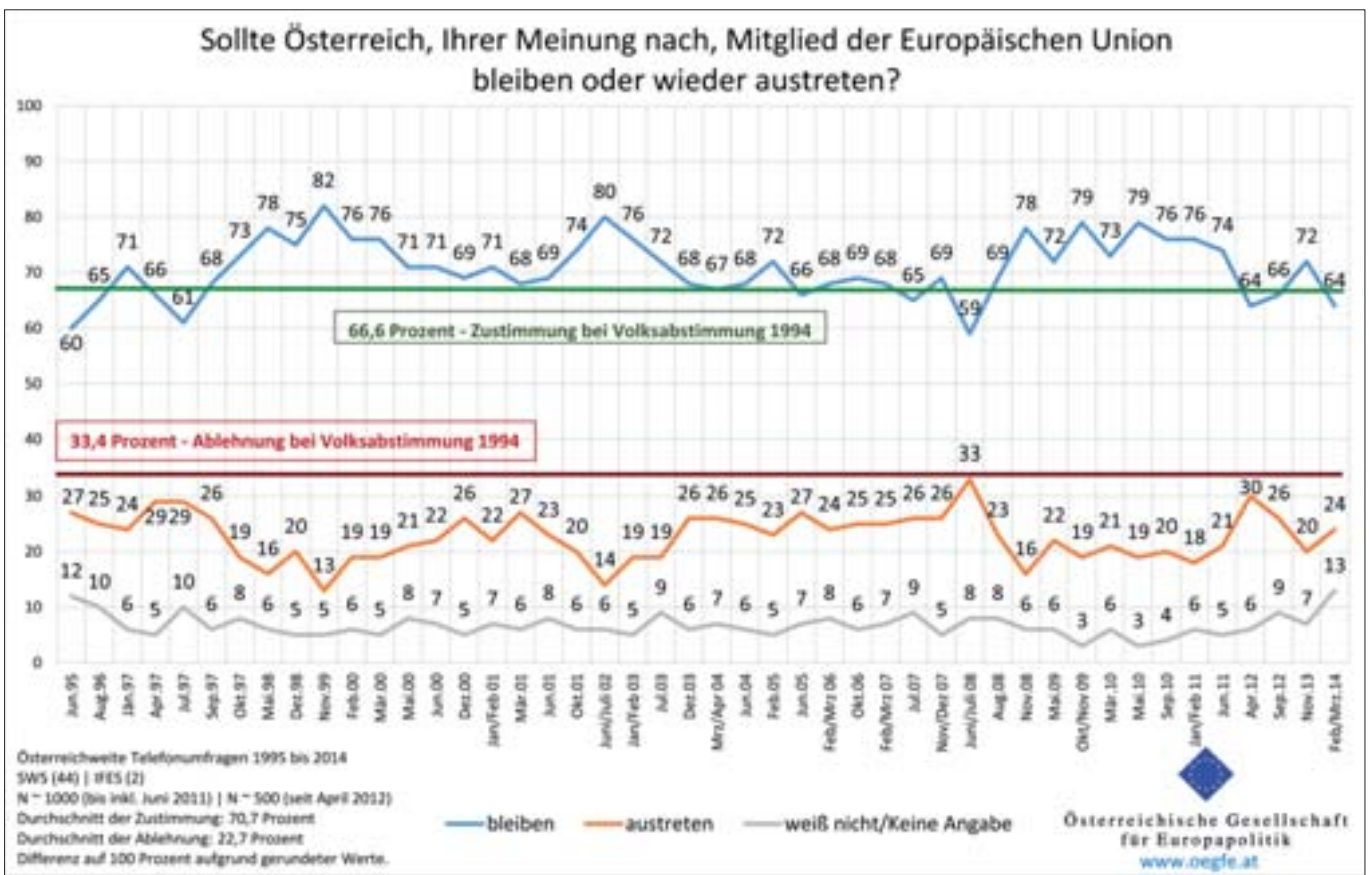
Österreich, Europa und die Welt



laments für „(sehr) wichtig“ halten würden. Aktuell liegt dieser Wert bei 66 %. Die Zahl jener, die das EU-Parlament in dieser Hin-

sicht für „eher nicht“ oder „gar nicht wichtig“ halten, lag vor zwei Jahren bei 26 % und nun bei 27 %.

„Die Mehrheit der ÖsterreicherInnen weiß um die grundsätzliche Bedeutung des EU-Parlaments. Allerdings zeigt eine ÖGfE-Um-



Österreich, Europa und die Welt

frage vom November 2013 auch, daß sich nur ein Viertel über Arbeit und Aufgaben des Europäischen Parlaments informiert fühlt. Grund genug, gerade jetzt gegenzusteuern“, so Schmidt.

Mit intensiverer EU-Debatte zu steigender Wahlbeteiligung am 25. Mai

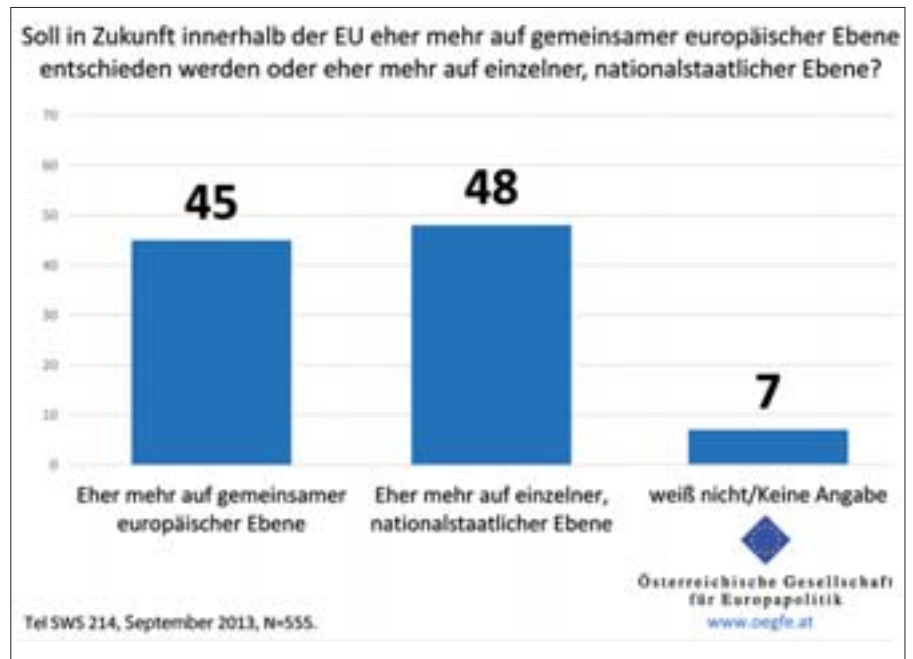
„Am 30. März 1994, also vor 20 Jahren, wurden die Verhandlungen über den Beitritt Österreichs zur EU offiziell abgeschlossen. In Folge stimmten zwei Drittel der ÖsterreicherInnen für die EU-Mitgliedschaft. Zwei Jahrzehnte später hat sich an ihrer pragmatischen Einstellung zur EU nichts geändert. Zu kritisieren haben die ÖsterreicherInnen an der EU allerdings genug“, sagt Schmidt zum Ergebnis einer weiteren aktuellen ÖGfE-Umfrage.

64 % der ÖsterreicherInnen sprechen sich derzeit dafür aus, daß unser Land EU-Mitglied bleibt. 24 % plädieren für einen Austritt. 13 % beziehen keine Stellung. Insgesamt 46 österreichweite Befragungen der ÖGfE seit Juni 1995 zeigen, daß – trotz Schwankungen – das Meinungsbild in dieser Frage konstant geblieben ist. Im Durchschnitt lag die Zahl der Befürworter der Mitgliedschaft bei knapp 71 %, die Zahl der Gegner bei 23 %. Die höchste Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft fand sich im Juni/Juli 2002 (80 %), der stärkste Wunsch nach einem Austritt im Juni/Juli 2008 (33 %).

„Zur EU-Mitgliedschaft gibt es keine Alternative – auch wenn so manche Entwicklungen und Entscheidungen kritisch gesehen werden. Gerade der Umgang mit der Krise, Teuerungen oder die vermeintliche Überbürokratisierung wirken sich negativ auf die Beurteilung der EU aus. Andererseits schätzen die ÖsterreicherInnen wesentliche Meilensteine der Integration – wie etwa den Euro und den Wegfall der Grenzen – hoch ein“, meint Schmidt.

Eine Bilanz über die vergangenen 20 Jahre zeigt: 44 % geben an, daß unser Land „deutlich mehr“ (14 %) bzw. „etwas mehr“ Vorteile (30 %) durch die Mitgliedschaft in der EU hat. Für 35 % überwiegen die Nachteile „etwas mehr“ (20 %) bzw. „deutlich mehr“ (15 %). 16 % sehen diese Frage unentschieden.

Als positive Aspekte der Mitgliedschaft werden „die gemeinsame Währung/der Wegfall des Geldwechsels“ (53 % Spontanantworten) und „der freie Personenverkehr durch offene Grenzen“ (42 %) gewertet. 21 % nennen den Bereich „gemeinsamer Wirtschaftsraum/freier Waren- und Dienstleistungsver-



kehr“, je 13 % „Frieden und Sicherheit“ sowie „Gemeinsamkeit/Zusammenarbeit und Integration“.

Die meisten negativen Assoziationen entfallen auf die Bereiche „Bürokratie/Verordnungen/Geldverschwendung/Bevormundung“ (33 %), praktisch gleichauf „Offene Grenzen/freier Personenverkehr/Kriminalität/Zuwanderung/Lohndumping“ (31 %). 20 % nennen spontan Themen, die sich unter „Krise/Rettungsschirme“ zusammenfassen lassen, 17 % „Teuerungen/Euro“.

„Die Bilanz der ÖsterreicherInnen fällt gespalten aus. Ausmaß, Geschwindigkeit und vage Ziele der europäischen Integration verunsichern. Die Finanzkrise, die beschleunigte Globalisierung und offene Grenzen haben ihr übriges getan. Daher ist es nicht überraschend, daß der Wunsch nach Konsolidierung der EU an erster Stelle steht.“

In einer ÖGfE-Umfrage vom September 2013 gaben insgesamt 86 % der Befragten an, daß sie eine Vertiefung der Zusammenarbeit der EU-Mitgliedsländer für „sehr wichtig“ (48 %) oder „wichtig“ (38 %) halten. 13 % sehen dies als „weniger wichtig“ (10 %) oder „gar nicht wichtig“ (3 %) an.

Dagegen werden künftige Erweiterungen nicht als prioritär erachtet: Nur ein Viertel hält sie für „sehr wichtig“ (8 %) oder „wichtig“ (16 %). Drei Viertel beurteilen sie als „weniger wichtig“ (42 %) bzw. „gar nicht wichtig“ (32 %).

Ungeachtet des Wunsches nach Vertiefung der Zusammenarbeit sind die ÖsterreicherInnen geteilter Meinung, ob Entscheidungen innerhalb der EU mehr auf gemeinsamer, europäischer Ebene getroffen werden

sollten (45 %) oder mehr auf einzelner, nationalstaatlicher Ebene (48 %). „Der Ruf nach einer Verlagerung von Kompetenz zurück auf die nationale Ebene wird – je nach Thema – stärker. Mehr Subsidiarität und eine klarere Kompetenzaufteilung machen Sinn. Allerdings sollte klar gesagt werden, daß ein massiver Rückbau der erreichten Integration eine gemeinsame Problemlösung weiter erschweren würde“, schließt Schmidt.

Befragt wurden österreichweit 598 Personen per Telefon (repräsentativ für die österreichische Bevölkerung ab 16 Jahre/Gewichtung nach Geschlecht, Alter und Bildung). Maximale Schwankungsbreite +/- 4 %. Beide Umfragen wurden von der Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft im Februar/März 2014 im Auftrag der ÖGfE durchgeführt.

Die ÖGfE wurde 1991 als überparteiliche und unabhängige Plattform aufgrund einer Idee des damaligen Europa-Staatssekretärs Peter Jankowitsch gegründet. Sie ist in dieser Form und mit ihren Aufgaben die einzige regierungsunabhängige Einrichtung in Österreich, die auf einer derart breiten Basis steht.

Primäres Ziel der Gesellschaft ist die Beseitigung des Informationsdefizits betreffend die Europäische Union und die Entwicklung des Integrationsprozesses. Um dieses Ziel zu erreichen, versorgt die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik Interessenvertretungen, private Vereine und andere am Integrationsprozeß Beteiligte und Interessierte mit Informationen, um ein koordiniertes Zusammenwirken aller positiven Kräfte zu fördern.

<http://www.oegfe.at>

Shimon Peres in Wien

Die letzte große Auslandsreise führte den israelischen Staatspräsidenten für drei Tage nach Wien.



Foto: Peter Lechner/HBF

Nach der Kranzniederlegung beim Mahnmal für die jüdischen Opfer der Shoa am Wiener Judenplatz: Bundespräsident Heinz Fischer (am Rednerpult); rechts von ihm, sitzend, Staatspräsident Shimon Peres und Wiens Oberrabbiner Chaim Eisenberg

Bei einer Kranzniederlegung am Nachmittag des 30. März am Mahnmal des Judenplatzes in Wien haben Bundespräsident Heinz Fischer und der israelische Präsident Shimon Peres gemeinsam den Opfern des Holocaustes gedacht. „Wir müssen die Shoa als Warnung betrachten und nie wieder Rassismus und Antisemitismus aufkommen lassen“, so Peres. Fischer kritisierte den Umgang Österreichs mit dem Nationalsozialismus.

Lesen Sie hier die Rede des Bundespräsidenten anlässlich der Kranzniederlegung beim Mahnmal für die jüdischen Opfer der Shoah:

Hochgeschätzter Herr Präsident Shimon Peres!

Sehr verehrte Ehrengäste!

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich bin schon oft hier in Wien vor diesem Mahnmal für die jüdischen Opfer der Shoah in Österreich gestanden, habe einen Kranz niedergelegt, habe voll Betroffenheit der Opfer gedacht, und mich für die Täter geschämt.

Aber heute ist ein ganz besonderes Gedenken, weil es in Gegenwart des Präsidenten des Staates Israel erfolgt.

Und so darf ich Präsident Shimon Peres respektvoll willkommen heißen, aber auch

den verehrten Herrn Oberrabbiner, den verehrten Herrn Präsidenten der Israelitischen Kultusgemeinde und alle, die sich zum gemeinsamen Gedenken eingefunden haben, herzlich begrüßen.



Foto: Peter Lechner/HBF

v.l.: Staatspräsident Shimon Peres, Bundespräsident Heinz Fischer und Verteidigungsminister Gerald Klug

Österreich, Europa und die Welt

Der Judenplatz in Wien ist – wie schon der Name sagt – ein besonderer Ort für dieses Gedenken, ist er doch auf vielfache Weise eng mit der jahrhundertalten jüdischen Geschichte in Österreich verbunden.

Er erinnert nicht nur an die lange Tradition einer jüdischen Gemeinde in Wien, sondern auch an die schlimmen Verfolgungen, denen Jüdinnen und Juden im Lauf der Jahrhunderte immer wieder ausgesetzt waren.

Die Verfolgungen des Mittelalters und der nachfolgenden Jahrhunderte sollten aber nicht die letzten bleiben.

Im Gegenteil: Die bei weitem schlimmsten Verbrechen an Jüdinnen und Juden waren dem 20. Jahrhundert vorbehalten.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts lebten in Wien fast 200.000 Jüdinnen und Juden – eine blühende Gemeinde und ein bedeutender Teil der vielfältigen Kultur des alten Wien.

Es war das Wien von Sigmund Freud, von Arthur Schnitzler, von Hans Kelsen, von Theodor Herzl, von Gustav Mahler, von Karl Kraus, von Stefan Zweig, von Bertha von Suttner, von Hugo von Hofmannsthal, von Arnold Schönberg, von Adolf Loos, etc. etc.

Auch diesen und vielen anderen Größen des Geistes- und Kulturlebens hat der verbrecherische Holocaust den Krieg erklärt und wollte sie aus dem Gedächtnis der Menschheit restlos auslöschen.

Nach dem sogenannten Anschluß an das Deutsche Reich im März 1938 wurden rund 100.000 österreichische Jüdinnen und Juden aus ihrer Heimat vertrieben; manche sind schon vor 1938 ausgewandert; etwa 65.000 wurden ermordet. Darunter auch Angehörige der Familie meiner Frau. Nur ganz wenige haben überlebt.

Der Judenplatz spiegelt also einen besonders tragischen Teil der österreichischen Geschichte wider, aber auch den Umgang allzu vieler mit dieser Geschichte – nämlich das jahrelange Verdrängen und Vergessen ebenso wie das späte Erinnern.

Ich freue mich sehr, an dieser Stelle auch einige ehemals vertriebene Österreicherinnen und Österreicher, die sich in diesen Tagen auf Einladung des Jewish Welcome Service in unserem Land aufhalten, begrüßen zu dürfen.

Sehr geehrter Herr Präsident!

Man muß einbekennen, daß der Umgang mit der Zeit des Nationalsozialismus in diesem Land auch nach dem Ende des Krieges über lange Zeit weitgehend von unsicherem



Foto: Peter Lechner/HBF

Die beiden Präsidenten nach der Kranzniederlegung vor am Mahnmal

Schweigen, von schlechtem Gewissen und vom Versuch des Verdrängens geprägt war.

Erst in den letzten 25 Jahren hat Österreich als Resultat eines schwierigen Prozesses der Bewußtmachung endlich eine grundlegende und wichtige Wandlung in seinem historischen Bewußtsein vollzogen:

Vom Vergessen hin zum Erinnern.

Von der Verdrängung hin zum Eingestehen und Annehmen der Mitverantwortung für die Verbrechen des Nationalsozialismus.

Von der Verharmlosung des Antisemitismus zur klaren, eindeutigen und konsequenten Verurteilung jeder Form des Antisemitismus, die ich auch hier und heute mit aller Bestimmtheit bekräftige.

Unerläßliche Schritte in diesem Prozeß waren die Suche nach Wahrheit sowie klare Worte des Bedauerns und der Entschuldigung.

Die Annahme der eigenen Geschichte in all ihren Aspekten hat in den vergangenen Jahren in Österreich auf vielfältige Weise ihren Ausdruck gefunden – nicht nur in der Anerkennung und Unterstützung der Opfer (wie sie beispielsweise durch den Österreichischen Nationalfonds erfolgt), nicht nur durch die Kontaktaufnahme mit möglichst vielen Emigrantinnen und Emigranten, nicht

nur durch intensive historische Forschungsarbeit, sondern auch durch das bewußte Bewahren der Erinnerung an die Fakten der Geschichte und an menschliche Schicksale.

Das „Niemals wieder“ der Opfer des Nationalsozialismus muß hochgehalten und weitergetragen werden.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Am 25. Oktober 2000 wurde hier auf dem Judenplatz dieses Mahnmal von Rachel Whiteread, vor dem wir heute stehen, enthüllt.

Es ist Ausdruck des Gedenkens an die 65.000 österreichischen Opfer der Shoah und Ausdruck unserer Verantwortung für die Taten der Vergangenheit.

Jedes der steinernen Bücher steht symbolisch für ein Opfer des Holocaust und seine Geschichte. Es sind Bücher ohne Namen und tatsächlich sind viele Opfer bis heute namenlos geblieben – und doch war jedes einzelne ausgelöschte Leben einzigartig und unersetzlich.

Wenn wir heute an diesem Mahnmal gemeinsam mit dem Staatspräsidenten von Israel Kränze niederlegen, so tun wir dies im gemeinsamen Gedenken an die im Holocaust ermordeten Menschen und in Verbundenheit mit den Überlebenden dieser Menschheitstragödie.

Österreich, Europa und die Welt

Unser Erinnern enthält das Versprechen, daß wir bereit und entschlossen sind, aus der Geschichte zu lernen.

Das Leiden und Sterben der Opfer, vor denen wir uns gemeinsam verneigen dürfen, wird nicht vergeblich und auch nicht vergessen sein.“

Der israelische Präsident Shimon Peres sprach von einem „schmerzvollen Kapitel in der Geschichte“: „Menschen wurden in Konzentrationslager geschickt und getötet – aus dem einzigen Grund, daß sie Juden waren.“ Für die jüdische Gemeinde bleibe die Hoffnung, daß man derartigen Haß in Zukunft nicht mehr aufflammen lasse. Anstelle dessen müsse man an der Freundschaft und Bruderschaft zwischen den Ländern arbeiten. Am Ende seiner Rede sprach Peres (wie zuvor Oberrabbiner Paul Chaim Eisenberg) das Kaddisch-Gebet, das häufig bei Gedenkfeiern gewählt wird.

Das Mahnmal am Judenplatz wurde von der britischen Künstlerin Rachel Whiteread entworfen und im Oktober 2005 enthüllt. Die Gedenkstätte wurde auf dem ehemaligen Platz der ältesten Synagoge Österreichs („Or-Sarua-Synagoge“), die während eines Pogromes im 14. Jahrhundert zerstört wurde, gebaut. Die steinernen Bücher am Mahnmal sollen die bis heute oftmals namenlos gebliebenen Opfer symbolisieren.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts umfaßte die jüdische Gemeinde in Wien knapp 200.000 Mitglieder, darunter unter anderem Sigmund Freud, Arthur Schnitzler, Theodor Herzl, Gustav Mahler, Stefan Zweig und Bertha von Suttner. Nach dem „Anschluß“ Österreichs im März 1938 wurden rund 100.000 österreichische Juden vertrieben, etwa 65.000 wurden ermordet.

Präsident Peres hat tags darauf (am 31. März) nach einem Gespräch mit Bundespräsident Heinz Fischer in dessen Amtsräumen in der Hofburg davor gewarnt, gegenüber dem Iran zu leichtgläubig und nachgiebig zu sein. „Es hat sich vielleicht der Ton geändert, wir wollen aber Taten sehen.“ Vom Iran gehe nach wie vor die größte Gefahr für Israel aus, sagte Peres. Teheran müsse erst beweisen, daß es keine Nuklearwaffen anstrebe.

Sollten etwa bei den auch in Wien ausgetragenen Atomgesprächen der UN-Vetomächte und Deutschlands (fünf plus eins) mit dem Iran binnen der gesetzten Sechsmonats-Frist definitive Einigungen erzielt werden, könne der Iran ein normales Land in einer friedlichen Nachbarschaft werden, so



Foto: Peter Lechner/HBF

Die beiden Präsidenten beim Arbeitsgespräch in der Präsidentschaftskanzlei in der Wiener Hofburg

Peres. „Wenn sie mit der Bedrohung weiter machen, dann müssen wir sie mit allen Mitteln stoppen. Die Maßnahmen und Optionen sind am Tisch.“

Peres warf dem Iran vor, weiterhin Atomwaffen bauen zu wollen. Präsident Hassan Rohani habe zwar gesagt, daß der Iran nicht die Atombombe wolle. „Aber sie bauen Atomraketen. Mit einer Reichweite von 1000 bis 2000 Kilometern. Wofür? Es gibt niemanden, der den Iran bedrohen würde.“ Zudem sei es eine Tatsache, daß Teheran weiter radikal-islamische Terrororganisationen wie die Hamas oder die Hisbollah unterstützen würde, die Israel feindlich gesinnt sind.

Außerdem habe der „große Führer des Iran“ erst neulich erklärt, daß er von der Shoah noch nie etwas gehört habe, erklärte Peres in Bezug auf das geistliche Oberhaupt des Iran, Ayatollah Ali Khamenei. Khamenei hatte vor etwas mehr als einer Woche in einer Rede zum iranischen Neujahrsfest erneut den Holocaust infrage gestellt. „In den europäischen Ländern traut sich niemand, über den Holocaust zu sprechen, von dem man nicht weiß, ob es ihn gab oder nicht, und wenn ja, was geschah“, sagte Khamenei in der heiligen Stadt Mashhad. Peres: „Wir haben nichts gegen den Iran, aber gegen seine aktuelle Politik.“

Fischer drückte seinerseits die Hoffnung aus, daß im Nahen Osten die Friedensgespräche zwischen Israelis und Palästinensern fortgesetzt würden. Es gebe Chancen, die bestehenden Probleme zu lösen. Peres be-

zeichnete seinerseits die EU und Österreich als wichtiges EU-Land sowie Wien als Sitz von Internationalen Organisationen als wichtige „Player“ im Nahost-Konflikt. Das sei einer der Gründe gewesen, warum er Wien als Ziel seiner letzten großen Auslandsreise ausgewählt habe.

Fischer und er hätten ihre Jugend gemeinsam in der sozialdemokratischen Bewegung verbracht, sagte der bald 91jährige israelische Präsident zu seinem 75jährigen Amtskollegen. „Damals haben wir mehr in die Zukunft geschaut, als an die Geschichte gedacht. Weil die Geschichte hat mehr Opfer als Sieger hervorgebracht. Das soll sich ändern.“ Der heutigen Jugend müsse vor allem zu mehr sozialer Gerechtigkeit verholfen werden, forderte Peres. „Es ist nett, jung zu sein, aber teuer. Das ist ein globales Problem.“

Beide Staatsoberhäupter betonten die über die Jahre gewachsenen bilateralen Beziehungen. „Sie sind seit 25 Jahren immer besser geworden“, erinnerte Fischer daran, daß sich Österreich erst allmählich seiner nationalsozialistischen Vergangenheit und der Mitschuld am Holocaust gestellt habe. „Wir haben gelernt, mit unserer Geschichte besser umzugehen, zuzugeben, was zuzugeben war, und eine bessere Position zu unserer Geschichte beziehen.“ Als Ausdruck des guten Verhältnisses zeichnete Fischer Peres mit dem „Großstern des Ehrenzeichens für Verdienste um die Republik Österreich“ aus. Es ist dies die höchste Auszeichnung, die der Bundespräsident einem Staatsgast verleihen kann.

Österreich, Europa und die Welt

Außenminister Sebastian Kurz begrüßte Shimon Peres am Flughafen

Auf dem Flughafen Wien-Schwechat war Peres von Außenminister Sebastian Kurz empfangen und „abgeholt“ worden. So ergab es sich, daß der älteste amtierende Staatspräsident vom jüngsten Außenminister empfangen worden war, der es als eine besondere Ehre bezeichnete, „einen Staatsmann und Friedensnobelpreisträger wie Shimon Peres begrüßen zu dürfen“ – und überreichte dem Gast eine Haggada aus dem Jahr 1923, Peres' Geburtsjahr – ein Buch, aus dem zum Pessach-Fest gelesen wird. Kurz wollte wenige Tage zuvor eine Reise nach Israel antreten, was er aber wegen des Streiks der israelischen DiplomatInnen hatte verschieben müssen. Es sollte der erste Besuch eines österreichischen Regierungsmitglieds sein, seit die Beziehungen zu Österreich wegen des Abzugs des Bundesheeres von den Golan-Höhen auf die Probe gestellt worden waren. Nicht zuletzt gab es auch Kritik in der israelischen Presse wegen der Bemühungen der österreichischen Wirtschaft um den nach Lockerung der Sanktionen nun wieder leichter zugänglichen Markt im Iran. Neuen Termin für Kurz' Israel-Reise gibt es keinen.

Foto: BMeiA / Dragan Tatic



Außenminister Sebastian Kurz empfing Staatspräsident Shimon Perez am Flughafen Wien-Schwechat.

Bundeskanzler Werner Faymann empfing Staatspräsident Shimon Peres

Bundeskanzler Werner Faymann hat am 31. März Israels Staatspräsident Shimon Peres im Bundeskanzleramt empfangen. „Das ist eine Ehre für Österreich und ein Zeichen für die jahrzehntelange Freundschaft, die Österreich und Israel verbindet. Shimon Peres verkörpert wie kaum ein zweiter diese Freundschaft“, so Faymann. Einig waren sich Peres und Faymann darin, daß der „Schlüssel für die Entwicklung der Zukunft der Gesellschaft“ die Bereiche Forschung und Entwicklung seien.

Peres und Faymann besprachen in einem Vier-Augen-Gespräch die aktuelle politische Lage in Israel. Gerade weil Peres stets für den Dialog und die friedlichen Wege im Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern eingetreten war, steht Peres auch für das friedliche Miteinander zweier Volksgruppen. Der aktuelle Stand dieses Friedensprozesses und die Einschätzung zukünftiger Entwicklungen waren ebenso Teil des Gesprächs wie natürlich auch historische Verbindungen zwischen Österreich und Israel sowie der gemeinsame Wunsch, daß die sehr guten Kontakte zwischen den beiden Staaten auch in der Zukunft erhalten und ausgebaut werden können.

Foto: BKA / Andy Wenzel



Am 31. März empfing Bundeskanzler Werner Faymann (r.) Staatspräsident Shimon Peres zu einem Arbeitsgespräch im Bundeskanzleramt.

Österreich, Europa und die Welt

Zu Gast bei NR-Präsidentin Prammer

Israels Staatspräsident Shimon Peres und die Präsidentin des Nationalrats, Barbara Prammer, unterstrichen am 1. April bei einem Treffen die Bedeutung des Holocaust-Gedenkens, nicht zuletzt um für die Zukunft zu lernen. Prammer informierte über die Arbeit des Nationalfonds und des Entschädigungsfonds, aber auch über ihre Tätigkeit als Ehrenpräsidentin der österreichischen Freunde von Yad Vashem.

Staatspräsident Peres erkundigte sich über die Entwicklung des Parlamentarismus in Österreich. Seiner Auffassung nach verliere die Politik immer mehr an Gestaltungsmacht. Die heutige Entwicklung sei durch die Individualisierung und die Macht internationaler Konzerne mindestens ebenso geprägt wie durch nationale Regierungen. Präsidentin Prammer informierte den Staatspräsidenten in diesem Zusammenhang über die Arbeit der Demokratiewerkstatt im österreichischen Parlament.

Zum aktuellen Stand der Nahost-Friedensverhandlungen erläuterte Peres, daß diese unter strengster Vertraulichkeit begonnen hätten, derzeit aber Positionen in der Öffentlichkeit ausgetauscht würden, was nicht



Linke Bildhälfte: Israelische Delegation mit dem Botschafter Israels Zvi Heifetz (2.v.l.) und Staatspräsident Schimon Peres (3.v.l.). Rechte Bildhälfte: v.l.: Parlamentsdirektor Harald Dossi, Nationalratspräsidentin Barbara Prammer und deren Büroleiter und außenpolitischer Berater, Helfried Carl

zutraglich sei. Es handle sich gleichzeitig um eine entscheidende Phase, im Hinblick darauf ob sich die Parteien auf eine Fristverlängerung für die Verhandlungen einigen könnten. Allgemein sagte er, für Politiker

stelle es eine große Herausforderung dar, in schwierigen Situationen Vertrauen aufzubauen. „Liebe und Frieden macht man aber mit geschlossenen Augen“, schloß der langjährige Staatspräsident. ■

Drei Staatspräsidenten besichtigen Österr. Nationalbibliothek

Am 17. März besuchten gleich drei Staatspräsidenten den Prunksaal der Österreichischen Nationalbibliothek (ONB): der Staatspräsident der Republik Kroatien S.E. Ivo Josipovic, der Staatspräsident der Republik Slowenien S.E. Borut Pahor, und Bundespräsident Heinz Fischer. Im Mittelpunkt des Besuchs standen die aktuelle Ausstellung „An Meine Völker!“ (siehe „Österreich Journal“, Ausgabe 128 vom 27. Feber) zum Thema Erster Weltkrieg sowie wertvolle Karten, Handschriften und alte Drucke, die die engen historischen Beziehungen der drei Länder dokumentieren.

Generaldirektorin Johanna Rachinger begrüßte die Gäste und präsentierte im barocken Prunksaal bibliothekarische Kostbarkeiten, darunter illustrierte Pergamenthandschriften aus dem 12. und 13. Jahrhundert und bemerkenswerte Drucke aus dem 16. Jahrhundert. Ebenfalls aus dem 16. Jahrhundert stammt die Karte „Croatia et Sclavonia“, eine kolorierte Handzeichnung in italienischer Sprache.

Zum Abschluß führte Univ.-Prof. Manfred Rauchensteiner durch die von ihm kuratierte Ausstellung „An Meine Völker! Der Erste Weltkrieg 1914–1918“, die kürzlich



v.l.: S.E. Ivo Josipovic (Staatspräsident Kroatien), Heinz Fischer (österr. Bundespräsident), Johanna Rachinger (Generaldirektorin der Österreichischen Nationalbibliothek) und S.E. Borut Pahor (Staatspräsident Slowenien)

eröffnet wurde. Einige mehrsprachige Exponate wie Plakate oder Aufrufe erinnern in der Schau an den Vielvölkerstaat der Habsburger und damit an die gemeinsame Vergangenheit der drei EU-Länder.

Schon unmittelbar nach Kriegsbeginn 1914 begann die Vorgängerin der ÖNB, die k. k. Hofbibliothek, Zeugnisse des Krieges zu sammeln. Bis 1918 wurden so 52.000 Plakate, Noten und literarische Texte, aber

auch künstlerisch gestaltete Feldpostkarten, Kriegstagebücher und andere bemerkenswerte Dokumente archiviert. Hinzu kamen nach Kriegsende etwa 38.000 Fotografien. Diese einmalige Kriegssammlung ist eine der bedeutendsten Europas und wird in der Ausstellung "An Meine Völker! Der Erste Weltkrieg 1914-1918" im Prunksaal erstmals umfassend präsentiert. ■

<http://www.onb.ac.at/>

Positive Rückwirkungen

Außenminister Sebastian Kurz präsentierte neue Studie über Österreich als Amtssitz Internationaler Organisationen.

Österreich positioniert sich vermehrt als internationaler Amtssitz- und Konferenzstandort, als Drehscheibe für internationale Sicherheit, erneuerbare Energie, Entwicklung und Dialog. Die positiven außenpolitischen und wirtschaftlichen Auswirkungen des Amtssitzes Österreich nehmen seit Jahren kontinuierlich zu“, so Außenminister Sebastian Kurz anlässlich einer Pressekonferenz. Im Rahmen einer am 31. März präsentierten aktualisierten Studie von Ernst & Young über den Standort Wien wies Kurz auf die beeindruckenden wirtschaftlichen Auswirkungen der Präsenz internationaler Organisationen und Institutionen in Österreich hin. In Zahlen ausgedrückt ergab sich 2012 für Österreich ein positiver wirtschaftlicher Gesamteffekt von 503,9 Mio. €. Darüber hinaus werden durch internationale Organisationen etwa 10.000 Arbeitsplätze in Österreich, vor allem in Wien und Umgebung, geschaffen. Auch die Anzahl der Kongreßtage internationaler Organisationen in Österreich stieg seit 2008 um etwa 17 Prozent. Der Kongreßtourismus leistete zuletzt einen Beitrag in Höhe von 229,3 Mio. € zum Brutto-Inlandsprodukt, was gegenüber 2008 einer mehr als 20prozentigen Steigerung entspricht.

Österreichs aktives Engagement als Brückenbauer zwischen den Ländern und Kulturen trug heuer zu einer weiteren Stärkung Wiens als Ort des internationalen Dialogs bei. Dazu zählen unter anderem die mehrfach in Wien geführten E3/EU+3 Gespräche mit dem Iran auf technischer und politischer Ebene. Im Herbst dieses Jahres finden überdies die Ministerkonferenzen im Rahmen der österreichischen Vorsitze in der Zentraleuropäischen Initiative sowie im Ministerkomitee des Europarates statt. Schließlich sind zwei weitere internationale Großkonferenzen zu den Themen humanitäre Konsequenzen von Atomwaffen sowie zur Unterstützung von Binnen-Entwicklungsländern geplant, so der Außenminister abschließend.

Die Studie

Der Amtssitz internationaler Organisationen, das sind bilaterale Institutionen sowie multilaterale Organisationen, in Österreich ist für die Republik Österreich in mehrfacher Hinsicht bedeutsam: Neben der politischen



Foto: BMeIA

Außenminister Sebastian Kurz präsentierte die Studie von Ernst & Young zum Thema »Internationale Organisationen mit Amtssitz in Wien«.

Bedeutung sind diese Organisationen auch aus einer wirtschaftlichen Betrachtungsweise für Österreich relevant. Die vorliegende Studie widmet sich hierbei den wirtschaftlichen Aspekten der Amtssitze internationaler Organisationen in Österreich.

Zum einen werden durch internationale Organisationen direkt und indirekt rund 10.000 Arbeitsplätze geschaffen. Andererseits werden direkte und indirekte monetäre und volkswirtschaftliche Effekte generiert. Die gegenständliche Studie konzentriert sich auf die Ermittlung einer – durch internationale Organisationen – induzierten Gesamtnachfrage. Für diesen Zweck wurden budgetäre Ausgaben der Republik Österreich im Zusammenhang mit internationalen Organisationen in Österreich erhoben und hinsichtlich ihrer Umwegrentabilitätseffekte beurteilt.

In Anlehnung an die Studie „Die Umwegrentabilität internationaler Organisationen in Österreich“ aus dem Jahr 2009 – welche die Jahre 2004, 2006 und 2008 berücksichtigt – wurde eine Aktualisierung der Daten unter Beibehaltung von Methodik und Vorgehensweise vorgenommen und eine aktualisierte Studie für die Jahre 2010 und 2012 erstellt.

Folgende Struktur wurde beim Aufbau der Studie gewählt:

- Analyse bilateraler Institutionen (Botschaften und Missionen),
- Analyse multilateraler Organisationen (z.B. IAEA, CTBTO, OSZE, OPEC),
- Beurteilung der Einflüsse von Konferenzen internationaler Organisationen in Österreich und
- Ableitung der durch internationale Organisationen induzierten Gesamtnachfrage.

Die Arbeiten wurden in enger Abstimmung mit dem Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres durchgeführt.

Im Jahr 2012 waren 3.164 MitarbeiterInnen in bilateralen Institutionen (Botschaften und Missionen) beschäftigt. Insgesamt gab es im Jahr 2012 308 bilaterale Vertretungen in Österreich, davon 119 Botschaften und 189 Missionen (inklusive Beobachtermissionen, Verbindungsbüros und Delegationen). In diesem Jahr betragen die Rückflüsse von bilateralen Vertretungen in Österreich 173,1 Mio. € (2010: 169,5 Mio. €). Nach Berücksichtigung der von Österreich getätigten Ausgaben für bilaterale Institutionen ergibt sich ein positiver Nettoeffekt in der Höhe

Österreich, Europa und die Welt

von 172,7 Mio. € für das Jahr 2012 (2010: 169,1 Mio. €).

Neben den bilateralen Institutionen wurden auch die Rentabilitätseffekte multilateraler Organisationen untersucht. Im Jahr 2012 waren 6139 MitarbeiterInnen in multilateralen Organisationen beschäftigt. Die Analyse der direkten Einnahmen und Ausgaben im Zusammenhang mit multilateralen Organisationen belegt positive Rentabilitätseffekte.

Die Rückflüsse sind im Analysezeitraum von 484,9 Mio. € im Jahr 2010 auf 557,6 Mio. € im Jahr 2012 gestiegen. Demgegenüber haben sich auch die Ausgaben der Republik Österreich für multilaterale Organisationen im Vergleichszeitraum von 207,6 Mio. € (2010) auf 226,4 Mio. € (2012) erhöht. Hieraus ergibt sich für multilaterale Organisationen ein positiver Nettoeffekt in der Höhe von 331,2 Mio. € für das Jahr 2012 (2010: 277,3 Mio. €).

Insgesamt ergibt sich für die Republik Österreich im Jahr 2012 aus der Summe der Nettoeffekte bilateraler Institutionen und multilateraler Organisationen ein positiver Gesamteffekt von 503,9 Mio. € (2010: 446,4 Mio. €).

Zusammenfassend läßt sich daher festhalten, daß für die Republik Österreich durch die in Österreich ansässigen, internationalen Organisationen über den gesamten Analysezeitraum ein konstant positiver Rentabilitätseffekt zu beobachten ist.

Eine weitere positive Entwicklung zeigte die Analyse der Kongresse internationaler Organisationen in Österreich. Die Anzahl der Kongreßtage stieg im Zeitraum von 2008 bis 2012 um rund 17 Prozent. Dieses positive Ergebnis basiert sehr stark auf der steigenden Anzahl an Kongreßtagen der UN/UNODC und IAEA. Ebenso positiv ist die Entwicklung der Anzahl der TeilnehmerInnen. Sowohl die Anzahl internationaler als auch die der österreichischer TeilnehmerInnen haben sich im Vergleichszeitraum signifikant erhöht, von insgesamt 98.106 im Jahr 2008 auf 128.795 im Jahr 2012.

Der Kongreßtourismus leistete im Wirtschaftsjahr 2012 einen Beitrag in der Höhe von 229,3 Mio. € zum Bruttoinlandsprodukt. Dies entspricht einer Steigerung von mehr als 20 Prozent im Vergleich zum Wirtschaftsjahr 2008 (190,5 Mio. €).

Die ermittelten Rückflüsse der in Österreich ansässigen bilateralen Institutionen und multilateralen Organisationen, sowie der Beitrag des Kongreßtourismus, wurden zur näherungsweise Berechnung eines volkswirtschaftlichen Gesamteffekts heran-

gezogen. Auf Basis der bisher ermittelten monetären Rückflüsse und zur Annäherung an einen gesamtwirtschaftlichen Effekt (unter Berücksichtigung wirtschaftlicher Verflechtungen), wurden volkswirtschaftliche Multiplikatoren (Werte für 2010, veröffentlicht von Statistik Austria im ersten Quartal 2014) in den Berechnungen berücksichtigt.

Unter Berücksichtigung der Rückflüsse bilateraler Institutionen und multilateraler Organisationen, des Beitrags des Kongreß-

tourismus sowie der Anwendung der volkswirtschaftlichen Multiplikatoren, ergibt sich daraus für Österreich für das Jahr 2012 ein Beitrag zur volkswirtschaftlichen Gesamtnachfrage in der Höhe von 1.455,3 Mio. € (2010: 1.301,9 Mio. €). Neben diesen oben dargestellten Effekten ergeben sich zudem direkte und indirekte fiskalische Effekte, welche jedoch nicht Teil der gegenständlichen Studie sind. ■

<http://www.bmeia.gv.at>

Kurz will Zivilgesellschaft in Bosnien-Herzegowina stärken

Außenminister Sebastian Kurz ist am 27. März im Rahmen seiner Vorstellungstour am Westbalkan nach Bosnien-Herzegowina gereist. Ziel der gemeinsamen Reise mit seinem ungarischen Amtskollegen Janos Martonyi sei es die Zivilgesellschaft in Bosnien zu stärken, so Kurz gegenüber Journalisten auf dem Weg in Sarajevo.

„Wir müssen die Zivilgesellschaft stärken, damit sie nicht randaliert wie bei den jüngsten Protesten, sondern sich politisch einbringt“, sagte Kurz vor dem Abflug nach Sarajevo. Vertreter von zivilgesellschaftlichen Organisationen, die Kurz am Abend in Sarajevo treffen wollte, sollen daher zu einer Konferenz im Juni in Wien eingeladen werden. Hier sollen die Vertreter der während der Proteste gebildeten Bürgerforen, von NGOs und Medien der Gedankenaustausch ermöglicht werden, um eine gemeinsame Plattform zu bilden.

Zunächst stattete Kurz den österreichischen EUFOR-Soldaten in Bosnien einen Besuch ab und dankte ihnen für ihren Einsatz. Am Militärstützpunkt Camp Butmir traf er den Kommandanten der EU-Friedenstruppe, den Österreicher Dieter Heidecker. Österreich stellt derzeit rund 200 Soldaten, im Sommer soll das Kontingent um weitere 130 aufgestockt werden, womit Wien der größte Truppensteller für die EU-Mission in Bosnien (EUFOR Althea) wird.

Im Anschluß waren Treffen von Kurz und Martonyi mit den Mitgliedern des dreiköpfigen Staatspräsidiums, mit Außenminister Zlatko Lagumdzija sowie dem Hohen Repräsentanten der internationalen Gemeinschaft für Bosnien-Herzegowina, den österreichischen Diplomaten Valentin Inzko, geplant.

Den bosnischen Politikern wollte er die Botschaft überbringen, daß Österreich Bosnien-Herzegowina auf seinem Weg in die

EU unterstützen wolle, dies aber nur mit Reformen des politischen Systems möglich sei, so Kurz. Die jüngsten wochenlangen Proteste, die das Land im Februar erschütterten, seien ein "Weckruf" für die EU und Bosnien gewesen. „Sie haben gezeigt, daß die bosnische Bevölkerung nicht nur Reformen verdient, sondern sie auch einfordert.“

Bosnien-Herzegowina steckt seit Jahren in einer tiefen politischen und institutionellen Krise. Eine dringend nötige Verfassungsreform kommt wegen der internen Blockade nicht zustande. Daher ist auch die EU-Annäherung des Landes ins Stocken geraten. Durch das Friedensabkommen von Dayton, mit dem 1995 der dreijährige Bosnien-Krieg beendet wurde, entstand ein aus zwei Landesteilen, der Bosniakisch-Kroatischen Föderation und der Republika Srpska, bestehender Staat der drei Staatsvölker – Bosniaken (Muslime), Serben und Kroaten. Das komplizierte Staatsgebilde lähmt das Land seitdem völlig.

Im vergangenen Monat wurde Bosnien-Herzegowina von heftigen Protesten erschüttert. Wochenlang gab es in zahlreichen Städten des Landes Demonstrationen gegen die Armut, die Korruption und die hohe Arbeitslosigkeit, die bei rund 45 Prozent liegt. Auslöser war die Schließung mehrerer Betriebe mit Tausenden Beschäftigten in der Industriestadt Tuzla. Jedoch breiteten sich die Sozialproteste rasch auf zahlreiche andere Städte aus, es kam landesweit zu gewaltsamen Ausschreitungen. Mehrere Regierungsgebäude, darunter das Staatspräsidium in Sarajevo, wurden gestürmt und angezündet. In mehreren Kantonen im größeren Landesteil, der Bosniakisch-Kroatischen Föderation, wurden kantonale Behörden zum Rücktritt gezwungen. Parlamentswahlen, die die Krise kaum lösen werden, sind im Oktober geplant. ■

Österreich unterstützt Serbiens Weg in die Europäische Union

NR-Präsidentin Prammer im Gespräch mit Staatspräsident Nikolić



Foto: Parlamentsdirektion / HBF / Franz Hartl

v.l.: Klubobmann Heinz-Christian Strache (FPÖ), Klubobmann Reinhold Lopatka (ÖVP), Klubobmann Andreas Schieder (SPÖ), der Präsident der Republik Serbien, Tomislav Nikolić, und Nationalratspräsidentin Barbara Prammer

Der Staatspräsident der Republik Serbien, Tomislav Nikolić, besuchte im Rahmen seines Österreich-Besuches das Parlament und traf mit der Präsidentin des Nationalrates, Barbara Prammer, zu einem Gedankenaustausch zusammen. Im Mittelpunkt des Gesprächs standen die Beitrittsverhandlungen Serbiens zur Europäischen Union, die aktuellen wirtschaftlichen Probleme sowie die hohe Arbeitslosigkeit in Serbien, die Bedeutung österreichischer Investitionen und der Krim-Konflikt.

Unterstützung für den Weg Serbiens in die EU sagten auch die Klubobmänner Andreas Schieder (SPÖ), Reinhold Lopatka (ÖVP), Heinz-Christian Strache (FPÖ) und Abgeordnete Jessi Lintl (Team Stronach) zu, die an dem rund einstündigen Gespräch teilnahmen.

Prammer begrüßte Nikolić in der „zweitgrößten serbischen Stadt außerhalb Serbiens“ und gab ihrer Freude über das gute Zusammenleben zwischen SerbInnen und ÖsterreicherInnen Ausdruck, das viel zu den guten Beziehungen zwischen den beiden Ländern beitrage.

„SerbInnen und ÖsterreicherInnen haben eine gemeinsame Geschichte, wurden von der Geschichte oft aber auch auf verschiedene Seiten gestellt, wofür sie nichts können“, sagte Nikolić. Heute brauche Serbien die

Hilfe Österreichs auf seinem Weg nach Europa. Serbien wolle EU-Mitglied werden und alle Bedingungen für den Beitritt erfüllen. Nicht nur als Voraussetzung für den EU-Beitritt, sondern weil Serbien wisse, daß diese Reformen gut und wichtig für das Land seien. So bemühe sich Serbien, seine Justiz in Ordnung zu bringen und die Kriminalität zu bekämpfen. Ein Problem stelle der Kosovo dar, sagte Nikolić, der darauf hinwies, daß es im serbischen Parlament keine Mehrheit für einen unabhängigen Kosovo gebe.

Die wirtschaftliche Situation Serbiens sei derzeit schwierig, wegen der globalen Krise und auch wegen des Streits zwischen den beiden Freunden Serbiens, der EU und Rußlands. Serbien brauche die EU, es brauche aber auch Rußland, das einen großen Markt für serbische Produkte darstelle. An dieser Stelle unterstrich Nikolić auch die Bedeutung von Investitionen aus Österreich für sein Land.

Nationalratspräsidentin Prammer und Staatspräsident Nikolić stimmten in der Einschätzung überein, daß die europäische Integration das wichtigste Projekt für Europa sei, wobei Prammer an die Lehren des Ersten Weltkriegs erinnerte und ihrer Überzeugung Ausdruck gab, daß demokratische Staaten keine Kriege gegeneinander führten. Daher habe die Demokratie bei der Gründung der

Europäischen Union eine zentrale Rolle gespielt. Beim Thema Ukraine-Rußland setze Österreich auf Verhandlungen, sagte Prammer, für die es „unvorstellbar ist, nicht am grünen Tisch eine Lösung zu finden. Auch die EU muß einen Beitrag leisten, um eine friedliche Situation wiederherzustellen“.

SPÖ-Klubobmann Andreas Schieder bekundete das große Interesse Österreichs am Weg Serbiens in die EU und informierte Präsident Nikolić über die bevorstehende Gründung einer parlamentarischen Freundschaftsgruppe Österreich-Serbien.

ÖVP-Klubobmann Reinhold Lopatka bezeichnete die rasche Entscheidung Serbiens für den Weg in die EU als ein leuchtendes Beispiel und gab seiner Freude darüber Ausdruck. Lopatka erklärte dem serbischen Gast das Interesse österreichischer Investoren an einem erfolgreichen Kampf gegen die Korruption.

FPÖ-Klubobmann Heinz Christian Strache unterstützte Serbien bei der Fortsetzung der Reformen und den Verhandlungen mit der EU und merkte beim Thema Kosovo an, die Unabhängigkeitserklärung stehe im Widerspruch zur diesbezüglichen UN-Resolution. Serbien sah Strache als ein Schlüsselland für die Sicherheit und Stabilität in Südosteuropa. ■

Quelle: Parlamentskorrespondenz

Österreich auf der Biennale di Venezia 2014

Thema des österreichischen Beitrags ist die Auseinandersetzung mit Orten und Räumen der Macht, insbesondere dem Bautypus des Parlaments. Von 7. Juni bis 23. November 2014.



Foto: Andreas Balon

Bei der Pressekonferenz im Parlament (v.l.) Bundesminister Josef Ostermayer, Nationalratspräsidentin Barbara Prammer und Kurator Christian Kühn

Die Architekturbienale in Venedig hat sich in den letzten Jahren zur weltweit bedeutendsten Ausstellung für zeitgenössische Architektur entwickelt. Gegründet 1980 als „Pausenfüller“ zwischen den seit 1895 stattfindenden Kunstbiennalen ist die Architekturbienale heute ein kulturelles Großereignis, das 2012 bereits 178.000 Besucher und 3000 akkreditierte Journalisten anzog. 55 Länder zeigten einen eigenen nationalen Beitrag. Für die kommende Biennale im Jahr 2014 ist eine weitere Steigerung zu erwarten, da die Dauer der Architekturbienale an jene der Kunstbiennale angeglichen und damit beinahe verdoppelt wurde.

Unter der Gesamtleitung von Rem Koolhaas wird sich die diesjährige Biennale „mit Architektur und nicht mit Architekten“ beschäftigen. Koolhaas selbst kuratiert im zentralen Pavillon eine Ausstellung mit dem Titel „Fundamentals“, bei der es um Grundelemente der Architektur geht, Fundament, Treppen, Boden, Wände, Dach. Für die nationalen Pavillons hat Koolhaas das Thema „Absorbing Modernity 1914 – 2014“ vorgeschlagen. Hier soll der Frage nachgegangen werden, wie „die Moderne“ als Prinzip und Stil in der Architektur der letzten 100 Jahren wirksam gewesen ist. Wenn dieses Konzept

aufgeht, wird diese Biennale keine Leistungsschau der Architekturproduktion der letzten zwei Jahre werden, sondern die Gelegenheit bieten, das System Architektur auf den Prüfstand zu stellen.

Kommissär Christian Kühn zum Ausstellungenskonzept: „Thema des Österreichischen Beitrags zur Biennale 2014 ist das Parlament, also der Ort, an dem die Macht, die vom Volk ausgeht, ihr Zuhause gefunden hat. Die Idee einer demokratischen Legitimation von Macht ist heute so weit verbreitet, daß keine Nation mehr darauf verzichten kann, zumindest dem Namen nach einen solchen Ort zur repräsentativen Versammlung des Volkes zu errichten. Wie sehen diese Orte aus? Und wie stehen sie in Verbindung zu einer Öffentlichkeit, deren Vertrauen in die demokratische Willensbildung global zu schwinden scheint?“

Die Ausstellung im österreichischen Pavillon sucht Antworten auf diese Fragen aus unterschiedlichen Perspektiven. Im Hauptraum des Pavillons werden alle rund 200 nationalen Parlamentsgebäude der Welt gezeigt – ein Parlament der Parlamente, jeweils dokumentiert durch Modelle im Maßstab 1:500, Lagepläne und Daten zu den einzelnen Bauwerken. Dieses Plenum zeigt,

welche Botschaften der Architektur im Fall des Parlaments oft aufgebürdet werden: nationale Identität, ewige Dauer, Konformität mit historischen Leitbildern, aber auch zwanghafte Darstellung eines Neubeginns. Die Modelle sind in einem strengen Raster an den Wänden befestigt und scheinen aus der Mauer herauszuwachsen. In ihrer massenhaften Anordnung werden die Monumente zum Ornament.

Im Kontrast zu diesen abstrakten, auf ihre Form reduzierten Monumentalarchitekturen wird in den beiden Nebenräumen des Pavillons Architektur nicht als Ansammlung von Gegenständen gezeigt, sondern als singuläre Abfolge von Zuständen. Hier werden Beispiele im Detail vorgestellt: das Österreichische Parlament an der Wiener Ringstraße und zwei Projekte von Coop Himmelb(l)au, der Entwurf für das Albanische Parlament in Tirana und das Konferenzzentrum in Dalian/China, das als Ort für die asiatische Ausgabe des Weltwirtschaftsforums Davos errichtet wurde. Diese Projekte werden eingebettet in ihre politische Geschichte gezeigt. Hier geht es um Konflikte, Werturteile, Parteistellungen, kurz: um die Entwicklung der Gesellschaft im Medium der Architektur. Architektur ist kein Gegenstand. Architektur ist das Machen von Architektur.

Im Hof des Pavillons wird das Thema im Freiraum weitergespielt. Ein dicht gepflanzter, von den Landschaftsarchitekten Auböck und Kárász geplanter Garten ersetzt das rationalistische Quadratraster der Bodenplatten und holt das ungeordnete Grün der Umgebung herein. Hier, jenseits der Monumentalarchitektur, geht es um neue Phänomene der demokratischen Repräsentation. Vermittelt werden sie über ein flüchtiges Medium, eine von der Gruppe Kollektiv/Rauschen entwickelte Klanginstallation: Kleine Lautsprecher bringen den Garten zum Sprechen, in leisen Einzelstimmen, aber auch im anschwellenden Chor der ungeduldigen Masse.“

Nationalratspräsidentin Barbara Prammer: „Es ist eine faszinierende, spannende Idee, das Parlament zum Thema des österreichischen Beitrages zur Architekturbienale 2014

Österreich, Europa und die Welt

zu machen. Auf diese Weise wird an allen nationalen Parlamentsgebäuden deutlich gemacht, daß Architektur stets auch eine politische Funktion hat. Daraus leitet sich eine Verantwortung ab, die über das rein Funktionale, Technische und Gestalterische weit hinausreicht. Ob Parlamentarismus möglich ist und funktioniert, hängt von verschiedenen Faktoren ab, in erster Linie von einem verfassungsrechtlichen Organisationsrahmen sowie von den Akteurinnen und Akteuren. Und es braucht einen geeigneten Ort, an dem gesellschaftliche Konflikte in zivilisierter Form ausgetragen werden, an dem Rede und Gegenrede stattfinden, an dem Ausgleich in Form tragfähiger Kompromisse gesucht wird. Um fair miteinander debattieren zu können, braucht es eine demokratische Atmosphäre, die Sicherheit, Respekt und Gleichberechtigung vermittelt.

Österreich ist in der glücklichen Situation, über ein in mehrerlei Hinsicht herausragendes Parlamentsgebäude zu verfügen. Es steht zum einen an einem der schönsten Plätze des Landes, im architektonischen Gleichklang mit den Ringstraßengebäuden. Das hebt die vornehme Rolle des Parlaments als zentralen Ort der Demokratie hervor. Das Haus wurde an der Nahtstelle zwischen imperialem und bürgerlichem Wien angesiedelt, steht also für die ganze gesellschaftliche Breite und für die politische Klammerfunktion. Und das Haus vermittelt Selbstbewußtsein, tritt allerdings nicht protzig auf. Es ist dem Architekten Theophil Hansen – von der Gesamtkonzeption bis in die Details – gelungen, einen parlamentarischen Platz zu schaffen, der zur engagierten, leidenschaftlichen Debatte und zur politischen Auseinandersetzung einlädt, zugleich jedoch zu Mäßigung im Interesse des Ganzen und zu Kompromißbereitschaft mahnt.

Diese Qualität des Hauses ist spürbar,



Foto: Andreas Balon

Einige der Parlamentsmodelle

nach außen hin wie nach innen, was eine besondere Verantwortung für dieses wertvolle Erbe bedeutet. Der Anfang des Jahres erfolgte Beschluß zur nachhaltigen Sanierung des Gebäudes durch alle sechs im Nationalrat vertretenen Fraktionen darf als Indiz dafür interpretiert werden, daß sich die Politik dieser ihrer Verantwortung bewußt ist.“

Bundesminister Josef Ostermayer: „Ich freue mich, daß mit Christian Kühn ein profunder Architektexperte die diesjährige Architektur Biennale für Österreich kuratiert. Kommissär Kühn greift mit seinem Beitrag ‚Plenum. Orte der Macht‘ das Generalthema auf, das Biennale- Direktor Rem Koolhaas für die nationalen Pavillons vorgeschlagen hat: ‚Absorbing modernity 1914 – 2014‘. In der österreichischen Ausstellung geht es um eine Typologie von Parlamentsbauten unterschiedlicher Staaten, die zum größten Teil in den letzten 100 Jahren errichtet wurden.

Wie unterschiedlich sich Macht architektonisch manifestiert, wird in der Ausstellung

an den Beispielen des österreichischen Parlaments an der Wiener Ringstraße und den Vorschlägen von Coop Himmelb(l)au für das albanische Parlament in Tirana dem Publikum auf spannende Art und Weise vorgeführt. Parlamentsgebäude als identifikationsstiftende Einrichtungen der Demokratie sind über die Jahrzehnte hinweg Symbole für politischen Diskurs und Hoffnungsträger ganzer Generationen, unabhängig davon, wann und unter welchen politischen Umständen diese erbaut wurden. Für die Auseinandersetzung mit historischer und zeitgenössischer Architektur, deren Beziehung zueinander und damit auch der Schaffung von breiter Akzeptanz für architektonisch Neues und Unerwartetes, ist die Biennale di Venezia von zentraler Bedeutung. Architektur ist mehr als nur Bauen. Architektur ist Auseinandersetzung mit Menschen und ihrem Leben. Offenheit für Veränderung von Räumen und Förderung des Gewöhnungsprozesses an neue Perspektiven sind wichtige Aspekte des Grenzbereiches zwischen Architektur, Wissenschaft, Kunst und dem täglichen Leben. Zum 9. Mal leistet Österreich nun einen wertvollen Beitrag zum internationalen Architekturdiskurs und festigt damit sein hohes internationales Ansehen in diesem Bereich. Das Bundesministerium im Bundeskanzleramt stellt auch heuer wieder 400.000 Euro für die Konzeption und Durchführung der österreichischen Ausstellung zur Verfügung.

Ich gratuliere den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der diesjährigen Architektur-Biennale sehr herzlich und freue mich auf regen Besuch und hohe nationale und internationale Akzeptanz.“

<http://www.labiennale.org/en/architecture>



Foto: Kollektiv/Rauschen

Kollektiv/Rauschen

Internationale Unternehmen sorgen für Ansiedlungsrekord

Wirtschaftsagentur Wien: Ausländische Start-ups gründen verstärkt in Wien

Die internationale Attraktivität Wiens wächst. Noch nie war der Standort so nachgefragt wie im vergangenen Jahr. 2013 haben sich 133 internationale Unternehmen in Wien angesiedelt, so viele wie noch nie zuvor. Und wir blicken optimistisch in die Zukunft, denn der Aufwärtstrend hält auch heuer an. Derzeit bearbeitet das Ansiedlungsteam der Wirtschaftsagentur weit über 100 potentielle Projekte, wobei eine verstärkte Nachfrage aus Italien spürbar ist. Das Ergebnis übertrifft die bisherigen Rekordjahre. 2011 wurden 126 Unternehmen angesiedelt, 2008 waren es 119. Durch die Neuansiedlungen entstanden rund 700 neue Arbeitsplätze. Vor allem im Bereich der internationalen Start-ups ist ein deutlicher Aufwärtstrend erkennbar. Das Investitionsvolumen lag 2013 bei rund 38 Millionen Euro. Wien ist damit im österreichweiten Vergleich mit deutlichem Abstand das wichtigste Bundesland für internationale Ansiedlungen.

„Wien bietet stabile Verhältnisse – und diese stehen bei den Unternehmen derzeit hoch im Kurs. Unser Ziel ist, daß Unternehmen, die sich für Wien entscheiden, hier am Standort weiter wachsen, investieren und Arbeitsplätze schaffen. Wir unterstützen sie dabei mit gezielten Maßnahmen wie zum Beispiel der Förderaktion Standortinitiative“, sagt Vizebürgermeisterin Renate Brauner.

In den vergangenen zehn Jahren siedelten sich mehr als 1000 internationale Betriebe in Wien an. Dadurch wurden rund 9100 Arbeitsplätze gesichert oder neu geschaffen und Investitionen in Höhe von 800 Millionen Euro ausgelöst. Besonders deutlich angestiegen sind auch die ausländischen Direktinvestitionen in Wiener Unternehmen. Sie haben sich seit 2002 auf 75 Mrd. Euro verdreifacht. In diesen Betrieben arbeiten 110.000 Menschen.

Spitzenreiter: Deutschland und CEE

Traditionell kamen auch 2013 wieder die meisten Unternehmen aus Deutschland (35), auffallend ist auch ein starkes Interesse von Unternehmen und Investoren aus dem CEE-Raum: insgesamt 35 Unternehmen aus Mittel- und Osteuropa setzen den spürbaren



Foto: Kirschitz / PID

v.l.: Gerhard Hirczi (Wirtschaftsagentur), Vizebürgermeisterin Renate Brauner und Bürgermeister Michael Häupl präsentierten die Rekord-Ansiedlungsbilanz 2013.

Aufwärtstrend der vergangenen Jahre fort. Stärkster Investor aus CEE ist Ungarn mit zwölf Ansiedlungen, dahinter folgen Rußland (7) und die Slowakei (3). Stark vertreten waren 2013 auch die USA mit zehn Neuansiedlungen.

„Bei den Neuansiedlungen ist ein deutlicher Trend hin zur Technologie- und Dienstleistungsorientierung zu spüren. Rund ein Sechstel der neu in Wien angesiedelten Unternehmen sind in industrienahen Dienstleistungen tätig, zehn Prozent im Großhandel. Starke Nachfrage spüren wir auch im Bereich der Informations- und Kommunika-

tionstechnologien bzw. der Neuen Medien“, resümiert Gerhard Hirczi, Geschäftsführer der Wirtschaftsagentur Wien.

Funktionierende Stadt zieht Unternehmen an

Ausschlaggebend in der Standortentscheidung internationaler Unternehmen sind auch die Soft Skills, die ein Standort bietet. Hier punktet Wien besonders mit der hohen Qualität und Zuverlässigkeit der Infrastruktur sowie der weltweit einzigartigen Lebensqualität, die Wien bereits zum fünften Mal in Folge von der Mercer-Studie bescheinigt wurde.



Österreich, Europa und die Welt

„Die Mercer Studie erhebt weltweit die Meinungen von Managerinnen und Managern und sorgt international für deutlich mehr Aufsehen als in Wien. Für internationale Investoren und Unternehmen ist sie ein besonders wichtiger Indikator bei der Standortentscheidung“, so Brauner weiter.

Den Wirtschaftsstandort international zu positionieren, zählt zu den Kernaufgaben der Wirtschaftsagentur Wien. Im Zentrum steht dabei die Stärkung der Zusammenarbeit mit internationalen Wachstumsmärkten. 2013 lag ein Länderschwerpunkt auf Deutschland, Brasilien und Rußland, was durch internationale Delegationsreisen in die jeweiligen Märkte unterstrichen wurde. 2014 liegt der Fokus unter anderem auf dem Zukunftsmarkt Südkorea. „Wir werden Wien in Südkorea ganz gezielt als Hotspot für Life Sciences und smarte Technologien positionieren“, kündigt Renate Brauner an.

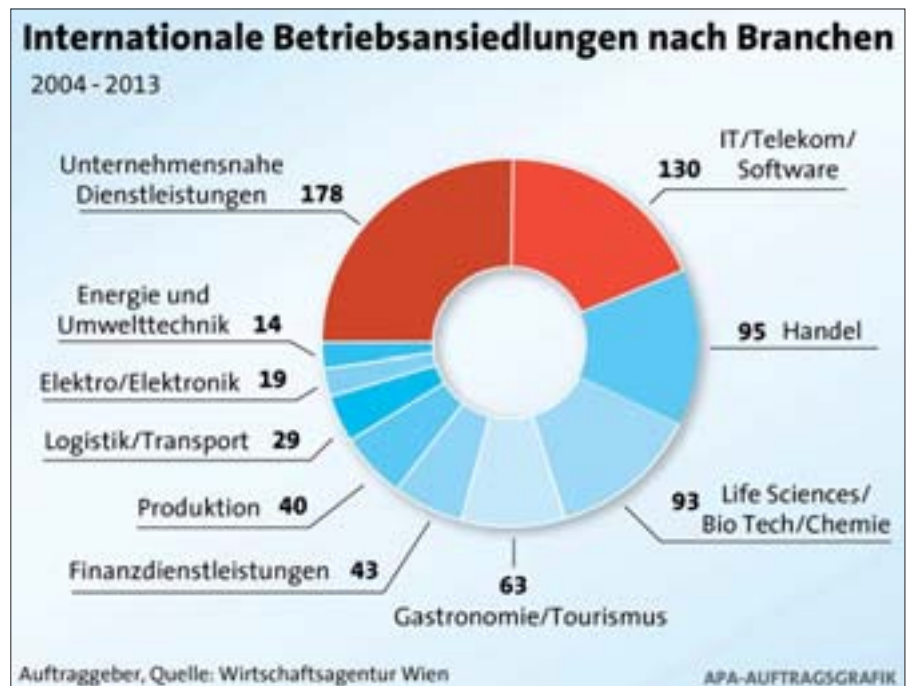
Wien als Servicemetropole

Um internationale Unternehmen und ihre hochqualifizierten MitarbeiterInnen in der Ansiedlung bestmöglich zu unterstützen, betreibt die Wirtschaftsagentur Wien die in dieser Form europaweit einzigartige Servicestelle „Expat Center“.

Im Jahr 2013 fanden im Expat Center der Wirtschaftsagentur Wien rund 1000 Beratungsgespräche mit Expats aus rund 100 Ländern statt. Die Beantwortung von Anfragen und die individuelle Beratung erfolgt in zwölf verschiedenen Sprachen. Zur Erfolgsgeschichte entwickelte sich auch der 2012 gegründete „Expat Club Vienna“. Mehr als 800 Mitglieder nutzen mittlerweile die Möglichkeit, sich mit anderen Expats zu vernetzen, aber auch Wienerinnen und Wiener kennenzulernen und heimisch in der Stadt zu werden. „Die große Nachfrage zeigt uns, daß wir mit unserem Angebot nicht nur einen Nerv der internationalen Community getroffen haben, sondern wir punkten damit auch bei den Unternehmen durch zusätzliches Service“, resümiert Hirczi.

2013 konnten die Club-Mitglieder an insgesamt zwölf Veranstaltungen teilnehmen. Ein Beispiel ist der Betriebsbesuch beim Wiener Traditionsunternehmen Stauds, wo Expats aus Irland, Australien, Saudi-Arabien und China einen Blick hinter die Kulissen des weltweit bekannten Marmeladeherstellers werfen konnten.

Die Wirtschaftsagentur Wien hat – um Unternehmen verschiedener Branchen optimal servicieren zu können, zwei Tochterunternehmen gegründet:



- ZIT – Die Technologieagentur der Stadt Wien unterstützt forschungs- und technologieaffine Unternehmen sowie die Medienwirtschaft in Wien: <http://www.zit.co.at>
 - departure – Die Kreativagentur der Stadt Wien ist die Förderagentur für die Wiener Kreativwirtschaft. <http://www.departure.at>
- Internationales Wien**
- 200 internationale Konzernzentralen
 - Headquarters von UNO, UNIDO, OPEC, OSZE
 - Weltweiter Spitzenreiter bei internationalen Kongressen (seit bereits 8 Jahren)
 - 2012: Wien (195), Paris (181) Berlin

- (172) Madrid (164), Barcelona (154)
 - 1000 internationale Betriebsansiedlungen seit 2004
 - Expat Center: Einzigartige Servicestelle für internationale Unternehmen und ihre Fach- und Führungskräfte mit 3000 persönlichen Beratungen seit 2011
 - 187.000 Studierende: Größter deutschsprachiger Uni-Standort.
 - Höchste Lebensqualität weltweit zum 5. Mal in Folge
 - Innovativste Stadt Europas, weltweit Rang 3
- (Lesen Sie mehr über Wiens internationale Auszeichnungen auf den Seiten 89 und 90)*
- <http://www.wirtschaftsagentur.at>

10 Jahre Wirtschaftspartnerschaften

Mehr als 100 innovative Geschäftsideen für Entwicklung – Oesterreichische Entwicklungsbank bringt Jobs in Entwicklungsländer



Foto: Austrian Development Agency (ADA)/APA-Fotoservice/Hinterramskogler

v.l.: Martin Ledolter, Geschäftsführer der Austrian Development Agency, Gottfried Pessl, Geschäftsführer Pessl Instruments GmbH, und Michael Wancata, Mitglied des Vorstandes der Oesterreichischen Entwicklungsbank.

Bereits seit 10 Jahren fördert die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit OeEB mit dem Programm Wirtschaftspartnerschaften unternehmerisches Engagement mit entwicklungspolitischem Mehrwert in Entwicklungs- und Schwellenländern. 120 Unternehmensprojekte wurden bisher von der Austrian Development Agency (ADA), der Agentur der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit – seit zwei Jahren in Zusammenarbeit mit der OeEB – mit Wissen, Kontakten und insgesamt rund 23 Millionen Euro unterstützt.

„Die Wirtschaft ist für die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit ein starker Partner. Denn Österreichs Unternehmen sind bereit, Kapital, Managementexpertise, technisches Know-how und innovative Ideen in Afrika, Asien, Lateinamerika und Südost- und Osteuropa einzusetzen. Wir bringen jahrelange entwicklungspolitische Expertise ein. Beides wird gebraucht – im Kampf gegen Armut und für ein besseres Leben vieler Menschen“, sagt Martin Ledolter, Ge-

schäftsführer der ADA. Bei Wirtschaftspartnerschaften übernehmen ADA und OeEB 50 Prozent der Projektkosten bis zu einer Höhe von 200.000 Euro, in besonderen Fällen bis zu 500.000 Euro. „Seit Bestehen der ADA wurden 120 Unternehmensprojekte durchgeführt oder auf den Weg gebracht. Diese verteilen sich auf 37 Länder auf vier Kontinenten“, so Ledolter.

„Den Aufbau der Privatwirtschaft in Entwicklungsländern zu unterstützen, ist auch erklärtes Ziel der Oesterreichischen Entwicklungsbank“, sagt Michael Wancata, Mitglied des Vorstandes der OeEB. „Gleichzeitig ebnen wir den Weg für österreichische Unternehmen in neue Märkte.“ Als bewährtes Modell ergänzen Wirtschaftspartnerschaften das Aufgabengebiet der OeEB seit 2012. Neben zusätzlichen Mitteln, die über das Finanzministerium bereitgestellt werden, bringt die OeEB ihre Kompetenz als Entwicklungsfinanzierer ein. „Für die OeEB ist eine lebendige Wirtschaft ein bedeutender Faktor für Entwicklung. Die enge Zusammenarbeit

mit der ADA setzt positive Impulse“, so Wancata.

Gemeinsam mehr zusammenbringen

„Allein durch jene 27 Wirtschaftspartnerschaften, die seit 2012 starteten, werden in Ländern des Südens und Ostens 900 Arbeitsplätze geschaffen und 350.000 Menschen profitieren“, so Ledolter. Aufgrund der durchschnittlichen Dauer von 3 bis 4 Jahren laufen derzeit 41 Projekte.

Wie wirken Wirtschaftspartnerschaften?

Gemeinsam mit der Wirtschaft gelingt es, in nahezu allen Projekten Menschen für neue Jobs zu qualifizieren, ein faires Einkommen zu sichern und Spill-over Effekte zu schaffen. Berufliche Bildung ist ein Thema in 28 Prozent aller Wirtschaftspartnerschaften. Einerseits werden österreichische Bildungsanbieter auf ihrem Weg ins Ausland begleitet, andererseits finden auslandsaktive Industrieunternehmen, die sich für bessere Bil-

Österreich, Europa und die Welt

dung – v.a. Berufsbildung – engagieren, die richtige Unterstützung. Beispielsweise wurde von Fronius und Böhler-Udholm eine Fachkräfteakademie für Schweißer in Südafrika gegründet. Das kommt der gesamten Branche im Land zugute.

Wirtschaftspartnerschaften sichern die Einhaltung internationaler Umwelt- und Qualitätsstandards: Der niederösterreichische Bionier Adamah-Biohof unterstützt einen Partner in Nepal, um Kaffeebohnen nach strengen Demeter-Standards zu produzieren. Agrana sorgt bei 28 Partnerunternehmen in der Erdbeerproduktion in Mexiko für nachhaltige Umwelt- und Qualitätsstandards.

Ein Fünftel der Wirtschaftspartner kommt aus dem Bereich Energie- und Umwelttechnologie. Sie bringen Wissen und Kompetenzen ein und erschließen neue Märkte in Entwicklungs- und Schwellenländern. Ein großes Augenmerk liegt auf der lokalen Wertschöpfung. Beispielsweise entwickelt eine Gruppe österreichischer Unternehmen den ägyptischen Markt für Solarthermie zusammen mit ägyptischen Partnern.

Die österreichische Handel und die Nahrungsmittelindustrie investiert stark in den

lokalen Anbau und die Produktion von Lebensmitteln und Gütern. In der Regel geht es um den Aufbau nachhaltiger Lieferketten, die Arbeit und Einkommen für die Menschen ermöglichen. Ein Viertel der Wirtschaftspartnerschaften unterstützt die lokale Land- und Forstwirtschaft und schafft Zukunftsperspektiven für Bauern und Produzenten. Das ist erfreulich, denn ländliche Entwicklung ist einer der Schwerpunkte der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit.

In 61 Prozent der Projekte sind lokale Regierungen und öffentliche Institutionen in den Partnerländern involviert. Denn letztlich helfen funktionierende Institutionen, den Projekterfolg nachhaltig zu sichern.

Vorteile für Österreichs Wirtschaft

„Mehr als drei Viertel unserer Partner sind KMU. 23 Prozent der Wirtschaftspartnerschaften erfolgen mit Großunternehmen. 83 Prozent der Firmen kommen aus Österreich“, umfaßt Ledolter die Zielgruppe des Förderprogramms.

„Wir haben erstmals vor 10 Jahren ein Erfolgsprojekt in Indien mit der ADA umgesetzt. Derzeit sind wir mit einem Joint

Venture mit der Moldova-Fruit Association in Moldau aktiv“, sagt Gottfried Pessl, Geschäftsführer der Pessl Instruments GmbH, steirischer Experte für Monitoringsysteme in der Landwirtschaft. Fruchtbare Böden machen Obst, Wein und Gemüse zu den Hauptexportprodukten der ehemaligen Sowjetrepublik. Mit Wetterstationen und Meßgeräten für Wasserstände und Bodenfeuchte von Pessl sollen Frost und Hitze vorhergesagt werden. Damit werden Ernteschäden vermieden, die Umwelt geschont und mehr als 250.000 Bauern unterstützt. Die Messgeräte stehen auch landwirtschaftlichen Schulen und Universitäten zur Verfügung.

„Wirtschaftspartnerschaften mindern unser Unternehmensrisiko, nicht nur durch die finanziellen Zuschüsse. Die ADA ist für uns ein kompetenter Berater, kennt die Märkte und ist gut mit Entscheidungsträgern wie Regierungen, Bildungsinstitutionen oder der lokalen Nichtregierungszone vernetzt. Für uns die Eintrittskarte in neue Märkte“, so Pessl über die Vorteile des Programms. ■

<http://www.oe-eb.at>

<http://www.ada.gv.at>

<http://metos.at>

Transparency International: Mitgliedertreffen im Wiener Rathaus

Das Wiener Rathaus stand am 31. März ganz im Zeichen des Kampfes gegen Korruption. Der Vorstand des Vereins zur Korruptionsbekämpfung „Transparency International – Austrian Chapter (TI-AC)“ hatte zur Mitgliederversammlung in den Wappensaal gebeten, wo die TeilnehmerInnen vom Leiter der Internen Revision der Magistratsdirektion, Paul Jauernig, begrüßt wurden.

Vorstandsvorsitzende Eva Geiblinger sowie die Vorstandsmitglieder Hans Jörg Bauer und Johann Rzeszut präsentierten den Jahresbericht 2013 und gaben einen Ausblick auf die kommenden Initiativen der Nichtregierungsorganisation. Der langjährige Präsident und nunmehrige Ehrenpräsident Franz Fiedler berichtete über die Aktivitäten des Beirats und übergab anschließend den Vorsitz an die neue Präsidentin des Beirats, Bettina Knötzl. Guest Speaker Martin Kreutner, Beiratsmitglied von TI-AC und Dean der International Anti-Corruption Academy (IACA) in Laxenburg sprach über die weltweit erste Ausbildung zum Master in Anti-Corruption Studies.

Korruption ist ein weltweites gesellschaftliches und wirtschaftliches Problem, das international, national und regional bekämpft werden muß. In Österreich kämpft

der Verein „Transparency International – Austrian Chapter“ seit 2005 mit stetig wachsendem Erfolg für transparente und korruptionsresistente politische, rechtliche, wirtschaftliche und institutionelle Rahmenbedingungen. Um die Öffentlichkeit für das Thema Transparenz zu interessieren und gegenüber Korruption zu sensibilisieren, arbeitet TI mit öffentlichen Institutionen, der Wirtschaft, der Zivilgesellschaft und internationalen Organisationen eng zusammen und widmet sich darüber hinaus der Ursachenforschung für Korruption.

EU-Antikorruptionsbericht 2014 erkennt Wiener Antikorruptionsprogramm an

Wien – seit 2011 korporatives Mitglied von TI – setzt seit Jahren konsequente Maßnahmen zur Korruptionsprävention. Das Programm umfaßt Schulungen zur Bewußtseinsbildung und setzt zugleich auf interne Kontrollsysteme in der Stadtverwaltung. Das Wiener Antikorruptionstelefon der Internen Revision (01 4000 82400) beantwortet Fragen von BürgerInnen und MitarbeiterInnen zu Korruptionsprävention und ethischer Verwaltung. Diese Stelle behandelt auch Hinweise auf Korruption in der Verwaltung. Mit-

arbeiterInnen, die im guten Glauben den begründeten Verdacht von Korruption melden, sind seit 2013 durch das Landesdienstrecht vor Benachteiligung geschützt. Im Februar 2014 erkannte die Europäische Kommission an, daß Wien als positives Beispiel auf Sensibilisierung und Transparenz als Schlüsselinstrumente der Korruptionsbekämpfung setzt.

Der Österreichische Städtebund – kommunale Interessensvertretung von rund 250 Städten und Gemeinden und seit 2012 selbst Mitglied bei TI – entwickelte in Zusammenarbeit mit Wien, Graz und Villach das interaktive E-Learningprogramm „Eine Frage der Ethik – Wohlverhaltensregeln für den österreichischen Gemeindedienst“. Der Städtebund unterstützt damit die TI-Initiative „Transparente Gemeinde“. Von 2009 bis 2012 erarbeitete Wien gemeinsam mit den österreichischen Bundesländern Standards zur Korruptionsprävention in der Landesverwaltung. Die Länder leisten damit zugleich einen Beitrag zu einer nationalen Antikorruptionsstrategie im Rahmen des Koordinationsgremiums zur Korruptionsbekämpfung im Bundesministerium für Justiz, wie Jauernig betonte. ■

<http://www.ti-austria.at>

WirtschaftsOskar 2014

Der »US-A-Biz Award 2014« ging an: ALPLA Werke Alwin Lehner GmbH & Co KG, entec biogas gmbh, Geislinger GmbH, Otto Bock HealthCare Products GmbH und runtastic GmbH.

Der US-A-Biz Award 2014, der WirtschaftsOskar für herausragende Leistungen österreichischer Unternehmen am US-Markt, wurde heuer zum vierten Mal vom AußenwirtschaftsCenter Los Angeles vergeben. „Ziel dieses Award ist, Spitzenleistungen österreichischer Unternehmen am US-Markt auf den roten Teppich und dank der Unterstützung heimischer Medien in das mediale Rampenlicht zu holen. Aber auch um Unternehmen auf die Attraktivität des über 317 Mio. Konsumenten zählenden US-Marktes aufmerksam zu machen, die Scheu vor diesem Riesenmarkt zu nehmen – und mit einem Klischee aufzuräumen, daß die USA nur ein Markt für Großunternehmen seien. Auch kleine, innovative Unternehmen sind in ihren Nischen höchst erfolgreich“, betonte Rudolf Thaler, österreichischer Wirtschaftsdelegierter in Los Angeles.

Als am 2. März im Dolby Theatre in Hollywood die Academy of Motion Pictures Arts and Sciences ihre Oscars verlieh, standen die Gewinner der WirtschaftsOskars in den Kategorien „Spektakuläres, Trendsetter, Innovation, Investition und Marktdurchdringung“ bereits fest.

And the US-A-Biz Award 2014 goes to ...

... ALPLA Werke Alwin Lehner GmbH & Co KG in der „Kategorie Investition“: Der Vorarlberger Technologieführer im Extrusionsblasen investierte 2013 über 54 Mio. USD in drei Fertigungsstätten in Kentucky und Missouri sowie in den Ausbau der Produktion in den Bundesstaaten Georgia, Iowa, New York, Ohio und Vermont. Weiters produziert ALPLA in Texas und North Carolina. ALPLA ist unter den „Blow Molders“ Nordamerikas auf den vierten Rang aufgestiegen, was eine gesunde Basis für weiteres Wachstum darstellt.

... entec biogas gmbh in der „Kategorie Trendsetter“: Der Pionier für industrielle Biogasanlagen baute in Oregon die erste Speiseresteanlage dieser Art in den USA, eine weitere Anlage startete in Florida den Probetrieb. Damit wurden 2013 die beiden ersten großen Anlagen in den USA ans Netz gebracht. Mit dem NASDAQ gelisteten und



Foto: Rudolf Thaler

größten Unternehmen in der Abfallwirtschaft Layne Christensen sind eine Reihe von Folgeprojekten geplant. Die USA sind für das Vorarlberger Unternehmen ein bedeutender Zukunftsmarkt für komplizierte Abfälle.

... Geislinger GmbH in der „Kategorie Marktdurchdringung“: Der Markt- und Innovationsführer aus Salzburg für Drehschwingungstechnologie leistet einen wesentlichen Beitrag zum US-Boom bei Schiefergas- und -erdöl. Kernstück des Fracking-Prozesses ist das Injizieren von Flüssigkeiten in Bohrquellen mit Hochdruckpumpen. 80 Prozent der Fracking-Pumpensysteme haben Geislinger Kupplungen montiert, welche die aggressiven Drehschwingungen zwischen Kolbenpumpe und Dieselmotor eliminieren. Geislinger Pumpen hoben die Lebensdauer der „Frac-Pumpen“ von ursprünglich 500 auf über 10.000 Stunden, was zu einer massiven Kosteneinsparung führt.

... Otto Bock HealthCare Products GmbH in der „Kategorie Innovation“: Der Marktführer für mechatronische Kniegelenke lieferte 2013 das Genium X3 Kniegelenk, welches als Weltneuheit erstmals in den USA eingesetzt wurde und durch seine Funktionalität – Wasser- und Korrosionsbeständigkeit, Walk-to-Run Modus, Rückwärtsgehen und Treppensteigen – einzigartig ist. Zum Kundenkreis des Wiener Hightech Unternehmens zählen das U.S. Militär und Hanger Clinic, der größte Anbieter von Prothesen in

den USA. Mit DARPA, dem Forschungsarm des U.S. Militärs, besteht eine Zusammenarbeit.

... runtastic GmbH in der „Kategorie Spektakuläres“: 2013 war mit über 2,5 Millionen neuen Usern der Durchbruch für den Oberösterreichischen Anbieter von Apps, Hardware-Produkten und Online Dienstleistungen in den USA. Google wählte für die Präsentation des Nexus 7 Tablets und Android 4.3 die Runtastic App zur Herzmessung samt Brustgurt. Die neue Six Pack App war im Oktober die Nr. 1-App im Bereich Health & Fitness. Men's Fitness empfahl sie als eines der wertvollsten Personal Trainer Apps. Aus über je 800.000 Apps im Apple- und Google-Store wahrgenommen zu werden, ist spektakulär!

„Österreichs Unternehmen in den USA sind oscarreif. Die USA sind mit Abstand Österreichs größter Überseemarkt und unsere Nr. 3 Exportdestination der Welt. Österreich hat mit den USA im Vergleich zu seinen übrigen Handelspartnern den höchsten Handelsbilanzüberschuß. Insgesamt gibt es etwa 600 US-Niederlassungen österreichischer Unternehmen, davon etwa 200 produzierende“, so Thaler abschließend. Der Tag nach dem Oscar war der erste Tag vor dem WirtschaftsOskar. 2015 wird es wiederum einen US-A-Biz Award geben, der Spitzenleistungen des Jahres 2014 prämiert. ■

<http://wko.at/aussenwirtschaft/us>

SONDAR: Nachhaltigkeit im Donauraum

Der Arbeitskreis Nachhaltigkeit der ARGE Donauländer veranstaltete seine 21. Jahrestagung des in Tulln.



Foto: Arbeitskreis Nachhaltigkeit der ARGE Donauländer / Nadja Meister

»Europäisches Familienfoto«: Bei der 21. Jahrestagung des Arbeitskreises Nachhaltigkeit der ARGE Donauländer trafen etwa 120 ExpertInnen aus ganz Europa in Tulln zusammen.

Die Donauraumstrategie (EUSDR) verbindet den Lebensraum von 14 Staaten und über 115 Millionen Menschen zu einem Handlungsfeld für gemeinsame Visionen, Projekte und Initiativen. Mit dem Nachhaltigkeitsnetzwerk SONDAR (Sustainable Operations Network in the Danube Region) vernetzt die ARGE Donauländer vier Schwerpunktbereiche der EUSDR – „Biodiversität und Bodenqualität / Wissen und Gesellschaft / Wettbewerbsfähigkeit / Menschen und Qualifikation“ – zu einem umfassenden Projektraum.

In enger Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft, Wirtschaft, kommunalen Bündnispartnern und in Verbindung mit breiter Bewusstseinsbildung gilt es Praxisbeispiele umzusetzen, welche zur nachhaltigen Verbesserung von Lebens-, Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen der Regionen des Donauraumes beitragen können.

Der Arbeitskreis Nachhaltigkeit der ARGE Donauländer initiiert und betreut internationale Projekte und Kooperationen. ExpertInnen aus ganz Europa tagten am Uni-

versitätsforschungs-Zentrum in Tulln. Die von der Europäischen Union geförderten Projekte SONDAR und „SoPro – Soziale Produktion“ arbeiten mit über 20 Partnerorganisationen aus Österreich, Ungarn, Tschechien und der Slowakei an konkreten Umsetzungsprojekten und am Aufbau eines Nachhaltigkeits-Netzwerks im Donauraum.

BOKU-Rektor Martin Gerzabek, Peter de Martin, Generalsekretär der Arbeitsgemeinschaft Donauländer, und Hans Peter Herdlitschka, Vertreter Baden Württembergs, des derzeitigen Vorsitzlandes, eröffneten die Veranstaltung. Virgil Vrajmasu brachte die erste rumänische Erdfarbe mit nach Tulln – gewonnen aus dem sandigen Boden der Gemeinde Nufaru im Donau-Delta.

Als Hauptredner sprach Brian Oldreive aus Zimbabwe, Initiator der „Foundation for Farming“ und derzeit weltweit mit Training und Ausbildung angehender Farmer beschäftigt. Er zeigte die große Wirksamkeit einfacher und schon in der Schöpfungsordnung grundlegender, zielgerichteter Bodenbearbei-

tung. Walter Wenzel (BOKU) stellte das CASEE Master's Programme in sustainability in agriculture, food production and food technology in the Danube Region vor. Diese Ausbildung wird auch von der BOKU in Tulln angeboten.

SONDAR: Bodenschutz- und Nachhaltigkeitsnetzwerk im Donauraum

Ziel von SONDAR ist es, ein Netzwerk wachsender Bodenverantwortung zu knüpfen: zwischen Wissenschaft und Praxis, zwischen Verwaltung und Landnutzern, zwischen Bildung, Kunst und der gesamten Bevölkerung.

Sozialökologische Produktion: Zusammenarbeit mit Sozialbetrieben

Neun Projektpartner aus Österreich und Ungarn betreiben das Projekt „SoPro HU-AT – Soziale Produktion für die Umwelt“. Es will an Nachhaltigkeit orientierte Zusammenarbeit von Unternehmen und öffentlichen Auftraggebern mit Sozialbetrieben er-

Österreich, Europa und die Welt

weitem, Produkte und Dienstleistungen in guter Qualität finden, entwickeln und deren Marktfähigkeit fördern. Vom SoPro-Team wurden inzwischen über 1400 Kontaktberatungen im Umfeld von Betrieben und Öffentlichen Einrichtungen durchgeführt. Mehr als 100 Produkte und Dienstleistungen wurden verwirklicht.

Abstimmung mit Donauraum-Strategie (EUSDR)

In vier Arbeitsgruppen brachten über 100 Tagungsteilnehmer konkrete Erwartungen und Vorschläge für künftige Projekte im Donauraum ein. Die hochrangigen Vertreter der EUSDR, Andrea Nasi vom österreichischen Außenministerium, Florian Ballnus aus Bayern, Koordinator der EU-Donauraumstrategie für den Bereich „Erhalt der biologischen Vielfalt, der Landschaften und der Qualität von Luft und Boden“ und Hans Peter Herdlitschka, Koordinator für den Bereich „Wettbewerbsfähigkeit“ sagten weitere Unterstützung zu.

Die nächsten Arbeitsaufgaben von SON-DAR liegen in der weiteren Konkretisierung

eines Projektes, das mit möglichst vielen der 14 Donauländer umgesetzt werden soll:

- Aufbau eines Nachhaltigkeits-Netzwerks im Donauraum – mit breiter Umsetzung des Ansatzes „Science – Alliance – Awareness“ und mit den bestehenden Partnernetzwerken (Bodenschutznetzwerk im Donauraum / Sozial- und Wirtschaftsnetzwerk der „Sozialökologischen Produktion für die Umwelt“ / CASEE - Wissenschaftsnetzwerk der Life Science Universitäten im Donauraum),
- Bodenkarte der Donauregion,
- Boden als Indikator für Hochwasserereignisse,
- Maßnahmen gegen Bodenerosion,
- Boden als Speicher und Filter / Humus- und regionale Düngerproduktion,
- Sozialintegrative und Know-How-intensive Landwirtschaft,
- Sozialökologische Produktion – nachhaltige Zusammenarbeit von Betrieben und Öffentlichen Einrichtungen mit Sozialbetrieben. Einrichtung und Betrieb regionaler Beratungsstrukturen und einer internationalen Innovationsplattform,

- Malen mit den Farben der Erde / Donauländer-Malkasten und
- Ausbildung von „NachhaltigkeitsbotschafterInnen im Donauraum“.

Vorbehaltlich des Beschlusses der Gremien werden nun vom Arbeitskreis und vom künftigen Lead-Partner der Projekte, dem Verein BIENE (Boden- und Bioenergie-Netzwerk NÖ/EU), weitere Vorarbeiten für SON-DAR getätigt. Basis und auch „Erfolgsrezept“ dafür ist die langjährige, praxis- und ergebnisorientierte Zusammenarbeit im Donauraum, sagt Generalsekretär Peter de Martin: „Die Arbeitsgemeinschaft der Donauländer besteht seit 31 Jahren. Niederösterreich führt das ständige Sekretariat und leitet die Arbeitskreise Wissenschaft und Kunst sowie Nachhaltigkeit. Wir freuen uns, Wissenschaftler, Generalisten, Praktiker und Öffentlichkeitsarbeiter im Team zu haben. Über Staatsgrenzen hinweg herrscht ein ausgezeichnetes Arbeitsklima!“

<http://www.sondar.eu>

<http://www.unserboden.at>

<http://www.soilart.eu>

<http://www.sozialproduziert.at>

LH Pröll: Vorsitz der ARGE Donauländer an Baden-Württemberg

Ich bin froh und überzeugt, daß Baden-Württemberg die Arbeit in der Arbeitsgemeinschaft Donauländer konsequent weiterführt, mit dem Ziel, den gesamten Donauraum als starke Region im Herzen Europas weiter zu entwickeln“, so Niederösterreichs Landeshauptmann Erwin Pröll bei einem Treffen mit dem Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Winfried Kretschmann, und Baden-Württembergs Europaminister, Peter Friedrich, am 28. Feber in Stuttgart. Nach zwei Jahren hat Niederösterreich nun den Vorsitz in der Arbeitsgemeinschaft Donauländer übergeben.

Die Aufgabe starker Regionen wie Baden-Württemberg und Niederösterreich sei, „schwächere Regionen die Hand zu reichen und mitzunehmen“, betonte Pröll. Wichtiges Instrument dabei sei die Donauraumstrategie, wo man in der Vergangenheit rund 500 konkrete Projekte definiert habe. Nun sei es „wichtig, daß wir in die Umsetzungsphase kommen“, so Pröll.

Im Rahmen des Vorsitzes habe Niederösterreich neben dem Thema grenzüberschreitender Hochwasserschutz vor allem die Zusammenarbeit der Häfen entlang der Donau und des Schwarzen Meeres gezielt forciert. Die Donau als Transportweg sei der-



Landeshauptmann Erwin Pröll mit Ministerpräsident Winfried Kretschmann

zeit nur zu 7 Prozent genutzt. Hier gebe es noch großes Potential, so Pröll. In diesem Zusammenhang unterzeichneten Pröll und Kretschmann ein Memorandum zur Kooperation zwischen der ARGE Donauländer und den Regionen des westlichen Schwarzen Meeres und ihrer Häfen.

Für Kretschmann sei der Donauraum „ein zentrales Stück Europa“. Daher gehöre auch „die Zusammenarbeit mit den Donauanrai-

nern für uns in Baden-Württemberg zu den Schwerpunkten unserer Europapolitik“.

Dann traf Pröll auch mit dem Honorargeneralkonsul der Republik Österreich für das Land Baden-Württemberg, Cornelius Grupp, zusammen. Dabei wurden insbesondere die wirtschaftlichen, kulturellen und wissenschaftspolitischen Beziehungen der beiden Bundesländer besprochen.

<http://www.argedonau.at>

Österreich, Europa und die Welt

Botschafter aus aller Welt im ehemaligen KZ Mauthausen



Foto: Bundesministerium für Inneres

An die 30 LändervertreterInnen, großteils BotschafterInnen, konnte Oberösterreichs Landtagspräsident Viktor Sigl am 11. März in der KZ-Gedenkstätte Mauthausen empfangen. „Wir alle verbinden mit diesem Ort ein beispiellos furchtbares und unmenschliches Kapitel unserer Geschichte. Im nationalsozialistischen Konzentrationslager Mauthausen waren zwischen 1938 und 1945 mehr als 200.000 (incl. der Nebenlager) Personen aus ganz Europa inhaftiert, etwa die Hälfte wurde dort ermordet. Sie alle sind heute hierhergekommen – nicht, um zu vergessen, sondern um gemeinsam der Opfer,

die in Mauthausen ihr Leben lassen mußten, zu gedenken. Gedenken heißt immer erinnern und nicht vergessen. Nie zu vergessen, wie es so weit kommen konnte, daß Menschen aufgrund ihrer Herkunft, ihrer Religion, ihrer politischen Gesinnung oder ihrer sexuellen Orientierung die menschliche Würde und das Recht zu leben einfach abgesprochen wurde?“, so der Landtagspräsident und weiter: „Gerade heuer begehen wir ein Jahr besonderer Gedenktage: 100 Jahre Ausbruch des Ersten Weltkrieges, 80 Jahre Bürgerkrieg in Österreich, 75 Jahre Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, 25 Jahre Fall des

Eisernen Vorhangs und 10 Jahre EU-Osterweiterung. Für die Gedenkstätte Mauthausen ist die Anwesenheit höchstrangiger Gäste aus vielen Ländern ein Tag der Anerkennung, ein Tag der Solidarität mit den Opfern und ein Tag des Bekenntnisses zur Menschenwürde“, so Sigl in seiner Rede. Beeindruckt zeigten sich die Gäste auch von der Gedenkstätte, die nicht nur die Vergangenheit und die Geschehnisse im Ort dokumentiert, sondern die sich mit ihrem Vermittlungsangebot besonders an die Jugend richtet. ■

<http://www.mauthausen-memorial.at>

Das Joanneum zu Gast in Aserbaidshan

Nach Gastspielen in den USA, in Kanada, in Australien und Japan sind derzeit rund 150 Waffen, Rüstungen und Harnische in Aserbaidshan zu sehen: In Anwesenheit von Joanneums-Direktor Wolfgang Muchitsch und Ausstellungskurator Johannes Ramharter (PONTE Organisation für kulturelles Management GmbH) wurde am 15. März im Heydar Aliyev Cultural Center, Baku, die Ausstellung „Legends of Arms“ eröffnet. Die Schau zeigt kostbare Exponate des Grazer Landeszeughauses, wie den sogenannten Witz-Harnisch, die Rüstung von Erzherzog Karl II., den Riefelharnisch von Hans Maystetter und eine große Zahl von Turnierrüstungen sowie auch eines der wertvollsten Stücke des Joanneums: den einzigartigen Pferdeharnisch aus der Werkstatt des Konrad Seusenhofer. Die Ausstellung läuft bis 5. Juni. Danach kehren die Exponate heim nach Österreich und sind ab Sommer 2014 wieder im Landeszeughaus in der Grazer Herrengasse zu bewundern. Die gezeigten Objekte haben einem Versicherungswert von rund 10 Millionen Euro.



Foto: UMG

Ausstellungsansicht »Legends of Arms« in Aserbaidshans Hauptstadt Baku

Die Ausstellung beleuchtet die Rolle von Waffen und Rüstungen, die einerseits funktionelle Kampfinstrumente waren, aber auch als reich verzierte Repräsentationsobjekte angefertigt wurden. Aspekte der Kriegsfüh-

rung, das Turnier und „Rüstung als Mode“ sind weitere Themen dieser Schau, in der auch orientalische Exponate aus der Esterházy Privatstiftung präsentiert werden. ■

<http://www.museum-joanneum.at>

Weinbauschule Kreams holte in Paris den Europameistertitel

Schüler von Landwirtschaftlichen Fachschulen (LFS) aus Niederösterreich, Oberösterreich und der Steiermark gingen bei den Wettbewerben der Pariser Agrarmesse „Salon International de l’Agriculture“ (SIA) an den Start und erreichten beachtliche Platzierungen. Beim internationalen Weinverkostungswettbewerb (CJPV) setzte sich Melanie Weidl von der Weinbauschule Kreams gegen die starke internationale Konkurrenz durch und errang den ersten Platz. Bildungs-Landesrätin Barbara Schwarz gratulierte der neuen Europameisterin: „Der erste Platz zeigt, daß das österreichische Ausbildungssystem im Agrarbereich zu den besten europaweit zählt, weil hier Theorie und Praxis gleichermaßen forciert werden. Wettbewerbe sind ein gutes Instrument zur Förderung von Begabungen, die Leistungen der Jugendlichen werden damit öffentlich anerkannt. Die Teilnahme an diesem europaweiten Wettbewerb war eine wertvolle Bereicherung der schulischen Ausbildung und ermöglichte zudem, die Schüler gezielt individuell zu fördern und ihre Stärken hervorzuheben.“

Auch Direktor Dieter Falzl ist erfreut über den Sieg beim Weinbewerb: „Das Ergebnis beweist, daß die Stärke unserer Schule in der Kombination von solider Schulbildung mit handwerklicher Praxis liegt. Der Europameistertitel gibt Motivation für die Zukunft und zeigt, daß unsere Jungwinzer EU-weit im Spitzenfeld liegen und Bestleistungen erbringen.“

Auch beim internationalen Tierbeurteilungswettbewerb (CJAJ) zeigten die österreichischen Teilnehmer sehr gute Leistungen und mischten unter den Top Ten mit. Für



Foto: LFS Hohenlehen

v. l.: Fachlehrerin Maria Ottenschläger (LFS Hohenlehen, LAKO), Gewinnerin Melanie Weidl (Weinbauschule Kreams, NÖ), Markus Nigitz (LFS Hatzen-dorf, Steiermark), Klaus Sandberger (LFS Waizenkirchen, OÖ) und Johannes Ratzberger (LFS Hohenlehen, NÖ)

Johannes Ratzberger von der LFS Hohenlehen gab es den achten Platz und Klaus Sandberger von der LFS Waizenkirchen (OÖ) belegte Platz neun. Insgesamt gingen 48 Bewerber aus 28 Nationen an den Start. „Das beeindruckende Ergebnis bestätigt die hohe Ausbildungsqualität an den Landwirtschaftlichen Fachschulen in Österreich und zeigt eindrucksvoll die fachliche Kompetenz der Schüler“, freut sich Fachlehrerin Maria Ottenschläger, die für die Betreuung der Schüler in Paris sorgte.

Zwei Bauprojekte dienen als Marksteine der Geschichte der am 15. Oktober 1874 gegründeten Wein- & Obstbauschule Kreams: das in den 1950ern errichtete Schulgebäude und das Wein- & Obstbau Kompetenzzentrum Kreams, eröffnet 2013. VinoHAK, Wein-

management-Lehrgang, Netzwerk europäischer Weinbauschulen, Mikrovvinifikation, Bio-Lehrgang, Rebschutzdienst ... alles innovative Bildungs- und Serviceangebote, die das Wein- & Obstbau Kompetenzzentrum Kreams bereithält.

SchülerInnen der Weinbauschule Kreams

- sind am Ende der Ausbildung automatisch Facharbeiter für Weinbau und Kellerwirtschaft mit der Möglichkeit der Meisterausbildung,
- haben mit der Mittleren Reife die Anrechnung eines vollen Lehrjahres in allen Berufen,
- können das LFI-Zertifikat für Buschenschänker erlangen,
- absolvieren die Ausbildung zum Jung-sommelier Österreich,
- machen den Staplerschein an der Schule.
- machen den Traktorführerschein direkt an der Schule,
- legen die Staatliche Kosterprüfung ab,
- erleben Austauschwochen und Exkursionen im Ausland,
- können Praxisplätze in ganz Europa wählen,
- besuchen einen Motorsägen- und Holz-fällkurs,
- lernen praktisch, selbständig und nach modernen pädagogischen Erkenntnissen,
- können in insgesamt 3,8 Jahren auf der Schulbank den Facharbeiter und
- die Berufsreifeprüfung erlangen. ■

<http://www.lako.at>



Foto: Manuel Tauber-Romieri

Im Jahr 2013 wurde das neue Kompetenzzentrum in Kreams eröffnet.

Gedenken an den Ersten Weltkrieg

2014 jährt sich der Ausbruch des Ersten Weltkriegs zum hundertsten Mal – ein denkwürdiges Datum, das nicht nur Anlaß zum besonderen Gedenken an die Opfer des Krieges bietet, sondern auch ein Anstoß zur Reflexion über den langen Weg hin zu einem friedlichen Europa sein sollte: über die Fortschritte der letzten hundert Jahre und über die weiteren Schritte, die wir noch setzen müssen.

Anläßlich des Gedenkjahres 2014 ist eine ganze Reihe von Veranstaltungen in Österreich und Europa geplant. Dabei ist es Österreich sehr wichtig, daß die Veranstaltungen eine vorwärts gerichtete pro-europäische Haltung wiedergeben und daß ein Bezug zur Gegenwart hergestellt wird. Man will über einen bloßen Akt der Erinnerung und Gräber- und Denkmalpflege hinausgehen und vielmehr einen Perspektivenwechsel anregen – hin zu einer Erweiterung nationaler Perzeptionen und zur Entwicklung eines gemeinsamen europäischen Geschichtsverständnisses.

Den Planungen für das Gedenkjahr liegt eine enge interministerielle Zusammenarbeit zugrunde: VertreterInnen des Bundeskanzleramts, von Außen- (BMeia), Innen-, Verteidigungs-, Unterrichts und Wissenschaftsministerium sind an den Vorbereitungen beteiligt. Ein Kreis prominenter österreichischer HistorikerInnen hat im Auftrag dieser Ressorts ein Grundlagenpapier zum Ersten Weltkrieg erarbeitet. Dieses enthält Grundzüge einer österreichischen Betrachtungsweise auf Basis des aktuellsten Forschungsstandes und stellt nicht zuletzt auch eine Informationsgrundlage für die österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland dar.

Das „Österreich Journal“ freut sich, daß Dank der Initiative des BMeiA die HistorikerInnen zugestimmt haben, daß wir Ihnen, sehr geehrte LeserInnen, diese Sammlung in Form einer Serie das Jahr hindurch zur Lektüre anbieten können. Wir werden sie durch Berichte über Ausstellungen und Veranstaltungen ergänzen.

Im September 2012 wurde Botschafter i.R. Christian Prosl, zuletzt österreichischer Botschafter in Washington, DC, als Koordinator für die Betreuung der Projekte des



Foto: <http://anno.onb.ac.at/>

»Die Heerführer Oesterreich-Ungarns im Kriegsfall« titelte 25. Juli 1914 das in Wien erschienene »Interessante Blatt«. Im Bildtext sind deren Namen aufgelistet: »Der zur Disposition des Allerhöchsten Oberbefehls gestellte rangälteste Armeee-Inspektor G.d.J. Erzherzog Friedrich« (Mitte, die anderen beginnen links oben im Uhrzeigersinn) Armeee-Inspektor FZW Oskar Potiorek, G.d.R. Rudolf Ritter von Bruderemann, der Chef des Generalstabs G.d.J. Conrad Freiherr von Hötzensdorf, G.d.J. Liborius Ritter von Frank, Marinekommandant Admiral Anton Haus, G.d.J. Moritz Ritter von Auffenberg und Kriegsminister FZM Alexander v. Kroatin

BMeiA im Rahmen des Gedenkjahres 2014 ernannt. Durch Koordination und vor allem wechselseitige internationale und nationale Information über geplante und laufende Projekte möchte das BMeiA eine Optimierung und inhaltliche Kohärenz der österreichischen Veranstaltungen im Ausland sicherstellen.

Das Gedenken an den Ausbruch des Ersten Weltkriegs wird einen Schwerpunkt der österreichischen Auslandskulturarbeit im Jahr 2014 darstellen. Veranstaltungen mit österreichischer Beteiligung werden u.a. in Belgien, Bosnien und Herzegowina, Frankreich, Großbritannien, Kroatien, Litauen, Polen, Rußland, Schweden, der Schweiz,

Österreich, Europa und die Welt – »1914 – 2014«

Serbien, der Tschechischen Republik, der Türkei, Ungarn, der Ukraine und den Vereinigten Staaten stattfinden. Dabei spannt sich der Bogen von Ausstellungen über Konferenzen und wissenschaftliche Symposien bis zu Bildungsinitiativen und vielem mehr. Eine eigens entwickelte Wanderausstellung mit dem Titel „Das Jahr 1914 – Bewegte Ruhe vor dem Sturm“, die die Entwicklungen in Österreich unmittelbar vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs in Politik, Gesellschaft, Kunst und Kultur beleuchtet, wird in mehreren Orten im Ausland Station machen.

Zu den geplanten österreichischen Gedenkveranstaltungen im Ausland zählt ein Konzert der Wiener Philharmoniker in Sarajewo am 27. Juni 2014, dem 100. Jahrestag des Attentats auf Erzherzog Franz Ferdinand und seine Gemahlin Sophie. Das Konzert wird die erste öffentliche Veranstaltung in der neu wiedereröffneten Vijećnica sein (sie wurde 1892–1894 nach Plänen des österreichischen Architekten Alexander Wittek als Rathaus Sarajewos erbaut und beherbergte nach 1948 die National- und Universitätsbibliothek. Im Bosnienkrieg stark zerstört, wurde sie in den letzten Jahren – auch mit Unterstützung der Republik Österreich und der Stadt Wien – wiederaufgebaut und komplett neu renoviert.) Die von der österreichischen Botschaft in Sarajewo mitveranstaltete internationale wissenschaftliche Tagung „The long shots of Sarajevo“ wird sich ebenfalls den folgenschweren Ereignissen im Juni 2014 widmen.

Nicht nur im Ausland, sondern selbstverständlich auch in Österreich ist eine Vielzahl von kulturellen und wissenschaftlichen Programmpunkten geplant. So steht der Erste Weltkrieg beispielsweise im Mittelpunkt einer Ausstellung auf der Schallaburg unter dem Titel „Jubel & Elend – Leben mit dem Großen Krieg 1914-1918.“ Die Ausstellungsräume im Heeresgeschichtliche Museum Wien werden neu konzipiert, um mit geografischen, zeitlichen und thematischen Schwerpunkten ein umfassendes Bild der damaligen Ereignisse zu zeigen. Auf Schloß Artstetten gibt es neben der dem Leben von Erzherzog Franz Ferdinand gewidmeten Dauerausstellung „Für Herz & Krone“ die Sonderschau „Vom Machthunger zur Friedenskultur – 100 Jahre nach dem Tod des Thronfolgers“ zu sehen, die die Geschichte aus der Sichtweise Franz Ferdinands beleuchtet.

Mehrere Publikationen werden verschiedene Themen rund um den Ersten Weltkrieg beleuchten. Um stellvertretend nur einige davon zu nennen: Das neue Werk von Manfred Rauchensteiner „Der Erste Weltkrieg



Foto: <http://anno.onb.ac.at/>

Im Bildtext zur Titelseite des »Wiener Salonblatts« hieß es: »Gen. d. Inf. Erzherzog Friedrich, der am 4. Juni 1856 zu Groß-Seelowitz geborene Sohn weiland des Erzherzogs Karl Ferdinand und der Erzherzogin Elisabeth verwitw. gewes. Erzherzogin von Österreich-Este geb. Erzherzogin von Österreich wurde zur Disposition des Oberbefehles Sr. Majestät gestellt und gleichzeitig vom k. k. Landwehr-Oberkommando enthoben.« »Lieber Herr Vetter...«, schrieb Kaiser Franz Joseph, »In Ihrer Eigenschaft als rangältester Armeeinspektor stelle Ich Sie zur Disposition meines Oberbefehls...«

und das Ende der Habsburgermonarchie 1914-1918“ wurde bereits am 19. September 2013 im RadioKulturhaus in Wien vorgestellt. Christa Hämmerle beleuchtet in ihrem ebenfalls im Herbst des Jahres erschienenen Buch „Heimat/Front“ Geschlechtergeschichte/n des Ersten Weltkrieges in Österreich-Ungarn. Die Akademie der Wissenschaften schließlich wird mit der Publikation „Weltkriegsstatistik Österreich-Ungarn 1914-1918. Bevölkerungsbewegung, Humanverluste, Kriegswirtschaft“ erstmalig und umfassend wesentliche Daten zu Österreich-Ungarn im Ersten Weltkrieg gesammelt und strukturiert zugänglich machen.

Darüber hinaus werden sich im Gedenkjahr 2014 wissenschaftliche Konferenzen, Symposien, Filmprojekte, Forschungsprogramme, Bildungsinitiativen... mit dem Ersten Weltkrieg auseinandersetzen.

Die meisten der Projekte im In- und Ausland sind in der Vorbereitungsphase und werden in den kommenden Wochen und Monaten konkrete Gestalt annehmen. Sie sind daher eingeladen, in regelmäßigen Abständen die Website des BMeiA zu besuchen, um sich über den aktuellsten Stand der Planungen zu informieren und alle Termine zu informieren:

<http://www.bmeia.gv.at>

Demokratie, Krieg, Frieden.

Beitrag aus einem Grundlagenpapier, das auf Initiative des Bundesministeriums für Europa, Integration und Äußeres mit sechs anderen Ressorts bei namhaften österreichischen WissenschaftlerInnen in Auftrag gegeben wurde.

Teil 3 der Serie: *Anmerkungen zu den Rahmenbedingungen des Ersten Weltkriegs. Von Anton Pelinka *)*



© wiki commons/Sammlung J.P. Adlbrecht/Joedl

Kriegsgefangene der Truppen von Österreich-Ungarn im 1. Weltkrieg in einem Lager für Kriegsgefangene bei Genua.

Der große Krieg, der mit der Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien begann, war ein Krieg unter demokratischen Vorzeichen. Die wichtigsten Akteure waren entweder parlamentarische Demokratien (wie Frankreich, das Vereinigte Königreich und Italien), demokratische Präsidentschaftsrepubliken (wie die USA) oder konstitutionelle Monarchien mit einem unterentwickelten, aber vorhandenen Parlamentarismus (wie die vier Reiche, deren Zerstörung am Ende des Krieges stehen sollte – Rußland, Deutschland, Österreich-Ungarn und das Osmanische Reich).

In allen diesen Staaten war die Beteiligung am Krieg konstitutionell und damit zumindest indirekt demokratisch legitimiert. Der Weltkrieg begann und endete als ein demokratischer Krieg.

Diese Beobachtung ist eine Herausforderung für eine der zentralen, freilich auch heftig diskutierten Annahmen der Politikwissenschaft, speziell der Internationalen Beziehungen und der Friedens- und Konfliktforschung: Demokratien liberalen Zuschnitts – also westliche, pluralistische Demokratien – führen zwar Kriege gegen Nicht-Demokra-

ten. Kriege zwischen Demokratien finden aber nicht oder nur in Ausnahmefällen statt. (Siehe z. B. J. Ann Tickner: *International Relations: Post-Positivist and Feminist Perspectives*, in: *A New Handbook of Political Science*, hg. v. Robert E. Goodin und Hans-Dieter Klingemann, Oxford 2000, S. 449)

Die Begründung für diese „Theorie des demokratischen Friedens“ ist, daß die Legitimierung eines Krieges in Demokratien ungleich schwieriger als in Nicht-Demokratien ist; daß Demokratien Krieg nur auf der Grundlage eines möglichst breiten gesellschaftlichen Konsenses führen können. Ein solcher Konsens aber ist, wenn es um die Rechtfertigung eines Krieges gegen eine andere Demokratie geht, nur schwer herzustellen.

Die demokratische Komponente des 1914 begonnenen Krieges zeigt sich in der im Verlaufe der Kriegsjahre zunehmenden Ideologisierung des Krieges. Am deutlichsten wird dies im Zusammenhang mit dem Kriegseintritt der USA. Die USA hatten einen nachvollziehbaren Interessenkonflikt mit dem Deutschen Reich – die freie Schifffahrt im Atlantik war durch die deutsche U-Boot-Kriegsführung schwer beeinträchtigt. Die USA hatten keinen erkennbaren Interessenkonflikt mit Österreich-Un-

garn, was sich auch an der erst Monate nach der Kriegserklärung gegen Deutschland erfolgten amerikanischen Kriegserklärung gegen die Doppelmonarchie äußerte. Doch Präsident Wilson stellte eine hochideologische Formel in den Mittelpunkt der Rechtfertigung seiner Kriegspolitik: das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Dieser unvermeidlich vage, nebulose, extrem interpretationsbedürftige Slogan richtete sich nicht gegen die Existenz des Deutschen Reiches. Dieses konnte ja auch 1919 nach der Abtretung von Gebieten an Frankreich, Polen, Belgien und Dänemark weiterexistieren. Wilsons Formel, wie sie wahrgenommen wurde und wahrgenommen werden sollte, zielte auf die Existenz Österreich-Ungarns.

Mit dieser Ideologisierung erreichte Wilson eine breite Zustimmung für einen Krieg in einer „guten Sache“: Wer konnte, wer wollte im 20. Jahrhundert gegen das Selbstbestimmungsrecht von Völkern in Europa sein? Die Ideologisierung förderte ein manichäisches Denken: eine Zuordnung und Einstufung in „gut“ und „böse“.

Die Ideologisierung des Krieges war eine Facette des demokratischen Krieges. Bedeutsam war vor allem, daß der demokratische Charakter die Schwierigkeit zur Beendigung des Krieges exponentiell steigerte: Mit Aus-

*) Dr. Anton Pelinka ist Professor für Politikwissenschaften und Nationalismusstudien an der Central European University, Budapest

Österreich, Europa und die Welt – »1914 – 2014«

nahme der gesellschaftlichen Lage in Rußland vor Ausbruch der Oktoberrevolution war die Zustimmung zur Weiterführung des Krieges nicht nur bei den Regierungen, sondern auch bei den „Völkern“ bis zum Herbst 1918 grundsätzlich ungebrochen.

Das erschwerte das, was bei vordemokratischen Kriegen möglich war – die Beendigung des Krieges durch elitäre Kompromisse. Die traditionellen Eliten konnten in der Zeit vor 1914 Kriege in einer rationalen Art und Weise beenden, die demokratischen Eliten kaum noch möglich war. Die Friedens-

initiative des österreichischen Kaisers und ungarischen Königs 1917 war der Versuch eines Rückgriffes auf ein vordemokratisches Muster, und es scheiterte am empörten Aufschrei nicht nur der deutschen Verbündeten, sondern auch der demokratischen Parteien der Entente – etwa in Frankreich.

Die Ideologisierung des demokratischen Krieges von 1914 bis 1918 hatte Fernwirkungen auf die Rahmenbedingungen des Zweiten Weltkriegs. Die Überzeichnung des teuflischen Charakters „der Deutschen“ führte dazu, daß – in einem Bumerang-



Foto: Privat

Univ.-Prof. Anton Pelinka

Anton Pelinka

Wir sind alle Amerikaner

Der abgesagte Niedergang der USA

Die jahrzehntelange globale Weltvormachtstellung der USA ist unbestritten. Dies macht sie in seltener Einigung diametraler Pole zum Lieblings-Feindbild radikaler Islamisten wie liberal-intellektueller Europäer. Zeit für Uncle Sam, das Szepter an China oder die BRICS-Staaten weiterzugeben? Oder funktioniert die Annäherung etwa genau umgekehrt: Werden wir alle zu Amerikanern?

Anton Pelinka hat eine leicht lesbare und dennoch lesenswerte Analyse der USA und ihres Einflusses auf eine Welt vorgelegt, die sie weiterhin dominieren. Ganz so selbstverständlich, wie es aktuell trotz Irak und Afghanistan aussehen mag, ist dies nicht.

„Bücher am Sonntag“,
„Neue Züricher Zeitung“ am Sonntag



Der Link auf die Detailseite von thalia.at, wo Sie dieses Buch gleich online bestellen können:

<http://partners.webmasterplan.com/click.asp?ref=682206&site=9139&type=text&mb=1&pid=9783991000990>

Übersichtlich, leicht lesbar und zu keinem Zeitpunkt langweilig ist das Buch ein echter Pageturner.

„Wiener Zeitung“

Es stimmt, die USA sind nicht mehr das, was sie einmal waren. Die USA mögen – als Volkswirtschaft – irgendwann im 21. Jahrhundert von China eingeholt werden. Die Militärmaschine der USA mag vieles von ihrer Überlegenheit einbüßen. Jedoch: Die Propheten des amerikanischen Untergangs sind Opfer ihres eigenen Wunschdenkens. Die USA sind im Wandel – sie sind aber nicht im Abstieg. Der Rest der Welt verringert den wirtschaftlich und militärisch gemessenen Abstand zur „westlichen Hegemonialmacht“ tatsächlich immer mehr. Dies gelingt ihr jedoch nur aus einem Grund: weil sie den USA immer ähnlicher wird. Wir sind also, argumentiert Pelinka, alle Amerikaner – oder zumindest auf dem besten Weg zu solchen zu werden. Daß viele von uns das nicht sehen und schon gar nicht akzeptieren wollen, ändert nichts an den Mühlen eines Prozesses, der Globalisierung genannt wird; der aber genauso gut auch Amerikanisierung genannt werden kann. Die USA brauchen die Welt nicht zu beherrschen – die Welt ist dabei, sich Amerika immer mehr anzupassen.

Anton Pelinka

Wir sind alle Amerikaner

Der abgesagte Niedergang der USA

200 Seiten, gebunden, 22,90 €

Braumüller Verlag Wien

ISBN: 3-9910009-9-7

Effekt – in den 1930er-Jahren der wahre Charakter des Nationalsozialismus nicht erkannt wurde. Zu sehr war die öffentliche Meinung in den westlichen Demokratien zwei Jahrzehnte nach dem Ende des ersten Krieges gegenüber Berichten von Übeltaten eines Gegners immunisiert, zu sehr war der Eindruck einer maßlosen Propaganda der eigenen Seite entstanden, um das nun wirklich alles bisher Bekannte übertreffende Böse des neuen Deutschland sehen zu können. Die Ideologisierung des ersten, des demokratischen Krieges führte zu dem Appeasement, das den zweiten – den nicht demokratischen Krieg, den Krieg zwischen Demokratien und Nicht-Demokratien – wesentlich erleichterte.

Der Nationalismus war die Ursache, daß – über die bloße Wahrnehmung rational begründbarer Interessenkonflikte hinaus – der Erste Weltkrieg als demokratischer Krieg möglich wurde. Nationalistische Feindbilder, durch demokratische Mechanismen nicht geschwächt, sondern gestärkt, sorgten dafür, daß die zum Krieg drängenden, in den Krieg schlitternden Regierungen für ihre Politik eine breite gesellschaftliche Basis vorfanden.

Der Erste Weltkrieg begann als dritter Balkankrieg. Der Balkankrieg, der im früheren Jugoslawien zwischen 1911 und 1913 tobte, hatte mit dem Krieg, der 1914 begann, ein Merkmal gemeinsam: Er war ein demokratischer Krieg. Die demokratisch legitimierte Regierungen der Republiken, befreit von den autoritären Fesseln der titoistischen Einheitspartei, begannen – gestützt auf breite gesellschaftliche Zustimmung – gegeneinander Krieg zu führen. Am Ende des 20. Jahrhunderts stand wieder ein demokratisch legi-

Österreich, Europa und die Welt – »1914 – 2014«

timierter Balkankrieg. Der Unterschied: Die Mächte jenseits des Balkans, fast durchwegs demokratisch legitimiert, ließen sich nicht in diesen (letzten?) Balkankrieg hineinziehen.

Es war der Nationalismus, der 1914 und in den folgenden vier Jahren für die demokratische Legitimation des Krieges gesorgt hat. Das Fehlen jedes wirksamen trans- oder internationalen Korrektivs stellte die Voraussetzungen für die Katastrophe her. Es war der Nationalismus, der den Pluralismus der Demokratie zerstört und so eine wirksame Opposition gegen die Kriegspolitik verhindert

Anton Pelinka

Geboren 1941 in Wien

Ausbildung

Matura 1960

Studium der Rechtswissenschaft (Dr.jur. 1964, Universität Wien) und der Politikwissenschaft (Institut für Höhere Studien Wien)

Beruflicher Werdegang

1966, 1967 Redakteur der „Furche“
 1968 – 1971 Institut für Höhere Studien, Forschungsassistent
 1971 – 1973 Universität Salzburg, Universitätsassistent, 1972 Habilitation (Politikwissenschaft)
 1973 – 1974 Universität Essen, Professor für Politikwissenschaft
 1974 – 1975 PH Berlin West, o.Prof. für Politikwissenschaft
 1975 – 2006 Universität Innsbruck, o.Univ.Prof. für Politikwissenschaft
 1987 – 1989 Universität Innsbruck, Dekan der Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät
 2004 – 2006 Universität Innsbruck, Dekan der Fakultät für Politikwissenschaft und Soziologie
 Seit 2006 Central European University, Budapest, Prof. of Nationalism Studies and Political Science

Gastprofessuren

1981 University of New Orleans
 1990 – 1991 Harvard University (Schumpeter Fellow)
 1997 Stanford University (Austrian Chair)
 2001 – 2002 University of Michigan, Ann Arbor,
 2002 – 2003 Université Libre de Bruxelles (Chair Bernheim)

hat – am besten ausgedrückt im Ausspruch des deutschen Kaisers, er kenne keine Parteien mehr, er kenne nur noch Deutsche. Die vorhandenen Potentiale der Demokratie, Kriege zu verhindern, wurden durch den Nationalismus erstickt: 1914 wie auch 1991. ■

Literaturhinweise:

Niall Ferguson: *The Pity of War. Explaining World War I*, New York 1999.

Margaret Macmillan: *Paris 1919. Six Months That Changed the World*, New York 2003.

2011, 2012, 2013 Hebrew University, Jerusalem (European Forum)

Forschungsaufenthalte

1994 Collegium Budapest
 2012 – 2013 Internationales Forschungszentrum Kulturwissenschaften Wien

Ehrungen und Auszeichnungen

- Wissenschaftspreis der Stadt Wien
- Ehrenmitgliedschaft der Österreichischen Gesellschaft für Politikwissenschaft
- Heinz Nittel-Preis der Österreichisch-Israelischen Gesellschaft

Publikationen (Auswahl)

Jaruzelski oder die Politik des kleineren Übels
 1996, (Peter Lang Verlag, Frankfurt/Main), überarbeitete Neuauflage 2012 (Innsbruck University Press), englischsprachige Ausgabe *Politics of the Lesser Evil* 1999 (Transaction Press, New Brunswick, New Jersey)

Austria: Out of the Shadow of the Past, 1998 (Westview Press, Boulder Colorado)

Democracy Indian Style, 2003 (Transaction Press, New Brunswick, New Jersey), deutschsprachige Ausgabe *Demokratie in Indien*, 2005 (Studienverlag, Innsbruck)

Europa. Ein Plädoyer, 2011 (Braumüller, Wien)

Wir sind alle Amerikaner, 2013 (Braumüller, Wien)

Die Unheilige Allianz. Rechter rund linker Extremismus gemeinsam gegen Europa, erscheint 2015 (Verlag Böhlau, Wien)

Jahresübersicht der Beiträge

Motivenbericht und Einleitung

Ausgabe 127 / E: 03.02.2014

1. **Österreich-Ungarn und der Erste Weltkrieg. Ein Überblick**
 Von Manfred Rauchensteiner
Ausgabe 127 / E: 03.02.2014
2. **Über die Kriegsschuld**
 Von Helmut Konrad
Ausgabe 128 / E: 27.02.2014
3. **Demokratie, Krieg und Frieden. Anmerkungen zu den Rahmenbedingungen des Ersten Weltkriegs**
 Von Anton Pelinka
Ausgabe 129 / E: 27.03.2014
4. **„Das Befreiende der mutigen Tat“: Die „dunkle“ Seite der Wiener Moderne um 1914**
 Von Oliver Rathkolb
Ausgabe 130 / E: 30.04.2014
5. **Soziale Militarisierung**
 Von Christa Hämmerle
Ausgabe 131 / E: 30.05.2014
6. **Der Krieg und die Medien**
 Von Wolfgang Maderthaler
Ausgabe 132 / E: 30.06.2014
7. **Fronterfahrung**
 Von Helmut Konrad
Ausgabe 133 / E: 31.07.2014
8. **Kriegführung und humanitäre Folgen**
 Von Verena Moritz
Ausgabe 134 / E: 28.08.2014
9. **Frauen- und Geschlechtergeschichte des Ersten Weltkriegs**
 Von Christa Hämmerle und Gabriella Hauch
Ausgabe 135 / E: 09.10.2014
10. **Folgen des Ersten Weltkriegs**
 Von Stefan Karner
Ausgabe 136 / E: 30.10.2014
11. **Nachwirkungen der „Fronterfahrung“ des Ersten Weltkriegs auf die Entwicklung Österreichs in der Zwischenkriegszeit**
 Von Verena Moritz
Ausgabe 137 / E: 25.11.2014
12. **Der Erste Weltkrieg im Gedächtnis Österreichs und (Zentral-)Europas – Gedächtnistraditionen in (transnational)er Perspektive**
 Von Heidemarie Uhl
Ausgabe 138 / E: 22.12.2014

Anm.: Die Erscheinungstermine können um bis zu drei Tage verschoben werden. Die Redaktion.

Chronik des Ersten Weltkriegs mit besonderer Berücksichtigung Österreich-Ungarns

1914

28. Juni:
Ermordung des österreichisch-ungarischen Thronfolgers Erzherzog Franz Ferdinand und seiner Gemahlin Sophie in Sarajevo

23. Juli:
Befristete Demarche Österreich-Ungarns an Serbien

25. Juli:
Abbruch der diplomatischen Beziehungen Österreich-Ungarns zu Serbien. Beginn der Generalmobilmachung in Serbien

28. Juli:
Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien

29. Juli:
Teilmobilmachung in Rußland

30. Juli:
Beginn der Generalmobilmachung in Rußland

31. Juli:
Deutsches Ultimatum an Rußland

1. August:
Beginn der Mobilmachung in Frankreich und im Deutschen Reich. Deutsche Kriegserklärung an Rußland

3. August:
Deutsche Kriegserklärung an Frankreich. Neutralitätserklärungen Italiens und Rumäniens

4. August:
Deutscher Einmarsch in das neutrale Belgien. Kriegserklärung Großbritanniens an das Deutsche Reich

05. August:
Kriegserklärung Montenegros an Österreich-Ungarn

06. August:
Kriegserklärung Serbiens an das Deutsche Reich. Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Rußland

11. August:
Kriegserklärung Frankreichs an Österreich-Ungarn

12. August:
Kriegserklärung Großbritanniens an Österreich-Ungarn

23. August:
Beginn der Schlacht von Krasnik (bis 25. August). Erster Erfolg von k. u. k. Truppen

Kriegserklärung Japans an das Deutsche Reich und Beginn der Belagerung von Tsingtau (Einnahme am 7. November 1914)

26. August:
Beginn der Schlacht bei Komarów (bis 1. September). Sieg der k. u. k. Truppen

27. August:
Kriegserklärung Japans an Österreich-Ungarn

2. September:
Eroberung von Lemberg durch russische Truppen

8. September:
Zweite Offensive österreichisch-ungarischer Verbände gegen Nordwest- und Westserbien

22. Oktober:
Kriegseintritt des Osmanischen Reiches an der Seite der Mittelmächte

16. November:
Beginn der dritten österreichisch-ungarischen Offensive gegen Serbien

1. Dezember:
Schlacht bei Limanowa-Lapanów führt zum Rückzug zweier russischer Armeen (bis 15. Dezember)

2. Dezember:
Einnahme Belgrads durch k. u. k. Truppen

3. Dezember:
Beginn der serbischen Gegenoffensive

15. Dezember:
Rückzug der letzten österreichisch-ungarischen Truppen von serbischem Gebiet

1915

13. Januar:
Ablösung des Grafen Leopold Berchtold durch Stephan Graf Burián von Rajecz als k. u. k. Minister des Äußern

23. Januar:
Winterschlacht in den Karpaten (bis Ende März). Schwere Verluste des österreichisch-ungarischen Heeres

6. Februar:
Rumänisch-italienisches Defensivbündnis

22. März:
Kapitulation der österreichisch-ungarischen Festung Przemysl

22. April:
Erster Einsatz von Chlorgas durch deutsche Truppen im Gebiet von Ypern

25. April:
Beginn der alliierten Landungen im Dardanellengebiet (Halbinsel Gallipoli)

26. April:
Londoner Vertrag zwischen Italien und der Entente

2. Mai:
Beginn der Durchbruchsschlacht von Tarnów-Gorlice

4. Mai:
Aufkündigung des Dreibundvertrages durch Italien

7. Mai:
Versenkung des britischen Passagierdampfers „Lusitania“ durch ein deutsches U-Boot

23. Mai:
Kriegserklärung Italiens an Österreich-Ungarn

3. Juni:
Przemysl von deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen wieder erobert

22. Juni:
Lemberg von deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen wieder befreit

23. Juni:
Beginn der ersten Isonzoschlacht (bis 7. Juli)

17. Juli:
Beginn der zweiten Isonzoschlacht (bis 10. August)

Österreich, Europa und die Welt – »1914 – 2014«

26. August: Beginn der „schwarz-gelben“ Offensive gegen Rußland	29. Februar: Besetzung von Nordalbanien durch Verbände des k. u. k. Heeres abgeschlossen	22. September: Beginn der Gegenoffensive deutscher und österreichisch-ungarischer Truppen in Siebenbürgen
6. September: Abschluß einer Militärkonvention zwischen dem Deutschen Reich, Österreich-Ungarn und Bulgarien	11. März: Beginn der fünften Isonzoschlacht (bis 16. März)	9. Oktober: Beginn der achten Isonzoschlacht (bis 12. Oktober)
6. Oktober: Offensive deutscher und österreichisch-ungarischer Verbände gegen Serbien. Feststellung des gemeinsamen Ministerrats in Wien, wonach die nationale Struktur und der staatsrechtliche Aufbau Österreich-Ungarns keine Gebietserweiterungen vertragen würden.	16. März: Schwere Kämpfe im Adamello-Gebiet, Sprengung des Col di Lana	21. Oktober: Der k. u. k. Ministerpräsident Karl Graf Stürgkh wird von Friedrich Adler erschossen. Nachfolger Stürgkhs wird Ernest von Koerber
8. Oktober: Eroberung von Belgrad	15. Mai: Beginn der österreichisch-ungarischen Südtiroloffensive („Strafexpedition“)	31. Oktober: Beginn der neunten Isonzoschlacht (bis 4. November)
14. Oktober: Kriegserklärung Bulgariens an Serbien	31. Mai: Seeschlacht im Skagerrak	5. November: Proklamierung eines selbstständigen Königreichs Polen durch das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn
18. Oktober: Beginn der dritten Isonzoschlacht (bis 5. November)	4. Juni: Beginn der russischen Sommeroffensive (Brusilov-Offensive). Bis 31. August schwere Verluste des k. u. k. Heeres	21. November: Tod Kaiser Franz Josephs I. Sein Nachfolger wird Kaiser Karl I
10. November: Beginn der vierten Isonzoschlacht (bis 11. Dezember)	6. bis 22. Juni: Blockade Griechenlands durch die Entente; am 21. Juni Demobilisierung der griechischen Armee	6. Dezember: Eroberung von Bukarest durch Truppen der Mittelmächte
25. November: Niederlage des serbischen Heeres auf dem Amselfeld (Kosovo polje). Rückzug der Serben über Montenegro nach Albanien (bis 26. Februar)	16. Juni: Ende der Schlacht in Südtirol	12. Dezember: Friedensangebot der Mittelmächte an die Alliierten (am 30. Dezember abgelehnt)
Dezember: Friedensinitiativen der sogenannten Meinl-Gruppe	29. Juni: Erster Giftgaseinsatz österreichisch-ungarischer Truppen im Raum Görz	18. Dezember: Vergeblicher Friedensaufruf des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson
1916	4. August: Beginn der sechsten Isonzoschlacht (bis 17. August). Görz von italienischen Truppen erobert	20. Dezember: Ottokar Graf Czernin neuer k. u. k.-Minister des Äußern
4. Januar: Österreichisch-ungarische Offensive gegen Montenegro	23. August: Kriegserklärung Italiens an das Deutsche Reich	1917
8. Januar: Räumung der Halbinsel Gallipoli durch die Alliierten	27. August: Kriegserklärung Rumäniens an Österreich-Ungarn. Beginn einer rumänischen Offensive gegen Siebenbürgen	Januar bis Mai: Vertrauliche Friedensangebote Kaiser Karls an die Alliierten durch Prinz Sixtus von Bourbon-Parma (vgl. 12. April 1918). Italien lehnt Verhandlungen über einen Sonderfrieden ab
11. Januar: Besetzung des Lovcen-Massivs (Montenegro) durch österreichisch-ungarische Truppen	28. August: Kriegserklärung des Deutschen Reichs an Rumänien	12. Januar: Kronrat unter dem Vorsitz Kaiser Karls: Integrität der Monarchie, weitgehende Existenzmöglichkeiten für Serbien, Annäherung an Rußland; Status quo in der polnischen Frage
23. Januar: Bedingungslose Kapitulation Montenegros. K. u. k. Truppen beginnen den Einmarsch in Albanien	September: Schwere Versorgungsprobleme in der österreichischen Reichshälfte	1. Februar: Beginn des uneingeschränkten U-Boot-Kriegs
21. Februar: Beginn der Schlacht um die Festung Verdun in Nordfrankreich	1. September: Kriegserklärung Bulgariens an Rumänien	
	14. September: Beginn der siebten Isonzoschlacht (bis 17. September)	

Österreich, Europa und die Welt – »1914 – 2014«

27. Februar: General der Infanterie Arz von Straußenburg löst Generaloberst Conrad von Hötzendorf als Chef des Generalstabes ab	Einsatz einer tschechischen Brigade bei Zborów im Rahmen der Kerenskij-Offensive	1. Februar: Matrosenrevolte im k. u. k. Kriegshafen von Cattaro. Nach der Niederschlagung vier Todesurteile vollstreckt
Bildung eines gemeinsamen Ernährungsausschusses für beide Reichshälften, der dem Kaiser direkt unterstellt ist	16. bis 18. Juli: Bolschewistischer Aufstand in St. Petersburg scheidert	9. Februar: Friedensvertrag der Mittelmächte mit der Ukrainischen Volksrepublik
12. März: Beginn der (bürgerlichen) Revolution in Rußland	20. Juli: Vertrag von Korfu zwischen Serben und Kroaten über die Errichtung eines Königreiches der Serben, Kroaten und Slowenen	28. Februar: K. u. k. Truppen beteiligen sich am Einmarsch in die Ukraine
15. März: Zar Nikolaj II. von Rußland dankt ab	18. August: Beginn der elften Isonzoschlacht (bis 13. September)	Ende Februar: Kaiser Karl will die 14 Punkte Wilsons mit Einschränkungen anerkennen
6. April: Kriegserklärung der USA an das Deutsche Reich	24. Oktober: Beginn der zwölften Isonzoschlacht. Deutsche und österreichisch-ungarische Truppen erzielen einen Durchbruch bei Flitsch und Tolmein. In der Folge Vormarsch bis an den Piave	3. März: Friedensvertrag von Brest-Litowsk zwischen den Mittelmächten und Rußland
19. bis 21. April: Englisch-französisch-italienische Konferenz in Saint-Jean-de-Maurienne. Ein Sonderfrieden mit Österreich-Ungarn wird abgelehnt	07. November: Beginn der bolschewistischen Revolution in Rußland	14. März: Besetzung Odessas durch Verbände der Mittelmächte
23. April: Kriegszielbesprechung in Bad Kreuznach zwischen dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn	20. bis 29. November: Alliiierter Großangriff bei Cambrai mit „Tanks“	21. März: Deutsche Frühjahrsoffensive in Belgien und Frankreich (bis 17. Juli)
12. Mai: Zehnte Isonzoschlacht (bis 5. Juni)	3. Dezember: Beginn von Waffenstillstandsverhandlungen zwischen den Mittelmächten und Rußland (Waffenstillstand am 15. Dezember. Beginn von Friedensverhandlungen am 22. Dezember)	1. April: Der erste Luftpostverkehr der Welt wird auf der Strecke Wien – Olmütz – Krakau – Lemberg – Kiew aufgenommen
15. Mai: Seegefecht in der Otrantostraße	7. Dezember: Kriegserklärung der USA an Österreich-Ungarn	8. April: Kongreß der unterdrückten Völker (Österreich-Ungarns) in Rom (bis 11. April)
30. Mai: Wiederzusammentritt des österreichischen Reichsrats	Waffenstillstand zwischen den Mittelmächten und Rumänien in Focsani	12. April: Der französische Ministerpräsident Clemenceau veröffentlicht den (ersten von zwei) „Sixtusbriefen“. Kaiser Karl leugnet ihn ab. Der Minister des Äußern, Czernin, tritt zurück
10. Juni: Italienische Offensive im Gebiet der Sieben Gemeinden (Ortigaraschlacht; bis 29. Juni)	1918	25. April: Heimkehrermeutereien in Böhmen, Mähren und Galizien (bis 5. Juli)
15. Juni: Moritz Graf Esterházy Nachfolger Graf Tizsas als ungarischer Ministerpräsident	3. bis 25. Januar: Streikbewegung in Österreich-Ungarn. Nach und nach sind über 700.000 Arbeiter im Ausstand	7. Mai: Abschluß des Friedensvertrages von Bukarest zwischen den Mittelmächten und Rumänien
27. Juni: Griechenland tritt der Entente bei	6. Januar: „Dreikönigsdeklaration“ der tschechischen Abgeordneten zum österreichischen Reichsrat	12. Mai: Kaiser Karl in Spa: Vereinbarung über ein enges politisches, militärisches und wirtschaftliches Bündnis mit dem Deutschen Reich
29. Juni: Offensive des russischen Heeres in Weißrußland (Kerenskij-Offensive)	8. Januar: Friedensbotschaft von US-Präsident Wilson („14 Punkte“)	Meutereien in Judenburg, Murau, Fünfkirchen, Rumburg und Radkersburg (bis 24. Mai)
02. Juli: Kriegserklärung Griechenlands an das Deutsche Reich, Österreich-Ungarn, Bulgarien und das Osmanische Reich. Kaiser Karl erläßt eine Amnestie für politische Delikte		

30. Mai:
Vertrag von Pittsburgh (USA) zwischen dem tschechischen Emigrantenführer T. G. Masaryk und amerikanischen Slowakenführern

10. Juni:
Versenkung des k. u. k. Großkampfschiffes „Szent István“ vor der Insel Premuda

15. Juni:
Beginn der Piaveoffensive. Die letzte Offensive des k. u. k. Heeres scheitert innerhalb von Tagen

6. Juli:
Beginn der alliierten Offensive in Albanien

17. Juli:
Zar Nikolaj II. wird mit seiner Familie von Bolschewisten erschossen

8. August:
Schlacht von Amiens (bis 11. August). Beginn des Zusammenbruchs der deutschen Front in Frankreich

9. August:
Anerkennung der Tschechoslowakei als kriegführende Nation durch Großbritannien

14. September:
Friedensnote Kaiser Karls „An alle“

15. September:
Alliierte Offensive an der Mazedonienfront (bis 29. Oktober)

18. September:
Beginn der alliierten Offensive in Palästina

26. September:
Masaryk proklamiert in Paris einen selbstständigen tschechoslowakischen Staat

29. September:
Waffenstillstand zwischen Bulgarien und den Alliierten

Generalfeldmarschall Hindenburg verlangt von der deutschen Reichsregierung Schritte zum Abschluß eines Waffenstillstands

1. Oktober:
Beginn der Räumung Albaniens durch österreichisch-ungarische Truppen

3. Oktober:
Beginn der Räumung Serbiens durch deutsche und österreichisch-ungarische Truppen

Friedensnote Österreich-Ungarns an US-Präsident Wilson

6. Oktober:
Konstituierung eines Nationalrats der Slowenen, Kroaten und Serben in Zagreb

14. Oktober:
Konstituierung einer tschechoslowakischen Regierung in Paris

16. Oktober:
Völkermanifest Kaiser Karls

18. Oktober:
Wilson lehnt die österreichisch-ungarische Friedensnote ab

21. Oktober:
Konstituierung einer provisorischen Nationalversammlung Deutschösterreichs

23. bis 26. Oktober:
Besuch des Kaiserpaars Karl und Zita in Debrecen. Der ungarische Reichstag beschließt die Bildung eines Nationalrats

24. Oktober:
Beginn der alliierten Offensive am Piave Rücktritt Buriáns. Graf Gyulá Andrassy d. J. wird letzter k. u. k. Minister des Äußern

27. Oktober:
Bildung der letzten kaiserlich-österreichischen Regierung unter Heinrich Lammasch

28. Oktober:
Proklamation eines selbstständigen tschechoslowakischen Staates in Prag

Anschluß der polnischen Gebiete Österreich-Ungarns an den polnischen Staat

30. Oktober:
Einrichtung eines provisorischen Staatsrats und einer deutschösterreichischen Regierung

31. Oktober:
Übergabe eines Großteils der k. u. k. Kriegsmarine an den südslawischen Staat

Der ehemalige ungarische Ministerpräsident István Graf Tisza wird ermordet

01. November:
Versenkung des (ehemaligen) k. u. k. Flaggenschiffes „Viribus Unitis“ durch italienische Haftminen

Bildung einer selbstständigen ungarischen Regierung unter Graf Mihály Károlyi. Serben besetzen Belgrad

2. November:
Rücktritt des letzten österreichisch-ungarischen Ministers des Äußern Graf Andrassy.

3. November:
Abschluß des Waffenstillstands zwischen Österreich-Ungarn und den Alliierten in der Villa Giusti (am 4. November in Kraft getreten)



Siehe: »Österreich Journal« pdf-Magazin, Ausgabe 128 vom 27. Feber 2014

Eine Katastrophe und ihre Folgen

2014 jährt sich der Beginn des Ersten Weltkriegs zum 100. Mal. Zahlreiche Ausstellungen in Wien beschäftigen sich im Gedenkjahr mit diesem Thema.



Kaiser Karl I. mit Kaiserjägern aus Tirol bei einem Frontbesuch, 1917

Die Wienbibliothek im Rathaus zeigt in der Ausstellung *Wohin der Krieg führt*. Wien im Ersten Weltkrieg die komplette Verwandlung, die die Stadt in viereinhalb Kriegsjahren erlebte. Wien, zur Hauptstadt eines kleinen Restes eines mächtigen Imperiums degradiert, wurde in Europa zum Synonym für einen umfassenden urbanen Niedergang.

Zu sehen sind historische Dokumente aus der sogenannten „Kriegssammlung“, die auf Betreiben des damaligen Bürgermeisters Richard Weiskirchner angelegt wurde. Begleitend zur Schau ist im Wiener Metroverlag ein umfangreiches Werk zu dem Thema erschienen. Im Epizentrum des Zusammen-

bruchs. „Wien im Ersten Weltkrieg“ (herausgegeben von Alfred Pfoser und Andreas Weigl) enthält reiches Illustrationsmaterial und versammelt Beiträge von über 50 Autoren, die die verheerenden Erfahrungen und die großen Transformationen dieser Zeit dokumentieren. Das Wiener Stadt- und Landesarchiv beschäftigt sich in der Ausstellung „Mangel – Hunger – Tod. Die Wiener Bevölkerung und die Folgen des Ersten Weltkrieges“ ebenfalls mit den dramatischen Veränderungen, die dieser erste „totale Krieg“ für die Stadt und ihre BewohnerInnen mit sich brachte. Die sich während des Krieges verschärfende Versorgungskrise schwebte wie ein Damoklesschwert über der Zwei-

Millionen-Metropole. Sie sorgte bei einer mehrheitlich ohnehin unterernährten Bevölkerung für Hunger, Apathie und Tod.

Das „Gemälde Totentanz“ von Anno Neun (1908) des österreichischen Malers Albin Egger-Lienz (1868-1926) wurde 1914 als mahnende Vorahnung des Ersten Weltkriegs interpretiert. Ausgehend von diesem Gemälde veranschaulicht eine Ausstellung in der Orangerie des Belvedere die Entwicklung des Künstlers und beleuchtet unterschiedliche Interpretationen seines Werks. Die Ausstellung „An meine Völker! Der Erste Weltkrieg 1914-1918“ der Österreichischen Nationalbibliothek veranschaulicht das historische Spannungsfeld zwischen Euphorie

Österreich, Europa und die Welt – »1914 – 2014«

und Ernüchterung, Heldentum und Trauer, Propaganda und Elend, Soldatenleben und Kriegsalltag von Frauen und Kindern (siehe: „Österreich Journal“ pdf-Magazin, Ausgabe 128 vom 27. Feber 2014). Viele Objekte aus der „Kriegssammlung“ der ehemaligen Hofbibliothek werden dabei erstmals im Prunksaal am Josefsplatz zu sehen sein.

Der 100. Jahrestag des Ausbruchs des Ersten Weltkrieges und der 100. Todestag der ersten Friedensnobelpreisträgerin Bertha von Suttner bilden den Anlaß für ein gemeinsames Ausstellungsprojekt der Stadt Wien mit Brno und Sarajevo. Die Schau „Die Würde des Menschen“ findet im MUSA statt, das die Kunstsammlung der Stadt Wien beherbergt. In Sarajevo soll die Ausstellung in der Nationalgalerie Bosnien-Herzegowina am 28. Juni 2014 eröffnen, in Brno im Haus der Kunst im Herbst 2014. Die Schau Weltuntergang. „Jüdisches Leben und Sterben im Ersten Weltkrieg“ des Jüdischen Museums Wien widmet sich den gravierenden Folgen, die der Erste Weltkrieg und der Untergang der alten Ordnung für die Juden Österreich-Ungarns hatte. In der Monarchie galten sie als die loyalsten Untertanen Kaiser Franz Josephs I., der ihnen Rechtssicherheit garantierte und den Antisemitismus verabscheute. An die 350.000 jüdische Soldaten dienten im Ersten Weltkrieg, die Frontlinien überrollten und verwüsteten das größte jüdische Siedlungsgebiet in Galizien. Die Ausstellung widmet sich zahlreichen Biographien von Soldaten, Politikern, Rabbinern, Künstlern oder Revolutionären und Pazifisten – darunter auch etliche Frauen.

Während bei der Mehrzahl der Wiener Ausstellungen zum Gedenkjahr 2014 das Attentat in Sarajevo und seine fatalen Konsequenzen im Mittelpunkt stehen, verlagert das Weltmuseum Wien den Fokus auf die Weltreise 1892/93 des österreichischen Thronfolgers. Die Schau „Franz is here! Franz Ferdinands Reise um die Erde“ eröffnet neue Einblicke in die Welt eines facettenreichen und polarisierenden Menschen. Franz Ferdinand von Österreich-Este kehrte mit einer beeindruckend großen Jagdbeute und über 14.000 Objekten von seiner zehnmonatigen Weltreise zurück, von denen noch immer beinahe 10.000 im Weltmuseum Wien verwahrt werden (siehe: „Österreich Journal“ pdf-Magazin, Ausgabe 128 vom 27. Feber 2014). Das Technische Museum Wien setzt sich ab 8. Mai 2014 mit der Schau „Krieg und Technik mit den Auswirkungen des Krieges und den Themen Front, Kriegsalltag und Propaganda“ auseinander. Kurz vor der ge-

planten Eröffnung des Technischen Museums brach der 1. Weltkrieg aus, der Blick auf die Geschichte wird so auch zum Blick auf die Museumsgeschichte.

Das Leopold Museum stellt in der Ausstellung „Trotzdem Kunst! Österreich 1914-1918“ die Schicksale österreichischer Künstler dieser Zeit in den Mittelpunkt und zeigt Meisterwerke, Fotos, Autographen und Dokumente zum Thema. Den Ausgangspunkt bilden die Kriegserfahrungen von Egon Schiele, Albin Egger-Lienz und Anton Kolig. Bezüge zum Heute bilden ausgewählte Positionen zeitgenössischer Künstler aus jenen Ländern, die im Ersten Weltkrieg Gegner Österreich-Ungarns waren. Am 28. Juli 1914 wurde nach der Kriegserklärung an Serbien das Kriegspressequartier in Wien errichtet. Durch die Einbindung der Kriegsberichterstattung in militärische Strukturen und eine kontinuierliche Versorgung der Presse mit Meldungen zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung wurde ein direkt bedienbares Kontrollinstrument für die Politik geschaffen. Das Bundeskanzleramt zeigt aus Anlaß der hundertsten Wiederkehr dieser historischen Ereignisse gemeinsam mit dem Österreichischen Staatsarchiv im Palais Porcia die Ausstellung „Extraausgabe! Die Medien und der Krieg 1914-1918.“

Das Heeresgeschichtliche Museum eröffnet am 28. Juni 2014 neugestaltete Ausstellungsräume zum Ersten Weltkrieg. Neben einer chronologischen Gliederung werden auch geografische und vor allem thematische Schwerpunkte dieses Zeitabschnitts veranschaulicht. Aufgrund der gerade für 1914 bis 1918 sehr reichhaltigen Sammlungen können besondere Unikate gezeigt werden, etwa zum Attentat von Sarajevo das Automobil und die Uniform des Thronfolgers Franz Ferdinand. Der Erste Weltkrieg war der erste Krieg, in dem die Zivilbevölkerung massiv eingebunden war. Die Stadt wurde zur „Heimatfront“ und die Bevölkerung damit zu Beteiligten in einem Krieg, der zwar weit entfernt vom Stadtgebiet geführt wurde, aber unmittelbare Auswirkungen auf das Leben jedes einzelnen Bewohners hatte. Die Ausstellung „Wien im Ersten Weltkrieg – Stadtalltag in Fotografie und Grafik“ im Wien Museum Karlsplatz beleuchtet den Schauplatz „Heimatfront“ aus unterschiedlichen Perspektiven.

Wohin der Krieg führt. Wien im Ersten Weltkrieg 1914-1918, bis 23. Mai 2014, Wienbibliothek im Rathaus, Ausstellungskabinett und Foyer, Rathaus, Felderergasse, 1010 Wien, und Musiksammlung der Wien-

bibliothek, Bartensteingasse 9, 1010 Wien, <http://www.erster-weltkrieg.wien.gv.at>

Buch zur Ausstellung: **Im Epizentrum des Zusammenbruchs. Wien im Ersten Weltkrieg.** Herausgegeben von Alfred Pfoser und Andreas Weigl. Metroverlag 2013, <http://www.metroverlag.at>

Mangel – Hunger – Tod. Die Wiener Bevölkerung und die Folgen des Ersten Weltkrieges, 3. März bis 22. August 2014, Wiener Stadt- und Landesarchiv, Guglgasse 14, 1110 Wien
<http://www.erster-weltkrieg.wien.gv.at>

Totentanz. Egger-Lienz und der Krieg, 7. März bis 9. Juni 2014, Belvedere – Unteres Belvedere, Orangerie, Rennweg 6, 1030 Wien, <http://www.belvedere.at>

„An meine Völker! Der Erste Weltkrieg 1914-1918“, 13. März bis 2. November 2014, Österreichische Nationalbibliothek, Prunksaal, Josefsplatz 1, 1010 Wien
<http://www.onb.ac.at>

„Die Würde des Menschen“, 1. April bis 31. Mai 2014, MUSA Museum Startgalerie Artothek, Felderstraße 6-8, 1010 Wien
<http://www.musa.at>

Weltuntergang. Jüdisches Leben und Sterben im Ersten Weltkrieg, 2. April bis 14. September 2014, Jüdisches Museum Wien, Palais Eskeles, Dorotheergasse 11, 1010 Wien
<http://www.jmw.at>

Franz is here! Franz Ferdinands Reise um die Erde, 9. April bis 2. November 2014, Weltmuseum Wien, Neue Burg, Heldenplatz, 1010 Wien
<http://www.weltmuseumwien.at>

Krieg und Technik, 8. Mai bis 8. Dezember 2014, Technisches Museum Wien, Mariahilfer Straße 212, 1140 Wien
<http://www.technischesmuseum.at>

Trotzdem Kunst! Österreich 1914-1918, 9. Mai bis 15. September 2014, Leopold Museum, MuseumsQuartier, Museumsplatz 1, 1070 Wien
<http://www.leopoldmuseum.org>

Extraausgabe! Die Medien und der Krieg 1914-1918, 2. Juni bis 31. Oktober 2014, Palais Porcia, Herrengasse 23, 1010 Wien
<http://www.oesta.gv.at>

Heeresgeschichtliches Museum, Arsenal, Objekt 1, 1030 Wien
<http://www.hgm.or.at>

Wien im Ersten Weltkrieg - Stadtalltag in Fotografie und Grafik, 18. September bis 11. Jänner 2015, Wien Museum, Karlsplatz, 1040 Wien
<http://www.wienmuseum.at>

Weltuntergang

Jüdisches Leben und Sterben im Ersten Weltkrieg – von
3. April bis 14. September 2014 im Jüdischen Museum Wien



Foto: Sammlung Jenö Eisenberger

Ein Rabbiner segnet das Kaiserpaar, 1916

Der Erste Weltkrieg mit all seinen gesellschaftspolitischen Veränderungen gilt als Zeitenwende von global-historischer Bedeutung, als eigentlicher Beginn des 20. Jahrhunderts und der Moderne: Die Landkarte Europas wurde neu gezeichnet, das Habsburgerreich nach 600jähriger Herrschaft zertrümmert, das zaristische Rußland zur Sowjetunion umgebaut. Die USA etablierten sich erstmals als Global Player. Der Untergang der alten Ordnung hatte auch für die Juden Österreich-Ungarns gravierende Folgen. Sie galten als besonders loyale Untertanen von Kaiser Franz Joseph I., der den Antisemitismus verabscheute und ihnen Rechtssicherheit garantierte.

Etwa 300.000 jüdische Soldaten waren voller Begeisterung und Patriotismus für Kaiser und Vaterland im Ersten Weltkrieg im Einsatz. Feldrabbiner sorgten für ihre religiösen Bedürfnisse und die der kriegsgefangenen Soldaten. Die Frontlinien überrollten und verwüsteten jedoch das größte jüdische Siedlungsgebiet in Galizien und der Krieg brachte für die Juden vor allem Ermordung und Vertreibung. Mehr als 80.000 jüdische Flücht-

linge gelangten nach Wien und veränderten die Struktur der Gemeinde. Nach dem Zusammenbruch der Donaumonarchie und des zaristischen Rußlands entstanden neue Nationalstaaten und radikalisierte politische Strömungen. Die Folge war eine steigende Ausgrenzung vor allem der jüdischen Bevölkerung. Für viele, vor allem junge Juden war das Projekt der Assimilation gescheitert, sie wurden Anhänger des Sozialismus und des Zionismus.

Die Ausstellung im Jüdischen Museum Wien spannt einen Bogen vom Besuch Kaiser Franz Josephs in Jerusalem 1869 bis zur Gründung des Staates Israel 1948 und thematisiert die gewaltigen Umbrüche dieser Zeit. Sie widmet sich – auch weiblichen – Biografien von Politikern, Rabbinern, Künstlern, Soldaten, Revolutionären und Pazifisten. Historische Objekte, wie Huldigungsadressen jüdischer Gemeinden an das Kaiserhaus, Gemälde bedeutender Persönlichkeiten, Memorabilia jüdischer Soldaten oder Judaika aus Galizien und Wien werden gezeigt und durch Fotos aus Wien, Galizien und Jerusalem ergänzt. Interviews mit Histo-

rikern wie Oliver Rathkolb, Manfred Rauchensteiner, Robert S. Wistrich u.v.a. runden das Bild ab.

Die Themenschwerpunkte

*Das Ende der alten Ordnung:
Das Kaiserhaus und die Juden*

Der Untergang der alten Ordnung hatte für die Juden Österreich-Ungarns gravierende Folgen. Unter der Regentschaft von Kaiser Franz Joseph I. hatten sie ihre vollständigen bürgerlichen Rechte erhalten und waren vor Verfolgung geschützt. In Wien trugen sie wesentlich zur Kultur der Jahrhundertwende bei.

Galizien war innerhalb der Donaumonarchie das Hauptsiedlungsgebiet der Juden mit einer Jahrhunderte alten Tradition. Es wurde im Zuge des Krieges ebenso wie die Zeugnisse jüdischer Kultur weitgehend zerstört. In der Ausstellung wird dieser Verlust durch einzigartige Ritualgegenstände und künstlerische Werke, die vom untergegangenen Glanz der jüdischen Kultur in Osteuropa zeugen, verdeutlicht. Fotos von Flüchtlingen, Propagandaplakate beider Parteien und



Foto: JMW

Kaiser Karl I. wird 1917 bei einer Front-Reise nach Galizien von der ansässigen jüdischen Bevölkerung begrüßt

Zeugnisse von Kriegsverletzungen visualisieren die vielschichtigen Schrecken des Krieges.

Treue Diener der Krone

Aufgrund der strikten Haltung des Kaisers war Antisemitismus in der k.u.k. Armee

eigentlich verpönt. Daher ist es auch nicht verwunderlich, daß es im Gegensatz zum wilhelminischen Deutschland Juden möglich war, bis in die höchsten Offiziersränge vorzustoßen. Ein erheblicher Teil der Ärzte in der Armee war ebenfalls jüdischer Herkunft. Die zahlreichen jüdischen Soldaten an

der Kriegsfrent wurden von etwa 100 Feldrabbinnern religiös betreut. Der Kriegsalltag wird in der Ausstellung durch Ritualgegenstände, Fotos und Dokumente über die Tätigkeit der Feldrabbinnern illustriert. Präsentiert werden außerdem persönliche Gegenstände von (prominenten) Soldaten wie Karl Farkas, Hugo Meisl oder Arthur Baar.

Auch in der Kunst fand der Krieg seinen Niederschlag: Der österreichisch-jüdische Künstler Uriel Birnbaum fertigte an der Ostfront 1916 im Schützengraben zahlreiche Bilder voller apokalyptischer Visionen an. Zeichnungen von Oskar Kokoschka vermitteln Eindrücke von der Isonzo-Front.

Der Kampf um Jerusalem

Die Habsburgermonarchie verfolgte auch im Heiligen Land langfristige Interessen: österreichische und ungarische Soldaten kämpften an der Seite osmanischer und deutscher Truppen an der Palästina-Front gegen das British Empire. Illustriert wird dieses wenig bekannte Kapitel in der Geschichte des Ersten Weltkriegs durch Huldigungsadressen der österreichisch-galizischen Gemeinde Jerusalems an den Kaiser, Fahnen, Modelle von Schlachtschiffen und Fotogra-



© Foto Henry Larson, American Colony Jerusalem, Library of Congress

Soldaten der k.u.k. Armee werden nach ihrem Besuch von jüdischen Zivilisten aus der Stadt begleitet, 1916

Foto: Österreichisches Staatsarchiv, Kriegesarchiv



oben: Zerstörte jüdische Siedlung in Galizien, 1914 (Ausschnitt); unten: Gegen die Mittelmächte gerichtetes Propaganda-Plakat aus Rußland

fien österreichisch-ungarischer Soldaten im Heiligen Land.

*Die Folgen des Krieges:
Revolution und Umbruchzeit*

Schon während des Krieges stellte die jüdische Jugend den Sinn der Assimilation in Frage und wandte sich dem Zionismus zu. Unmittelbar nach dem Krieg gab es großen Zulauf zum Jüdischen Nationalrat. Innerhalb der Israelitischen Kultusgemeinde wurde die Einführung eines demokratischen Wahlrechts ermöglicht. In Folge der Ausrufung der Ersten Republik am 12. November 1918, gab es Versuche einer radikalen Veränderung des politischen Systems, die zur Spaltung der Arbeiterbewegung und zur Radikalisierung der Politik führten: In Wien setzte die sozialdemokratische Regierung weitreichende Reformen durch, die als das „Rote Wien“ in die Stadtgeschichte eingingen. In Gesamtösterreich bildeten sich jene politischen Lager heraus, die das politische Geschehen der Ersten Republik bestimmten und in den Untergang des Systems führten – rabiater politischer Antisemitismus, Austrofaschismus und Nationalsozialismus waren die Folge. Plakate, Abzeichen, Dokumente, Fotos und Filme dokumentieren diese folgenschweren Entwicklungen.

Ein eigenes Kapitel ist dem modernen Pazifismus gewidmet, der unabhängig von der sozialistischen Bewegung entstand: Der Wiener Alfred Hermann Fried, enger Mitarbeiter Bertha von Suttners, erhielt 1911 den Friedensnobelpreis, seine Medaille wird erstmals öffentlich gezeigt. Angesichts des immer offensiveren Antisemitismus formierte sich 1932 der Bund Jüdischer Frontsoldaten, der bei antisemitischen Übergriffen aktiv einzuschreiten versuchte. Seine Mitglieder wurden unter dem NS-Regime ver-



© British Library

folgt und deportiert. Manchen gelang die Flucht nach Palästina, wo sich einige der zionistischen Untergrundarmee Hagana anschlossen, die bis 1948 für die Unabhängigkeit Israels kämpfte.

Die von Marcus G. Patka kuratierte Ausstellung „Weltuntergang. Jüdisches Leben und Sterben im Ersten Weltkrieg“ ist von 3. April bis 14. September 2014 im Jüdischen Museum Wien, einem Museum der Wien Holding, Dorotheergasse 11, 1010 Wien zu sehen. Zur Ausstellung erscheint ein gleichnamiges Buch in Deutsch bei Styria Premium (ISBN- 978-3-222-13434-0) zum Preis von 24,99 €. Es ist im Bookshop Singer im Museum in der Dorotheergasse und im Buchhandel erhältlich.

<http://www.jmw.at>

Totentanz

Egger-Lienz und der Krieg. Von 7. März bis
9. Juni 2014 in der Orangerie im Belvedere Wien



Rupert-Heinrich Staller © Belvedere, Wien

Albin Egger-Lienz, »Der Totentanz von Anno Neun«, 5. Fassung, 1921, Öl auf Holz, 129,5 x 151 cm

Existenzielle Fragen zu Leben und Tod ziehen sich durch das gesamte Schaffen des Malers Albin Egger-Lienz (1868-1926). Seine Kriegsbilder gelten heute als eindringliche Mahnmale gegen die Greuel von Kampf und Gewalt. Zudem haben ihn die Erlebnisse als Kriegsmaler an der Front deutlich geprägt. Vom 7. März bis 9. Juni 2014 zeigt das Belvedere die Ausstellung „Totentanz: Egger-Lienz und der Krieg“ in der Orangerie und widmet damit diese Schau einem der bedeutendsten österreichischen Künstler zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Ausgehend vom Gemälde „Der Totentanz von Anno Neun“ und anhand zahlreicher

weiterer Arbeiten beleuchtet die Ausstellung die künstlerische Entwicklung Egger-Lienz' und zeigt unterschiedliche Interpretationsstränge sowie Bezüge auf.

Albin Egger-Lienz erhielt 1906 den Auftrag, für die Moderne Galerie das heutige Belvedere eine Episode aus den Tiroler Befreiungskriegen zu malen. Pünktlich zum 60jährigen Thronjubiläum Kaiser Franz Josephs I. präsentierte er 1908 das Gemälde „Der Totentanz von Anno Neun“. „Noch konnte niemand ahnen, daß es sich hierbei um eines der wichtigsten Werke dieses Künstlers handeln würde, das nicht nur seinen künstlerischen Werdegang prägte, son-

dern sich auch zu einer der Ikonen des Ersten Weltkriegs entwickelte“, erläutert Agnes Husslein-Arco, Direktorin des Belvedere. „Der Totentanz von Anno Neun“ ist nicht nur ein Hauptwerk der österreichischen Kunstgeschichte zu Beginn des 20. Jahrhunderts, sondern spielt auch im Œuvre von Egger-Lienz als künstlerischer Wende- und lebenslanger Bezugspunkt eine herausragende Rolle. Mit diesem Werk entfernte sich der Künstler von der traditionellen Historienmalerei und schuf ein allgemeines Sinnbild des Krieges“, so Agnes Husslein-Arco weiter. Dabei geht Egger-Lienz vom jahrhundertlang tradierten allegorischen Darstellungs-



© Kaiserjägermuseum, Innsbruck, Foto: Sannicolo

Albin Egger-Lienz, »Uhnów 1914«, 1915, Tempera auf Leinwand, 171 x 230 cm

typus des „Totentanzes“ aus – den er jedoch entscheidend verändert.

Das für das traditionelle Motiv des „Totentanzes“ charakteristische Eingreifen des Todes in das Leben des Menschen, egal welchen Alters und Standes, setzt Egger-Lienz im Gemälde „Der Totentanz von Anno Neun“ außer Kraft. Fünf ähnlich gestaltete Bauern ziehen von der Gestalt des Todes angeführt in den Krieg. „Diese Verallgemeinerung des Themas und die damit verbundene radikale Formreduktion sollten für alle weiteren sogenannten Kriegsbilder von Egger-Lienz wegweisend werden“, führt Kuratorin Helena Pereña aus, die ihre Zeit als Curator in Residence am Belvedere nutzte, um dieses Ausstellungsprojekt gemeinsam mit Co-Kurator Stephan Koja zu entwickeln. „Die religiösen Konnotationen im Werk Egger-Lienz’ finden in der Gestaltung des Mittelraums der Ausstellung ihren Niederschlag. Hier spielt die Ausstellungsarchitektur auf die Friedhofskapellen im alpinen Raum an, die oft mit der ‚Totentanz‘-Motivik ausgestattet wurden“, kommentiert Stephan Koja.

Am Ort der ersten Präsentation des „Totentanzes“ im Rahmen der Sammlung der Modernen Galerie – in der Orangerie des Unteren Belvedere – nimmt die eindrucksvolle Schau dieses Schlüsselwerk zum Anlaß, um Egger-Lienz’ malerische Entwicklung, seine Auseinandersetzung mit dem Krieg, aber auch die widersprüchliche Rezeptionsgeschichte seines „Totentanzes“ nachzuzeichnen. Erstmals wird das historische Quellenmaterial eingehend ausgewertet und damit gezeigt, unter welchen Umständen der Auftrag an den Maler erging, in welchem motivischen Kontext Egger-Lienz seinen „Totentanz“ schuf und auf welche bildnerischen Traditionen des Historienbildes er zurückgreifen konnte.

Im Dialog mit anderen Schlüsselbildern der künstlerischen Bewältigung des Ersten Weltkriegs, beispielsweise Ernst Barlachs „Der Rächer“, Alfred Kubins „Der Krieg“ oder Käthe Kollwitz’ „Mütter“, wird Egger-Lienz’ eigenständige künstlerische Position, die sich als zeitgemäß und gegen den Zeitgeschmack widerständig zugleich entpuppt,

besonders deutlich. Egger-Lienz erscheint so im internationalen Kontext als Künstler von überregionaler Bedeutung und keineswegs als isolierter Bergmaler lokaler Prägung. „Mit der Ausstellung ‚Totentanz: Egger-Lienz und der Krieg‘, soll 100 Jahre nach dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs auf einer grundsätzlicheren Ebene zum Nachdenken über diese europäische Urkatastrophe angeregt werden“, erklärt Agnes Husslein-Arco.

Die Beauftragung

Als die Ankaufskommission der Modernen Galerie der Vorgängerinstitution des heutigen Belvedere 1906 bei Albin Egger-Lienz ein monumentales Gemälde in Auftrag gab, war das Museum gerade drei Jahre alt. Zum 60jährigen Krönungsjubiläum des Kaisers und kurz vor der 100. Jahresfeier der Tiroler Befreiungskriege lieferte Egger-Lienz 1908 „Der Totentanz von Anno Neun“, die erste erhaltene Fassung eines Motivs, mit dem er sich bis 1923 noch häufig beschäftigen sollte.

Mit Giovanni Segantinis „Die bösen Mütter“, Vincent van Goghs „Die Ebene von

Auvers“, Claude Monets „Der Koch (Monsieur Paul)“ und Max Klingers „Christus im Olymp“ befanden sich bereits Meisterwerke der internationalen Moderne in der Sammlung. Nun sollte auch die österreichische Moderne repräsentativ vertreten werden, was sich in einer intensiven Erwerbungs politik in bezug auf Kunst aus Österreich und den Kronländern ausdrückte, die 1908 auch zum Ankauf von Gustav Klimts „Kuss“ führen sollte.

Obwohl sich Egger-Lienz für die „künstlerische Freiheit“ bei der Ausführung des Gemäldes bedankte, fiel die Wahl der Ankaufskommission nicht zufällig auf die Tiroler Befreiungskriege. Das Gedenken an die Ereignisse von 1809 stand für ein kaisertreues Tirol und eignete sich dementsprechend gut als Thema für das Regierungsjubiläum. Bereits bei der ersten öffentlichen Ausstellung anlässlich des Regierungsjubiläums sorgte der „Totentanz“ für Zündstoff. Die düstere Stimmung des Gemäldes wurde im Rahmen der kaiserlichen Feierlichkeiten als Provokation empfunden. Egger-Lienz schrieb stolz über die offizielle Ablehnung: das Bild sei kein „billiger Apfelwein“, sondern „feuriger Rheinwein“.¹⁾

Der Totentanz 1908–1923. Erfolg und Wandlung eines Motivs

Eine zentrale Rolle innerhalb der Ausstellung spielt Egger-Lienz' über ein Jahrzehnt andauernde Beschäftigung mit dem „Totentanz“-Motiv. Bis in die 1920er-Jahre entstanden zahlreiche Varianten und (Teil-)Wiederholungen. 1921 stellte Egger-Lienz die fünfte Fassung des „Totentanzes“ fertig. Seit seiner ersten Beschäftigung mit diesem Motiv im Jahr 1906 hatten historische Umwälzungen tiefe Gräben durch Europa, Tirol und wohl auch durch die Biografie des Künstlers gezogen. Der „Totentanz“ steht am Anfang und am Ende dieser Entwicklung. Egger-Lienz adaptierte die Vorzüge der Vielfältigkeit, die sonst anderen Medien vorbehalten bleiben, für die Malerei. Die Ausschnitte und die leuchtende Farbgebung neutralisieren jedoch die monumentale Wirkung. Anders verhielt es sich mit den beiden letzten Gesamtfassungen von 1921. Darin erreichte er ein Höchstmaß an Ausdruck und Prägnanz. Das Motiv verbreitete sich zudem durch eine starke Ausstellungspräsenz sowie durch Postkarten und Abbildungen. Die Erfolgsgeschichte des „Totentanzes“ setzte

sich fort. Er ist bis heute das meistausgestellte und -reproduzierte Bild von Egger-Lienz. Aber auch die widersprüchliche Deutung hält an: Während manche darin ein

pazifistisches Manifest zu erkennen glauben, verbinden andere die Huldigung des Heldenopfers mit dem schicksalsträchtigen Gang in den Tod.



© Sammlung Raiffeisen-Landesbank Tirol

Albin Egger-Lienz, »Serradafront (Standeschützen)«, 1916, Öl auf Leinwand, 90 x 49 cm

1) Egger-Lienz an Otto Kunz, 7. Juni 1908, Egger-Lienz-Archiv, Tiroler Landesmuseen, Innsbruck

Deutung und Rezeption

Während des Ersten Weltkriegs fügten sich die eigenen Kriegserlebnisse Egger-Lienz' hinzu, die in seine späteren Kriegsbilder einfließen. Der „Totentanz“ wurde für ihn dabei zur entscheidenden Referenz, was nicht nur dokumentarisch überliefert, sondern auch daran erkennbar ist, daß er bereits Ende des Jahres 1914 etliche Wiederholungen der Komposition anfertigte.

1914 deutete eine Biografie des Künstlers den „Totentanz“ zum ersten Mal als Kriegsmahnung. Doch wurden bereits damals Stimmen laut, die darin eine Apotheose des Heldentodes sahen. Diese zwiespaltene Rezeption setzte sich fort. Sie kennzeichnet auch die Haltung der Nationalsozialisten: Während der „Totentanz“ 1938 prominent in einer Ausstellung der NSDAP gezeigt wurde, warf man 1941 diesem und anderen Bildern Egger-Lienz' vor: sie „stoßen ab, lassen das Volk in uns kaum warm werden“.²⁾

Ausgehend vom „Totentanz“ wird die künstlerische Weiterentwicklung des Kriegsthemas in späteren Werken von Egger-Lienz deutlich, etwa in der ersten Fassung der berühmten „Namenlosen“ oder in „Der Krieg“.

Albin Egger-Lienz und der Krieg

Ende April 1915, kurz bevor Italien in den Krieg eintrat, meldete sich Egger-Lienz zu den Standschützen. Nach einer Woche an der Front am Gardasee wurde er mit Herzbeschwerden vom Dienst befreit. Die kurze Zeit reichte jedoch für einprägsame Eindrücke. Literarisch gefärbte Erinnerungen an eine Schlacht am Castel Dante hielt er später fest: „(...) hohe Rauchsäulen stehen unbeweglich seit einer Stunde auf dem von seinem Namen [Dante] geweihten Ort, wo einst ein Mensch in reinster Liebe und reinstem Hasse die Welt in Tiefen sah wie wenig andere.“ Der Anblick der Gefangenen „verstört und bleich“ erinnerte ihn auch an die „Hölle Dantes“ – eine Verbindung, die er in manchen Kriegsbildern wieder aufnahm.³⁾

Egger-Lienz' Kriegsdienst beschränkte sich in der Folge auf zivile Tätigkeiten. Für Kriegspostkarten und für die Tiroler Soldatenzeitung malte er Vorlagen, ab 1916 arbeitete er zudem als Kriegsmaler. Der anekdotische Charakter dieser Darstellungen hat wenig mit zeitgleichen „Gedankenbildern“ zu tun. Letztere gehören zu den eindringlichsten Darstellungen des Ersten Weltkriegs.

Egger-Lienz verfolgte in ihnen weiter den „monumentalen“ Ansatz, zu dem er beim „Totentanz“ gefunden hatte. Die Wirkung dieser Werke beruht auf den sparsam eingesetzten Mitteln – als Beispiel sei „Uhnów 1914“ erwähnt, auch als „Die Namenlosen“ bekannt. Sie gelten als Antikriegsbilder par excellence. Egger-Lienz wehrte sich allerdings wiederholt gegen eine solche Auslegung. Vielmehr verstand er den Fatalismus als schreckliches, aber sinngemäßes Opfer für das Vaterland. Heute, nach einem von Kriegen geplagten 20. Jahrhundert, wirken diese Bilder jedoch als Warnung.

Ab Juni 2014 in Lienz

Die Ausstellung ist mit freundlicher Unterstützung des Museums Schloß Bruck Lienz entstanden und vom 15. Juni bis 26. Oktober 2014 in Lienz zu sehen. ■

<http://www.belvedere.at>

<http://www.museum-schlossbruck.at>

2) Konrad Praxmarer, Zu Albin Egger-Lienz 15. Todestag am 4. November 1941, in: Kunst dem Volk, Bd. 11, Wien 1941, S. 32

3) Albin Egger-Lienz, Das Kriegserlebnis des Künstlers, in: „Frankfurter Nachrichten und Intelligenzblatt“, 1. August 1916



Franz von Defregger, »Das letzte Aufgebot«, 1874, Öl auf Leinwand, 139 x 191 cm

Franz Ferdinand Erzherzog von Österreich-Este

Die Geschichte eines Mannes, der Kaiser von Österreich hätte werden sollen. Er fiel aber vor 100 Jahren, am 28. Juni 1914, einem Attentat zum Opfer. Seine Urenkelin, Fürstin Anita von Hohenberg, hat zu seinem Gedenken auf Schloß Artstetten ein liebevoll gestaltetes Museum eingerichtet. Soeben wurde eine Sonderausstellung eröffnet: »Regieren & Verlieren. Kaiser Karl – eine Herausforderung zum Frieden«.

Von Christa Mössmer.



Foto: Michael Mössmer / <http://www.oesterreichfotos.at>

Hoch oben über der Donau – etwa gegenüber von Ybbs-Persenbeug – liegt das wunderschöne Schloß Artstetten.

An einem der ersten, schönen Frühlingstage kommen wir nach Artstetten. Wir reisen vom Wiener Westbahnhof aus mit einem Regionalzug an, da wir die Fahrzeit in der Bahn gerne zur Vorbereitung auf unser Reiseziel verwenden. Außerdem hat man doch mehr von der Landschaft, die da an einem vorüberzieht.

In der geschichtsträchtigen Nibelungenstadt Pöchlarn an der Donau verlassen wir den Zug. Apropos geschichtsträchtig: Wir befinden uns hier praktisch an der Keimzelle Österreichs – Anfang und Ende dieses ehe-

mals so angesehenen Reiches laufen hier, nach beinahe 1000 Jahren, eng zusammen.

Der Autobus, in den wir in Pöchlarn umgestiegen sind, kämpft sich langsam die steile Straße hinauf. Der Fahrer erzählt uns, daß er im Winter oft vier bis fünf Mal Ketten anlegen muß. Als wir den Berghang erklimmen haben, bietet sich eine weite, leicht ansteigende Hochebene, wenig später auch schon der erste Blick auf das romantisch am Waldrand gelegene Schloß Artstetten.

Mit einigen Schulkindern gemeinsam verlassen wir den Bus an der einzigen Haltestel-

le in Artstetten. Dann kehrt Ruhe ein. Nur ab und zu fährt ein Auto vorbei, dann wieder ländliche Stille. Der Duft von frisch gemähtem Gras begleitet uns durch die enge Hauptstraße des kleinen Ortes, der seit jeher eng mit den Geschichten des Schlosses und dessen Herrschaft verbunden ist. Es geht nun ein kleines Stück ziemlich bergauf, weshalb eine riesige, Jahrhunderte alte Blutbuche – praktisch von unten gesehen – noch viel mächtiger und wie ein unüberwindbarer Wächter des Schlosses wirkt. Dahinter öffnet sich dem Besucher der gepflegte Schloßpark. Flieder und

Österreich, Europa und die Welt – »1914 – 2014«

Rosen, uralte Kastanienbäume geleiten uns zum Schloß.

Der Haupttrakt ist von vier Türmen mit Zwiebdächern begrenzt, ein kleiner vier-eckiger Vorbau mit zwei Rundtürmen umschließt einen Ende vergangenen Jahrhunderts mit Plexiglas überdachten Innenhof. Der siebente Turm gehört zur angrenzenden Kirche. Eine Urkunde datiert den Ursprung des Bauwerkes ins 13. Jahrhundert, obwohl man davon ausgeht, daß die Familie der „Artstetter“ hier schon wesentlich früher gelebt hat. Nach einigen Besitzerwechseln gelangt das nunmehr als Schloß ausgestaltete Anwesen 1823 in den Besitz der Familie Habsburg-Lothringen, knapp 40 Jahre später gehört es Erzherzog Carl Ludwig, dem Vater von Franz Ferdinand von Österreich-Este und späteren Thronfolger. Letzterem zu Gedenken entschloß sich Anita Fürstin von Hohenberg, sie ist seine Urenkelin, im Jahre 1983 unter der wissenschaftlichen Leitung von Dr. Wladimir Aichelburg das „Erzherzog Franz Ferdinand Museum“ zu gründen. Man wollte natürlich diese sicherlich nicht gerade einfache Aufgabe möglichst professionell – und doch für den Besucher möglichst „leicht verdaulich“ – meistern. Mit der Dauerausstellung unter dem Titel „Erzherzog Franz Ferdinands Leben & Wirken“ werden der Öffentlichkeit 20 Räume des ansonsten privat genutzten Schlosses zugänglich gemacht. Und jeder Raum schildert das persönliche Schicksal des Thronfolgers mit all den Höhen und Tiefen. Alljährlich werden Exponate der Ausstellung gegen andere noch nicht oder selten gezeigte aus den umfangreichen Lagern und Archiven der fürstlichen Familie ausgetauscht. Fürstin von Hohenberg will die Besucher ihres Museums an der historischen Vielfalt teilhaben lassen.

Erzherzog Carl Ludwig, Bruder von Franz Joseph I., Kaiser von Österreich, hatte mit seiner Frau Maria Annunziata von Neapel-Sizilien vier Kinder. Die Söhne Otto und Franz Ferdinand wurden in Graz geboren, wo die Familie in einem Palais in der Sackstraße lebte (heute befindet sich dort das stadtMuseum Graz). Ferdinand, der dritte Sohn, kam im Wiener Palais der Familie in der Favoritenstraße und Tochter Margarethe auf Schloß Artstetten zur Welt.

Wir wollen uns nun aber dem Leben Franz Ferdinands zuwenden, der am 18. Dezember 1863, wie eben erwähnt, in Graz geboren wurde. Von einem Heer von Erziehern und Lehrern ausgebildet in allen klassischen Fächern und Fremdsprachen wie Englisch, Französisch, Tschechisch und Ungarisch,

verlief seine Kindheit für einen Knaben seiner hohen Abstammung „normal“. Der erste Schicksalsschlag ereilte den damals gerade erst Achtjährigen, als seine Mutter einer Lungenkrankheit erliegt. Zwei Jahre später heiratete sein Vater zum dritten Mal und und die vier Kinder fanden in der, wie es überall heißt, „herzenguten Frau“ Maria Theresia von Braganza eine liebevolle Stiefmutter. Dieser Ehe entstammen noch zwei Töchter, Maria Annunziata und Elisabeth Amalia.

Nach seiner allgemeinen schulischen Ausbildung schlug Franz Ferdinand die ihm vorgegebene militärische Laufbahn eines Prinzen aus dem Hause Habsburg-Lothringen ein. Als noch nicht ganz 14jähriger schreibt er seiner heißgeliebten Stiefmutter Maria Theresia in einem Brief: „... so bin ich Leutnant geworden im Regiment, ein ungarisches, hat das Nro 32, himmelblaue Aufschläge und gelbe Knöpfe. Es rekrutiert sich aus Buda-Pest und der Stab liegt in Zara. Es

ist schon alles bestellt Uniform, Mantel, Csakó, Handschuh, Cravatten, Kuppel, Säbel etc. Jetzt wo ich Dir schreibe, habe ich lange Hosen an. ...“. Und das spiegelt bescheidenen Stolz des jungen Mannes wider, war es doch üblich, als Knabe ausschließlich Hosen mit Kniestrümpfen zu tragen. Die lange Hose war also Zeichen dafür, daß die Kindheit abgeschlossen und der Träger erwachsen geworden war. Leutnant gerade dieses Regiments ist er geworden, weil er zwei Jahre zuvor das Erbe des Herzogs Franz V. von Modena angetreten hat, der Inhaber dieses Regiments war und diesem auch seinen Namen gab: „Este“. Es war der ausdrückliche Wunsch des verstorbenen Herzogs, daß Franz Ferdinand seinen Namen tragen sollte, Franz Ferdinand war nun „Erzherzog von Österreich-Este“.

Im Alter von 20 Jahren beginnt dann in Enns die wirkliche Militärzeit für Erzherzog Franz Ferdinand, die ihn später nach Prag,



Foto: Erzherzog Franz Ferdinand Museum

Erzherzog Franz Ferdinand mit Gattin Sophie und den Kindern Ernst, Sophie, Max

dann nach Ödenburg/Sopron führt. Ende 1892 tritt er eine große Weltreise an, die ihn über den Suezkanal nach Ceylon führte, von hier nach Bombay, übers Land nach Kalkutta, von dort nach Singapur und weiter nach Australien, China und Japan. Von dort aus überquerte er den Pazifischen Ozean an Bord eines Liniendampfers und setzte seine Reise über Vancouver nach New York fort, von wo er über den Atlantik nach Europa zurückkehrte. Am 18. Oktober 1893 traf er wieder in Wien ein.

Franz Ferdinands vielschichtige Sammlungen und Souvenirs, die er tonnenweise von dieser Reise nach Hause mitbrachte, füllten viele Räume mehrerer Museen. Neben Beispielen der amerikanischen Fließbandproduktion brachte er ernstzunehmende volkswundliche und naturhistorische Objekte nach Wien; seit den Tagen der Novara-Expedition seines Onkels, Kaiser Maximilian von Mexiko (jüngerer Bruder von Kaiser Franz Joseph I.), war keine so große Sammlung exotischer Schätze nach Österreich gekommen. Die Ob-

Die Thronfolge

Kaiser Franz Joseph I. hatte drei Brüder. Ferdinand Maximilian, Carl Ludwig, Vater von Franz Ferdinand, und Ludwig Viktor. Kaiser Franz Joseph I. regierte seit 1848, 1854 heiratet er Elisabeth von Bayern, allbekannt durch die „Sissy“-Filme mit Romy Schneider. Kaiserin Elisabeth gebar vier Kinder. Sophie die erste Tochter 1855, die aber schon nach zwei Jahren starb, dann folgte Gisela, nach ihr der heißersehnte Thronfolger Kronprinz Rudolf 1858 und zuletzt Marie Valérie. Als Franz Ferdinand gerade mal noch nicht ganz vier Jahre war, wurde sein Onkel, Kaiser Maximilian von Mexiko, der der Übermacht der mexikanischen Republikaner unter der Führung von Benito Juárez unterlag, entmachtet und am 19. Juni 1867 von seinem Rivalen Benito Juárez auf dem Cerro de las Campanas – Querétaro standrechtlich erschossen. Und dann kam 1889 der große Schicksalsschlag, als am 30. Jänner Kronprinz Rudolf gemeinsam mit Mary Vetsera erschossen in Mayerling aufgefunden wird. Der jüngste Bruder des Kaisers Ludwig Viktor kam als Thronfolger nicht in Frage, da er durch seinen Lebenswandel vom Kaiser verbannt wurde. Nach der Thronfolgeordnung wäre Erzherzog Carl Ludwig der nächste Anwärter gewesen.

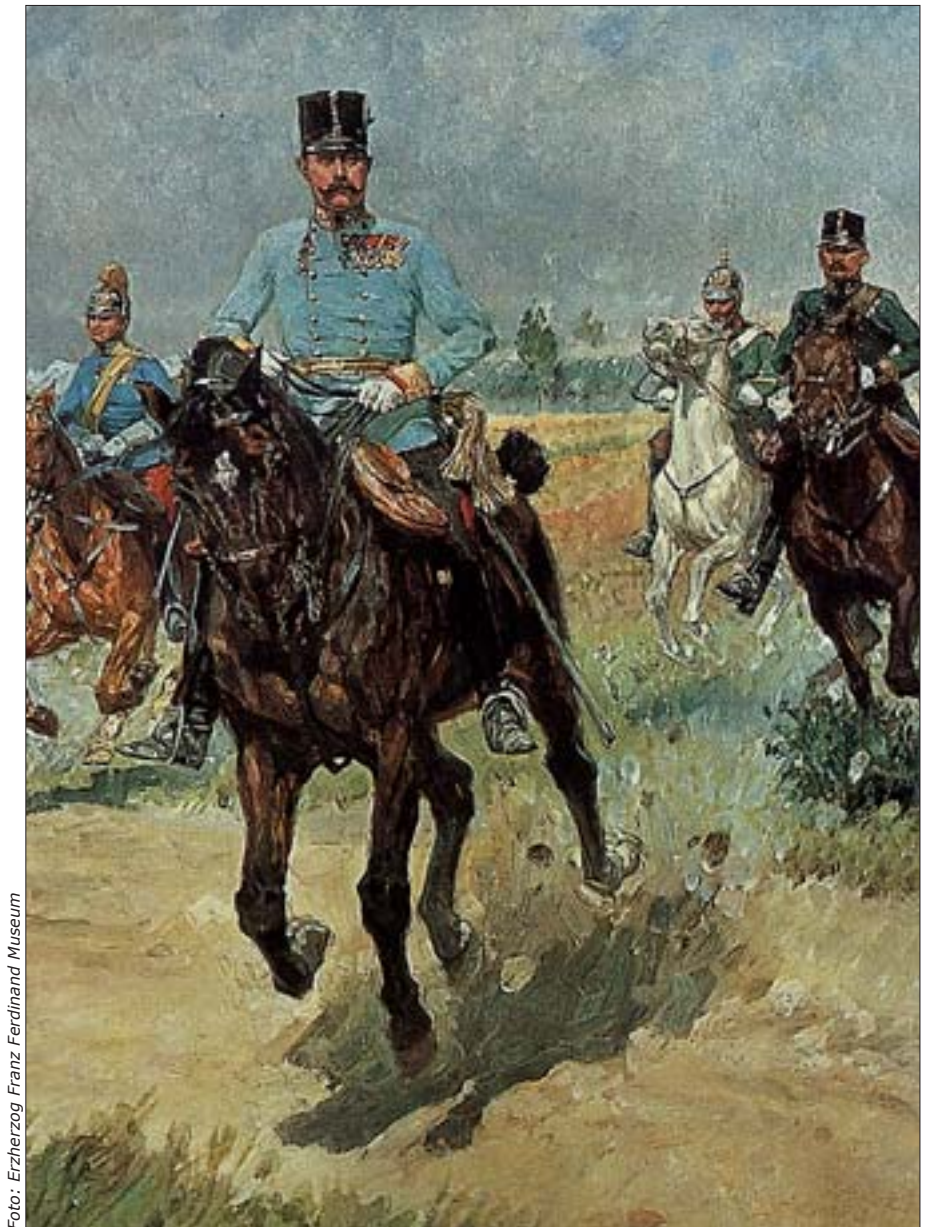


Foto: Erzherzog Franz Ferdinand Museum

Erzherzog Franz Ferdinand von Österreich-Este

jekte wurden in 17 Räumen des ersten Stockwerks und in neun Parterresälen des Belvederes aufgestellt und kamen dann später in die Neue Hofburg und in die Hofmuseen, wo sie sich heute noch befinden (sie sind jedoch nur zum kleinsten Teil ausgestellt und stehen aufgrund des am 3. April 1919 erlassenen „Habsburger-Gesetzes“, alle Herrscherrechte und sonstigen Vorrechte und Titel des Hauses Habsburg-Lothringen wurden aufgehoben, im Besitz der Republik Österreich).

Franz Ferdinand tritt wieder in den Militärdienst, diesmal in Budweis. Während dieser Militärzeit lernt er Gräfin Sophie Chotek kennen. Sie war Hofdame der Erzherzogin Isabella. Sophie ist die große Liebe des Erzherzogs und er sollte auch einmal darum kämpfen müssen, seine Sophie heiraten zu dürfen. Er erkrankt an derselben Lungen-

krankheit, an der schon seine Mutter gelitten hatte. Ein Klimawechsel soll zur Genesung beitragen. Ein erster Aufenthalt in Meran bringt nicht die gewünschte Wirkung, immer weiter südwärts zieht es ihn, sogar bis nach Ägypten – wo er sich allmählich erholt. Ein Besuch seiner Eltern sollte zu einer weiteren Zäsur in seinem jungen Leben werden: Sein Vater trinkt verseuchtes Wasser aus dem Jordan und stirbt daran kurz nach seiner Heimkehr nach Wien am 19. Mai 1896. Dadurch wurde der kaum 18jährige Franz Ferdinand Thronfolger von Österreich (siehe Kasten links: „Die Thronfolge“). Was aber vorerst kaum sichtbare Veränderung in sein Leben brachte, regierte doch Kaiser Franz Joseph I. und machte keinerlei Anstalten, Amt und Würde in absehbarer Zeit an den jungen Franz Ferdinand abzutreten.

Fotos: Michael Mössner / <http://www.oesterreichfotos.at>

»Chiron und Achill« und der »Schwarze Einstimmungsraum« mit dem Relief von Franz Ferdinand mit seiner Gattin Sophie

1898 traf ein weiterer Schicksalsschlag das Haus Habsburg-Lothringen: Kaiserin Elisabeth von Österreich und Königin von Ungarn wird in Genf von dem italienischen Anarchisten Luigi Luccheni unweit ihres Hotels auf offener Straße erstochen. Das erschütterte die ganze Monarchie, Kaiser Franz Joseph I. verlor Kraft und Lebensfreude. Franz Ferdinands Ansinnen, seine Sophie heiraten zu wollen, war dem ohnedies respektvoll gespannten Verhältnis zum Monarchen nicht sehr zuträglich – war sie doch „nur“ eine Gräfin und dadurch vom Kaiserhaus praktisch ausgeschlossen. Dennoch wurden Minister und Verfassungsexperten bemüht, eine gangbare Lösung zu finden. Schließlich unterschrieb Franz Ferdinand am 28. Juni 1900 eine Verzichtserklärung – da Gräfin Sophie nicht ebenbürtig war, konnte weder ihr noch ihren zukünftigen Kindern irgendeines der Rechte aus dieser Ehe zuerkannt werden. Drei Tage danach fand in Reichstadt in Nordböhmen die Hochzeit statt. Am selben Tag wurde Sophie von Kaiser Franz Joseph I. in den Stand einer Fürstin von Hohenberg erhoben, einige Jahre später, 1909, in den Rang einer Herzogin.

Als Erzherzog Franz Ferdinand sein politisches Debüt gab, schwelgten Zeitgenossen für ein Großdeutsches Reich. Allen voran Georg Schönerer, Begründer der Deutschnationalen Partei, mit dem Ziel, die Doppelmonarchie Österreich-Ungarn in das Deutsche

Reich einzugliedern; darüberhinaus propagierte er ein Loslösen vom Katholizismus und Übertreten zum Protestantismus. In einer Antrittsrede als Protektor des „Katho-

lischen Schulvereins“ stellte Franz Ferdinand kategorisch fest, daß er gegen diese Tendenzen ankämpfen werde, die „Los-von-Rom-Bewegung“ sei auch eine „Los-von-Öster-





Ein Blick über zwei der Ausstellungsräume, die liebevoll mit Erinnerungen an das Leben des Erzherzogs ausgestaltet sind.

reich-Bewegung“. Diese offene Kampfansage richtete er an Schönerer und auch an all jene, die die regierende Dynastie in Frage stellten und deren Schwächung erreichen wollten.

Quer durch alle Schichten gab es aber auch viele Menschen, die an Österreich glaubten. Ihr Kennzeichen war die schwarzgelbe Farbe, die Farbe der Habsburger, und sie waren im Parlament durch den berühmten Wiener Bürgermeister Karl Lueger vertreten. Ursprünglich mit Schönerer sympathisierend, wandte er sich vom Deutschnationalen Lager ab und gründete die Christlichsoziale Partei. Dreimal wurde ihm die Bestätigung zum Wiener Bürgermeister von Kaiser Franz Joseph I. versagt, aber 1897 wurde er vom Kaiser bestätigt und war dann 13 Jahre lang Bürgermeister von Wien. Er sollte der heftigste Verteidiger der Dynastie werden.

Franz Ferdinand schreckte den alteingesessenen Adel mit seinem ersten Auftreten aus dessen dynastischer Gemütlichkeit, obwohl ihn das Kaiserhaus, allen voran sein eigener Onkel, der sich noch immer als „deutscher Fürst“ empfand, von politischen Entscheidungen fernzuhalten versuchte. Diese unterschiedliche Anschauung zwischen Onkel und Neffe führte eine Entfremdung herbei. Neben dem alldeutschen sah Franz Ferdinand auch das Problem mit den Ungarn, die sich zunehmend aus der Umklammerung der Habsburger Krone befreien wollten, ihre nationalen Probleme aber nicht zu lösen gewillt waren. Vor allem die Kroaten hatten darunter sehr zu leiden, Franz Ferdinand wollte sie, die Kroaten, von der ungarischen selbstherrlichen Herrschaft befreien und ein drittes, ein Südslawen-Königtum errichten.

Während all dieser Wirren fand Franz Ferdinand aber auch Zeit für eine glückliche Beziehung, eine vorzügliche Ehe. 1901 kam Tochter Sophie auf die Welt, 1902 Maximilian und Sohn Ernst wurde 1904 geboren.

Die Militärkanzlei Franz Ferdinands bestand aus 15 Personen und war im Unteren Belvedere im Rennwegtrakt, östlich des Haupttores, untergebracht. Seine eigene Politik, die oft in krassem Gegensatz zu der der Hofburg stand, ging schließlich sogar als „Belvederepolitik“ in die Geschichte ein. Sie entwickelte sich unter dem mittlerweile zum Oberstleutnant ernannten Thronfolger sogar zu einer Art „Nebenregierung“, man hatte besten Kontakt zu nahezu allen Ministerien, Parteien und Nationalitäten und verfolgte vordergründig eine Umgestaltung der Monarchie. Eine Notwendigkeit, die, wie nicht nur Franz Ferdinand wußte, schon seit 1848 einer Lösung harrete.

Der Thronfolger hoffte auf Unterstützung der Rumänen, Slowaken und Kroaten bei seinem Vorhaben die Autonomie Ungarns durch eine Revision des 1867er-Ausgleichs zu beschränken und sei es mit militärischer Gewalt. Mehr und mehr befürwortete er die Erweiterung der kulturellen Selbstbestimmungsrechte der Nationalitäten. Vor allem mußte Franz Ferdinand außenpolitisch auf Konfliktvermeidung achten, um auch die innere Umgestaltung durchsetzen zu können.

Wie sah die politische Situation auf dem Balkan damals aus? Nachdem Bosnien und Herzegowina okkupiert waren, lebte ein Großteil der Südslawen innerhalb der Grenzen der Monarchie. Rund 5,8 Millionen Serben, Kroaten und Slowenen standen unter österreichisch-ungarischer Herrschaft, etwas

mehr als eine Million unter türkischer und knapp ein Drittel war in den Nationalstaaten Serbien und Montenegro seßhaft.

In den 1870er-Jahren tauchte der Gedanke auf, die südslawischen Stämme unter Serbiens Führung in einem Einheitsstaat zusammenzuschließen. Diese umwälzende Idee wurde von den serbischen Radikalen verbreitet, einer Partei des serbischen Kleinbürgertums. Ihre Tätigkeit stieß jedoch auf zwei Hindernisse: Serbiens König Milan wollte als treuer Freund Österreichs von diesen Plänen nichts wissen und die Kroaten lehnten eine „Befreiung durch die Serben“ dankend ab. Der dritte südslawische Stamm, die Slowenen, verhielt sich gegenüber der Vereinigung mit Serbien und Kroaten vollständig ablehnend.

Ein Großkroatien sollte neben Kroatien und Slawonien auch Dalmatien umfassen und eine ähnliche Stellung erhalten, wie sie 1867 dem Königreich Ungarn eingeräumt worden war. Der Dualismus von 1867 sollte zum Trialismus erweitert werden. Seine Durchführung scheiterte aber stets an dem Widerstand der Magyaren. Der andere Teil der kroatischen Opposition näherte sich den Serben und strebte eine Vereinigung aller drei Südslawenstämme an. Die Dynastie Obrenovic

Der Machtverlust

Nachdem Deutschland und Österreich im deutsch-dänischen Krieg von 1864 obsiegt, wurden die Herzogtümer Schleswig, Holstein und Lauenburg unter deren gemeinsame Verwaltung gestellt – der nächste Konflikt folgte unmittelbar: Österreich überläßt die Entscheidung über die Zukunft der Herzogtümer dem deutschen Bundestag, was Otto von Bismarck als einen Bruch der getroffenen Vereinbarungen seitens Kaiser Franz Josephs wertet und prompt seine Truppen in das österreichisch verwaltete Holstein einrücken läßt. Der daraufhin ausgebrochene Krieg zwischen Österreich und Preußen endet am 3. Juli 1866 bei Königgrätz mit dem entscheidenden Sieg der Preußen, die unter anderem von Italien unterstützt wurden. Bismarcks Ziel war erreicht: Er löste den Deutschen Bund auf und Österreich verlor seine Vormachtstellung in Europa. Eine Folge dieser Schwächung Österreichs war der 1867er-Ausgleich mit Ungarn, dem die Bildung der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie folgte und die sich auf gemeinsame Außen-, Heeres- und Finanzpolitik beschränkte.

Österreich, Europa und die Welt – »1914 – 2014«

war 1903 durch eine Militärverschwörung ausgerottet worden, mit Peter I. bestiegen die Habsburg-feindlichen Karageorgevic den serbischen Thron. Die großserbische Propaganda fand nun von seiten der serbischen Dynastie keinen Widerstand mehr, fand sogar in Bosnien einen fruchtbaren Boden. Der dritte Schauplatz war die türkische Provinz Mazedonien, wo die Bulgaren die Mehrheit bildeten. Im Westen wohnten Albaner und, über das ganze Gebiet verstreut, Türken. Alle Stämme waren bunt durcheinandergemischt, Feudalismus und Hauswirtschaft prägten den mittelalterlichen Charakter des Landes. Und nun trugen Serben, Griechen und Bulgaren ihre nationale Propaganda in dieses rückständige Bauernland.

1903 brachen in Mazedonien wieder Unruhen aus. Rußland wollte diese befrieden und das Land gemeinsam mit Österreich zu einem Sultanat machen. Im Oktober 1903 kam es dann zum „Abkommen von Mürzsteg“, worin sich Österreich und Rußland darauf einigten, jedoch sollten dort Reformen durchgeführt werden. Fünf Jahre passierte nichts, weshalb England auf Autonomie Mazedoniens drängte. Das scheiterte an Österreich, das ähnliche Zugeständnisse für Bosnien nicht in Kauf nehmen wollte und sich darin von Italien und Deutschland unterstützt wußte. Mazedonien blieb Krisenherd. Die Ermordung Alexanders von Serbien und der Sturz des Banus Khuen-Hedervary in Kroatien verschlechterte das Verhältnis Österreichs zu Serbien zusätzlich.

Franz Ferdinand hatte vor der „Los-von-Österreich-Bewegung“ gewarnt, die jetzt auch Tschechen, Südslawen und Bulgaren „ansteckte“. Sie wollten vom „Joche der Habsburger“ und aus den „Fesseln des Türkenreiches“ befreit werden. Und sie fanden 1908 in Rußland einen Schutzherren in diesen Bestrebungen, das aber auch Serbien im Kampf gegen Habsburg und die Türkei unterstützen wollte. In dieser mißlichen Situation kam Österreich ein Vorschlag Rußlands sehr gelegen, es solle doch – in aller Stille – die Annexion Bosniens und Herzegowinas vorbereiten. Im Gegenzug sollte der Aufhebung des Dardanellenvertrages von 1841 zugestimmt werden, der vom Osmanischen Reich ungenehmigte Durchfahrten von Kriegsschiffen durch die Meerenge untersagte. Ferdinand von Bulgarien durchkreuzte diese stille Vorgangsweise Österreichs durch seine Unabhängigkeitserklärung von der Pforte und die Annahme des Königstitels – am 5. Oktober 1908 war Bosnien formell annektiert und damit eine europaweite Krise ausgelöst.



Der Schminktisch von Herzogin Sophie von Hohenberg im »Familien-Raum«



Der »Marine-Raum«



Der »Sammlungs-Raum«

Fotos: Michael Mössner / <http://www.oesterreichfotos.at>

Fotos: Michael Mössner / <http://www.oesterreichfotos.at>

Ein Blick in den »Familien-Raum«, das neben vielen Originalfotos auch persönliche Gebrauchsgegenstände der Familie zeigt.

Nahezu alle Staaten versuchen, jeweils zum eigenen Vorteil, Einfluß zu nehmen, der eine oder andere sieht Gelegenheit, sich für das eine oder andere bei Österreich zu revanchieren. Trotz allem wollte jedoch niemand den Ausbruch eines Krieges riskieren. Die europäischen Mächte konnten aber keine praktikable Lösung finden, um den Balkan zu befrieden. Das Ziel des Panslawismus war und blieb unverändert: die Zerstörung der Donaumonarchie. Aus der Opposition in Teilen der bosnischen Bevölkerung entstand die Organisation „Junges Bosnien“, die 1914 am Attentat an Franz Ferdinand beteiligt war. Doch dazu später.

Die Gründerzeit

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts erlebte Wien, die Hauptstadt der Monarchie, die größte Wandlung. In dieser Zeit, in der Franz Ferdinand geboren wurde, bekommt die Metropole ein neues Antlitz – wird unser heutiges Wien, zumindest was den Stadtkern anbelangt.

Ein starkes Spannungsverhältnis entsteht zwischen dynastischem Machterhalt, mit all den außen- und innenpolitischen und nicht überwindbaren Problemen, und dem Wirtschaftswunder, das eine überhitzte und überbevölkerte Stadt, deren Bewohner verschiedensten Nationalitäten angehörten, wie eine Riesenwelle überschwappte. Aus der Hauptstadt wurde eine Weltstadt.

Kaiser Franz Joseph I. hatte den Auftrag zum größten Bauvorhaben der Innenstadt gegeben: Altes mußte zerstört werden und in atemberaubender Zeit entstand das Neue. Für

diese Gründerzeit wurde 1858 für die Verbauung der zukünftigen Ringstraße ein Wettbewerb ausgeschrieben. Neben den heute so beachteten Prachtbauten Oper, Museen, Parlament, Burgtheater, Rathaus, wurden auch die ausladenden Gärten wie Stadtpark, Burggarten, Volksgarten, errichtet und dazwischen die herrschaftlichen Palais für den ari-

stokratischen Adel und Geldadel. Das Palais Epstein neben dem Parlament, die Palais Wertheim, Dumba, Erzherzog-Wilhelm (heute Hotel Marriott), Henckel-Donnersmarck (heute SAS-Palais-Hotel), Leitenberg, Schey, Ephrussi. Die elegantesten Hotels stammen aus dieser Zeit, Hotel Imperial, Hotel de France, Grandhotel, Hotel



Porzellansammlung von Erzherzog Carl Ludwig und Erzherzog Franz Ferdinand (Augarten, Herend, Meißen)



Der Wagen von Gräf & Stift, in dem der Thronfolger und seine Gattin in Sarajevo erschossen wurden, ist im »Sarajevosaal« Heeresgeschichtlichen Museum Wien ausgestellt.

Bristol. Die Baumeister, Maler, Musiker, Dichter, Bildhauer, Schauspieler haben ihre Namen in dieser Gründerzeit verewigt. Die Ringstraßenzone prägte das architektonisch und gesellschaftliche Leben und wurde zum Synonym für die liberal geprägte städtische Verwaltung und staatliche Regierung jener Zeit und den die Ringstraßenzone dominierenden Historismus, zugleich aber auch zu jenem der Dominanz des Großbürgertums, das die wirtschaftliche Entwicklung mit allen ihren positiven und negativen Entwicklungsstufen prägte.

Und 1873 sollte die Weltausstellung quasi zur Krönung werden. Glanz und Macht der Gründerzeit sollten der ganzen großen Welt vorgeführt werden. Kaiser, Zar, Könige und der Schah von Persien, mit seinem ganzen Harem im Schloß Hetzendorf einquartiert, waren die nobelsten Gäste. Es sollte etwas Gewaltiges, Kolossales, Außergewöhnliches entstehen. Und das ist mit der „Rotunde“, einem Rundbau im Durchmesser von 108 und einer Kuppelhöhe 84 (!) Metern auch gelungen. Doch schon einige Tage nach der feierlichen Eröffnung durch Kaiser Franz Joseph am 1. Mai 1873 erschütterte der Börsenkrach nicht nur die Monarchie. Etwa 90 Prozent aller Aktientitel verschwanden vom Wiener Kursblatt, Tausende Anleger verloren teils ihre letzten Ersparnisse. Und als ob das noch nicht genug wäre, brach noch eine Choleraepidemie aus. Vielen der rund 50 Millionen Einwohner der Donaumonarchie waren Reise-, Schau-, Einkaufslust vergangen, selbst mit immerhin 7 Millionen Besuchern konnte die finanzielle Belastung nicht wettgemacht

werden: Ein Defizit von 19 Millionen Gulden war die Folge, was einer heutigen Kaufkraft von etwa 18 Millionen Euro oder 250 Millionen Schilling entspricht.

Das Wirtschaftswunder – eine Seifenblase. Der Börsenverkehr brach völlig zusammen. Kurz- oder mittelfristig verschwand ein Großteil der Banken und etwa die Hälfte der bis 1873 gegründeten Aktiengesellschaften. Dem hitzigen Treiben der Ringstraßenzeit folgte eine Zeit der kalten Ernüchterung, erfüllt mit einer Vorahnung des Unterganges. Verdrängt zwischen den Tanzschritten unter den Klängen des Walzerkönigs Johann Strauß Sohn.

Der letzte Tag

Anstelle seines Onkels, dem Kaiser von Österreich, machte er sich auf in die bosnische Hauptstadt, nach Sarajevo. Obwohl es berechnete Befürchtungen gab, daß es dort zu Unruhen kommen würde, wollte er dem greisen Monarchen die Mühsal der langen Reise ersparen und hat als Generalinspekteur der österreichisch-ungarischen Armee an den serbischen Manövern teilgenommen. Es war ein strahlender Sommertag, der 28. Juni 1914 – und der letzte Tag im Leben des Thronfolgers und seiner Frau Sophie. Für den Vormittag standen, wie üblich, Termine in der Öffentlichkeit fest, Begrüßung des Bürgermeisters und seiner Stellvertreter, Stadtrundfahrt. Auf dem Weg zum Rathaus, Franz Ferdinand und Sophie saßen im dritten Wagen der Kolonne, löste ein für die beiden vorgesehener Sprengsatz, der unter dem nachfolgenden Automobil explodierte, blankes Entsetzen aus. Man fuhr umgehend weiter

zum Rathaus, dort wollte man beratschlagen, wie man weiter vorgehen sollte mit dem Ergebnis, den vorgesehenen Ablauf zu ändern. Der Thronfolger wollte Oberstleutnant Erik von Merizzi, jenen Offizier, der bei dem eben erfolgten Anschlag verletzt wurde, im Spital besuchen. Danach wurde eine neue Route für die Weiterfahrt besprochen. Durch reine Schlamperie wußten einige Fahrer davon aber nichts, weshalb auf halbem Wege umgekehrt werden mußte. Es war kurz vor 11 Uhr. Diese Gelegenheit nutzte der Attentäter Gavrillo Princip und feuerte aus der Zuschauermenge zwei Revolverschüsse auf Franz Ferdinand und seine Frau ab. Franz Ferdinand starb sofort, Sophie erlag ihren Verletzungen auf dem Weg ins Krankenhaus.

Der Attentäter wurde unmittelbar danach verhaftet. Als Erklärung für seine Tat gab er Rache für die Unterdrückung der Serben durch Österreich-Ungarn an. Er gehörte der radikal-nationalistischen Gruppe Jung-Bosnien an und stand in Verbindung zur serbischen Geheimorganisation „Schwarze Hand“. Österreich stellte nach der Ermordung des Thronfolgerpaares ein Ultimatum, das Serbien nicht akzeptiert hat. Am 23. Juli 1914 wird damit der Erste Weltkrieg ausgelöst.

Die beiden Schüsse beendeten innerhalb weniger Minuten die beiden Leben, von denen sich so viele Österreicher eine bessere, friedlichere Zukunft erhofft hatten. Kein Mensch konnte damals auch nur ahnen, daß dies der Auslöser für den ersten der beiden so verheerenden Weltkriege im 20. Jahrhundert sein sollte.

Die Sonderausstellung 2014: »Regieren & Verlieren: Kaiser Karl – Eine Herausforderung zum Frieden«



Fotos: Michael Mössner / <http://www.oesterreichfotos.at>

Ein Blick in die Sonderausstellung, die im Souterrain des Schlosses situiert ist.

2014 ist nicht nur für die Nachkommen von Erzherzog Franz Ferdinand von Österreich-Este und Herzogin Sophie von Hohenberg ein denkwürdiges Jahr! Ganz Europa (die ganze Welt?) wird des Geschehens vom 28. Juni 1914 in Sarajevo und dessen weitreichenden Folgen gedenken. Die Ermordung der beiden entfachte bekanntlich den Ersten Weltkrieg, der wiederum die Wurzel für den Zweiten war, wodurch uralte Machtstrukturen aufgelöst wurden. Ist es vermessen, ja frevelhaft zu behaupten, daß „Erzherzog Franz Ferdinand und Herzogin Sophie für

Bild rechts: Die Heilige Stephanskrone. Die alte, ehrwürdige Krone vom Heiligen Stephan, die allein Macht und vor allem Legitimität verleiht. Kaiser Karl wurde am 30. Dezember 1916 zum König Karl IV. von Ungarn mit der Stephanskrone gekrönt. Kaiserin Zita wurde mit der Krone auf der rechten Schulter berührt, um damit ihre Rolle als Stütze der Krone und des Königs anzudeuten. Die Krone selbst wird in Budapest aufbewahrt. Dies ist die zeitgenössische Funeral-Krone, die für die Aufbahrung und das Begräbnis des Kaisers und Königs verwendet wurde – zum letzten Mal für Franz Joseph 1916.



Fotos: Michael Mössner / <http://www.oesterreichfotos.at>



Gips-Abguß der Totenmaske von Kaiser Karl I., 1. April 1922

ein geeintes, friedvolles Europa starben“? Denn erstmalig in der europäischen Geschichte dürfen wir Zentraleuropäer seit beinahe 70 Jahren in ununterbrochenem Frieden leben! Dieses Novum und die dafür nötigen Bemühungen wurden 2012 auch mit der Verleihung des Friedensnobelpreises an die Europäische Union gewürdigt.

2014 präsentiert das Ausstellungsteam rund um Anita Hohenberg und den aus Australien stammenden Kurator Kerry R.J. Tattersall (ehemals Professor für Geschichte in seiner Heimat, seit Jahrzehnten in Österreich ansässig und bereits in seiner Funktion als Marketingleiter der Münze Österreich im Ausstellungswesen tätig) in der Sonderausstel-

lung „Regieren & Verlieren“ einen Rückblick auf Erzherzog Franz Ferdinands Neffen und Österreichs letzten Kaiser Karl I. 1916 übernahm der damals 29jährige ein Reich von mehr als 50 Millionen Bewohnern, das mitten in einem verheerenden Krieg steckte, der nicht zu gewinnen war... Seine Versuche, der Monarchie den heiß ersehnten Frieden zu bringen, schlugen fehl. – Hätte Erzherzog Franz Ferdinands Vision der „Vereinigten Staaten von Groß-Österreich“ den Frieden erhalten können? – Innenpolitisch vollbrachte Kaiser Karl wertvolle Reformen, aber Hungersnot und Mangel an Ressourcen bewirkten den totalen Zusammenbruch der Monarchie.

Stehen wir heute, 2014, nicht wieder vor den gleichen Umbruchsbewegungen wie vor 100 Jahren? Auch den Nachkommen des Thronfolgers stellt sich in den kommenden Jahren die Frage: „Wie erhalten wir den Frieden in Europa und was sind die globalen Voraussetzungen dafür?“

Darüber hinaus wird am 28. Juni 2014 zur Erinnerung an Erzherzog Franz Ferdinand und Herzogin Sophie von Hohenberg sowie der Millionen Opfer des Ersten Weltkrieges um 11 Uhr in der Basilika Maria Taferl ein Pontifikalamt von Kardinal Christoph Schönborn und Bischof Klaus Küng zelebriert. Im Anschluß daran findet ab 13:30 Uhr ein feierlicher Akt mit Kranzniederlegung in der Familiengruft zu Schloß Artstetten statt. U.a. werden dazu Abordnungen diverser militärischer Traditionsverbände aus der ehemaligen k. u. k.-Monarchie erwartet.

(Schloß Artstetten)

<http://www.schloss-artstetten.at>



Die Uniform von Erzherzog Carl Franz Joseph



Ein Paar Reitstiefel aus Chevreau-Leder, reich verziert mit Goldstickerei



Das ungarische Festkleid des vierjährigen Kronprinzen Otto, 1916

April 1914 – Tirol vom Frieden in den Krieg

Sonderausstellung im Tiroler Landesmuseum vom 4. April bis 30. November 2014



Foto: Bergiselstiftung

4. Regiment der Tiroler Kaiserjäger bei der Eidesleistung in Hall/Tirol am 13. August 1914

Die Sonderausstellung des Alt-Kaiserjägerclubs und der Bergiselstiftung thematisiert die letzten Friedenstag, die Mobilisierung und die ersten Erfahrungen im Ersten Weltkrieg aus einer Tiroler Perspektive. Ausgewählte Objekte, Bilder und Texte führen in mehreren zeitlichen und inhaltlichen Schlaglichtern in Ereignisse des ersten Kriegsjahres ein.

Vor dem Krieg

Zu Beginn wird die alte österreichisch-ungarische Doppelmonarchie als ein großes multiethnisches und komplexes Staatsgebilde in der Mitte Europas skizziert. Es herrscht wirtschaftlicher Wohlstand. Die europäischen Mächte liefern sich ein Wettrüsten. Die Ausstellung gibt einen Überblick über die Organisation der Tiroler Truppenkörper, deren Veränderungen, die Bewaffnung des Heeres, die Uniformierung und Ausrüstung. Taugliche Männer hatten eine mehrjährige aktive

militärische Dienstpflicht zu absolvieren. Sie wurden entweder zur gemeinsamen Wehrmacht etwa bei den Kaiserjägern, zur österreichischen Landwehr oder zu einer kurzen Grundausbildung als Ersatzreservisten eingezogen.

Gegen die Schützengräben

Der zweite Teil der Ausstellung beleuchtet den Beginn des Ersten Weltkriegs, die Mobilisierung, Verteidigung und den Ausmarsch der Tiroler Einheiten. Ihre ersten Einsätze bringen sie an die Fronten gegen Rußland im Nordosten und gegen Serbien am Balkan im Südosten der Doppelmonarchie Österreich-Ungarn. Die unerwartet vielen Toten der ersten Kriegsmonate trübten die Kampf-Euphorie der ersten Stunde. Bilder, Texte und Ausrüstungsgegenstände geben Einblick in die militärische Technik vor 100 Jahren. Der technisch automatisierte Krieg läßt die Maschinengewehre zu Motorsensen des Todes

werden. Zur Feuertaufe für viele Kaiserjäger wird die Schlacht bei Uhnów, die Albin Egger-Lienz zu einem seiner berühmtesten Gemälde veranlaßt. Der grausame Karpatenwinter und das Frühjahr 1915 machen viele Soldaten zu Invaliden, Frauen zu Witwen und Kinder zu Waisen. Endlose Flüchtlingskolonnen tragen den Krieg ins Hinterland.

Das Kaiserjägermuseum

Das Regimentsmuseum der Tiroler Kaiserjäger wurde 1880 im alten für museale Zwecke adaptierten Schützenhaus der Kaiserjäger am Bergisel eröffnet. Im Laufe seiner Geschichte erfuhr das Museum mehrere Erweiterungen und Renovierungen. Seit 2011 ist es unterirdisch mit dem „Tirol Panorama“ verbunden.

Das Kaiserjägermuseum zeigt reichhaltige Sammlungen von Bildern, Fahnen, Waffen, Uniformen, Karten und Auszeichnungen aus der Geschichte der Tiroler Kaiserjäger-

Österreich, Europa und die Welt – »1914 – 2014«

regimenter, insbesondere des Ersten Weltkriegs. Die Andreas-Hofer-Galerie erinnert u. a. mit Gemälden und Sammlerstücken an die Zeit der Freiheitskämpfe 1809. Teile der Tiroler Ehrenbücher mit den Namen vieler gefallener Tiroler der Jahre 1796 bis 1945 werden in der Landesgedächtniskapelle aufbewahrt. Der Alt-Kaiserjägerclub gestaltet in Zusammenarbeit mit der Bergiselstiftung seit 1998 jährlich Sonderausstellungen, bei denen Materialien aus dem Kaiserjägerarchiv und Privatsammlungen für die BesucherInnen aufbereitet werden.

Als „Museum im Museum“ zeigt das Kaiserjägermuseum ein Regimentsmuseum im Stil des Übergangs zum 20. Jahrhundert. Thematisiert werden das Regimentsleben, die Regimentsgeschichte sowie herausragende Persönlichkeiten der Kaiserjäger. Im abschließenden „Europarum“ kann das gegenwärtige Europa interaktiv erlebt werden.

<http://www.tiroler-landesmuseen.at>



Foto: Bergiselstiftung

Auszug der Tiroler Kaiserjäger via Bahn

Gestellt.

Fotografie als Werkzeug in der Habsburgermonarchie – von 30.04. bis 30.11.2014

Wie und in welchem Zusammenhang wurden am Ende der Habsburgermonarchie Bilder von ethnischen Typen entworfen? Was erzählen uns Klassifizierungen wie ein „Tiroler Schütze“ oder ein „huzulisches Ehepaar“ in Tracht heute?

Die Fotosammlung des Österreichischen Museums für Volkskunde enthält Tausende dieser typisierenden Menschendarstellungen. Diese Fotografien fanden weite Verbreitung in der Bevölkerung und bei TouristenInnen. Sie gaben einem die Möglichkeit an die Hand, sich die „Anderen“ im Bild vorzustellen.

So konnte sich beispielsweise eine WienerIn vermeintlich ein Bild davon machen, wie jemand in Sarajewo aussah, ohne jemals dort gewesen zu sein. Die Ausstellung untersucht, wie diese Bildproduktionen ihre Wirkung vor dem Hintergrund der politischen und gesellschaftlichen Formierung der Nationalitäten in der Habsburgermonarchie entfalteten. Sie möchte den Blick für eine Reflexion darüber öffnen, wie Bilder unsere Sicht auf die Gegenwart und Vergangenheit steuern.

Die Ausstellung wird ausschließlich mit Exponaten aus der Fotosammlung des Volkskundemuseums bestritten, die sich damit erstmals in dieser Breite der interessierten

Öffentlichkeit präsentiert. Der Schwerpunkt liegt auf inszenierten Studioporträts von



Foto: Österreichisches Museum für Volkskunde

Oesterreichisch-ungarische National-Trachten: Nieder-Oesterreich, Tullnerboden – Josef Löwy, inszeniert durch den Kostümmaler Franz Gaul – Wien – 1881–1890

regionalen „Typen“ vor allem aus Zentral- und Osteuropa. Die Bilder fanden Eingang sowohl in private Sammelalben wie in ethnografische und volkskundliche Publikationen. Darüber hinaus zeigt die Schau beispielsweise die lichtbildnerischen Ergebnisse anthropometrischer Messungen, die Reportagebilder des Wiener Kaiserhuldigungsfestzugs von 1908.

Es soll der spezifische Zirkulationsraum dieser Bilder ebenso skizziert werden wie die gesellschaftspolitische Rolle dieser fotografischen Kartografie des „einfachen“ Volks. Beides hatte Teil an den Konstruktionen des „Eigenen“ und „Anderen“ in der Habsburgermonarchie. Die historischen Umgangsweisen mit diesen Bildern werfen aktuelle Fragen auf, wie Bilder die Wahrnehmung der Zeit, in der man lebt, und die kollektiven Geschichtserzählungen beeinflussen und formen. Im Besondern will die Ausstellung die eminente Bedeutung von Bildern für Identitäts- und Nationalitätskonstruktionen hinterfragen, und zwar nicht nur im Sinne großer politischer Debatten, sondern auch hinsichtlich ihrer Einschreibung in ganz alltägliche Wahrnehmungen.

Bilder sind trotz ihrer Eindringlichkeit trügerisch und nie eindeutig.

<http://www.volkskundemuseum.at>

402.223 Arbeitslose

Sozialminister Rudolf Hundstorfer: Leichte Frühjahrserholung – Wirtschaftswachstum aber zu schwach, um Arbeitslosigkeit zu senken

Der Stichtag Ende März 2014 bringt im Vergleich zum Vorjahr mit 3.474.000 um 25.000 mehr Arbeitsplätze, aber mit einem Plus von 29.130 bei den Arbeitssuchenden auch eine weiter steigende Arbeitslosigkeit“, sagte Sozialminister Rudolf Hundstorfer (SPÖ) angesichts der Arbeitsmarktdaten für den Monat März. Damit sind aktuell 319.175 Personen beim Arbeitsmarktservice arbeitslos vorgemerkt. Inklusive der Schulungsteilnahmen, die gegenüber dem Vorjahr um 6.916 ansteigend sind, beträgt die Zahl der als arbeitslos Vorgemerkten 402.223. Damit ist die Zahl der Arbeitssuchenden gegenüber dem Vormonat um beinahe 39.000 Personen gesunken, im Vergleich zum März des Vorjahres hat dieser Wert jedoch um 36.046 zugenommen. „Weiterhin liegt Österreich somit bei der Gesamtarbeitslosenquote mit 4,8 Prozent sowie einer Jugendarbeitslosenquote mit 9,4 Prozent an erster bzw. zweiter Stelle im EU-Vergleich. Der österreichische Arbeitsmarkt ist jedoch, wie in allen anderen europäischen Ländern, noch ein gutes Stück von einer anhaltenden Erholung entfernt. Wie die aktuellen Prognosen der Forschungsinstitute bestätigen, gibt es zwar eine leichte Konjunkturerholung, das Wirtschaftswachstum müßte 2014 aber deutlich höher ausfallen, um – aufgrund des regen Zuwachses des Arbeitskräfteangebotes – die Zahl der Arbeitslosen nachhaltig zu senken“, so Hundstorfer.

Der Anstieg der Arbeitslosigkeit sei allerdings im März auch etwas nach oben verzerrt. Ursache hierfür ist der heurige bzw. der vorjährige Ostertermin, erläuterte der Sozialminister. Im vorigen Jahr sei der 31. März der Ostersonntag gewesen und damit waren zu diesem Zeitpunkt natürlich besonders viele Personen in den Freizeitbranchen beschäftigt. Ein Gutteil des jetzigen Anstiegs der Arbeitslosigkeit im Tourismus (insgesamt ein Plus von 8.746 Personen bzw. 26,8 Prozent) aber auch zum Teil im Handel (5.500 Personen, das sind 13,5 Prozent Anstieg) ist auf diesen terminlichen Effekt zurückzuführen. „Das wirkt sich entsprechend negativ auf die Gesamtarbeitslosigkeit aus“, so Hundstorfer.

Abgesehen von diesem Sondereffekt gebe es aktuell jedoch auch einige erfreu-



Foto: Sozialministerium

Sozialminister Rudolf Hundstorfer

che Aspekte zu berichten, fuhr der Minister fort: Vor allem ist, erstmals seit dem Juli 2011, der Bestand an gemeldeten offenen Stellen mit insgesamt 2,4 Prozent wieder ansteigend. In der Arbeitskräfteüberlassung – als einen der wichtigsten Frühindikator der Wirtschaftsbelebung – nimmt die Zahl der Stellen sogar um 14,5 Prozent zu, aber auch im Informations- und Kommunikationswesen beträgt die Zunahme 8,8 und im Einzelhandel 8,2 Prozent. In Kärnten beträgt die Stellenzunahme gegenwärtig 23,9, in Niederösterreich 14,4 und an der dritten Stelle folgt Wien mit 14,3 Prozent. Schlußlicht bei dieser Entwicklung bildet gegenwärtig Tirol mit einem Minus von 13,2 gefolgt vom Burgenland mit minus 12,8 Prozent.

In der Baubranche liegt die Zahl der Arbeitslosen aktuell um 11,4 Prozent unter dem Wert des Vorjahres; und die Zahl der Arbeitslosen bei den jüngsten ArbeitsmarkteinsteigerInnen – den 15- bis 19-jährigen ist auch dieses Monat wieder um 0,5 Prozent rückläufig – „neben der Entlastung durch geringere Geburtenjahrgänge haben hier die umfassenden arbeitsmarktpolitischen Hilfestellungen schon gut gegriffen“, sagte der Minister.

Nicht zuletzt auf Grund des „Ostereffekts“ und den davon besonders „frauen-

dominierten“ Branchen steigt die Arbeitslosigkeit bei den Frauen mit 16 Prozent überdurchschnittlich, während bei Männern der Anstieg bei 6,2 Prozent liegt. Auch regional hat der genannte Effekt unterschiedliche Auswirkungen. In der Folge steigt die Zahl der als arbeitslos Vorgemerkten in Tirol um 27,6 und in Salzburg um 17,8 Prozent. In Wien beträgt die Zunahme 15,6 Prozent. Relativ günstig liegen dagegen Kärnten mit einem Anstieg von 0,5, das Burgenland mit 1,5 und die Steiermark mit 3,0 Prozent.

„Trotz der allmählich etwas günstigeren Rahmenbedingungen bleiben die Problemgruppen auch Ende März weiterhin die gleichen“, unterstrich Hundstorfer. Auf Grund der starken Geburtenjahrgänge aber auch auf Grund der verminderten Wiedereinstiegschancen nach einem Arbeitsplatzverlust steigt bei Älteren die Arbeitslosigkeit mit 20,1 Prozent, bei nichtösterreichischen StaatsbürgerInnen nimmt die Zahl der Arbeitslosen um 20,5 Prozent zu und bei Personen mit Behinderungen steigt sie um 29,4 Prozent. Letzteres ist allerdings auch auf die weiterhin steigende Zahl der Vormerkungen mit Behindertenpaß zurückzuführen.

„Wir müssen auch heuer noch mit steigenden Arbeitslosenzahlen rechnen. Allerdings dürfte zumindest die Zeit der zweistelligen Zunahmen nunmehr vorüber sein. Die Entwicklung im März 2014 wird dahingehend – auf Grund des genannten Sondereffekts – etwas ‚unter seinem Wert‘ geschlagen“, schloß der Sozialminister.

Wöginger: Arbeitsmarktpaket entlastet ältere Arbeitnehmer und schafft Anreize für mehr Beschäftigung

„Das von der Bundesregierung beschlossene Arbeitsmarktpaket entlastet vor allem ältere arbeitslose Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und schafft Anreize für mehr Beschäftigung“, hält ÖVP-Sozialsprecher August Wöginger fest. Auf Initiative der ÖVP hat der Nationalrat vergangene Woche Maßnahmen zur Attraktivierung des Arbeitsmarktes sowie die Senkung der Lohnnebenkosten beschlossen. „Die Senkung der Arbeitskosten stellt einen wichtigen Impuls dar. Mit unserem Arbeitsmarktpaket setzen wir Impulse für den Arbeitsmarkt und stär-

Innenpolitik

ken die Konkurrenzfähigkeit der Betriebe“, betont Wöginger. Das 550 Millionen Euro umfassende Paket sieht 350 Millionen Euro für Maßnahmen für mehr Arbeitsplätze durch Eingliederungshilfen, Kombilohnmodelle und gemeinnützige Beschäftigungsprojekte vor. Zusätzlich sind 200 Millionen Euro für die Senkung der Lohnnebenkosten vorgesehen. „Für die ÖVP stehen die Entlastung der Wirtschaft und die Belebung des Arbeitsmarktes an oberster Stelle“, so der ÖVP-Abgeordnete, der abschließend unterstreicht: „Die ÖVP ist der Partner der Wirtschaft und der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Uns geht es um Wachstum, Absicherung bestehender und Schaffung neuer Arbeitsplätze in Österreich.“

Kickl: Hundstorfer ist wieder Österreichs Arbeitslosigkeitsminister Nummer Eins

„Bereits zum dritten Mal in diesem Jahr durchstößt die österreichische Arbeitslosenstatistik die 400.000 Personen-Schwelle. Solche Zahlen kennt man eigentlich nur aus den Nachkriegsjahren in Österreich. Damit bleibt dem roten Arbeits- und Sozialminister Rudolf Hundstorfer das Etikett ‚Arbeitslosigkeitsminister‘ auch weiterhin“, so FPÖ-Sozialsprecher Herbert Kickl. „Allein, daß bei den ausländischen Beschäftigten die Arbeitslosigkeit erneut um 20,5 Prozent gestiegen ist, müßte beim SPÖ-Minister eigentlich alle Alarmglocken schrillen lassen. Dieser steckt aber mit seinen roten Genossen weiterhin den Sand in den Kopf und tut nichts gegen den ungehinderten Zuzug von ausländischen Arbeitnehmern nach Österreich, ganz im Gegenteil er lobt diese Arbeitskräftemobilität sogar noch in den Himmel“, so Kickl weiter.

„Daß man wieder um rund 7.000 Arbeitslose mehr in AMS-Kursen parkt, die vielfach am Bedarf vorbeigehen, ist ein weiteres Indiz für die fortgesetzte Konzeptlosigkeit dieses roten Bundesministers in Sachen Arbeitsmarktpolitik. Obwohl Hundstorfer heuer allein 1,1 Milliarden Euro an AMS-Mitteln für Schulungen ausgibt, steigt die Arbeitslosigkeit weiterhin stark an. Dazu kommt, daß der zuständige Minister nicht dazu bereit ist, dem österreichischen Parlament Auskunft über die tatsächliche Verwendung der AMS-Mittel zu geben, so der freiheitliche Sozialsprecher.

Schatz: Aufschrei der AK ernst nehmen

Über 400.000 Menschen in Österreich und ihre Familien müssen derzeit von Ar-

beitslosengeld oder Notstandshilfe leben. Diese ist in Österreich im europäischen Vergleich erschreckend niedrig. „Seit Jahren fordern wir Grünen eine Anhebung des Arbeitslosengelds auf 70 Prozent des letzten Einkommens. In Anbetracht der nun von der AK dargelegten erschreckenden finanziellen Lage Arbeitsloser und ihrer Familien wird deutlich, daß hier zu sparen extrem unverantwortlich ist. Es wäre interessant zu hören, wie ÖVP-Familienministerin Karmasin die Lage von Kindern in solchen Familien rechtfertigt“, meint Birgit Schatz, ArbeitnehmerInnensprecherin der Grünen.

Schatz fordert Sozialminister Hundstorfer auf, endlich die Existenz Arbeitsloser und ihrer Familien abzusichern: „Minister Hundstorfer ist durchaus bemüht, Initiativen zu setzen, um Arbeitslose wieder am Arbeitsmarkt zu integrieren. Aber das allein genügt nicht. Wenn der Lebensunterhalt nicht bestritten werden kann, die Schulden wachsen, oft auch die gesundheitlichen Probleme, dann sinkt die Wahrscheinlichkeit, daß Aktivitäten der aktiven Arbeitsmarktpolitik erfolgreich sind. Aktive und passive (=Geldleistung) Arbeitsmarktpolitik funktionieren nur, wenn sie zusammen gedacht und ergänzend praktiziert werden.“

Schatz: „Wer in Österreich arbeitslos wird, stürzt oft von einem Monat zum anderen ins finanzielle Desaster. Wenn dann noch eine Familie zu versorgen ist, spitzt sich die Situation weiter zu. Armut ist für Kinder plötzlich kein Begriff mehr aus dem Märchen, sondern etwas, von dem sie selbst betroffen sind. Das ist völlig inakzeptabel, überhaupt in Anbetracht der Tatsache, daß man oft jahrelang in eine Versicherung einzahlt, die genau in so einem Fall einspringen soll.“

Dietrich: Wirtschaftstreibende endlich entlasten!

„Der massive Anstieg der Arbeitslosenzahl im Vergleich zum Vorjahr hält an. Aber SPÖ und ÖVP sind nicht willens, diese dramatische Entwicklung als Ergebnis einer verfehlten Wirtschaftspolitik zu erkennen und entsprechend zu handeln“, erklärte die geschäftsführende Klubobfrau des Team Stronach und Arbeitsmarktsprecherin, Waltraud Dietrich. „Wir brauchen dringend einen Kurswechsel hin zu Entlastung und Steuersenkung! Dazu gehört eine Senkung der Lohnnebenkosten ebenso, wie eine steuerliche Entlastung der Menschen, um den Konsum anzukurbeln“, verlangt Dietrich.

„Ständig neue Belastungen zu schaffen -

das schafft keinen einzigen Arbeitsplatz. Im Gegenteil: Bleibt den Unternehmen und den Menschen weniger Geld im Börsel, müssen sie den Konsum einschränken; dadurch werden Arbeitsplätze vernichtet. Das muß auch endlich der Regierung einleuchten, die ständig nur die Steuerschraube fester anzieht“, mahnt Dietrich. Es sei höchst an der Zeit, nachhaltige Reformen einzuleiten, endlich die Unternehmer zu stärken und den Faktor Arbeit zu entlasten. Und weiter: „SPÖ und ÖVP sollten einmal über die Grenzen schauen: Deutschland konnte die Arbeitslosenzahl sogar senken. Wenn jetzt nicht rasch gehandelt wird, verlieren wir international den Anschluß!“

Entscheidend ist für Dietrich aber auch, „daß sich Leistung und Arbeit wieder lohnen müssen!“ Wegen der in Österreich viel zu hohen Steuern und Abgaben sei der Unterschied zwischen Arbeiten und nicht Arbeiten schon zu gering.

Leitl: Höhere Beschäftigungszahlen lassen auf Erholung hoffen

„Es ist erfreulich, daß die Zahl der offenen Stellen im März mit einem Plus von 2,4 Prozent wieder leicht steigt. Das läßt darauf hoffen, daß erste schwache Tendenzen einer Erholung des Arbeitsmarktes in Sicht sind. Jetzt ist alles daran zu setzen, die Beschäftigung anzukurbeln“, so Wirtschaftskammerpräsident Christoph Leitl. Die weiter steigende Arbeitslosenrate ist jedoch alarmierend. „Daher war die in der vergangenen Woche vom Parlament beschlossene Senkung der Lohnnebenkosten ein erster richtige Schritt, um die Wirtschaft zu entlasten und dringend notwendige Beschäftigungsimpulse zu setzen.“

Daß die Zahl der Beschäftigten in der Altersgruppe ab 50 Jahre im März im Jahresvergleich um 36.000 Personen gestiegen ist, belege einmal mehr, daß die heimischen Betriebe das Know-How und die Erfahrung gerade dieser Fachkräfte schätzen. Dennoch sei hier Handlungsbedarf gegeben, betont Leitl: „Aus diesem Grund setzt das ebenfalls in der letzten Woche vom Nationalrat beschlossene Älterenpaket über 350 Millionen Euro genau am richtigen Punkt an, in dem es Arbeitslose über 50, die bereits länger als 6 Monate ohne Job sind, mittels Eingliederungsbeihilfe die Stellensuche erleichtert.“ Im Rahmen von Eingliederungsbeihilfen erhalten Betriebe, die Personen mit bestimmten Vermittlungshemmnissen eine Stelle geben, einen Zuschuß zu den Lohnkosten.

Innenpolitik

„Derartige Anreize wirken direkt und rasch. Eine Verlängerung des Arbeitslosengeldes ist aus Sicht der Wirtschaft dagegen wenig effektiv“, so der WKÖ-Präsident. Denn je länger die Arbeitslosigkeit dauert, desto schlechter gelingt die Reintegration in die Arbeitswelt. „Deshalb sollte darüber nachgedacht werden, wie eine möglichst frühzeitige Unterstützung der Arbeitslosen noch besser gelingt.“ Bei Langzeitarbeitslosen fehlten oft die notwendigen Anreize, eine Beschäftigung aufzunehmen. „Wir brauchen wirksame Maßnahmen, die verhindern, daß es zu Langzeitarbeitslosigkeit kommt. Die Ausweitung der Eingliederungsbeihilfe ist hier ein genauso wichtiger Schritt wie der stärkere Einsatz von Kombilohnmodellen.“

Achitz: Arbeitslosengeld erhöhen, Wirtschaft ankurbeln

„Aus diesem Tal kommen wir nur wieder heraus, wenn wir die Wirtschaft ankurbeln. Jetzt ist die Zeit für Investitionen – gespart haben wir schon genug“, sagt Bernhard Achitz, Leitender Sekretär des ÖGB. Investieren müßte sowohl die private Wirtschaft als auch der öffentliche Sektor, „vor allem in soziale Infrastruktur wie Pflege, in Kinderbetreuung, sozialen Wohnbau, Forschung und Entwicklung sowie in Bildung. Infrastrukturinvestitionen rechnen sich doppelt für den Arbeitsmarkt: Zuerst entstehen Jobs bei der Errichtung von Schulen, Kindergärten und so weiter, und später dann dauerhafte Arbeitsplätze, zum Beispiel für soziale Berufe“, so Achitz.

Auch eine Erhöhung der Kaufkraft würde die Wirtschaft ankurbeln. „Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer brauchen rasch eine Steuerstrukturreform, damit die jährlichen Lohnerhöhungen auch bei ihnen ankommen und nicht nur beim Finanzminister“, fordert Achitz. Als Gegenfinanzierung bieten sich Vermögenssteuern an, denn große Vermögen würden meistens ohnehin wenig wachstumswirksam gehortet, während Arbeitseinkommen sofort konsumiert werden.

Ebenso wichtig ist es auch, die Kaufkraft derjenigen Menschen zu erhalten, die ihren Job verloren haben. „Das Arbeitslosengeld muß zumindest auf EU-Niveau angehoben werden“, fordert Achitz. Daß das Arbeitslosengeld zu niedrig ist, geht auch aus einer aktuellen Studie der Arbeiterkammer hervor: Mit dem niedrigeren Einkommen während der Arbeitslosigkeit kam fast jeder Zweite (48 Prozent) nicht aus. Je länger kein Arbeitseinkommen, umso schlimmer wurde die

Lage: Bei mehr als 25 Wochen Arbeitslosigkeit wurden die finanziellen Einbußen für 63 Prozent der Befragten ein „sehr großes Problem“.

Neumayer: Beschäftigungsanreize verstärken

„Die Arbeitslosenzahl nimmt alarmierenden Ausmaße an, fast die Hälfte der Arbeitslosen hat höchstens die Pflichtschule absolviert. Es ist dringend an der Zeit mit nachhaltigen Strukturreformen die Wettbewerbsfähigkeit des Arbeits- und Industriestandortes zu steigern und Beschäftigungsanreize zu verstärken“, so Christoph Neumayer, Generalsekretär der Industriellenvereinigung.

„Die von Arbeitnehmervertretern jüngst geforderten Ausweitungen im Bereich der passiven Leistungen sind indes der falsche Weg. Eine Erhöhung des Arbeitslosengeldes ist kontraproduktiv; bereits jetzt ist der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung, der je zur Hälfte von Arbeitnehmern und Arbeitgebern finanziert wird, doppelt so hoch als in Deutschland“, so Neumayer. Während in anderen Ländern die Nettoersatzrate mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit stärker sinkt oder auch entfällt, steht in Österreich zudem nach dem Arbeitslosengeld die zeitlich unbefristete Notstandshilfe zu. Weiters erhöhen diverse Zuschläge, wie der

Familienzuschlag, das Arbeitslosengeld auf bis zu 80 Prozent des zuvor erzielten Nettoeinkommens. „Statt das Budget durch noch mehr Transferleistungen weiter zu belasten und die Verlängerung der Arbeitslosigkeit zu fördern, gilt es gezielt Beschäftigungsimpulse zu setzen. Ziel muß es sein, arbeitslose Menschen so schnell als möglich wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren.“

„Arbeit verteuert sich in Österreich doppelt so schnell als in der Eurozone. Diese Entwicklung stellt einen gravierenden Wettbewerbsnachteil dar, dem es gilt entgegenzuwirken“, so Neumayer. „Der Anteil der Lohnnebenkosten an den Arbeitskosten liegt in der EU durchschnittlich bei 23,7 Prozent, in Österreich bei 26,7 Prozent. Die jüngst von der Regierung beschlossene – richtige – Senkung des UV- und IEF-Beitrages um je ein Zehntel kann daher nur ein Anfang sein“, so der IV-Generalsekretär. „Eine substantielle Senkung der Lohnnebenkosten wirkt wachstumssteigernd und beschäftigungsfördernd. Gerade im Hinblick auf die schwierige Arbeitsmarktlage ist es daher umgehend erforderlich, daß nunmehr auch die im Regierungsprogramm vorgesehene Prüfung und Auslotung weitere Potentiale zur Senkung der Lohnnebenkosten unter den Gesichtspunkten der Effizienz und Kostenwahrheit konsequent angegangen wird.“ ■

Spindelegger begrüßt stabiles Rating von Standard & Poors

Nach Moodys und Fitch hat nun auch die dritte große Ratingagentur Standard & Poors Österreich eine hohe Bonität bescheinigt. Finanzminister Michael Spindelegger begrüßt das stabile Rating: „Die Bestätigung unserer AA+ Bonität mit stabilem Ausblick durch die Ratingagentur Standard & Poors sehe ich als eine Bekräftigung dafür, daß wir mit unseren Maßnahmen den richtigen Weg eingeschlagen haben.“

„Die Fortschritte der Bundesregierung bei der Budgetkonsolidierung werden von S&P ausdrücklich gewürdigt. Wichtige Teilziele auf dem Weg zum strukturellen Nulldefizit für 2016 sind bereits erreicht“, spricht Spindelegger Kürzungen bei den Ermessensausgaben sowie die Verabschiedung des Abgabenänderungsgesetzes an.

In die Bewertung eingeflossen seien auch die finanziellen Auswirkungen der Hypo Alpe Adria-Entscheidung und die damit verbundene Erhöhung der Staatsschulden: „Die Ratingagentur hat die Erhöhung unseres

Schuldenstandes auf Grund der Causa Hypo in ihr Gutachten miteinbezogen. Daß das Urteil von S&P trotzdem mit einem stabilen Ausblick ausgefallen ist, zeigt, daß die Regierung mit der angestrebten Lösung die richtige Entscheidung getroffen hat“, betonte Spindelegger.

„Gelobt wurden wir für unsere seit Jahren stabile Finanzpolitik, unsere kontinuierlichen Bemühungen zum Schuldenabbau sowie unsere Maßnahmen zur Ankurbelung des Wirtschaftswachstums und unserer Wettbewerbsfähigkeit. Darüber hinaus hat Standard & Poors hervorgehoben, daß Österreich innerhalb der Eurozone das zweithöchste Bruttoinlandsprodukt pro Kopf vorweisen kann“, berichtete der Finanzminister weiter. „Daher bleibe ich meinem Hauptziel weiterhin treu: Solide Finanzen als Basis für ein erfolgreiches Österreich. Daher wird sich das Ziel des strukturellen Nulldefizits 2016 auch in den Budgetplänen 2014 und 2015 widerspiegeln“, schloß Spindelegger. ■

Hofübergabe

Hermann Schultes ist neuer Chef der Landwirtschaftskammer Österreich.

Bei einem Festakt im Palais Niederösterreich würdigten der Vizekanzler, mehrere Bundesminister, Vertreter von Landesregierungen, Abgeordnete zu den gesetzgebenden Körperschaften und alle Sozialpartner-Präsidenten am 28. Feber gemeinsam den scheidenden Präsidenten Gerhard Wlodkowski für dessen jahrelangen Einsatz und gratulierten Hermann Schultes zu seiner neuen Funktion. An der Spitze der Gratulanten aus Politik und Wirtschaft überbrachte auch der neue Bundesminister Andrä Rupprechter herzliche Glückwünsche und Geschenke.

Eine Woche später, am 6. März, hatte die Landwirtschaftskammer Österreich zu einer Pressekonferenz geladen, bei der Schultes die Arbeitsschwerpunkte für die kommenden Jahre formulierte: „Drei wesentliche Schwerpunkte werden die Arbeit der bäuerlichen Interessenvertretung in den nächsten Jahren bestimmen: Zum Ersten gilt es, die bäuerlichen Betriebe wettbewerbsfähig zu halten. Wir müssen täglich unsere Kunden gewinnen, die Abnehmer aus der Verarbeitungswirtschaft ebenso wie jeden einzelnen Konsumenten. Zweitens muß unsere Land- und Forstwirtschaft auch in Zukunft flächendeckend funktionieren. Nur so bleiben die ländlichen Regionen vital, nur so können die Lebensräume und somit die Grundlagen für den Tourismus gesichert werden. Daher sind natürliche Nachteile auszugleichen. Das läßt sich nur – und das ist der dritte Schwerpunkt – mit einer bäuerlichen Landwirtschaft bewältigen, die in Eigenverantwortung und mit hoher Selbstorganisation in Verbänden wie auch Genossenschaften arbeitet und wirtschaftet.“

Wettbewerbsfähigkeit erhöhen

„Die Wettbewerbsfähigkeit ist die Basis erfolgreichen Wirtschaftens. In vielen Fällen, das zeigen die heimischen Exporterfolge, wird dieser Weg schon beschritten. Doch macht die internationale Konkurrenz auch vor unseren Grenzen nicht halt, und so müssen wir täglich um unsere Kunden kämpfen, denn das Schnitzel muß immer aus Österreich stammen. Wir sind diejenigen, die den Tisch decken, und das wollen wir auch in Zukunft tun. Wir sind diejenigen, die zu einer größeren Unabhängigkeit Österreichs von Energieimporten beitragen können. Daher drängen wir auch auf einen raschen Beschluß



Foto: LK NÖ/Posch

Bundesminister Andrä Rupprechter (l.) stellte sich mit herzlichen Glückwünschen und Geschenken für den neuen Präsidenten, Hermann Schultes, ein.

des Programms ‚Ländliche Entwicklung‘ und somit der Investitionsförderung. In Wirklichkeit zählt jetzt jeder Tag, den unsere Bauern schon zu investieren bereit wären, so sie grünes Licht erhalten“, unterstrich Schultes.

Flächendeckende Land- und Forstwirtschaft

„Nur eine flächendeckende Land- und Forstwirtschaft kann Ressourcen und Lebensräume gleichzeitig sichern. Damit jedoch die bäuerlichen Betriebe auch in Gebieten mit natürlichen Nachteilen weiterhin erfolgreich arbeiten können, sind diese Bewirtschaftungserschwerisse auch in Zukunft auszugleichen. Damit sichert man lebendige ländliche Räume und gleichzeitig Wirtschaft und Arbeitsplätze in Regionen weit abseits der Marktzentren. Darüber hinaus wird damit auf die kostengünstigste Weise die Basis für den Tourismus gelegt, der in der Volkswirtschaft eine wesentliche Rolle spielt. Ohne funktionierende Land- und Forstwirtschaft – auch in entlegenen ländlichen Räumen – wären ein erfolgreicher Tourismus und eine weltweit konkurrenzfähige Holzverarbeitende Industrie undenkbar“, gab Schultes zu bedenken.

Bäuerlichkeit als Programm

„All diese Herausforderungen bewältigen am besten und effektivsten bäuerliche Familienunternehmen. Ihre Basis sind Eigentum, Eigenverantwortung, Fleiß und eine gut

entwickelte Selbstorganisation in Genossenschaften und Verbänden. Unabdingbar dazu gehört ein hoher Grad an Aus- und Weiterbildung. Das betrifft sowohl die schulische Ausbildung als auch jene der Beratung, aber auch Lehrgänge in Landwirtschaftskammern und LFI. Um wissenschaftlichen Anspruch mit Praxisnähe noch enger zu verbinden, regen wir die Einrichtung von Fachhochschulen an. Darüber hinaus müssen Forschung und Entwicklung verstärkt werden, um die künftigen Anforderungen an die Betriebe besser meistern zu können“, informierte Schultes.

Größte Herausforderungen

„Zu den größten Herausforderungen der nächsten Zeit zählen – nicht nur für die Landwirtschaft – die negativen Folgen des immer stärker spürbar werdenden Klimawandels. Hier ist unser Ziel eindeutig: Wir müssen weg von den fossilen und hin zu den erneuerbaren Energieträgern und Rohstoffen. Genauso gefordert sind die Bäuerinnen und Bauern in der Antwort auf die sich immer rascher ändernden Kundenansprüche. Diese müssen wir rechtzeitig erkennen und richtig darauf reagieren. Gleichzeitig müssen wir im Dialog mit den Konsumenten klar machen, daß wir diejenigen sind, die das Leben pflegen, schützen und bewahren. Dazu gilt es, das Wissen über die Landwirtschaft besser zu kommunizieren – von der Schulbank bis in das alltägliche Leben hin-

Innenpolitik

ein. Schließlich ist es auch notwendig, unseren bäuerlichen Unternehmern aktiv dabei zu helfen, besser mit den Volatilitäten des offenen Weltmarkts und der Wetterkapriolen umzugehen. Weiterentwickelte Risiko-Absicherungssysteme schützen dabei nicht nur die Bauern, sondern damit auch unser aller Lebensgrundlagen. Darüber hinaus sind sie ein starkes Motiv für junge Menschen, den Beruf des Landwirts zu ergreifen“, erklärte Schultes.

Die Aufgaben der LK Österreich

Die Betreuung der Mitglieder, die Vertretung gegenüber dem Staat und anderen Berufsgruppen sowie die Mitwirkung an Staatsaufgaben sind die wesentlichen Aufgaben der LK Österreich. Zum umfassenden Tätigkeitsbereich zählen unter anderem:

- Erstellung von Vorschlägen und Gutachten an Behörden, insbesondere zu Gesetzes-Entwürfen und Verordnungen sowie die Beratung der Behörden,
- Entsendung von Vertretern in Organisationen und Erstellung von Vorschlägen für Postenbesetzungen,
- Förderung der Zusammenarbeit der Landwirtschaftskammern untereinander sowie der Beziehungen zum landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen,
- Einrichtung von Fortbildungsinstituten

für Kammermitglieder und Genossenschaftsmitarbeiter,

- Organisation gemeinsamer Veranstaltungen,
- Übernahme von Verwaltungsaufgaben, die der Staat an die Länder abgibt (z.B. die formale Abwicklung der Fördermaßnahmen),
- Zusammenarbeit mit land- und forstwirtschaftlichen Interessenvertretungen anderer Staaten. Einerseits nimmt die LK Österreich damit jene Aufgaben wahr, die alle Kammern und ihre Mitglieder in gleicher Weise berühren, etwa bundesrechtliche Angelegenheiten wie Steuerrecht oder Sozialversicherung. In diese Kategorie fallen auch jene Tätigkeiten, die die Kammern im Zusammenhang mit der Mitgliedschaft Österreichs in der Europäischen Union zusätzlich zu erfüllen haben.

Andererseits muß sie gemäß dem Koordinierungsauftrag auch jene Aufgaben erfüllen, die zwar in erster Linie die einzelnen Kammern und ihre Mitglieder betreffen, wo aber grundsätzlich gleiche Interessenlage gegeben ist. Das betrifft u.a. die Flurverfassung, den Grundverkehr, das landwirtschaftliche Schulwesen, die Tierzucht und den Naturschutz. Als ein fundamentales Recht zur

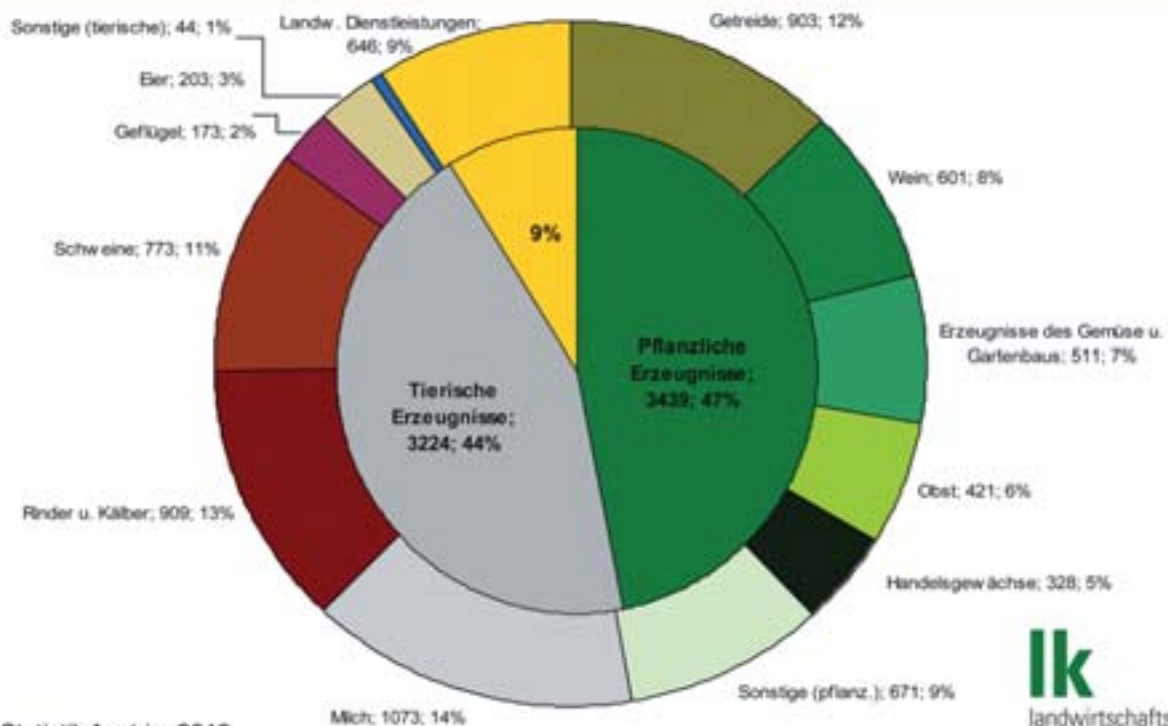
Erfüllung ihrer Aufgaben hat die land- und forstwirtschaftliche Berufsvertretung per Bundesgesetz (BGBl. Nr. 259/1924, 222/1931) das Recht Gesetz- und Verordnungsentwürfe der Ministerien zu begutachten, wovon jährlich bis zu 200 Mal Gebrauch gemacht wird. Seit Bestehen der Zweiten Republik hat der Bundesgesetzgeber der Präsidentenkonferenz auch in über 40 Bundesgesetzen Mitwirkungsrecht, namentliche Entsendungsrecht für Beiräte und Kommissionen und besondere Anhörungsrechte eingeräumt. Die LK Österreich ist damit in der Rechtsordnung des Bundes fest verankert.

Standespolitische Tätigkeit der LK Österreich

Die standespolitische Vertretung der Kammermitglieder erfolgt auf der Basis von demokratischen Wahlen. Bei dieser treten Parteien oder Parteiorganisationen als wahlwerbende Gruppen auf. Die Legislaturperiode der Landeskammern ist aufgrund der unterschiedlichen Landesgesetze verschieden lang. Der Auftrag zur Interessenvertretung beinhaltet daher auch Kontakte zu politischen Parteien und ihren Mandataren, um diese wirksam von der Notwendigkeit von gesetzlichen Maßnahmen im Interesse der Bauern zu überzeugen. ■

<http://www.lko.at>

Produktionswert der Landwirtschaft 2011: 7.310 Mio. €



Quelle: Statistik Austria, 2012



Rund 140 Millionen Euro für Bahn-Infrastruktur in NÖ

Rund 140 Millionen Euro werden in den weiteren Ausbau der Bahn-Infrastruktur in Niederösterreich investiert. So sollen 16 Bahnhöfe modernisiert, das Park and Ride-Angebot erweitert und Regionalbahnstrecken attraktiviert werden. Eine entsprechende Vereinbarung haben Landeshauptmann Erwin Pröll, Bundesministerin Doris Bures, ÖBB-Vorstandsvorsitzender Christian Kern und Landesrat Karl Wilfing im NÖ Landhaus in St. Pölten unterzeichnet.

Bereits im Februar 2009 haben sich Bund und Land auf ein Investitionspaket von insgesamt 120 Millionen Euro zur Umgestaltung von 18 Bahnhöfen in Niederösterreich geeinigt. Von diesen seien mittlerweile 13 modernisiert worden, die restlichen fünf würden noch heuer fertiggestellt werden, informiert Landeshauptmann Pröll zunächst.

Nun sei es darum gegangen, „frühzeitig den nächsten Schritt zu planen“, so Pröll: „Darum erfolgt heute der Start für ein weiteres Investitionsprogramm.“ Demnach werden bis zum Jahr 2018 an weiteren 16 Bahnhöfen in Niederösterreich bauliche Maßnahmen vorgenommen.

Im Bereich der Park and Ride-Stellplätze gibt es derzeit rund 30.000 Pkw- und 23.000



v.l.: ÖBB-Vorstandsvorsitzender Christian Kern, Bundesministerin Doris Bures, Landeshauptmann Erwin Pröll und Landesrat Karl Wilfing

Zweirad-Stellplätze in Niederösterreich, bis 2017 sollen an 29 Bahnhöfen neue Stellplätze hinzukommen.

Das gemeinsame Ziel sei, „noch mehr Menschen auf die Bahn zu bringen und sie sicher und umweltfreundlich zu transportieren“, meinte Bundesministerin Bures.

„Niederösterreich ist das Bahnland Nummer eins in Österreich“, sagte ÖBB-Vorstandsvorsitzender Kern: „Es ist unsere Verpflichtung, diesen Status weiter auszubauen.“ Darum werde man „die Qualitätsoffensive vehement fortsetzen“ und wolle „den Kundenkomfort weiter verbessern“. ■

Verwaltungsmesse 2014 im Zeichen der Reform

Eine schlanke, dynamische und starke Verwaltung steht auf der Agenda der Bundesregierung. Im Bundesministerium für Finanzen haben wir beispielsweise die ArbeitnehmerInnen-Veranlagungen modernisiert. Mittlerweile finden bereits deutlich mehr als die Hälfte dieser Veranlagungen über Finanz Online statt. Mein persönlicher Dank gilt aber auch den Menschen, die hinter diesen Verwaltungsleistungen stehen, denn sie schultern das ganze System“, sagte Sonja Steßl, Staatssekretärin im Finanzministerium, am 27. März anlässlich der Eröffnung der Verwaltungsmesse, die unter dem Titel „Verwaltungsreform – what else?“ in der Messe Wien abgehalten wurde.

Um innovative und moderne Lösungen der österreichischen Verwaltung zu präsentieren, veranstaltete das Bundeskanzleramt in Zusammenarbeit mit dem Finanzministerium und gemeinsam mit den Partnern Wien und Steiermark bereits zum dritten Mal die Verwaltungsmesse für ein Fachpublikum aus Verwaltung und Wirtschaft. „Das Anliegen der Verwaltungsmesse ist es, die neuesten Entwicklungen vorzustellen und sie den

Managern der öffentlichen Verwaltung zugänglich zu machen. Durch die Institution Verwaltungsmesse soll die Kontinuität des Wissenmanagements, auch über die Grenzen von Legislaturperioden hinweg, gewährleistet werden“, sagte Manfred Matzka, Präsidialchef im Bundeskanzleramt. „Begriffe wie Verwaltungsmodernisierung und Verwaltungsreform klingen vielleicht schon überholt, aber tatsächlich passiert in der Verwaltung unglaublich viel und nicht selten werden neue Tools zuerst in der Verwaltung ausprobiert. Und es ist die Verwaltung, die dann als Impulsgeber für die Wirtschaft fungiert.“

Zum ersten Mal fand diese Messe gemeinsam mit der Produktmesse der Bundesbeschaffung GmbH statt. Dabei wurden – neben Procurement und Einkauf – neue Ideen und Entwicklungen aus dem Bundes-, Länder- und Kommunalbereich zu den Themen „Personal & Finanzen“, „Kooperationen & Shared Services“ sowie „Verwaltungseffizienz & Bürgerorientierung“ präsentiert.

Die Ausstellung und ihre Messestände wurden von einem reichhaltigen Vortrags-, Präsentations- und Diskussionsprogramm

ergänzt. Unter anderem haben Themenforen zu aktuellen Fragestellungen wie Krisenmanagement, Steuerung und Wirkungsorientierung stattgefunden.

Erstmals fand im Rahmen der Verwaltungsmesse auch ein Ideenwettbewerb von Studierenden der Fachrichtung Public Management zur Verwaltung der Zukunft unter dem Titel „ideas4future“ statt. „Es ist ausgesprochen spannend zu sehen, wie sich künftige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Verwaltung der Zukunft vorstellen“, sagte Matzka.

„Das Bundeskanzleramt freut sich, daß so viele Kolleginnen und Kollegen aus den Gebietskörperschaften und durchaus auch Expertinnen und Experten aus der Privatwirtschaft der Einladung zur Messe gefolgt sind. Dadurch wird eine breite Spanne an interessanten Vorschlägen skizziert. Manche Aussteller sind seit der ersten Stunde der Verwaltungsmesse dabei, wie das Außenamt oder das Finanzministerium, andere sind das erste Mal mit an Bord wie die Bundessporteinrichtungen oder die Parlamentsdirektion“, so Sektionschef Matzka abschließend. ■

Güssing: modernste Kaserne Europas offiziell übergeben

Niessl: Bundesheer ist ein Garant für hohe Professionalität bei Schutz und Hilfe



Fotos: Bgld. Landesmedienservice

Verteidigungs- und Sportminister Gerald Klug, (vorne rechts), Generalstabschef General Othmar Commenda (vorne links), Landeshauptmann Hans Niessl (hinten rechts) und Oberstleutnant Thomas Erking, Kommandant des Jägerbataillons 19 (hinten links), beim Abschreiten der Front der Ehrenformation der Garde mit der Militärmusik der Garde unter der burgenländischen Leitung von Major Hans Kausz

Die Bundesimmobiliengesellschaft BIG investierte 46,5 Millionen Euro in den Bau der modernsten Kaserne Österreichs in Güssing. Am 21. März fand durch Verteidigungs- und Sportminister Gerald Klug und Landeshauptmann Hans Niessl die feierliche Übergabe der Montecuccoli-Kaserne statt. Diese umfaßt ein Verwaltungsgebäude mit Betreuungseinrichtungen, vier Unterkunftsgebäude, einen Garagen- und Werksstättenkomplex, eine Sporthalle und Sportplätze sowie ein Wohnhaus für Kaderangehörige. Der gesamte Gebäudekomplex erstreckt sich über 36.800 Quadratmeter. Die Kaserne gilt als Vorzeigeeinrichtung des Österreichischen Bundesheeres. Sowohl Rekruten als auch Kaderpersonal werden in Güssing ausgebildet.

„Die Sicherheit liegt den Menschen in unserem Land besonders am Herzen. Das Bundesheer steht für Schutz und Hilfe, es ist ein Garant für eine hohe Professionalität, ob im Inland bei – zum Beispiel in Katastropheneinsätzen – oder bei Einsätzen im Ausland um den Frieden zu sichern. Die Politik hat die Aufgabe Rahmenbedingungen zu schaffen, die ein Höchstmaß an Sicherheit

ermöglichen. Die neue Montecuccoli-Kaserne ist ein Signal dafür, daß in die Zukunft investiert wird. Die Sicherheit muß uns etwas wert sein, unser Bundesheer muß uns

etwas wert sein“, so Niessl im Rahmen der feierlichen Übergabe der Kaserne. „Mit der neuen Kaserne in Güssing wird eine neue Messlatte für die Sicherheit und die Qualität



Feierliche Schlüsselübergabe an den Kommandanten des Jägerbataillon 19: Verteidigungs- und Sportminister Gerald Klug und Landeshauptmann Hans Niessl mit Oberstleutnant Thomas Erking (l.), Kommandant des Jägerbataillons 19, und BIG-Geschäftsführer Hans-Peter Weiss (r.)

Fotos: Bgld. LandesmedienService



Im Rahmen der Feierlichkeiten wurden Personen, die sich um den Bau der Kaserne Verdienste erworben haben, durch Landeshauptmann Hans Niessl und Landeshauptmann Stellvertreter Mag. Franz Steindl ausgezeichnet.

der Ausbildung und der Unterbringung der Soldaten gelegt“, betonte Klug.

Jägerbataillon 19 an einem Standort zusammengeführt

In der neuen Kaserne in Güssing sind alle Soldaten und Bedienstete des Jägerbataillons 19 zusammengeführt. Bisher war das Jägerbataillon 19 mit ca. 750 Soldaten in den Kasernen Oberwart, Güssing und Pinkafeld untergebracht. In der Montecuccoli-Kaserne finden bis zu 800 Soldaten Platz.

Die meisten Gebäude der alten Kaserne wurden abgerissen, nur das Unterkunftsgebäude wurde generalsaniert. Neu errichtet wurden ein Verwaltungs- und Sozialtrakt,

ein Unterkunftsgebäude für die Jägerkompanie, ein Wohnhaus für Kaderangehörige sowie Garagen und Werkstätten, eine Sporthalle und ein Sportplatz. Herzstück der runderneuerten Montecuccoli-Kaserne ist das neue 180 Meter lange Kommandogebäude in dem sämtliche Kommando- und Stabseinheiten sowie die Lehr- und die Speisesäle und das Soldatenheim untergebracht sind.

Musterkaserne

Im Rahmen der Projektorganisation ÖBH 2010 wurde ein Konzept für die Kasernen der Zukunft erarbeitet, das vor allem die Unterbringung der Soldaten nach den heute absehbaren Anforderungen sicherstellen

soll. Die Realisierung des Ausbaus der Kaserne Güssing ist als erste Musterkaserne nach dem Modell „Kaserne 2010“ erfolgt.

Wesentlich sei eine zeitgemäße Unterbringung der Soldaten, betonte der Verteidigungs- und Sportminister: „Die Unterkünfte der Soldaten wurden an moderne Standards angepaßt. Es gibt adäquat große Räume mit einer modernen Einrichtung und Ausstattung. Auch der Sozialbereich hat hohe Qualität.“ Die 200 Vier-Mann-Zimmer sind je 32 Quadratmeter groß und mit einer eigenen kleinen Naßzelle mit WC und Dusche ausgestattet. Sie dienen entweder vier Rekruten oder zwei Kadersoldaten als Unterkunft beziehungsweise werden als Alarmunterkunft von bis zu acht Kaderangehörigen genutzt.

Die Ausbildungs-, Sozial- und Sportbereiche wurden modern gestaltet. Die Bauzeit betrug drei Jahre.

Anschluß an lokales Fernwärmenetz

„Die Montecuccoli-Kaserne ist an das lokale Fernwärmenetz in Güssing angeschlossen. Zusätzliche Energiesparpotentiale werden durch moderne Wärmedämmung, Wärmerückgewinnung aus der Abluft der Naßräume, sowie Unterstützung der Warmwasserbereitung durch Solarpaneele genützt“ sagte BIG-Geschäftsführer Hans-Peter Weiss.

Im Rahmen der Feierlichkeiten wurden Personen, die sich um den Bau der Kaserne Verdienste erworben haben, durch Landeshauptmann Hans Niessl und Landeshauptmann Stellvertreter Franz Steindl ausgezeichnet. ■



v.l.: Landesrätin Michaela Resetar, Landesrätin Verna Dunst, Oberstleutnant Thomas Erking, Verteidigungs- und Sportminister Gerald Klug, Landeshauptmann Hans Niessl und Landeshauptmann Stellvertreter Franz Steindl

Grenzüberschreitende gemeinsame Projekte

Verkehrs- und Straßenprojekte sollen mit EU-Mitteln realisiert werden – LH Niessl und Ungarns Verteidigungsminister Hende zu Arbeitsgespräch zusammengetroffen



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Beste Gesprächsbasis (v.l.): Levente Magyar, stv. Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, Amt des Premiers, Tivadar Puskas, Bgm. Szombathély, Csaba Hende, Verteidigungsminister Ungarn, LH Hans Niessl und LR Helmut Bieler

Der grenzüberschreitende Verkehr auf Schiene, Straßen und Radwegen stand im Mittelpunkt eines Arbeitsgesprächs von Landeshauptmann Hans Niessl mit Ungarns Verteidigungsminister Csaba Hende am 20. März in Eisenstadt. Auf der Basis eines grenzüberschreitenden Gesamtverkehrskonzeptes sollen Projekte erarbeitet und mit EU-Fördermitteln aus dem ETZ-Programm AT-HU 2014-2020 gemeinsam realisiert werden. „Ich denke, wir sind hier auf einem sehr guten Weg, eine europäische Modellregion im Bereich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zu sein. Und ich sehe auch sehr gute Chancen, daß all diese Projekte in einer entsprechenden Höhe von der Europäischen Union gefördert werden, weil dadurch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit gestärkt wird“, zeigte sich Niessl bei einem anschließenden Pressegespräch zuversichtlich.

In der vergangenen Förderperiode 2007-2013 seien aus dem ETZ-Programm insgesamt 100 Mio. Euro ausgelöst worden; Ziel

sei es, auch für die laufende Periode 2014-2020 gemeinsam ein möglichst großes Fördervolumen zu lukrieren, so Niessl. Man habe bereits ein Verkehrskonzept in Auftrag gegeben, nun werde das auch in Ungarn geschehen. „Dieses grenzüberschreitende Verkehrskonzept wird die Grundlage für Projekte sein, die dann umgesetzt werden sollen“ erklärte Niessl.

Im Eilzug von Jennersdorf via Ungarn nach Wien

Ein Thema war die Elektrifizierung der Eisenbahnverbindung Graz-Jennersdorf-Szentgotthard-Szombathely-Sopron-Eisenstadt. Auf ungarischer Seite seien nur mehr kleine Teilstücke im Norden fertigzustellen, der größere Teil auf österreichischer Seite. Seitens des österreichischen Infrastrukturministeriums sei die Elektrifizierung erst nach 2020 vorgesehen, es gebe jedoch die Zusage, dieses im Falle einer EU-Förderung vorzuziehen, so Niessl. Ziel sei deshalb, das Projekt entsprechend zu gestalten.

Grenzverkehr ohne Hindernisse, Ausbau der Grenzübergangsstellen

Der Abbau der ehemaligen Grenzkontrollstellen schreite mit Riesenschritten voran, in den kommenden zwei Jahren sollen sie Geschichte sein. Ausbauen wollen die Partner dagegen die Grenzübergangsstellen. Derzeit bestehen 31, geplant ist eine Verdopplung. „Derzeit gibt es alle 12 km eine Grenzübergangsstelle im Straßenverkehrsbereich zwischen Österreich und Ungarn. Im Vergleich zu unseren anderen sechs Nachbarländern ist das viel, es ist aber noch immer weit entfernt vom europäischen Durchschnitt“, sagte Hende. Eine Expertenkommission in beiden Ländern soll bis Herbst einen Vorschlag unterbreiten, wo Übergangsstellen errichtet werden sollen. „Wir haben für die Grenzübergangsstellen einen Investitionsbedarf des Landes und der Gemeinden von ca. 8 Mio. Euro erhoben“, informierte Straßenbaulandesrat Helmut Bieler. Die Finanzierung will Bieler über ETZ-Programme ermöglichen.

Vorrangig sei auch die B61a – die Verlängerung der S31 bei Oberpullendorf bis zum Grenzübergang Rattersdorf. Bis August werde der Baubeginn erfolgen, so Bieler. Der weitere Verlauf bzw. die Anbindung auf ungarischer Seite müsse noch festgelegt werden. Weitere Themen waren die Fahrradwege – in deren Ausbau auf ungarischer Seite im Vorjahr 400 Mio. Forint investiert worden seien, so Hende – sowie die Vertiefung der Zusammenarbeit der Rettungsdienste beider Länder.

2016: Großes Fest für Hl. Martin

Nicht nur Infrastruktur und Verkehr standen im Fokus der Zusammenarbeit: Aus Anlaß des 1700. Geburtstags des Heiligen Martin, des in Szombathély, damals Savaria, geborenen Landespatrons des Burgenlandes, wird für 2016 ein großes Fest gemeinsam geplant.

Ausgezeichnete Gesprächsbasis

In allen Gesprächspunkten habe Einigkeit geherrscht, betonten die Partner. Beide Seiten hoben die ausgezeichnete Gesprächsbasis hervor. Niessl sieht es „als sehr gutes



Foto: Bild. Landesmedienservice

Gemeinsam für ein Ziel (v.l.): Tivadar Puskas (Bgm. Szombathély), Csaba Hende (Verteidigungsminister Ungarn), LH Hans Niessl und LR Helmut Bieler

Zeichen, daß wir im heurigen Jubiläumsjahr, wo wir des Ausbruchs des Ersten Weltkrieges vor 100 Jahren, des Falls des Eisernen Vorhangs vor 25 Jahren gedenken, Gespräche führen über grenzüberschreitende Zusammenarbeit und über die Verbesserung der

Infrastruktur; daß auch die letzten Barrieren, die durch den Eisernen Vorhang entstanden sind, wegfallen und die Menschen dieser Region sowohl auf ungarischer als auf österreichischer Seite noch bessere Lebensbedingungen haben.“ ■

Sicherheitsgipfel tagte in Eisenstadt

LH Niessl: Burgenland soll auch weiterhin sicherstes Bundesland bleiben

Das Kultur- und Kongresszentrum in Eisenstadt war am 7. März Schauplatz des jährlichen Sicherheitsgipfels mit Vertretern der burgenländischen Blaulichtorganisationen, des Bundeskriminalamts, der Behörden, Verwaltung, Gemeindeverbände und Sozialpartner. Im Mittelpunkt der Beratungen standen Ausgleichsmaßnahmen im Hinblick auf die geplante Polizeistrukturenreform und damit einhergehende Postenschließungen sowie die Bekämpfung der steigenden Schlepper- und Eigentumskriminalität.

„Wir werden alle Anstrengungen unternehmen, damit das Burgenland auch weiterhin das sicherste Bundesland bleibt. Es wird keinen Polizisten weniger geben im Burgenland, und es soll gewährleistet sein, daß die Polizei innerhalb von 10 Minuten an jedem Einsatzort ist“, betonte Landeshauptmann Hans Niessl.

Polizeistützpunkte für Orte mit geschlossenen Posten

Ein mehrere Punkte umfassendes Sicherheitspaket für das Burgenland soll den hohen Sicherheitsstandard auch künftig garantieren. Zentraler Punkt sei, das Streifen- und

Einsatzsystem der Polizei so zu gestalten, daß jeder Einsatzort im gesamten Burgenland innerhalb von 10 Minuten erreicht werden könne. Die Videoüberwachung auch an untergeordneten Verkehrsverbindungen, etwa an kleineren Grenzübergängen wie Mörbisch, solle möglich sein. Unterstützt werden weiters SOKOs zur Bekämpfung der grenzübergreifenden Kriminalität. Gefordert wird ein zusätzlicher Polizei-Ausbildungslehrgang: „Wir brauchen auch in Zukunft eine Ausbildung von Polizisten, die dann auch im Burgenland eingesetzt werden“, so Niessl. „Und schließlich wollen wir, daß Polizeistützpunkte in Orten errichtet werden, wo Stützpunkte geschlossen werden. Wir wollen damit die Präsenz der Polizei vor Ort anheben.“

An der Bevölkerung orientieren

Auch Landespolizeidirektor Hans Peter Doskozil bezeichnete die Präsenz in den Gemeinden als wesentlich: „Die Polizei muß sich an der Bevölkerung orientieren, es müssen verstärkt auch die Gemeinden eingebunden werden“. Das sei auch ganz in deren Sinne, bekräftigte GVV-Präsident Bgm. Erich Trummer: „Die Gemeinden wollen sich wie

das Land tatkräftig einbringen – etwa durch die Bereitstellung von Infrastruktur, von Räumlichkeiten oder einer Ansprechperson für die Polizei“.

Mehr Polizeistreifen

Dem Innenministerium habe man ein Polizei-Sicherheitskonzept vorgelegt, das für den Bezirk Neusiedl am See eine Konzentration der AGM-Kräfte in Nickelsdorf mit insgesamt 56 Planstellen vorsieht, informierte Doskozil. Damit wolle man die Schlepperkriminalität weiter eindämmen; so sei es gelungen, die Zahl der Aufgriffe von 2500 im Jahr 2012 auf 1.000 im Jahr 2013 zu reduzieren. Darüber hinaus wolle man in den Sektorenbereichen die Polizeistreifen massiv stärken. Das Konzept könne bereits ab April in die Umsetzungsphase gehen.

Aktiver, konstruktiver Beitrag

Das Burgenland sei aufgrund der geplanten Strukturreformen in einer besonderen Situation, die adäquate Maßnahmen erfordere, so Niessl. „Mit dem burgenländischen Sicherheitspaket wollen wir einen aktiven, konstruktiven Beitrag leisten.“ ■

Landesparlament würdigte Hans Halbritter

Trauersitzung für Mitbegründer und Initiator der burgenländischen Landesentwicklung

Burgenlands Landtagspräsident a.D. Hans Halbritter ist am 20. März 2014 im 87. Lebensjahr verstorben. Im Gedenken an den großen Politiker nahmen die Mitglieder der Burgenländischen Landesregierung und die Abgeordneten zum Burgenländischen Landtag am 3. April im Rahmen einer Trauersitzung Abschied vom „Mitbegründer und Initiator der burgenländischen Landesentwicklung“. Hans Halbritter war 30 Jahre als Bürgermeister der Stadtgemeinde Neusiedl am See, 16 Jahre als Abgeordneter, ein Jahr als 2. und schließlich vier Jahre als 1. Präsident des Burgenländischen Landtages tätig. „Tief betroffen stehen wir der Tatsache gegenüber, daß DI Hans Halbritter, Präsident des Burgenländischen Landtages a.D., nicht mehr unter uns weilt. Dem öffentlichen Leben des Burgenlandes ist ein Mensch und Politiker, der viele Jahre lang das Geschehen seines Heimatlandes mitgestaltet und geprägt hat, abhandengekommen. Mit Hans Halbritter haben wir einen Menschen verloren, der auch als Politiker bleibende Spuren hinterlassen hat. Diese Trauersitzung soll ganz dem Andenken dieser großen Persönlichkeit gewidmet sein“, so Landtagspräsident Gerhard Steier.

Hans Halbritter wurde am 1. Juli 1927 als Sohn des Schuhmachermeisters Karl Halbritter aus Neusiedl am See geboren. Nach Abschluß der Volksschule sowie der Hauptschule in Neusiedl absolvierte er die Höhere Technische Lehranstalt in Mödling, die er 1945 mit der Matura abschloß. Zuvor war Halbritter im Juli 1944 zum Reichsarbeitsdienst eingezogen worden. Ab Oktober 1944 leistete er den Militärdienst ab, wobei er sich zu Kriegsende in amerikanischer Kriegsgefangenschaft befand.

Später studierte Halbritter an der Technischen Hochschule Wien Architektur. Diesen Ausbildungszweig schloß er mit dem akademischen Grad Diplomingenieur ab. 1962 erwarb er die Befugnis und Berufsbezeichnung eines Architekten. Den Start der politischen Karriere bildete das Jahr 1962, als er in den Gemeinderat der Stadtgemeinde Neusiedl am See berufen wurde. 1967 wurde er zum Bürgermeister gewählt und prägte 30



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Die Mitglieder der Burgenländischen Landesregierung, Abgeordnete zum Burgenländischen Landtag, Angehörige des Verstorbenen und Trauergäste nahmen Abschied von Landtagspräsident a.D. Hans Halbritter.



Foto: Burgenländisches Landesarchiv

Landtagspräsident a.D. Hans Halbritter

Jahre lang die Geschicke von Neusiedl am See.

Am 6. November 1975 trat er in den Burgenländischen Landtag ein. Während seiner 16 Abgeordnetenjahre war er auch von 1982 bis 1986 Klubobmann der ÖVP-Burgenland. Am 11. Juni 1986 wurde er zum 2. und schließlich am 30. Oktober 1987 zum 1. Präsidenten des Bgld. Landtages gewählt. In dieser Funktion vertrat er den Landtag bis zum 18. Juli 1991.

Dazu Landtagspräsident Gerhard Steier abschließend: „DI Halbritter gilt als einer der Mitbegründer und Initiator der burgenländischen Landesentwicklung, der seine ganze Kraft für den Aufbau und die Entwicklung unseres Heimatlandes aufgebracht hat. Er gehörte einer Generation an, die fast die gesamte Gesteuerung des Burgenlandes miterlebt hat. Er war damit auch einer der Wegbereiter des neuen, modernen Burgenlandes, auf das wir heute gemeinsam stolz sein können. Trotz oft unterschiedlicher Auffassungen in der parteipolitischen Konfrontation, hat er seine Menschlichkeit und Herzlichkeit auch in der Politik nie verloren und damit Anerkennung über die Parteigrenzen erworben.“

Zug um Zug zu mehr Sicherheit

Österreichisch-Ungarisches Projekt zur Erhöhung der Verkehrssicherheit an Eisenbahnkreuzungen ist abgeschlossen.

Im Rahmen des grenzüberschreitenden Projektes „Sicherheitsinspektion bei Eisenbahnkreuzungen entlang der grenzüberschreitenden Bahnlinien im Burgenland und in Westungarn“ (SiEBaBWe) wurden von 2012 bis 2014 Sicherheitsinspektionen an ausgewählten Eisenbahnkreuzungen in Österreich und Ungarn durchgeführt. Die Bevölkerung wurde über ihr Verhalten an Eisenbahnkreuzungen befragt und daraus wurden eine maßgeschneiderte Kampagne zur Bewusstseinsbildung sowie ein Maßnahmenpaket zur Verbesserung der Sicherheit an Eisenbahnkreuzungen erarbeitet.

Die Zahlen der Unfallstatistik zeigen: Der Begegnungsraum Straße-Schiene ist eine echte Problemzone. Das Unfallgeschehen an Eisenbahnkreuzungen ist in Relation zum gesamten Straßenverkehrsunfallgeschehen gering, jedoch ist der Anteil an Getöteten und Schwerverletzten im Gegensatz dazu sehr hoch. In den letzten fünf Jahren wurden im Burgenland insgesamt sieben Personen bei Unfällen an Eisenbahnkreuzungen getötet und 25 verletzt.

Fünf Millionen Euro jährlich zur Erhöhung der Verkehrssicherheit

„Die Verbesserung der Verkehrssicherheit auf unseren Straßen ist aufgrund des hohen Motorisierungsgrades zu einer wesentlichen Aufgabe geworden. Insgesamt investieren wir im Land Burgenland jährlich fünf Millionen Euro für Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit. Auch bei den Unfallstellen mit Eisenbahnkreuzungen haben wir beispielsweise mit LED-Fahrbahnlichtern, so genannten ‚Lanelights‘, wertvolle Akzente gesetzt. Diese neue Initiative soll nun – im wahrsten Sinne des Wortes – Zug um Zug für mehr Sicherheit an den Schnittstellen von Straße und Schiene sorgen“, so Landeshauptmann Hans Niessl.

Folder informieren über richtiges Verhalten an Bahnübergängen

„Uns war es im Rahmen des Projektes ein besonderes Anliegen, die Bevölkerung zu erreichen, besonders jene, die Eisenbahnkreuzungen häufig queren. Unsere Erhebung mittels Interview und Fragebogen zeigt, daß Verkehrsteilnehmer immer wieder Regel-



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Einsatz für mehr Sicherheit an Eisenbahnkreuzungen (v.l.): Christian Kräuter vom Kuratorium für Verkehrssicherheit mit Gerhard Gürtlich, Geschäftsführer der Neusiedlerseebahn, dem Generaldirektor-Stellvertreter der Raaberbahn, Csaba Szekeley, und Landeshauptmann Hans Niessl

übertretungen an Eisenbahnkreuzungen beobachteten und auch selbst Übertretungen begehen. Als Ursachen dafür wurden in erster Linie Zeitdruck und Eile angeführt. Den anderen Verkehrsteilnehmern wurde mangelndes Gefahrenbewußtsein unterstellt. Zur weiteren Erhöhung der Sicherheit wurde an erster Stelle eine weitere Verbesserung der Infrastruktur gewünscht“, faßt Christian Kräuter vom Kuratorium für Verkehrssicherheit die Ergebnisse der Befragung zusammen.

Nun werden Plakate in der Nähe von Eisenbahnkreuzungen mit dem Slogan „Stopp! ... an Eisenbahnkreuzungen“ (wenn das Lichtsignal rot aufleuchtet) aufgestellt und Informationsfolder in den Anrainergemeinden verteilt.

Österreich-Ungarn: Unterschiedliche Straßenverkehrsregeln bei Eisenbahnkreuzungen

„Eisenbahnkreuzungen – besonders wenn sie unbeschränkt sind – bergen Unfallgefahren sowohl für den Straßen- als auch für den Schienenverkehr. Besonders im Grenzgebiet ist zu beachten, daß für Österreich und Ungarn unterschiedliche Straßenverkehrsregeln bei Eisenbahnkreuzungen gelten, wodurch sich Unfälle aufgrund von Unwissenheit ereignen. Darum war uns die

österreichisch-ungarische Zusammenarbeit ein besonderes Anliegen, um die Sicherheit bei der Querung von Eisenbahnkreuzungen für Straßenverkehrsteilnehmer in der Grenzregion zu erhöhen“, so Csaba Szekeley, Generaldirektor-Stellvertreter der Raaberbahn.

Verkehrsexperten haben die 350 Eisenbahnkreuzungen im Netz der Raaberbahn und der Neusiedlerseebahn genau analysiert, davon wurden 28 Eisenbahnkreuzungen (25 in Ungarn und 3 in Österreich) ausgewählt und Verkehrssicherheitsinspektionen durchgeführt. An jeder Kreuzung wurden Sicherheitsinspektionen und Verkehrszählungen durchgeführt. In Folge wurden daraus allgemein gültige Maßnahmen und maßgeschneiderte Sanierungskonzepte erarbeitet, die das Sicherheitsniveau an Eisenbahnkreuzungen deutlich erhöhen.

Finanzierung durch EU, Land Burgenland und Ungarn

Das Projekt wurde mit einem Kostenaufwand von 480.000 Euro und einer Laufzeit von zwei Jahren (2012 bis 2014) im Rahmen des EFRE-Programms zur grenzüberschreitenden Kooperation Österreich-Ungarn 2007-2013 durch den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung gefördert und vom Land Burgenland bzw. der Nationalen Entwicklungsagentur in Ungarn kofinanziert. ■

Tourismus: Konsolidierungskurs mit Jahresauftakt nach Maß

Bilanz 2013: Inlandsmarkt rückläufig, markante Zuwächse auf Ostmärkten. Starker Jahresauftakt im Jänner

Anhaltende Nachfrage nach höherwertigen Unterkünften, Qualität und Innovation im touristischen Angebot, ausbaubares Potential bei internationalen Gästen und die weitere Verschärfung des Wettbewerbs im Sommerurlaub wie auch im Gesundheits- und Wellness-tourismus – dieses Resümee ziehen die Tourismusverantwortlichen aus dem Tourismusergebnis 2013. Rückgängen auf dem Inlandsmarkt und bei den deutschen Gästen steht ein starkes Wachstum in den für das Burgenland wichtigen östlichen Nahmärkten gegenüber; Zugewinne gab es erneut in den höheren Kategorien. „Nach acht Rekordjahren in Folge ist es schwierig, auf dem erreichten hohen Niveau immer neue Steigerungen zu erzielen. Ich bin zuversichtlich, daß wir mit Investitionen in Qualität, strafferen Strukturen und noch stärkerer Marketingpräsenz auf internationalen Märkten den burgenländischen Tourismus weiter auf Erfolgskurs halten werden. Mit dem neuen Tourismusgesetz schaffen wir die Basis dafür“, erklärte Landeshauptmann Hans Niessl, Präsident von Burgenland Tourismus. Und auch der Ganzjahrestourismus soll weiter forciert werden, betonte Landesrätin Michaela Resetar: „Fast 50 Prozent der Übernachtungen werden durch Wellness- und Gesundheitsurlaube verzeichnet – das zeigt, wie wichtig Herbst- und Wintersaison für den Wellness-, Gesundheits- und Kur-tourismus im Burgenland sind und welche Rolle dieses Segment für den heimischen Tourismus spielt. Mittlerweile entfallen mehr als die Hälfte der Betten auf das 3-, 4- und 5- Sterne-Segment im Wellness- und Gesundheitsbereich.“

Erstmals seit neun Jahren verzeichnete das Burgenland im Jahr 2013 mit 918.098 Ankünften (- 2,2%) und 2.853.243 Nächtigungen (-2,9%) rückläufige Zahlen. Ursachen waren zum einen Schlechtwetterperioden mit Hochwasserschäden in den Nachbarbundesländern und ihre negative Wirkung auf Reiseentscheidungen in den Quellmärkten, zum anderen bremsten die Tropenhitze im Sommer, ein verfrühtes Sommerende und ungünstige Feiertagslagen die Nachfrage insbesondere aus dem Inlandsmarkt – hier



Foto: Bild. Landesmedienservice

Landesrätin Michaela Resetar, Landeshauptmann Hans Niessl und Burgenland Tourismus Direktor Mario Baier

mußte 2013 ein Minus von 2,1 Prozent bei den Nächtigungen verzeichnet werden.

Boomende Ostmärkte

Erfolge gab es hingegen in den östlichen Nahmärkten: Die Ankünfte für Ungarn (+5,8%), Tschechien (+9,5%) und für die Slowakei (+15,5%) wuchsen im Jahr 2013 gegenüber 2012 stark. Als schwierig stellt sich der deutsche Markt dar. Neben einem hohen Qualitätsanspruch der Gäste aus Deutschland steht das Burgenland in einem starken Wettbewerb mit dem höchst attraktiven Tourismusangebot im alpinen Bereich. Der Megatrend Wandern hat in den letzten Jahren zu einem Boom von deutschen Sommergästen in den alpinen Regionen Österreichs geführt und steht im Wettbewerb zum Urlaub am See.

Steigendes Qualitätsbewußtsein: 3,3% Plus in der 5/4-Stern-Kategorie

Ein stolzes Plus von 3,3% bzw. 43.000 Übernachtungen konnte in der 5/4-Stern-Kategorie erzielt werden, stark fallende Wer-

te zeigten dagegen der 2/1-Stern-Bereich und die Privatquartiere. „Diese Entwicklung ist ein langjähriger österreichweiter Trend. Für ein signifikantes Wachstum im Tourismus brauchen wir deshalb Investitionen in Qualitätsbetten, mehr Angebotsinnovation, um uns gegenüber dem modernen Bergsommer behaupten zu können, aber auch eine Bündelung der Geldmittel für ein gemeinsames Marketing. Und wir müssen die Internationalisierung weiter vorantreiben“, fordert Niessl. „Die Nachbarländer im Osten und Süddeutschland haben dabei für uns das größte Potential“.

Jänner und bisheriges Winterhalbjahr mit Plus

Erfreulich verlaufen ist der Jänner mit einem Zuwachs von 1,4 % bei den Nächtigungen (Inländer + 0,9 %, Ausländer + 4,7 %), und auch die Ankünfte wuchsen um 6,5 %. Wiederum überproportional hoch ausgefallen sind mit 10,5 % die Zuwächse im 4/5-Sterne-Segment. Positiv auch das bisherige Winterhalbjahr 2013/14 (November - Jän-

»Burgenland Journal«

ner), in dem ein Plus von 0,7 % verzeichnet werden konnte.

Tourismusetz neu

Intensiv wird derzeit am neuen Tourismusetz gearbeitet – im Sommer 2014 soll es verabschiedet werden, 2015 in Kraft treten. „Wir wollen in Zukunft das ganze Burgenland als eine schlagkräftige Destination sehen! Die Strukturen sollen vereinfacht, quantitativ redimensioniert und an die Größe des Landes angepaßt werden. Weiters sollen eine klare Aufgabenteilung zwischen Burgenland Tourismus und den lokalen bzw. regionalen Strukturen verankert und der Mittelefluß neu festgesetzt werden“, so Resetar.

Burgenland – Gesundheits- und Wohlfühlhland erster Klasse

Burgenland Tourismus plant gemeinsam mit Unternehmern und Betrieben im Land

ein neues Gesamtkonzept für die zukünftige Profilierung und Vermarktung des Burgenlandes als „Gesundheits- und Wohlfühlhland erster Klasse“.

»Burgenland Urlaubsshop« für mehr internationale Gäste

Das vergangenen November als „Burgenland Info Center“ gestartete Pilotprojekt soll in den nächsten Monaten immer mehr zu einem professionellen „Burgenland Urlaubs- und Reiseshop“ werden. Tourismusdirektor Mario Baier über das Konzept: „Wir wollen die burgenländischen Urlaubsangebote, vom Tagesausflug über die Weinverkostung und das Festivalticket bis hin zum Übernachtungsaufenthalt in Zukunft auch buchbar machen. Dazu initiieren und entwickeln wir gerade ein Netzwerk an heimischen Partnern, mit denen Tourismusangebote erstellt und über diverse Medien beworben werden

sollen.“ Die Infostelle im Designer Outlet mit 4 Mio. Besuchern, davon 40 % aus dem Ausland, dient maßgeblich zur Internationalisierung des touristischen Aufkommens im Burgenland.

Impulse und Innovationen für Angebote »Radland Burgenland«

Bei dem mit Anfang des Jahres gestarteten Projekt geht es darum, Synergien und Aktivitäten sämtlicher Radprojekte zusammenzufassen und mit Maßnahmen der Infrastrukturentwicklung und Qualifizierung an die Spitze zu bringen. Entwickelt werden sollen dabei die „5 Top Routen des Burgenlandes“, neue Angebote entlang der Radwege, ein Netz an „Bed & Bike“-Beherbergungsbetrieben sowie ein verkaufs- und vertriebsorientiertes Marketing via Web bzw. einer „Burgenland Rad App“.

<http://www.burgenland.info>

Grenzüberschreitende Partnerschaft macht stark

Die schöne Burgenländerin auf Besuch in der Slowakei

Unter dem Motto „Grenzüberschreitende Partnerschaft macht stark“ sind das Burgenland und seine slowakische Nachbarregion, der Selbstverwaltungskreis Trnava, die Kooperation „RegioInfoPoint Slowakei-Burgenland“ eingegangen. Im November vergangenen Jahres wurde im McArthur Glen Designer Outlet Parndorf im Zuge des grenzüberschreitenden EU-Projektes eine moderne Tourismusservicestelle eröffnet. Jetzt wurde auch erstmalig – am 10. März – ein neues, gemeinsames Tourismusbüro der Regionen Trnava und Burgenland in der Altstadt von Trnava gestartet. Im Rahmen dieser internationalen Partnerschaft absolvierten außerdem slowakische SchülerInnen der Hotelakademie Ludowita in Piešťany ein dreiwöchiges Praktikum im „RegioInfoPoint Burgenland“.

Das Büro soll ähnliche Informationsaufgaben wie der RegioInfoPoint in Parndorf erfüllen. Gäste aus der Region Trnava und Bratislava, dem Burgenland, Wien und Umgebung, aber auch aus Ungarn erhalten hier touristische Beratung über Hotels, Veranstaltungen und Angebote der beiden Nachbarregionen. „Die Slowakei hat sich zu einem wichtigen Auslandsmarkt für das Burgenland entwickelt. 2014 konnten rund 19.700 Übernachtungen (+16%) verzeichnet werden. Burgenland Tourismus sieht hier die Chance zusätzliche Übernachtungen aus der



Foto: Burgenland Tourismus

v.l.: Cipar Marian (Leiter Regionalentwicklung Selbstverwaltung Trnava), Štefan Šiška (Executive director of Territorial tourism organization – Rezort Piešťany), Maria Sarmirova (Tourismus Selbstverwaltung Trnava), Veronika Hajdinová (Regionalentwicklung Selbstverwaltung Trnava), Ronald Stastny (Regionalentwicklung & Europabüro Selbstverwaltung Trnava), Hofrat Prof. Ingrid Schwab-Matkovits (Interim. Leitung Europabüro & Statistik), GF Gerhard Haider (TV Illmitz), GF Michaela Puser (Neusiedlersee Tourismus GmbH), Sylvia Stoiber (Projektkoordinatorin Regio InfoPoint Parndorf)

Slowakei insbesondere aus der Region Trnava zu erzielen bzw. sich auch verstärkt als Ausflugsdestination bekannt zu machen“, betonte Burgenland Tourismus Direktor Mario Baier.

Im RegioInfoPoint werden touristisch relevante Informationen und innovative Packa-

ges der burgenländischen Betriebe weitergegeben sowie Urlaubsgutscheine und Tickets für burgenländische Events verkauft. Mit Ende März ist der „RegioInfoPoint Burgenland“ auch Ausgabestelle für die Neusiedlersee-Card.

<http://www.burgenland.info>

Burgenländische Landesverfassung auf Reformkurs

Das Burgenland ist stolz auf seine Landesverfassung, die seit 1981 permanent weiterentwickelt wurde. Auch im Zuge der jüngsten Anpassungen konnten wichtige Neuerungen, wie die Verankerung einer sicheren und leistbaren Wasserversorgung in öffentlicher Hand bzw. die gesicherte Daseinsvorsorge im Energiebereich verankert und somit österreich- und europaweit neue Maßstäbe gesetzt werden. Damit das Burgenland auch im 21. Jahrhundert seine bis dato erfolgreiche Entwicklung prolongieren kann, braucht es aber auch eine Verfassung für das 21. Jahrhundert. Eine Verfassung, die die Vielfalt des modernen Burgenlands widerspiegelt, die Effizienz der politischen Arbeit steigert und vor allem die Bürgernähe fördert. Unter dem Motto „Reform der Burgenländischen Landesverfassung“ wurde deshalb am 12. März im Rahmen einer parlamentarischen Enquete im Landhaus in Eisenstadt nunmehr eine weitere Etappe in diesem Prozeß eingeleitet. Im Lichte der Parameter von mehr Demokratie, mehr Sparsamkeit und mehr Kontrolle sollen die Ergebnisse dieser Enquete genutzt werden, um das verfassungsrechtliche Fundament für das Burgenland zukunftsfähig zu machen.

Hinsichtlich der Verankerung von einem Mehr an Demokratie geht es um die Beseitigung des Zwangsproporz aus der Landesverfassung. Auch Parteien, die derzeit durch den Proporz in die Oppositionsrolle gedrängt werden, sollen damit die Chance bekommen, Regierungsverantwortung zu übernehmen und



Foto: Bgld. Landesmedienservice

v.l.: Landeshauptmann Hans Niessl, O.Univ.-Prof. Heinz Mayer, Prof. Wilhelm Brauner, Landtagspräsident Gerhard Steier, Ass.Prof. Klaus Poier und Landeshauptmann-Stellvertreter Franz Steindl diskutierten im Rahmen einer parlamentarischen Enquete die Reform der Burgenländischen Landesverfassung.

aktiv gestalten zu können. Neben dem Proporz soll auch das Instrument der 5/7-Erfordernisse fallen, damit die besten Ideen mit einfacher Mehrheit umgesetzt werden können. Auch im Wahlrecht sollen direktdemokratische Elemente im Rahmen des Möglichen weiter gestärkt und die aktuell gültige Vorzugsstimmen-Hürde von 15 Prozent gesenkt werden. Die Einführung eines zweiten Wahltages, der am Freitagabend in der Woche vor dem Wahlsonntag die Stimmangabe im Wahllokal ermöglicht, könnte ebenfalls einen Beitrag zu mehr Demokratie in Form einer höheren Wahlbeteiligung leisten.

Dem Grundsatz der Sparsamkeit soll durch eine Verkleinerung der Landesregierung und des Landtages Rechnung getragen

werden. Weiters gibt es Bestrebungen hinsichtlich einem Mehr an Kontrollrechten in Form von Minderheitenrechten. Diese sollen im Gegenzug zu einer Abschaffung des Proporz zwangsläufig ausgeweitet werden, damit die Balance zwischen Regierung und Opposition gewahrt bleibt. Ziel war und ist es, daß alle im Landtag vertretene Parteien ehestmöglich ein gemeinsames Paket schnüren können, in dem sich alle Fraktionen wiederfinden und mit dem das Burgenland auf ein sicheres und zukunftsfähiges Fundament für kommende Herausforderungen bauen kann. Bis zum Sommer dieses Jahres soll ein Entwurf erarbeitet und dem Landtag zur Beschlußfassung vorgelegt werden. ■

<http://www.bgld-landtag.at>

Neue Info-Plattform für Frauen online

Exakt 146.694 Frauen leben derzeit im Burgenland. Mit dem heutigen Tag können diese eine neue Informations-Plattform nutzen. Im Rahmen des Internationalen Frauentages am 8. März ging das Referat Frauenangelegenheiten in Kooperation mit dem ÖGB und anderen Institutionen mit einer Info-Homepage für die burgenländischen Frauen online – sie deckt alle Frauen betreffenden Themen ab und nimmt sich der kleinen und großen Sorgen des täglichen Lebens an, mit denen sich frau von heute konfrontiert sieht.

„Welche Unterstützungen gibt es für Alleinerzieherinnen? Wie hoch ist der Einkommensunterschied zwischen Frauen und Männern? Was ist bei Teilzeitarbeit zu beachten? Wie sieht der Kollektivvertrag in meinem Beruf aus? Das ist nur ein Bruchteil je-



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Karina Ringhofer, Leiterin des Referates für Frauenangelegenheiten und Frauenlandesrätin Verena Dunst mit der ÖGB-Landesfrauenvorsitzenden Hannelore Binder und ÖGB-Landesfrauensekretärin Dorottya Kickingner

ner Fragen, auf die frau im Burgenland Antworten sucht. Auf der neuen Informationshomepage soll sie diese nun finden“, sagte

Frauenlandesrätin Verena Dunst bei der Präsentation im Landhaus in Eisenstadt. ■

<http://www.fraueninfo-bgld.at>

»Der Zerrissene«

Kobersdorf Schloß-Spiele bringen Nestroys Meisterwerk von 1. bis 27. Juli auf die Bühne



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Rühren die Werbetrommel für die Schloß-Spiele (v. l.): Energie Burgenland Vorstandssprecher Michael Gerbavits, Intendant Wolfgang Böck, Energie Burgenland Vorstandsdirektor Alois Ecker, Kulturlandesrat Helmut Bieler und Christine Wipplinger

Bei den Schloß-Spielen Kobersdorf steht im elften Jahr der Intendanz von Wolfgang Böck von 1. bis 27. Juli 2014 mit „Der Zerrissene“ nicht nur eines der erfolgreichsten Stücke von Johann N. Nestroy am Programm, sondern auch eines seiner besten. „Nestroys Werk ist ein dramatisch aktuelles Stück, aber dennoch voller Komik und Wortwitz“, so Kulturlandesrat Helmut Bieler. Das Stück handelt von den menschlichen Deformationen und Entfremdungen, die ein allzu großer Wohlstand erzeugt und erzählt über die Sinnleere und die Sehnsucht nach einem anderen, erfüllten Leben.

Intendant Wolfgang Böck wird auch diesmal wieder mit auf der Bühne stehen. Inszeniert wird die Posse von Christine Wipplinger, Erich Uiberlacker zeichnet für das Bühnenbild und die Lichtgestaltung verantwortlich, Gerti Rindler-Schantl für die Kostüme und Erna Wipplinger für die Dramaturgie. Produktionsleiterin ist Karin Gollowitsch, musikalischer Leiter ist Andreas Radovan.

Mit diesem Stück wollen die Schloßspiele Kobersdorf an die Erfolge der Vorjahre anknüpfen. „Intendant Wolfgang Böck hat in den zehn Jahren seiner Intendanz sowohl in der Auswahl der Stücke, des Ensembles und als auch in der grandiosen Um-

setzung die Schloß-Spiele Kobersdorf zu einem Ort kultureller Begegnung gemacht“, so Bieler. Novum heuer ist die bis zur Premiere fertiggestellte neue Tribüne. Neuer Geschäftsführer der Schloß-Spiele Kobersdorf ist Thomas Mersich.

Seit 1972 stehen die Schloß-Spiele Kobersdorf im Mittelburgenland als Garant für erstklassige Theatervorstellungen. Im romantischen Innenhof des Renaissanceschlusses haben bemerkenswerte Inszenierungen dieser Bühne weit über die Landesgrenzen hinaus Anerkennung gebracht. Wolfgang Böck ist seit mittlerweile elf Jahren für die künstlerische Leitung verantwortlich und auf der Bühne als Schauspieler zu sehen. „Dieser Erfolg wäre ohne die Unterstützung unserer Sponsoren nicht möglich“, betont Intendant Wolfgang Böck. Die wichtigsten Sponsoren sind Energie Burgenland und der burgenländische Getränkehersteller „Waldquelle“, den größten finanziellen Beitrag leistet das Land Burgenland.

98,3 Prozent Auslastung im Jahr 2013

Im zehnten Jahr seiner Intendanz setzte Wolfgang Böck Georges Feydeaus „Die Dame vom Maxim“ (Deutsch von Hans Weigel) auf den Spielplan. Mit Erfolg: „Die Inszenierung des international tätigen Re-

gisseurs Patrick Guinand hat eingeschlagen und entpuppte sich als Volltreffer. Bei den Schloß-Spielen Kobersdorf haben 2013 an insgesamt 19 Abenden, inklusive Generalprobe, 14.944 BesucherInnen die Möglichkeit genutzt, die Aufführung dieses aberwitzigen Verwirrspieles zu sehen“, freut sich Kulturlandesrat Helmut Bieler. Die Schloß-Spiele waren in ihrer 42. Saison zu 98,3 Prozent ausgelastet.

„Von 2012 bis 2013 konnten wir über 2000 Neu-Kunden gewinnen. Der Kartenverkauf für die aktuelle Saison läuft sehr gut. Bisher wurden 8148 Karten verkauft oder reserviert. Bei den verkauften Karten liegen wir um sieben Prozent über dem Vorjahr zur gleichen Zeit“, so der neue Geschäftsführer der Schloß-Spiele Kobersdorf, Thomas Mersich.

Biker- und Oldtimerfahrt dürfen nicht fehlen

Fixpunkte im Begleitprogramm der Schloß-Spiele sind auch die Biker-Fahrt am Samstag, 12. Juli (Treffpunkt beim Pappelstadion-Parkplatz in Mattersburg, 15.00 Uhr) und die Oldtimer-Fahrt am Sonntag, 20. Juli 2014 (Treffpunkt am Hauptplatz in Wiener Neustadt, 15.30 Uhr). ■

<http://www.kobersdorf.at>

The Burgenländer Emigration to America

Seit kurzer Zeit steht die englische Fassung des vielbeachteten Buches »Die Amerikawanderung der Burgenländer« zur Verfügung.

Am 15. August 2000 schrieb Burgenland-Bunch-Gründer (BB) und -Präsident Gerry Berghold, es wäre „ein Traum“, würde Prof. Walter Dujmovits eine englische Version seines Buches „Die Amerikawanderung der Burgenländer“ herausgeben. Der Autor, langjähriger Präsident der „Burgenländischen Gemeinschaft“, hatte diese Arbeit im Jahr 1975 nach 19jähriger Forschungstätigkeit erstmals und 1992 in zweiter Auflage herausgegeben. Er widmet sich darin den immerhin rund 66.000 Burgenländer, die im vorigen Jahrhundert großteils nach Amerika ausgewandert waren – dazu kommen noch weitere 20.000, die vor 1880 ausgewandert sind und statistisch nie erfaßt wurden. Dann wurde, wie eingangs erwähnt, der Wunsch der BurgenländerInnen in Amerika laut, Dujmovits möge für die vielen Nachkommen, die der deutschen Sprache nicht mehr oder nicht so mächtig sind, die Geschichte der Vorfahren in englischer Sprache vorlegen. Doch bevor es möglich war, eine Übersetzung anzufertigen, wollte Dujmovits noch das eine oder andere anpassen, aktualisieren.

Doch dabei blieb es nicht, zu vieles hatte sich verändert, viele Erkenntnisse waren im Laufe der Zeit hinzugekommen. Dem Autor blieb also nichts anderes übrig, als das gesamte Buch einer Überarbeitung zu unterzie-



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Landeshauptmann Hans Niessl, LH-Stv. Mag. Franz Steindl und LRin Verena Dunst mit Prof. Dr. Walter Dujmovits (2. v. l.) und Ing. Klaus Gerger

hen, wodurch die 3. Auflage entstand, die dann am 21. Juni 2012 in Eisenstadt vorgestellt wurde. Im Rahmen der feierlichen Buchpräsentation wurden damals Walter Dujmovits und Klaus Gerger, Vorstandsmitglied in der Burgenländischen Gemeinschaft, ausgezeichnet. Dujmovits, der bereits mit der höchsten Auszeichnung des Landes, dem Komturkreuz, ausgezeichnet wurde, sprachen die Regierungsmitglieder Landeshauptmann Hans Niessl, LH-Stv. Franz Steindl und LRin Verena Dunst für seinen Einsatz und sein Engagement für das Land Burgenland Dank und Anerkennung aus. Gerger erhielt das Verdienstkreuz des Landes Burgenland

verliehen. „Prof. Dujmovits ist die Brücke zu den Burgenländerinnen und Burgenländern in den USA und Canada. Ich weiß, daß bei seiner Tätigkeit viel Herzblut, viel Emotion mit dabei ist. Für seine Verdienste und sein Engagement für das Burgenland möchte ich mich bei ihm herzlich bedanken“, so Landeshauptmann Hans Niessl damals.

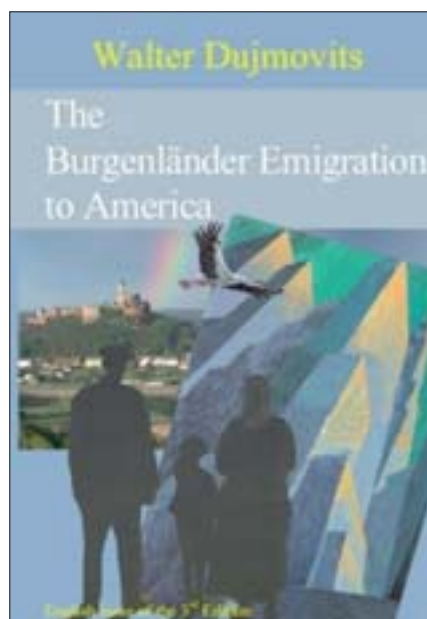
Nun konnte man an die Übersetzung der aktualisierten Arbeit herangehen, die vom Burgenland-Bunch-Mitglied Bob Strauch durchgeführt wurde, die Formatierung und Schlußredaktion hatte BB-Präsident Thomas Steichen übernommen, unterstützt von vielen BB-Mitgliedern, die die Übersetzung gelesen hatten und die eine oder andere Korrektur vermerkten.

„Wir können zwar unsere Sprache verloren haben, aber wir halten immer noch die Geschichte des Burgenlands und die Geschichte der Migration unserer Vorfahren in Erinnerung. Wir danken Dr. Walter Dujmovits dafür, daß er uns großzügig die Veröffentlichungsrechte für dieses Buch gewährt hat. Wir sind ihm dankbar für dieses Geschenk“, so Steichen. ■

<http://www.the-burgenland-bunch.org>
<http://www.burgenlaender.com>

„The Burgenländer Emigration to America“ von Prof. Walter Dujmovits im Umfang von 306 Seiten kann via Internet Listenpreis von \$ 10,45 netto (zzgl. Steuern und Versandkosten) bestellt werden – dieser Link funktioniert, auch wenn er nicht lesbar ist:

<http://www.tulu.com/shop/walter-dujmovits-the-burgenlaender-emigration-to-america-paperback/product-2138946.html>



LH Kompatscher in Rom

Regionen übergeben Renzi Reformvorschläge

Nun ist der Vorschlag für die Verankerung einer Besserstellungsklausel für Südtirol in der Verfassungsreform dort, wo der Reformvorschlag seinen Ausgang findet: bei Ministerpräsident Matteo Renzi. Mit den Präsidenten der Regionen hat Landeshauptmann Arno Kompatscher das gemeinsame Dokument der Länder Renzi am 20. März im Chigipalast in Rom übergeben.

Gleich vier Vertreter der Regierung - neben Premier Renzi Regionenministerin Maria Carmela Lanzetta, Maria Elena Boschi, für die Verfassungsreform zuständige Ministerin, sowie Staatssekretär Graziano Delrio - sind mit den Vertretern der Regionen und Autonomen Provinzen zusammengekommen. Renzi hat den Regionen bei dieser Gelegenheit noch einmal die Grundzüge seiner Reformideen für den fünften Abschnitt der Verfassung (er regelt das Verhältnis von Staat und Regionen) sowie für eine neue Stellung des Senats im staatlichen Institutionengefüge erläutert.

Vasco Errani kam dagegen als Präsident der Regionenkonferenz die Aufgabe zu, die Position der Länder zur Reform zu erläutern: „Errani hat bei dieser Gelegenheit explizit auf die Situation der autonomen Länder hingewiesen und betont, daß deren Zuständigkeiten nicht beschnitten werden dürften“, so Landeshauptmann Kompatscher. Erreicht werden soll dies mit Hilfe einer Besserstellungsklausel, einer Klausel also, die sicherstellt, daß die Reformen in den autonomen Ländern nur Anwendung finden, wenn sie im Vergleich zum Status quo eine Besserstellung mit sich bringen. Eine ähnliche Klausel hatte es bereits bei der Verfassungsreform von 2001 gegeben.

Geklärt wurden auch die nächsten Schritte in Sachen Verfassungsreform. „Der Ministerpräsident will die Reform so schnell wie möglich vorantreiben und hat Ministerin Boschi damit beauftragt, in den nächsten Tagen mit einer kleinen Arbeitsgruppe der Regionen die noch offenen Fragen zu klären“, so Kompatscher, der die Anwesenheit der Regierungsvertreter auch dazu genutzt hat, einige dringende Südtiroler Anliegen anzuschleichen. So hat der Landeshauptmann Staatssekretär Delrio Vorschläge zu Verfahrensvereinfachungen in den unterschiedlichsten Bereichen übergeben, darunter solche im Lebensmittelsektor.



Foto: LPA

Treffen in Rom: Ministerpräsident Matteo Renzi (l.) und LH Arno Kompatscher

Zur Sprache kam schließlich auch die Handhabung von Mitteln aus den Strukturfonds der Europäischen Union. „Derzeit gibt es wegen der Bestimmungen im Stabilitätspakt Probleme bei der Verwendung dieser

Gelder“, so Kompatscher nach dem Treffen mit Premier Renzi, der zugesichert hat, sich in Brüssel dafür einzusetzen, diese Gelder aus den engen Regeln des Stabilitätspakts auszunehmen. ■

Mehr Transparenz bei Aufsichtsrats-Ernennungen

Einem größeren Pool, damit mehr Auswahl und ein transparenteres Verfahren will die Landesregierung bei der Besetzung der Posten in den Aufsichtsräten der Landesgesellschaften erreichen. „Wir wollen alle, die über die Voraussetzungen verfügen und Interesse haben, dazu auffordern, sich zu bewerben, damit auch neue Gesichter eine Chance haben“, so Landeshauptmann Arno Kompatscher am 11. März.

Eigentlich hätte die Landesregierung nur den Aufsichtsrat einer ihrer Gesellschaften neu besetzen sollen, aus diesem Beschluß ist allerdings mehr geworden: „Wir haben auf dieser Beschlußvorlage aufbauend eine Grundsatzentscheidung für ein neues Prozedere bei der Ernennung von Aufsichtsräten von Landesgesellschaften oder solchen mit Landesbeteiligung getroffen“, so der Landeshauptmann nach der Sitzung der Landesregierung.

Das neue Prozedere sieht vor, über die Medien bekannt zu geben, daß eine ganze Reihe von Aufsichtsräten neu zu besetzen ist. „Ziel ist es, daß sich all jene mit einem Curriculum bewerben, die die beruflichen Voraussetzungen und Interesse haben“, so Kompatscher. Aus diesen Bewerbungen soll ein Verzeichnis erstellt werden, aus dem die geeignetsten Kandidaten gefischt werden. Damit werde der Pool vergrößert, aus dem die Aufsichtsräte stammen, zudem solle man für mehr Auswahl und mehr Fluktuation. „Wir geben so auch neuen Gesichtern eine Chance.“

Ziel der Landesregierung sei allerdings, auch das historische Wissen in den Aufsichtsräten zu sichern, indem bei der Ernennung von Kollegialorganen darauf geachtet werden soll, daß zumindest ein erfahrener Aufsichtsrat in seinem Amt bestätigt werde. ■

Flexiblere Visavorschriften für mehr Wachstum und Arbeitsplätze

Wenn Nicht-EU-BürgerInnen in die EU reisen wollen, sind sie häufig mit aufwendigen, langwierigen und kostspieligen Visaverfahren konfrontiert.

Mit den am 1. April von der Europäischen Kommission vorgelegten Vorschlägen lassen sich Visa-Verfahren für all diejenigen, die einen Kurzbesuch in der EU planen, erheblich schneller, einfacher, kostengünstiger und mit weniger Verwaltungsaufwand abwickeln, ohne Kompromisse bei der Sicherheit zu machen. Ein einfacherer Zugang zum Schengen-Raum erleichtert rechtmäßig Reisenden den Besuch von Freunden und Verwandten ebenso wie geschäftliche Kontakte und wirkt sich u. a. im Tourismus und in benachbarten Sektoren wie Gastronomie und Verkehr positiv auf die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt aus.

Einer aktuellen Studie zufolge haben 2012 insgesamt 6,6 Mio. Bürger aus sechs Drittstaaten mit dem höchsten Anteil an Schengen-Reisenden wegen zu aufwendiger Visaverfahren auf eine Reise in den Schengen-Raum verzichtet.^{*)} Dieser Studie war auch zu entnehmen, daß flexiblere und einfachere Visavorschriften die Reisen in den Schengen-Raum allein aus diesen sechs Ländern um 30 bis 60 Prozent erhöhen könnten. Über einen Zeitraum von fünf Jahren könnte sich dies in Mehreinnahmen von über 130 Mrd. Euro (bei Unterkunft und Verpflegung, Beförderungsleistungen, Unterhaltung, Einkäufen usw.) niederschlagen und rund 1,3 Millionen Arbeitsplätze in der Tourismusindustrie und benachbarten Sektoren bringen.

„Europa braucht eine intelligentere Visumpolitik. Wir müssen für Touristen, Geschäftsleute, Wissenschaftler, Studenten, Künstler und Kulturschaffende attraktiver werden. Unsere Visumpolitik stellt jetzt stärker auf ökonomische Aspekte ab, um unsere Wirtschaft anzukurbeln und neue Arbeitsplätze zu schaffen; gleichzeitig sorgen wir an unseren Grenzen weiterhin für ein hohes Maß an Sicherheit. Die heutigen Vorschläge werden all jenen, die zu einem kurzen Besuch nach Europa kommen wollen, erhebliche Verfahrenserleichterungen bringen. Wir erwarten dadurch einen deutlichen Anstieg

*) China, Indien, Rußland, Saudi-Arabien, Südafrika und die Ukraine



Foto: European Union, 2014
Antonio Tajani, der für Industrie und Unternehmertum zuständige Vizepräsident der Europäischen Kommission, und Innenkommissarin Cecilia Malmström

des Reiseaufkommens in den nächsten Jahren“, erklärte Innenkommissarin Cecilia Malmström.

Antonio Tajani, der für Industrie und Unternehmertum zuständige Vizepräsident der Europäischen Kommission, kommentierte die Vorschläge wie folgt: „In einer Zeit, in der immer mehr Länder den Tourismus als Wachstumsfaktor nutzen und der internationale Wettbewerb sich verschärft, eröffnen wir der europäischen Tourismuswirtschaft mit den überarbeiteten Visavorschriften neue Möglichkeiten. Sie werden der Tourismuswirtschaft bei der Bewältigung des zu erwartenden erheblichen Anstiegs der Besucherzahlen helfen. Der Tourismus ist Europas Wachstumsmotor. In der jüngsten Krise hat er sich als die wichtigste Stütze der europäischen Wirtschaft erwiesen.“

Die Europäische Kommission legte am 1. April einen wichtigen Vorschlag zur Änderung der Visavorschriften vor, um der europäischen Wirtschaft neue Impulse zu geben und die Einreise in die EU zu erleichtern. Das Reformpaket sieht im wesentlichen Folgendes vor:

- Verkürzung der Bearbeitungs- und Entscheidungsfrist von 15 auf 10 Tage;
- Möglichkeit der Antragstellung in Konsulaten anderer EU-Staaten, wenn der

zuständige Mitgliedsstaat vor Ort nicht vertreten ist;

- erhebliche Erleichterungen für regelmäßig Reisende einschließlich der obligatorischen Erteilung von Mehrfachvisa mit einer Gültigkeitsdauer von drei Jahren;
- einfacheres Antragsformular und Möglichkeit der Online-Antragstellung;
- Möglichkeit der Einführung von Sonderregelungen für die Erteilung von Visa an den Außengrenzen für einen Aufenthalt bis zu 15 Tagen in einem Schengen-Staat;
- Möglichkeit für die Mitgliedsstaaten, für den Besuch von Großveranstaltungen Visaerleichterungen vorzusehen;
- Einführung eines neuen Visums (Rundreise-Visum) für rechtmäßig Reisende, die sich damit ein Jahr im Schengen-Raum aufhalten dürfen (ohne allerdings in einem Mitgliedsstaat länger als 90 Tage innerhalb eines Zeitraums von 180 Tagen zu bleiben).

Einfachere Antragstellung bei Kurzzeitvisa

um die wachsende Nachfrage zu bewältigen: Mit dem geltenden Visakodex wurde bereits viel erreicht. So ist die Zahl der Visumanträge von 10,2 Millionen im Jahr 2009 auf

Europa

17,2 Millionen 2013 angestiegen. Es kann jedoch noch mehr getan werden, um legales Reisen einfacher zu machen. Neue Visastatistiken für 2013 finden sich auf der Website Infographic der Generaldirektion Inneres. Zu häufig kommt es vor, daß das wirtschaftliche Potential touristischer Attraktionen nicht voll ausgeschöpft wird, weil es Schwierigkeiten bei der Visabeschaffung gibt. Die Weltausstellung in Mailand 2015 könnte beispielsweise Millionen neuer Besucher nach Europa führen.

Konkret schlägt die Kommission jetzt folgendes vor:

Klarere Verfahrensvorschriften und schnelleres Verfahren: Die Bearbeitungs- und Entscheidungsfrist für Visaanträge wird von 15 auf 10 Tage verkürzt. Die Frist für die Antragstellung wird von drei auf sechs Monate verlängert, damit Reisende vorausplanen und Stoßzeiten in den Konsulaten vermeiden können.

Es wurde abschließend festgelegt, welche Belege von den Antragstellern beizubringen sind. Mit dieser vereinfachten Liste und den vor Ort harmonisierten Anforderungen ist die Gleichbehandlung der Antragsteller gewährleistet. Der Abschluß einer oft kostspieligen Reisekrankenversicherung wird nicht mehr verlangt.

Stärkere konsularische Zusammenarbeit: Ist der für die Bearbeitung des Visumantrags zuständige Mitgliedsstaat in einem bestimmten Drittstaat nicht vertreten, kann sich der Antragsteller dort an das Konsulat eines anderen Mitgliedsstaats wenden („obligatorische Vertretung“).

Deutliche Erleichterungen für Vielreisende durch die Einführung verbindlicher Kriterien für die Ausgabe von Mehrfachvisa mit einer Gültigkeitsdauer von drei Jahren und danach von fünf Jahren für im VIS registrierte regelmäßig Reisende: Antragsteller, deren Daten im Visa-Informationssystem (VIS) registriert sind und die innerhalb von 12 Monaten vor Antragstellung bereits mindestens zwei Visa vorschriftsmäßig verwendet haben, können diese Erleichterungen in Anspruch nehmen. Möglich ist dies dank der Einführung des Visa-Informationssystems (VIS), das voraussichtlich 2015 voll operationell sein wird. Mit Hilfe des VIS erhalten die Konsulate der Mitgliedsstaaten Einblick in die „Visum-Vorgeschichte“ der Antragsteller.

Personen, die im Besitz eines Mehrfachvisums mit längerer Gültigkeitsdauer sind, können sich spontaner für eine Reise entscheiden und werden daher vermutlich häufiger

in den Schengen-Raum reisen, als dies sonst der Fall wäre. Mehr Reisen in den Schengen-Raum bedeuten gleichzeitig auch mehr Wirtschaftswachstum.

Einführung eines Rundreise-Visums: Mit diesem neuen Visum können rechtmäßig Reisende aus Drittstaaten maximal ein Jahr den Schengen-Raum bereisen (unter der Voraussetzung, daß sie sich nicht länger als 90 Tage je 180-Tage-Zeitraum im selben Mitgliedstaat aufhalten). Das Visum kann unter derselben Voraussetzung um ein weiteres Jahr verlängert werden. Dieses Visum ist beispielsweise für Bühnenkünstler gedacht, die den Schengen-Raum über einen längeren Zeitraum bereisen, aber auch für Einzelreisende wie z. B. Touristen, Wissenschaftler und Studierende, die mehr Zeit in Europa verbringen wollen.

Das Visa-Paket umfasst

- einen Bericht über die Umsetzung des Visakodexes in den Mitgliedsstaaten

(„Wirtschaftswachstum durch eine intelligentere Visumpolitik“),

- einen Vorschlag für eine Neufassung der Verordnung über den Visakodex der Union (Visakodex),
- einen Vorschlag für eine Verordnung zur Einführung eines Rundreise-Visums und
- eine Visostatistik.

Die nächsten Schritte

Rat und Europäisches Parlament müssen beiden Verordnungsvorschlägen zustimmen, womit frühestens 2015 zu rechnen ist.

Nach Inkrafttreten der Verordnungen gelten die neuen Bestimmungen für alle EU-Mitgliedsstaaten, die die gemeinsame Schengen-Politik im Visabereich voll anwenden, sowie für die vier assoziierten Schengen-Staaten (Island, Liechtenstein, Norwegen und die Schweiz). Bulgarien, Kroatien, Irland, Zypern, Rumänien und das Vereinigte Königreich nehmen an der gemeinsamen Visumpolitik nicht teil. ■

EU-Parlament fordert gleichen Zugang für Dienstleistungsanbieter

Internet-Zugangsanbieter sollen davon abgehalten werden, bestimmte Dienste aus wirtschaftlichen oder anderen Gründen zu blockieren oder zu verlangsamen, so schreibt es das aktuelle „Telekom-Paket“ der EU vor, das die Abgeordneten am 3. April verabschiedet haben. Sie stimmten außerdem dafür, die Roaminggebühren innerhalb der EU bis zum 15. Dezember 2015 abzuschaffen.

Der Bericht von Pilar del Castillo (EVP, ES) wurde mit 534 Stimmen zu 25 Stimmen und 58 Enthaltungen angenommen.

Die Abgeordneten fordern klare Regeln, die Internet-Zugangsanbieter davon abhalten, bestimmte Dienstleistungen auf Kosten anderer Leistungen zu begünstigen. Das Gremium Europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation hatte berichtet, daß etliche Zugangsanbieter Dienste wie beispielsweise „Skype“ – eine Software, mit der über das Internet telefoniert werden kann – blockieren oder verlangsamen.

Zugangsanbieter dürfen auch zukünftig Spezialdienste wie „Video on Demand“ oder betriebsnotwendige und datenintensive „Cloud“-Anwendungen (zur Datenspeicherung) in höherer Qualität anbieten, solange diese Leistungen „die Verfügbarkeit oder Qualität der Internetzugangsdienste nicht beeinträchtigen“, welche anderen Unternehmen oder Diensten angeboten werden.

Die Europaabgeordneten verkürzten die Liste von Ausnahmefällen, die die Europäische Kommission vorgesehen hatte, in welchen Anbieter den Internetzugang blockieren oder verlangsamen dürfen. Laut den Abgeordneten soll dies nur erlaubt sein, um Gerichtsbeschlüsse durchzusetzen, die Netzsicherheit zu gewährleisten oder um vorübergehende Netzwerküberlastungen zu verhindern. Falls solche „Maßnahmen des Verkehrsmanagements“ genutzt werden, müssen diese „transparent, nicht diskriminierend, verhältnismäßig und erforderlich sein“ und sie dürfen nicht „länger als notwendig aufrechterhalten“ werden.

Die Abgeordneten unterstreichen, daß Internetzugang im Einklang mit dem Grundsatz der Netzneutralität angeboten werden soll. „Netzneutralität“ bezeichnet den Grundsatz, nach dem der gesamte Internetverkehr ohne Diskriminierung, Einschränkung oder Beeinträchtigung und unabhängig von Absender, Empfänger, Art, Inhalt, Gerät, Dienst oder Anwendung gleich behandelt wird.

Außerdem novellierten die Abgeordneten die Vorschriften für ein Verbot von Roaminggebühren ab dem 15. Dezember 2015. Falls eine „zweckwidrige oder mißbräuchliche Nutzung von Endkundenroamingdiensten“ vorliegt, dürfen in Ausnahmefällen jedoch gedeckelte Gebühren erhoben werden. ■

WIFO-Prognose für 2014/2015

Konjunktur gewinnt nur langsam an Schwung

Gegen Jahresende belebte sich die Konjunktur in Österreich wie auch in Europa insgesamt. Die Beschleunigung wird allerdings weiterhin verhalten sein: Viele Länder haben die Finanzmarktkrise noch nicht überwunden, und die Notwendigkeit der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte dämpft die Aufwärtsentwicklung. Die österreichische Wirtschaft wird 2014 und 2015 um jeweils 1,7 % wachsen zu wenig, um die Arbeitslosigkeit zurückzudrängen. Die Inflationsrate ist zwar rückläufig, bleibt aber im Vergleich mit den anderen EU-Ländern hoch.

Die Wirtschaft der Schwellenländer, die bislang die Weltkonjunktur stimulierte, entwickelt sich seit dem Vorjahr sehr verhalten, allerdings mit großen regionalen Unter-

schieden. In den USA befindet sich die Wirtschaft hingegen nach wie vor auf einem stabilen, aufwärtsgerichteten Wachstumspfad und sollte dort 2014 und 2015 verstärkt wachsen.

Im Euro-Raum erholt sich die Konjunktur nur schleppend. Die Finanzmarktkrise ist nach wie vor nicht überwunden, und die Fiskalpolitik erfordert in den meisten Mitgliedsländern Ausgabenzurückhaltung. Nach Überwindung der Rezession im Jahr 2013 ist heuer mit einem geringfügigen Wachstum von rund 1% zu rechnen, welches sich 2015 leicht auf 1,5% verstärken sollte.

Die für Österreichs Wirtschaft bedeutsamen Märkte in Ostmitteleuropa entwickeln sich seit 2013 wieder günstiger. Die hohe

Verschuldung des privaten Sektors bremst allerdings die Expansion, sodaß der Aufholprozeß schwächer ist als vor der Krise.

In diesem Umfeld mäßiger ausenwirtschaftlicher Impulse kann die exportorientierte heimische Wirtschaft kaum deutliche Produktionssteigerungen erzielen. Der Warenexport wird zwar 2014 real mit + 5 % doppelt so stark wachsen wie 2013, damit jedoch deutlich hinter vergangenen Aufschwungphasen zurückbleiben. Obwohl die Maßnahmen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte die Binnennachfrage dämpfen, werden Konsum und Investitionen an Dynamik gewinnen. Nach einem leichten Rückgang der Konsumausgaben der privaten Haushalte um real 0,2 % im Vorjahr und der

Hauptergebnisse der WIFO-Prognose

	2010	2011	2012	2013	2014	2015
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Bruttoinlandsprodukt						
Real	+ 1,8	+ 2,8	+ 0,9	+ 0,4	+ 1,7	+ 1,7
Nominell	+ 3,2	+ 4,9	+ 2,6	+ 2,0	+ 3,5	+ 3,7
Sachgütererzeugung ¹⁾ , real	+ 7,6	+ 8,3	+ 1,1	+ 1,1	+ 3,5	+ 4,2
Handel, real	+ 2,2	+ 1,3	- 1,7	- 1,4	+ 1,3	+ 2,0
Private Konsumausgaben, real	+ 2,0	+ 0,8	+ 0,5	- 0,2	+ 0,8	+ 1,0
Bruttoanlageinvestitionen, real	- 1,4	+ 8,5	+ 1,6	- 0,9	+ 3,0	+ 2,1
Ausrüstungen ²⁾	+ 2,1	+ 14,3	+ 2,1	- 3,1	+ 5,0	+ 3,0
Bauten	- 3,9	+ 2,5	+ 2,5	+ 0,7	+ 1,2	+ 1,3
Warenexporte ³⁾						
Real	+ 13,6	+ 8,1	+ 0,8	+ 2,7	+ 5,5	+ 6,5
Nominell	+ 16,7	+ 11,3	+ 1,5	+ 1,5	+ 6,2	+ 7,7
Warenimporte ³⁾						
Real	+ 11,7	+ 8,6	- 1,3	+ 0,2	+ 5,5	+ 6,0
Nominell	+ 16,5	+ 15,3	+ 0,7	- 1,5	+ 6,0	+ 7,03
Leistungsbilanzsaldo ⁴⁾ Mrd. €	+ 9,74	+ 4,90	+ 4,93	+ 8,60	+ 10,67	+ 12,50
in % des BIP	+ 3,4	+ 1,6	+ 1,6	+ 2,7	+ 3,3	+ 3,7
Sekundärmarktrendite ⁵⁾ in %	3,2	3,3	2,4	2,0	1,8	1,9
Verbraucherpreise	+ 1,9	+ 3,3	+ 2,4	+ 2,0	+ 1,9	+ 1,9
Arbeitslosenquote						
In % der Erwerbspersonen (Eurostat) ⁶⁾	4,4	4,2	4,3	4,9	5,2	5,3
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ⁷⁾	6,9	6,7	7,0	7,6	8,0	8,1
Unselbständig aktiv Beschäftigte ⁸⁾	+ 0,8	+ 1,9	+ 1,4	+ 0,6	+ 1,0	+ 1,0
Finanzierungssaldo des Staates (laut Maastricht-Definition) in % des BIP	- 4,5	- 2,5	- 2,5	- 1,9	- 3,0	- 1,2

Q: EWIFO-Konjunkturprognose. 1) Nettoproduktionswert, einschließlich Bergbau. 2) Einschließlich sonstiger Anlagen. 3) Laut Statistik Austria. 4) Neue Berechnungsmethode. 5) Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark). 6) Labour Force Survey. 7) Laut Arbeitsmarktservice. 8) Ohne Bezug von Karenz- oder Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienst.

Wirtschaft

Bruttoanlageinvestitionen um 0,9 % ist 2014 wieder mit einem Zuwachs von 0,8 % bzw. 3 % zu rechnen. 2015 werden die Konsumausgaben stärker anziehen, während das Wachstum der Investitionen wieder etwas an Schwung verlieren wird.

Insgesamt wird die österreichische Wirtschaft 2014 und 2015 um nur 1,7 % wachsen und damit zu wenig, um eine Verringerung der Arbeitslosigkeit zu ermöglichen. 2014 wird sich die Zahl der Arbeitslosen auf über 300.000 erhöhen, 2015 weiter auf 314.000. Gleichzeitig wächst das Arbeitskräfteangebot anhaltend, die Beschäftigung wird ebenfalls ausgeweitet. Die Arbeitslosenquote steigt in der Folge nach österreichischer Berechnungsmethode heuer auf 8 % und wird sich 2015 abermals leicht erhöhen.

Neue Informationen über Ausmaß und zeitliche Zuordnung der durch die Stützung der Hypo Alpe-Adria-Bank AG verursachten Belastungen lassen das Defizit des Gesamtstaates 2014 auf 3% des BIP emporschnellen. Ohne diese Belastungen würde der Fehlbetrag 2,1 % ausmachen.

2015 ist aus heutiger Sicht mit einem Rückgang der Quote auf -1,2 % zu rechnen, wobei ein beträchtlicher Unsicherheitspielraum besteht.

Methodische Hinweise und Kurzglossar

Periodenvergleiche

Zeitreihenvergleiche gegenüber der Vorperiode, z. B. dem Vorquartal, werden um jahreszeitlich bedingte Effekte bereinigt. Dies schließt auch die Effekte ein, die durch eine unterschiedliche Zahl von Arbeitstagen in der Periode ausgelöst werden (etwa Ostern). Im Text wird auf „saison- und arbeitstägig bereinigte Veränderungen“ Bezug genommen. Die Formulierung „veränderte sich gegenüber dem Vorjahr...“ beschreibt hingegen eine Veränderung gegenüber der gleichen Periode des Vorjahres und bezieht sich auf unbereinigte Zeitreihen.

Die Analyse der saison- und arbeitstägig bereinigten Entwicklung liefert genauere Informationen über den aktuellen Konjunkturverlauf und zeigt Wendepunkte früher an. Die Daten unterliegen allerdings zusätzlichen Revisionen, da die Saisonbereinigung auf statistischen Methoden beruht.

Durchschnittliche Veränderungsrate

Die Zeitangabe bezieht sich auf Anfangs- und Endwert der Berechnungsperiode: Demnach beinhaltet die durchschnittliche Rate 2005/2010 als 1. Veränderungsrate jene von 2005 auf 2006, als letzte jene von 2009 auf 2010.

Reale und nominelle Größen

Die ausgewiesenen Werte sind grundsätzlich real, also um Preiseffekte bereinigt, zu verstehen. Werden Werte nominell ausgewiesen (z. B. Außenhandelsstatistik), so wird dies eigens angeführt.

Produzierender Bereich

Diese Abgrenzung schließt die NACE-2008-Abschnitte B, C und D (Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Herstellung von Waren, Energieversorgung) ein und wird hier im internationalen Vergleich verwendet.

Inflation, VPI und HVPI

Die Inflationsrate mißt die Veränderung der Verbraucherpreise gegenüber dem Vorjahr. Der Verbraucherpreisindex (VPI) ist ein Maßstab für die nationale Inflation. Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) ist die Grundlage für die vergleichbare Messung der Inflation in der EU und für die Bewertung der Preisstabilität innerhalb der Euro-Zone – siehe <http://www.statistik.at/>

Die Kerninflation als Indikator der Geldpolitik ist nicht eindeutig definiert. Das WIFO folgt der gängigen Praxis, für die Kerninflation die Inflationsrate ohne die Gütergruppen unverarbeitete Nahrungsmittel und Energie zu verwenden. So werden knapp 87 Prozent der im österreichischen Warenkorb für den Verbraucherpreisindex (VPI 2010) enthaltenen Güter und Dienstleistungen in die Berechnung der Kerninflation einbezogen.

WIFO-Konjunkturtest und WIFO-Investitionstest

Der WIFO-Konjunkturtest ist eine monatliche Befragung von rund 1500 österreichischen Unternehmen zur Einschätzung ihrer aktuellen und künftigen wirtschaftlichen Lage. Der WIFO-Investitionstest ist eine halbjährliche Befragung von Unternehmen zu ihrer Investitionstätigkeit <http://www.konjunkturtest.at> – die Indika-

toren sind Salden zwischen dem Anteil der positiven und jenem der negativen Meldungen an der Gesamtzahl der befragten Unternehmen.

Arbeitslosenquote

Österreichische Definition: Anteil der zur Arbeitsvermittlung registrierten Personen am Arbeitskräfteangebot der Unselbständigen.

Das Arbeitskräfteangebot ist die Summe aus Arbeitslosenbestand und unselbständig Beschäftigten (gemessen in Standardbeschäftigungsverhältnissen). Datenbasis: Registrierungen bei AMS und Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger.

Definition gemäß ILO und Eurostat: Als arbeitslos gelten Personen, die nicht erwerbstätig sind und aktiv einen Arbeitsplatz suchen. Als erwerbstätig zählt, wer in der Referenzwoche mindestens 1 Stunde selbstständig oder unselbständig gearbeitet hat. Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, und Lehrlinge zählen zu den Erwerbstätigen, nicht hingegen Präsenz- und Zivildienstler. Die Arbeitslosenquote ist der Anteil der Arbeitslosen an allen Erwerbspersonen (Arbeitslose plus Erwerbstätige). Datenbasis: Umfragedaten von privaten Haushalten (Mikrozensus).

Definition der Arbeitslosenquote

Personen in Schulungen: Personen, die sich zum Stichtag in AMS-Schulungsmaßnahmen befinden. Für die Berechnung der Arbeitslosenquote wird ihre Zahl weder im Nenner noch im Zähler berücksichtigt.

Unselbständig aktiv Beschäftigte: Zu den „unselbständig Beschäftigten“ zählen auch Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, sowie Präsenzdienstler mit aufrechtem Beschäftigungsverhältnis. Zieht man deren Zahl ab, so erhält man die Zahl der „unselbständig aktiv Beschäftigten“.

<http://www.wifo.ac.at>

RBI: Jahresüberschuß von 557 Mio. €

Die Raiffeisenbank International erzielte 2013 einen Jahresüberschuß vor Steuern von 835 Mio. €. Der damit gegenüber dem Vorjahr verzeichnete Rückgang von 203 Mio. € beruhte überwiegend auf Sondereffekten im Jahr 2012, in dem aus dem Verkauf von Anleihen sowie aus dem Rückkauf von hybridem Kernkapital ein Ergebnis von insgesamt 276 Mio. € angefallen war. Einen deutlichen Zuwachs von 17 Prozent verzeichnete dabei das Betriebsergebnis. Diesem erfreulichen Resultat standen höhere Nettodo-

zierungen zu Kreditrisikoversorgen, höhere Bankenabgaben und ein negatives Ergebnis aus Derivaten und Verbindlichkeiten gegenüber. „Mit unserem guten operativen Ergebnis haben wir einmal mehr belegt, daß unser Geschäftsmodell auch in schwierigen Zeiten und trotz entsprechend hoher Wertberichtigungen funktioniert. Wir haben damit zum vierten Mal in Folge das beste Ergebnis unter den österreichischen Banken eingefahren“, sagte RBI-Vorstandsvorsitzender Karl Sevelda.

Kreditzinsen bleiben auf historischen Tiefstständen

Ein niedriges Zinsumfeld und eine schwache Konjunktur bescheren Österreich nach wie vor niedrige Kreditzinsen.

Ein niedriges Zinsumfeld und eine schwache Konjunktur bescheren Österreich nach wie vor niedrige Kreditzinsen. Österreichische Unternehmen und private Haushalte können sich deutlich günstiger verschulden als jene anderer Euroraumländer. Allerdings sind auch die Zinsen für Einlagen auf historischen Tiefstständen.

Im Rahmen einer Pressekonferenz der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) präsentierte Johannes Turner, Direktor der Hauptabteilung Statistik, aktuelle Entwicklungen von Krediten und Einlagen in der Niedrigzinsphase. Turner skizzierte dabei einleitend das wirtschaftliche Umfeld im Jahr 2013, das durch ein schwaches Wirtschaftswachstum (+0,4 %) und zurückgehende Bruttoanlageinvestitionen (-0,7 %) gekennzeichnet war. Diese Rahmenbedingungen zogen ein relativ mäßiges Wachstum österreichischer Unternehmenskredite nach sich, welches aber mit 0,5 % noch immer deutlich über dem Durchschnitt des Euro-

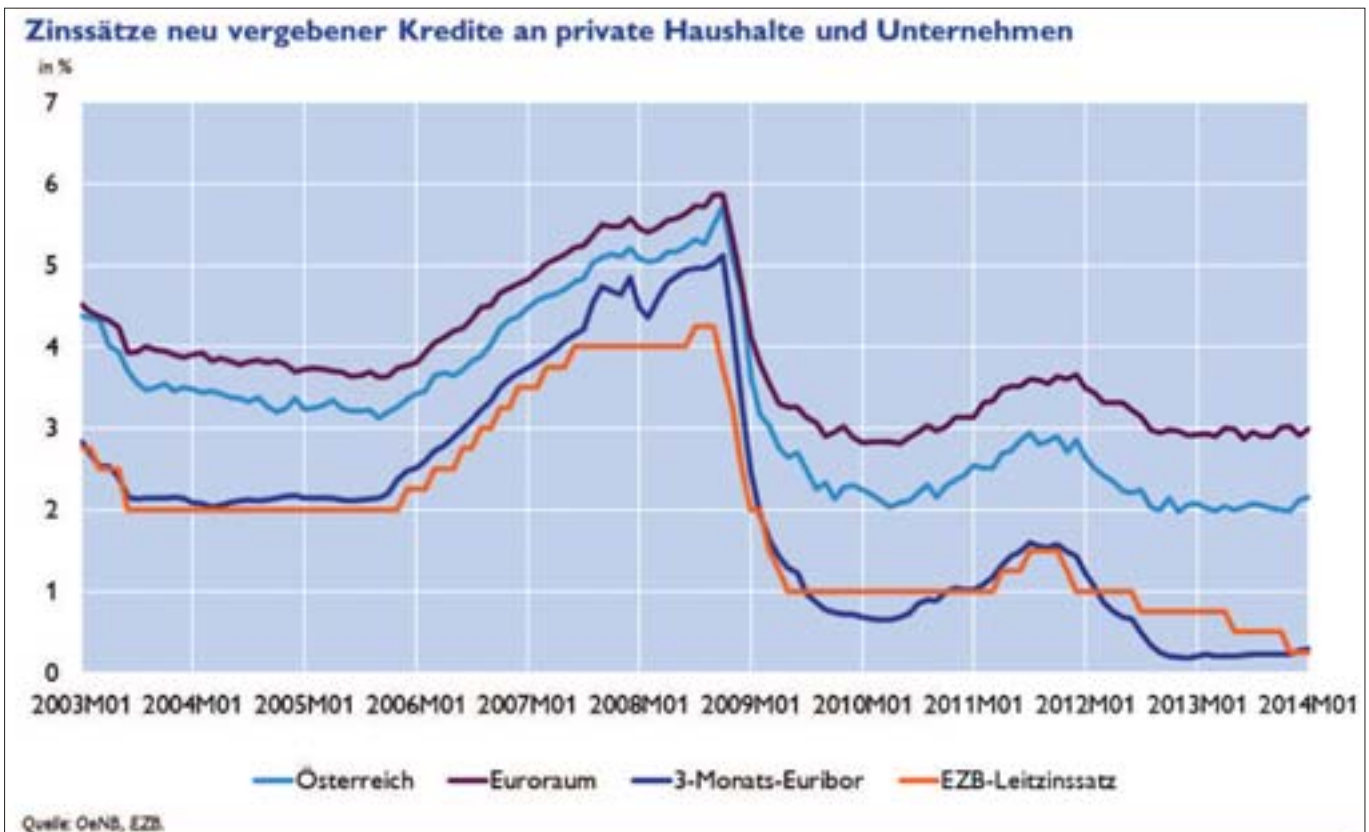
raums von -3,0 % lag. „Das mäßige Kreditwachstum dürfte in Österreich vorrangig nachfrageseitige Gründe haben“, erläuterte Turner und machte auf die nach wie vor extrem hohen Einlagenstände der Unternehmen aufmerksam.

Kreditzinsen auf historischen Tiefstständen

Die Kreditzinssätze lagen jedenfalls weiterhin auf historischen Tiefstständen. Bei Krediten an Klein- und Mittelbetriebe fiel der Zinsvorteil Österreichs besonders hoch aus. Sowohl Kredite bis eine Million Euro als auch Kredite an selbstständig Erwerbstätige waren im Dezember 2013 mit 2,33 % bzw. 2,69 % deutlich geringer als im Euroraum-Durchschnitt (3,75 % bzw. 3,17 %) verzinst. Trotz der günstigen Konditionen wuchsen die Unternehmenskredite nur um ein halbes Prozent, weil die Unternehmen zum einen weniger Investitionen tätigen und zum anderen generell über hohe Reserven verfügen.

Das kumulierte Kreditwachstum kam daher ausschließlich von längerfristigen Krediten (vorrangig Investitionskrediten), während kurzfristige Finanzierungen zurückgingen. „Insgesamt kann man sagen, daß die Konditionen für Unternehmen zur Finanzierung von Wachstum noch nie so günstig waren“, sagte Turner. Bei den privaten Haushalten wurde das Kreditwachstum 2013 ausschließlich von den Wohnbaukrediten (+2,4 %) getrieben, während Konsumkredite rückläufig waren.

Wie fast überall im Euroraum erreichten die Einlagenzinssätze 2013 auch in Österreich historische Tiefststände. Im Jahresverlauf 2013 ging der Zinssatz für neu vergebene Einlagen an private Haushalte in Österreich um 17 Basispunkte auf 0,87 % zurück. Aktionen bei Bausparprodukten führten dazu, daß sich die langfristigen Einlagenzinssätze (Bindungsfrist über 2 Jahre) im Jahresvergleich – gegen den Trend – geringfügig erhöhten (+5 Basispunkte auf 1,74 %).



Wirtschaft

Trotz der geringen Zinssätze gab es bei Einlagen privater Haushalte 2013 ein positives Wachstum zu verzeichnen. Für diese Entwicklung war der starke Zuwachs der täglich fälligen Einlagen verantwortlich. „Unmittelbar verfügbare Mittel erlauben es den privaten Haushalten flexibel auf Änderungen der Veranlagungschancen zu reagieren“ begründete Turner diese Entwicklung.

Eine weitere Folge des niedrigen Zinsniveaus war auch eine nach wie vor niedrige Zinsspanne im Neugeschäft der Banken mit Krediten und Einlagen. Wenngleich diese 2013 in Österreich geringfügig (um 13 Basispunkte auf 1,37 Prozentpunkte) stieg, so lag sie weiterhin an der Untergrenze im Euroraum. Dies führte unter anderem dazu, dass Banken bei der Suche nach höheren Erträgen verstärkt in etwas höher verzinsten Staatsanleihen, wie z. B. die Belgiens und Frankreichs, veranlagten. Eine entsprechende Entwicklung war auch bei Versicherungsunternehmen zu beobachten.

Die privaten Haushalte reagierten auf das niedrige Zinsniveau ebenfalls mit der Suche



nach höheren Erträgen und veranlagten wieder vermehrt in Investmentzertifikate. Die Nettokäufe von in- und ausländischen Investmentzertifikaten der privaten Haushalte

beliefen sich im Jahr 2013 auf 3,1 Mrd Euro, was eine Verdreifachung gegenüber 2012 bedeutet.

<http://www.oenb.at>

Inflation liegt im Februar 2014 bei 1,5%

Die Inflationsrate für Februar 2014 betrug nach Berechnungen von Statistik Austria +1,5% und war damit etwas niedriger als im Jänner 2014 (1,6% revidiert). Ausschlaggebend dafür waren Treibstoffe – sie verbilligten sich im Jahresabstand stärker (-5,3%) als noch im Jänner (-3,7%). Hauptpreistreiber blieb nach wie vor die Ausgaben­gruppe „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke“.

Der Indexstand des Verbraucherpreisindex 2010 (VPI 2010) für den Monat Februar 2014 lag bei 108,5 (Jänner 2014: 108,3 revidiert). Gegenüber dem Vormonat (Jänner 2014) stieg das durchschnittliche Preisniveau um 0,2%.

Die größte Preis­dynamik im Jahresabstand wies die Ausgaben­gruppe „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke“ auf (durchschnittlich +2,7%; Einfluß: +0,32 Prozentpunkte). Dazu trugen vor allem teurere Nahrungsmittel bei (durchschnittlich +3,0%; Milch, Käse und Eier +6,8%, Brot und Getreideerzeugnisse +2,1%, Fisch +7,7%, Gemüse +3,0%, Obst +2,4% sowie Fleisch +0,8%). Alkoholfreie Getränke verteuerten sich um durchschnittlich 0,8%.

In der Ausgaben­gruppe „Wohnung, Wasser, Energie“ (durchschnittlich +1,5%; +0,27 Prozentpunkte) stiegen die Preise für die

Instandhaltung von Wohnungen insgesamt um 2,4%. Wohnungsmieten erhöhten sich durchschnittlich um 3,0%, Betriebskosten für Mietwohnungen um 2,3% und jene für Eigentumswohnungen um 2,2%. Verbilligungen bei der Haushaltsenergie (durchschnittlich -0,5%; Heizöl -6,7%, Gas -0,5%, Strom +0,2%, Fernwärme +1,3%, feste Brennstoffe +5,2%) wirkten insgesamt dämpfend, konnten die Preis­dynamik der Ausgaben­gruppe jedoch nicht zur Gänze kompensieren.

Die Preise in der Ausgaben­gruppe „Restaurants und Hotels“ stiegen durchschnittlich um 2,9% (Einfluß: +0,24 Prozentpunkte), wobei Bewirtungs­dienstleistungen (durchschnittlich +2,9%) und Beherbergungs­dienstleistungen (+2,7%) etwa gleichhohe Teuerungsraten verzeichneten. Durchschnittliche Verbilligungen von 1,4% (Einfluß: -0,07 Prozentpunkte) wies die Ausgaben­gruppe „Bekleidung und Schuhe“ auf.

Die Ausgaben­gruppe „Verkehr“ (durchschnittlich -0,6%; Einfluß: -0,09 Prozentpunkte) war Haupt­preisdämpfer im Jahresabstand. Treibstoffe verbilligten sich im Februar (-5,3%) noch stärker als im Jänner (-3,7%). Flugtickets kosteten im Jahresvergleich um 3,0% weniger (Jänner: -7,5%). Gebrauchte Pkw verteuerten sich im Februar

um 0,7%, Neuwagen um 0,4%. Die Preise für Instandhaltung und Reparaturen von privaten Verkehrsmitteln stiegen um 2,5%.

Als Haupt­preistreiber im Monatsabstand erwies sich die Ausgaben­gruppe „Restaurants und Hotels“ (durchschnittlich +1,2%; Einfluß: +0,10 Prozentpunkte). Ausschlaggebend dafür waren saisonbedingte Teuerungen bei Beherbergungs­dienstleistungen (durchschnittlich +3,6%). Bewirtungs­dienstleistungen kosteten insgesamt um 0,6% mehr.

Haupt­preisdämpfer im Monatsabstand war die Ausgaben­gruppe „Bekleidung und Schuhe“ (durchschnittlich -0,5%; Einfluß: -0,03 Prozentpunkte). Hier schlug die Fortsetzung der Winterschlussverkäufe bei Schuhen zu Buche, die sich gegenüber Jänner um 1,9% verbilligten. Bekleidungs­artikel kosteten um 0,1% weniger.

Der Indexstand des auf europäischer Ebene harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI 2005) lag im Februar 2014 bei 119,44 (Jänner 2014: 119,09 revidiert). Die harmonisierte Inflationsrate war damit genauso hoch wie die des nationalen VPI. Gewichts­unterschiede zwischen VPI und HVPI führten im einzelnen zu unterschiedlichen Veränderungs­raten, die sich jedoch insgesamt ausglich.

<http://www.statistik.at>

Absolut Spitze: Wien im internationalen Wettbewerb

Zahlreiche Studien und Rankings attestieren Wien eine ausgezeichnete Positionierung im globalen Wettbewerb und beste Voraussetzungen für eine dynamische weitere Entwicklung.



Foto: Michael Mössner / <http://www.oesterreichfotos.at>

Es ist kein Wunder, daß sich nicht nur die WienerInnen hier wohlfühlen, was internationale Studien regelmäßig beweisen. Diese Aufnahme bietet einen Blick vom Kobenzl über die Stadt Wien – in der Bildmitte die Innenstadt mit der Hofburg.

Die Stabsstelle Internationale Strategie und Koordination (Magistratsdirektion – Geschäftsbereich Europa und Internationales / IS) hat einige beachtenswerte Fakten über die Positionierung Wiens als weltweit vielbeachtete Wirtschafts-, Technologie- und Kreativmetropole zusammengestellt:

Innovativste Stadt Europas

Im aktuellen „Innovation Cities Global Index 2012-2013“ der australischen Innovationsagentur 2thinknow, der weltweit 445 Städte hinsichtlich ihres Innovationspotentials miteinander vergleicht, belegt Wien hinter Boston und New York den hervorragenden dritten Platz. Im Vergleich mit allen anderen europäischen Städten nimmt Wien in

Punkto Innovation sogar den ersten Rang ein.

<http://www.wien.gv.at/politik/international/wettbewerb/innovativ.html>

Globale Nummer Eins in Sachen Lebensqualität

Wien hat weltweit die höchste Lebensqualität. Das attestiert bereits zum fünften Mal in Folge das „Quality of Living Ranking 2014“ des internationalen Beratungsunternehmens Mercer Consulting Group, in dem 223 internationale Metropolen verglichen werden.

Auch im aktuellen Economist Intelligence Unit-Städteranking der britischen Zeitung „The Economist“ schneidet Wien ausgezeichnet ab und belegt den zweiten

Platz im weltweiten Vergleich mit 139 Städten.

<http://www.wien.gv.at/politik/international/wettbewerb/mercerstudie.html>

»Erfolgreichste Stadt« laut weltweiter UN-Studie

Laut der aktuellen Studie der UN-Organisation „UN-Habitat“, die den Titel „State of The World Cities 2012/2013“ trägt, ist Wien im Vergleich mit 70 internationalen Städten die erfolgreichste, florierendste Stadt der Welt. In der Studie wurden die Städte im Hinblick auf Produktivität, Infrastruktur, Lebensqualität, Nachhaltigkeit und soziale Gleichbehandlung untersucht. Wien nimmt in allen untersuchten Bereichen Spitzenpositionen ein und führt die von der UN-

Schwerpunkt »Lebenswertes Wien«

Organisation erstellte Liste vor Weltmetropolen wie Tokio, London, Paris und New York an.

<http://www.wien.gv.at/politik/international/wettbewerb/un-studie.html>

Spitzenpositionen in internationalen »Smart Cities«-Rankings

Im ersten internationalen „Smart Cities“-Ranking, das Anfang 2012 vom anerkannten US-amerikanischen Klimastrategen Boyd Cohen veröffentlicht wurde, nahm Wien im Vergleich mit anderen internationalen Metropolen weltweit die führende Position ein. Im aktuellen Ranking, das im Jänner 2014 veröffentlicht wurde und nunmehr nach Regionen differenziert erstellt wird, verbesserte sich Wien im Vergleich zu 2013 um einen Platz und belegt auf europäischer Ebene hinter Kopenhagen und Amsterdam den hervorragenden dritten Platz.

<http://www.wien.gv.at/politik/international/wettbewerb/smart-city.html>

Großes wirtschaftliches Potential – Drehscheibe zwischen Ost und West

Mit dem Fall des Eisernen Vorhangs und der Osterweiterung der Europäischen Union ist Wien nicht nur geografisch, sondern auch politisch und wirtschaftlich ins Zentrum Europas gerückt. So konnte sich die Stadt insbesondere als wirtschaftliche Ost-West-Drehscheibe sehr erfolgreich positionieren. Wien gilt für den Aufbau von Geschäftsbeziehungen mit Ost- und Südosteuropa international als Top-Standort: Bereits über 300 internationale Konzerne haben ihre Osteuropazentrale in der Vienna Region, rund 200 davon direkt in Wien angesiedelt. Die Anzahl der Betriebsansiedlungen pro Jahr hat sich in den vergangenen Jahren mehr als verdoppelt.

Top-Standort für internationale Organisationen

Wien beherbergt seit mehr als 30 Jahren eines der vier Hauptquartiere der Vereinten Nationen. Darüber hinaus ist Wien Sitz von weiteren wichtigen Organisationen wie etwa der Organisation erdölexportierender Länder (OPEC), der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO) und der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDO). Damit ist Wien eine der bedeutendsten Drehscheiben internationaler Diplomatie. Insgesamt arbeiten über 3500 DiplomatenInnen sowie über 5000 MitarbeiterInnen internationaler Organisationen in Wien.

<http://www.wien.gv.at/politik/international/organisationen/index.html>

Tourismus-Magnet und Globale Kongreß-Stadt Nummer Eins

Wien zählt zu den beliebtesten Städte-destinationen Europas. Im Jahr 2013 wurde mit insgesamt 12,7 Millionen Nächtigungen (plus 3,7 Prozent) und 5,8 Millionen Gästeankünften (plus 4,1 Prozent) ein weiteres Rekordjahr verzeichnet. Einer der Gründe dafür dürfte nicht nur das überwältigende kulturelle und kulinarische Angebot von Österreichs Hauptstadt sein. Auch als Einkaufsstadt wird Wien immer beliebter: Das US-amerikanische Medienunternehmen CNN reihte Wien im November 2013 in seiner renommierten Auswahl „The world's 12 best shopping cities“ auf den achten Platz.

Eine weltweit führende Position hat sich Wien auf dem Gebiet des Konferenztourismus erarbeitet: Mit 195 internationalen Kongressen ist Wien der mit Abstand beliebteste Kongreßstandort der Welt (Quelle: Statistik 2012 der International Congress and Convention Association, ICCA).

<http://www.wien.gv.at/politik/international/wettbewerb/kongressbilanz-2012.html>

Eine der wertvollsten Städtemarken der Welt

Wien wurde vom Anholt-GfK Roper City Brands Index 2013, einer alle zwei Jahre durchgeführten Umfrage zu Städte-Images des Marktforschungsunternehmens GfK auf Platz neun von insgesamt 50 untersuchten Städten weltweit gereiht. Das Image der Städte wird in den Kategorien internationale Präsenz, örtliche Gegebenheiten, Infrastruktur, Menschen, Vitalität und Leistungskraft erhoben.

Weltbeste Stadt für junge Menschen

Die US-amerikanische Internet-Ranking-Plattform „list25.com“ wählte Wien im August 2013 auf Platz 1 der 25 „Best Cities For Young People To Live In“. Der zweite Platz ging an New York. Dahinter folgten Malta, Melbourne, Salvador, Dubai, Vancouver, Prag, Edinburgh und Paris.

<http://www.wien.gv.at/politik/international/wettbewerb/junge-menschen.html>

Weltweit im Spitzenfeld der »Online-Städte«

Laut der im Februar 2014 veröffentlichten Studie der Universität Düsseldorf „A Case Study of 31 Information World Cities“, in der 31 Städte weltweit im Hinblick auf die Nutzung von sozialen Netzwerken im Internet zur Kommunikation mit ihren BürgerInnen untersucht wurden, liegt Wien noch vor London, Paris und Tokio an fünfter Stelle. Erste im Ranking ist Deutschlands Haupt-

stadt Berlin. Zudem besagt eine Vergleichsstudie des britischen Unternehmens UBM aus dem Jahr 2013, das Kommunen auf ihre Handhabung des World Wide Web getestet hat, daß die österreichische Hauptstadt zu den „Top 10 Internet Cities“ des Planeten zählt.

<http://www.wien.gv.at/politik/international/wettbewerb/online-staedte.html>

<http://www.wien.gv.at/politik/international/wettbewerb/internet-ranking.html>

Top-Liga im »Global Cities Index«

Im aktuellen „Global Cities Index 2012“ des Beratungsunternehmens A.T. Kearney, in dem die 66 global einflußreichsten Städte aufgelistet werden, nimmt Wien noch vor Peking den 13. Platz ein. Die österreichische Hauptstadt hat sich im Vergleich zum Ranking von 2010 um fünf Plätze verbessert und ist damit gemeinsam mit Moskau „Aufsteiger des Jahres“. Der „Global Cities Index“ analysiert Städte in bezug auf wirtschaftliche Aktivität, Humankapital, Informationsaustausch, kulturelles Erleben und politisches Engagement und gibt Aufschluß über das globale Engagement von Großstädten. Auf den Plätzen eins bis drei liegen New York, London und Paris.

Kultur und Events als Wirtschaftsmotor

Wien verfügt über insgesamt 70.000 Theater- und Konzertsitzplätze. Neben dem regulären Spielbetrieb in den Wiener Musik- und Konzerthäusern finden jährlich circa 2500 Großveranstaltungen statt. Das sind im Durchschnitt sieben Großevents pro Tag. Wien wird auch um seine einzigartige Balltradition bewundert. Pro Saison finden rund 450 Bälle mit 300.000 BesucherInnen statt. Der schrille Life Ball ist Europas größter Aids-Charity-Event.

Größte Universitätsstadt im deutschen Sprachraum

Ein Datenvergleich der Magistratsabteilung Arbeit, Wirtschaft und Statistik (MA 23) unter den statistischen Ämtern der Bundesländer und Städte in Deutschland, Österreich und der Schweiz zeigt, daß Wien die meisten Studierenden hat. Laut Statistik des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung waren im Wintersemester 2011/2012 186.862 Hochschul-Studierende in Wien verzeichnet. Die nächstgrößte Universitätsstadt im deutschen Sprachraum ist Berlin (160.145 Studierende), gefolgt von München (109.941 Studierende) und Hamburg (90.779 Studierende). ■

<http://www.wien.gv.at/politik/international/wettbewerb/unistadt-wien.html>

<http://www.wien.gv.at/politik/international/>

Wiener Wohnen – Willkommensservice

Allen InteressentInnen und MieterInnen von Wiener Wohnen steht eine zentrale Anlaufstelle zur Verfügung. Erstansuchen für eine Gemeindewohnung werden hier ebenso entgegengenommen wie Ansuchen auf einen Wohnungswechsel.

Mehr als 200.000 KundInnen haben sich seit der Eröffnung im Jahr 2009 vom Wiener Wohnen-Willkommensservice kompetent beraten lassen. Es ist am Mittwoch von 8 bis 12 Uhr und an allen anderen Werktagen von 8 bis 19 Uhr geöffnet. Direkt an der U3-Station Gasometer gelegen, ist das Willkommensservice in der Guglgasse 7-9 zentral und vor allem auch barrierefrei erreichbar. Eine telefonische Terminvereinbarung ist über die Servicenummer 05 75 75 75 möglich. Selbstverständlich können Anmeldungen für eine Gemeindewohnung sowie Anträge zum Wohnungswechsel auch online auf <http://www.wienerwohnen.at> erledigt werden. Auch die aktuelle Reihung des persönlichen Vormerkscheins können WohnungswerberInnen jederzeit online überprüfen.

05 75 75 75 – die 24 h-Servicenummer

Die Wiener Wohnen Servicehotline steht allen KundInnen an 365 Tagen im Jahr rund um die Uhr zur Verfügung. Die MitarbeiterInnen dieser Servicenummer bearbeiten täglich (an Werktagen) etwa 3800 Anrufe. An diesen Tagen sorgen bis zu 90 MitarbeiterInnen dafür, daß jeder Anruf innerhalb



Foto: Jobst / PID

»Die Wohnbaufördermittel der Stadt Wien kommen vielen jungen Familien zugute, denen die Stadt nicht nur sehr schöne, sondern auch erschwingliche Wohnungen zur Verfügung stellen kann«, so Wiens Wohnbaustadtrat Michael Ludwig (r.) mit Bezirksvorsteher Karlheinz Hora und einer jungen Mieterin anlässlich deren Einzug in eine von 306 neuen Wohnungen in Wien Leopoldstadt.

von 20 Sekunden entgegengenommen wird. MieterInnen können über die Servicenummer Gebrechen und Schäden in ihrer Wohn-

hausanlage melden, aber auch Bestellungen aufgeben, etwa wenn Sand in der Sandkiste fehlt. Mit Fragen zum Mietzins, zur Jahresabrechnung oder für Meldungen über Verstöße gegen die Hausordnung ist man bei der Wiener Wohnen Servicenummer ebenfalls an der richtigen Adresse. Selbstverständlich werden hier auch alle Fragen zum Thema Wohnungsvergabe, Wohnungsweitergabe, dem Wohnungstausch, dem Wohnungswechsel bis zur Wohnungsrückgabe rasch und kompetent beantwortet.

HausbesorgerInnen und HausbetreuerInnen

Als soziale Hausverwaltung liegt Wiener Wohnen das Wohl der 500.000 MieterInnen sehr am Herzen. Besonders die HausbesorgerInnen und MitarbeiterInnen der Haus- und Außenbetreuung sind ganz nah an den BewohnerInnen dran und kümmern sich um deren Anliegen und Sorgen. Sie erledigen die allgemeinen Reinigungs- und Wartungsarbeiten und sind für die Schneereinigung



Foto: Stadt Wien - Wiener Wohnen / Dieter Steinbach

Wiener Wohnen-Willkommensservice in der Guglgasse direkt an der U3-Station

Schwerpunkt »Lebenswertes Wien«

und den Streudienst für über 2000 km Gehwege verantwortlich. Zusätzlich übernehmen die 2000 HausbesorgerInnen und HausbetreuerInnen von Wiener Wohnen in den Wohnhausanlagen auch eine wichtige Funktion als persönliche AnsprechpartnerInnen für die MieterInnen vor Ort. Sie übernehmen die Koordination bei Schadensfällen, damit diese möglichst rasch behoben werden können. Für Schadens- oder Gebrechensmeldungen steht den MieterInnen darüber hinaus die Servicehotline 05 75 75 75 an 365 Tagen im Jahr rund um die Uhr zur Verfügung

WohnungsanzeigerWiener

Wohnen ermöglicht den MieterInnen, unter Einhaltung gewisser Rahmenbedingungen ihre Wohnungen mit anderen MieterInnen zu tauschen. Eine kostenlose Plattform für alle tauschfreudigen MieterInnen ist der Wiener Wohnen Wohnungsanzeiger, in dem monatlich mehrere hundert Wohnungen zum Tausch oder in Direktvergabe angeboten werden. Der Wohnungsanzeiger ist übersichtlich nach Bezirken gegliedert und enthält Angaben zu den Bewerbungsvoraussetzungen (Vormerkscheindatum, Ablösen, monatlichen Kosten, etc.) für die angebotenen Wohnungen. Im umfangreichen Serviceteil informiert Wiener Wohnen, was beim Wohnungstausch alles zu beachten ist. Das Inserieren im Wohnungsanzeiger ist kostenlos, das Magazin liegt in allen Kundendienstzentren und im Wiener Wohnen Willkommensservice auf und ist online abrufbar auf <http://www.wienerwohnen.at>

Geschäftslokale online finden

Neben 220.000 Wohnungen verwaltet Wiener Wohnen auch knapp 6000 Lokale an attraktiven Standorten in ganz Wien. Ob als Greißlerei, Fahrradwerkstatt, Arztpraxis oder Kreativbüro – die Nutzungsmöglichkeiten für InteressentInnen sind vielfältig. Einen Überblick über Lage, Größe und Mietpreis aller verfügbaren Geschäftslokale, Ordinationen oder Magazine kann man sich auf der Website von Wiener Wohnen verschaffen. Ist die Wunschimmobilie erst einmal gefunden, kann auch die Anmeldung gleich online durchgeführt werden.

Action im Gemeindebau – Betreuung von Filmschaffenden durch Wiener Wohnen

Die vielen Wohnhausanlagen prägen das Stadtbild Wiens maßgeblich mit. Das einzigartige Flair und die schöne Lage unserer Bauten machen sie zu einer perfekten Lo-



Foto: Stadt Wien - Wiener Wohnen / Souczek

HausbesorgerInnen und MitarbeiterInnen der Haus- und Außenbetreuung sind ganz nah an den BewohnerInnen dran und kümmern sich um deren Anliegen und Sorgen.



Foto: Stadt Wien - Wiener Wohnen

Die Wiener Gemeindebauten sind bei Filmschaffenden sehr beliebt – im Bild: Adele Neuhauser »im Kasten« bei Dreharbeiten zur Krimi-Serie »Tatort«.

cation für Film- und Fernsehproduktionen. Kein Wunder also, daß die Wiener Gemeindebauten bei Filmschaffenden sehr beliebt sind. Soko Donau, Tatort, oder die Lottosieger sind nur einige der zahlreichen TV-Serien, die in Wohnhausanlagen von Wiener Wohnen gedreht wurden. Auch der international mehrfach ausgezeichnete Kinofilm „Atmen“ setzt mit der Wohnhausanlage am Rennbahnweg auf die Filmlocation Gemeindebau.

Wiener Wohnen unterstützt den Film- und Kreativstandort Wien und berät in Zusammenarbeit mit der Vienna Film Commission FilmemacherInnen und Fernsehteams bei der Locationsuche, dem Einholen der erforderlichen Genehmigungen sowie bei der Kalkulation der anfallenden Drehtarife. Um den heimischen Filmnachwuchs beson-

ders zu fördern, verzichtet Wiener Wohnen bei studentischen Filmprojekten auf die Einhebung der üblichen Drehtarife. Eine Drehgenehmigung muß aber auch in diesen Fällen rechtzeitig bei Wiener Wohnen eingeholt werden. Alle notwendigen Informationen dazu gibt es auf <http://www.wienerwohnen.at> (ausführliche Beschreibungen und Fotomaterial zu 2000 Wiener Gemeindebauten steht zur Erstrecherche kostenlos zur Verfügung) und <http://www.viennafilmcommission.at>

Mobiles Einsatzteam – Einjahresbilanz

Im März 2013 hat Wiener Wohnen mit dem mobilen Einsatzteam eine eigene Stelle für Sofortmaßnahmen ins Leben gerufen, die sich bei schwerwiegenden Ereignissen (Bränden, Gas-, Wassergebrechen) um die Versorgung der MieterInnen kümmert. Das mobile

Schwerpunkt »Lebenswertes Wien«

Foto: Stadt Wien - Wiener Wohnen



Seit 2013 bietet Wiener Wohnen in Kooperation mit dem Arbeitersamariterbund das kostenlose Trageservice für ältere und gehbehinderte MieterInnen an.

Einsatzteam ist an 365 Tagen im Jahr rund um die Uhr erreichbar und steht den MieterInnen als zentraler Ansprechpartner vor Ort zur Verfügung. Dabei setzt das mobile Einsatzteam wichtige Sofortmaßnahmen, um die BewohnerInnen mit dem Nötigsten wie Wasser, Heizgeräten oder mobilen Kochplatten zu versorgen. MieterInnen, deren Wohnung aufgrund eines schweren Gebrechens vorübergehend unbewohnbar ist, werden vom mobilen Einsatzteam in einer von vier Notschlafwohnungen untergebracht. Alle Notschlafwohnungen wurden von Wiener Wohnen im Jahr 2013 frisch adaptiert und mit Bad, Küche, Eßplatz und Schlafgelegenheit für 4 bis 6 Personen ausgestattet. Auch für frische Bettwäsche und ein Handtuchservice ist im Fall der Fälle gesorgt!

Ein Jahr Trageservice

Seit 1. Jänner 2013 bietet Wiener Wohnen in Kooperation mit dem Arbeitersamariterbund das kostenlose Trageservice für ältere und gehbehinderte MieterInnen an. In den mehr als 2000 Wohnhausanlagen der Stadt Wien müssen bei Sanierungen, wegen Wartungsarbeiten oder nach Bränden notgedrungen die Aufzugsanlagen temporär abgeschaltet werden. Für Menschen mit eingeschränkter Mobilität bedeutet das eine Verringerung ihrer Lebensqualität. Um ihnen auch für die Zeit der Aufzugabschaltung die täglichen Wege, wie den Einkauf oder den Arztbesuch zu ermöglichen, bietet Wiener Wohnen seinen MieterInnen ein Trageservice an. Die Kosten für das Service, das die MieterInnen bei der Überwindung der Treppen zwischen der Wohnungseingangstüre und der Hauseingangstüre unterstützt, werden von Wiener Wohnen getragen.

Wenn es eine Aufzugabschaltung auf einer Stiege einer Wohnhausanlage gibt, werden die MieterInnen rechtzeitig von Wiener Wohnen verständigt. Die BewohnerInnen, die das Mobile Trageservice in Anspruch nehmen wollen, müssen dann nur noch den Arbeitersamariterbund verständigen und ihre Wunschtermine für die Inanspruchnahme des Dienstes bekanntgeben.

Postempfangsboxen

Nach einem ersten erfolgreichen Pilotversuch im Jahr 2011 und der Montage von 200 Postempfangsboxen im Jahr 2012, startet Wiener Wohnen seine Wohnhausanlagen nun mit weiteren 2000 Postempfangsboxen aus. Die Postempfangsbox hat den Vorteil, daß MieterInnen nicht mehr zur nächstgelegenen Post gehen müssen, um ein für sie hinterlegtes Paket abzuholen. Sie können diese nun rund um die Uhr direkt in der Wohnhausanlage ihrer Postbox entnehmen.

naTÜrlich Sicher Online-Service

5800 Waschküchen stehen den MieterInnen in den rund 2000 Städtischen Wohnhausanlagen als wichtiges Serviceangebot zur Verfügung. Über 90 Prozent davon sind mit dem elektronisch gesteuerten „naTÜrlich sicher“-System ausgestattet. Mitte 2014 soll die Umrüstung darauf abgeschlossen sein. Der Zutritt zur Waschküche erfolgt mit einem codierten Chip, der auch die Wascheräte freischaltet. Zur Waschküche hat so nur jene Mieterin/jener Mieter Zutritt, die/der den Waschtermin gebucht hat. Die Buchung kann sowohl telefonisch, als auch online über einen kostenlosen Useraccount durchgeführt werden. Durch den personalisierten Benutzercode und das Passwort wird eine mißbräuchliche Verwendung unterbunden. Laut einer Befragung, die im Jahr 2013 unter 400 NutzerInnen durchgeführt wurde, sind 97 Prozent der Befragten mit dem elektronischen Zutrittssystem und dem „naTÜrlich sicher“-Reservierungsservice sehr zufrieden.

Die wichtigsten Vorteile auf einen Blick: Sicher & gerecht: Die Tür zur Waschküche öffnet sich immer nur für jene MieterInnen, die den aktuellen Waschtermin gebucht haben. So ist immer klar, wer wann waschen darf.

Fair: Jede Mieterin/jeder Mieter bezahlt nur noch jene Energiekosten fürs Waschen, die sie/er auch tatsächlich verbraucht hat. Wer wenig oder gar nicht wäscht, zahlt wenig – oder gar nichts.

Flexibel: Wer mehr als einen Waschtag pro Monat benötigt, kann je nach Verfügbarkeit weitere Termine buchen. Die Waschküchen sind von Montag bis Samstag von 6 bis 13 oder von 13 bis 20 Uhr verfügbar. ■

<http://www.hausbetreuung-wien.at>



Alle Notschlafwohnungen wurden von Wiener Wohnen 2013 frisch adaptiert und mit Bad, Küche, Eßplatz und mit bis zu sechs Schlafgelegenheiten ausgestattet.

GB* – Grünraum

Die Gebietsbetreuungen Stadterneuerung (GB*) sind an 17 Standorten wienweit als aktive Drehscheibe im Bezirk tätig und sind eine kostenlose Serviceeinrichtung der Stadt Wien zu Fragen rund um Wohnen und Wohnumfeld.

Gärtnern in der Stadt hat Hochkonjunktur. Ob Pflanzen tauschen, Baumscheiben zum Blühen bringen, Innenhöfe unter kompetenter Anleitung begrünen oder gemeinsam garteln – die Gebietsbetreuungen Stadterneuerung (GB*) informieren und beraten kostenlos zu allen Themen rund um mehr Grün im Grätzel. Als StadteilexpertInnen unterstützen sie Initiativen im öffentlichen Raum, die die Lebensqualität in den dicht bebauten Vierteln Wiens erhöhen und die Nachbarschaft stärken.

Begrünte Innenhöfe: Ruheoase und Erlebnisraum

Innenhöfe sind wichtige Freiräume in dicht bebauten Stadtgebieten. Häufig werden diese gemeinschaftlich von HausbewohnerInnen genutzt und sind nicht öffentlich zugänglich. Dadurch entsteht ein fast privater Raum im Freien. Die ExpertInnen der GB* beraten über Fördermöglichkeiten, klären im Rahmen von Begehungen vor Ort gärtnerische und bauliche Möglichkeiten, unterstützen bei der Umsetzung und organisieren bzw. moderieren nach Bedarf Hausversammlungen. Der in allen GB*-Lokalen kostenlos erhältliche Folder „Anleitung für einen begrüneten Innenhof“ bietet Informationen und gibt einen Überblick zu den GB*-Serviceleistungen. Der Folder steht auch auf der Internetseite der GB* zum Download zur Verfügung.

Im Trend: Nachbarschaftsgärten

Nachbarschaftsgärten sind Gärten, die von verschiedenen Menschen aus der Nachbarschaft gemeinsam bewirtschaftet werden. Ziel solcher Initiativen ist es, brachliegende Flächen innerhalb der Stadt zu nutzen und öffentlichen Raum zurück zu erobern.

Nachbarschaftsgärten stärken die Identifikation mit dem Wohnort, fördern die Gemeinschaft und verbinden Generationen. Die GB* unterstützen bei der Gründung von Nachbarschaftsgärten und koordinieren die Abstimmung mit dem Bezirk sowie den zuständigen Magistratsabteilungen der Stadt Wien. Sie helfen bei der Kostenkalkulation, beim Ansuchen von Förderungen und der Vereinsgründung. Sie beraten Stadtteil-



Foto: Christian Jobst / PID

v.l.: Bezirksvorsteher Heinz Lehner, Gemeinderätin Jennifer Kickert und Wohnbaustadtrat Ludwig mit den jüngsten GemeinschaftsgärtnerInnen am Broßmannplatz



Foto: GB*

Der in allen GB*-Lokalen kostenlos erhältliche Folder »Anleitung für einen begrüneten Innenhof« bietet Informationen zu den GB*-Serviceleistungen.

gärtnerInnen fachlich und moderieren Gruppenprozesse.

So „wächst“ etwa am Broßmannplatz in Floridsdorf seit 2013 auf Initiative der GB*21 auf einer bisher wenig genutzten Rasenfläche ein neuer Nachbarschaftsgarten. Die jeweils 10 bis 15 m² großen Beete sowie

ein Gemeinschaftsbeet werden von BewohnerInnen und Bewohnern aus der Umgebung bepflanzt und gepflegt. Das Team begleitet mit dem wohnpartner-Team 21 die Bildung der Gartengemeinschaft und berät die „NeogärtnerInnen“ auf fachlicher Ebene. ■

<http://www.gbstern.at>

20.000 neue Wohnungen für Wien

Der Wohnbau-Motor kurbelt die Konjunktur an und sichert 14.000 Arbeitsplätze. Allein 2014 und 2015 werden 14.000 Wohneinheiten fertiggestellt.

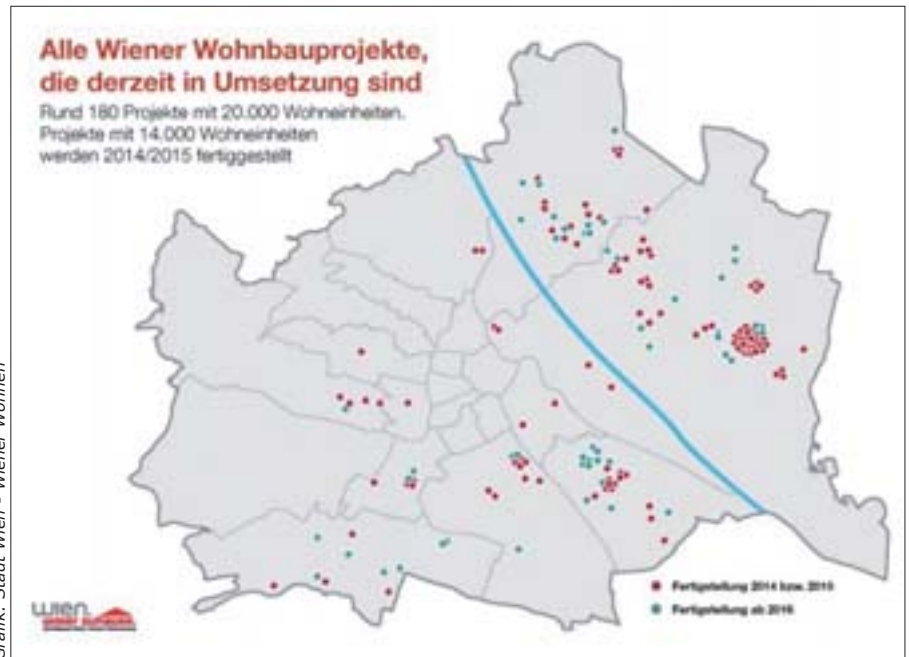
Der Wiener Wohnbau läuft auf vollen Touren: Die Stadt Wien setzt aktuell Projekte mit rund 20.000 Wohneinheiten um. Direkt in Bau sind derzeit Projekte mit rund 14.000 Wohneinheiten. Damit wird preisdämpfend auf den gesamten Wohnungsmarkt eingewirkt. Zudem werden wichtige Impulse für die Stadt, die Konjunktur und den Arbeitsmarkt erreicht. Rund 14.000 Jobs werden alleine im Neubaubereich gesichert.

Wohnbaustadtrat Michael Ludwig: „Wir stellen damit sicher, daß heuer sowie auch im kommenden Jahr jeweils rund 7000 neue erschwingliche Wohneinheiten den zukünftigen Bewohnerinnen und Bewohnern übergeben werden können. Das sind jede Woche durchschnittlich mehr als 130 Wohnungen, deren Errichtung von der Stadt Wien initiiert und gefördert wurde.“

Mehr als 180 Projekte sind von seiten der Stadt bereits auf Schiene gebracht worden. Das Gesamtinvestitionsvolumen dafür beträgt mehr als 2,66 Milliarden Euro, der Förderaufwand der Stadt knapp eine Milliarde Euro. Die geplanten Wohnungen verfügen in Summe über eine Wohnnutzfläche von mehr als 1,5 Millionen Quadratmetern. Das entspricht 217 Fußballfeldern oder 38 Mal der Fläche des Rathausparks.

Wohnbau wirkt konjunkturbelebend und sichert Arbeitsplätze

Eine Reihe im Vorfeld gesetzter Maßnahmen sind ausschlaggebend dafür, daß eine konstant hohe Neubauleistung in Wien möglich ist. Wien investiert die Wohnbauförderungsmittel direkt in den Wohnbau. Zusätzlich zu den gemeinsamen Ertragsanteilen, die die Stadt aus dem Finanzausgleich erhält, kommen weitere 80 bis 160 Millionen Euro von der Stadt Wien. Außerdem hat die Stadt die Förderleistung bereits 2007 sukzessive angehoben. Wien hat außerdem am Höhepunkt der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise in den Wohnbau investiert. Dank begleitender Maßnahmen, wie etwa der von der Stadt Wien ins Leben gerufenen Wohnbauanleihe und insbesondere auch der Wohnbauintiative, konnten seit Beginn der Krise



Grafik: Stadt Wien - Wiener Wohnen

zusätzliche 6250 Wohnungen mit PartnerInnen-Konsortien errichtet werden. Damit konnte einem Rückgang im Wohnungsbau erfolgreich entgegenwirkt werden.

Stadtrat Ludwig: „Es gibt keine andere Stadt in Europa, die so viel in den Wohnungsneubau investiert. Durch die konstant hohe Neubauleistung werden fortlaufend Arbeitsplätze gesichert und ein wesentlicher Beitrag zu einer gesunden Wirtschafts- und Konjunkturentwicklung geleistet.“

Motor der Stadtentwicklung

Die hohe Neubauleistung wird mit der Realisierung von Projekten nahezu im gesamten Stadtgebiet verwirklicht. Ein Schwerpunkt liegt auf den Entwicklungsgebieten wie dem Nordbahnhofgelände, dem Sonnwendviertel, dem neuen Stadtteil beim Hauptbahnhof oder der aspern Seestadt.

Die derzeit größten Projekte sind:

- 3. Bezirk: Eurogate (ehemals Aspanger Bahnhof); gesamt: 1800 Wohneinheiten; Bereits fertiggestellt bis Ende 2013: 686; Fertigstellungen 2014: 140 Wohneinheiten (bereits erfolgt)
- 2. Bezirk: Nordbahnhof; gesamt: 9000 Wohneinheiten; bereits fertiggestellt bis

Ende 2013: 3800; Fertigstellungen 2014: 200 Wohneinheiten (bereits erfolgt)

- 10. Bezirk: Hauptbahnhof (Sonnwendviertel); gesamt: 5000 Wohneinheiten; bereits fertiggestellt: 483; Fertigstellungen 2014/2015: 1070 Wohneinheiten
- 22. Bezirk: aspern Seestadt; gesamt: 10.500 Wohnungen (bis 2030); Fertigstellungen 2014/2015: 2896 Wohneinheiten
- 11. Bezirk: Mautner-Markhof-Gründe und Umgebung; gesamt: 1100 Wohneinheiten; Fertigstellungen 2014/2015: 960 Wohneinheiten
- 21. Bezirk: Gerasdorfer Straße; gesamt: 664 Wohneinheiten; bereits fertiggestellt: 231; Fertigstellungen 2014/2015: 433 Wohneinheiten
- 22. Bezirk: Polgarstraße 30a; gesamt: 388 Wohneinheiten; Fertigstellungen 2014/2015: 388 Wohneinheiten
- Weitere Projekte in Vorbereitung

Im Neubaubereich wird eine konstante Entwicklung sichergestellt. So können neben der nachfragegerechten Wohnraumschaffung auch positive Effekte auf Wirtschaft und Konjunktur erzielt werden. Daher sind parallel zu den derzeit in Umsetzung

Schwerpunkt »Lebenswertes Wien«

begriffenen Projekten bereits dutzende weitere in der konkreten Planung.

Zusätzliche Budgetmittel, die im Rahmen des Wohnbau-Konjunkturpakets bereitgestellt wurden, sollen in Anspruch genommen werden. Nach heutigem Ermessen werden die Anfang 2015 bereitgestellten 72 Millionen Euro abgerufen werden können.

Wohnhaussanierung

Neben dem Wohnungsneubau investiert die Stadt Wien zusätzlich jährlich rund 200 Millionen Euro in die Wohnhaussanierung. Damit werden Sanierungsprojekte mit 10.000 Wohnungen gefördert. Dadurch wird die Wohnqualität verbessert, werden ganze Grätzler aufgewertet und Heizkosten bei gleichzeitig erschwinglichen Mieten gesenkt.

Zielgebiete der Stadtentwicklung

Die 13 Zielgebiete des Stadtentwicklungsplans für Wien (STEP 05) wurden 2010 evaluiert. Die Gebiete wurden teilweise abgeändert, Programme und Strategien an das seit 2005 Erreichte angepaßt.

Die Überprüfung der Aktualität der Zielgebietsprogramme wurde im Zuge der Erfolgsfeststellung des gesamten Stadtentwicklungsplans (STEP 05) durchgeführt. Die Er-

gebnisse für die Zielgebiete wurden in einem Grundlagenbericht zusammengetragen.

Der Grundlagenbericht setzt einige neue Akzente bei den Aufgabenschwerpunkten. Er legt Änderungen bei Zielgebietsgrenzen, Programmen und Strategien fest, die bis September 2011 Gültigkeit hatten. Die vormaligen Zielgebiete „Prater - Messe - Krieau - Stadion“ und „Waterfront - Stadt am Wasser“ wurden zum Beispiel zu einem gemeinsamen Zielgebiet „Donauraum Leopoldstadt - Prater“ zusammengefaßt. Das vormalige Zielgebiet „Hauptbahnhof Wien - Erdberger Mais“ wurde in die beiden Zielgebiete „Favoriten - Hauptbahnhof - Arsenal“ und „Erdberger Mais - Aspanggründe - St. Marx“ geteilt. In zwei Fällen erweist es sich auch als zweckmäßig, Neuausweisungen vorzuschlagen, um die vorhandenen Potentiale im Sinne gesamtstädtischer Entwicklungsziele optimal zu nutzen (Simmering, Zentrum Kagran). Der Grundlagenbericht wurde vom Wiener Gemeinderat im September 2011 zur Kenntnis genommen und bildet den Orientierungsrahmen für weitere Planungsschritte beziehungsweise Umsetzungsprozesse.

Innovatives Projekt seit 2005

Die Zielgebiete stellen eine der wichtigsten Neuerungen der Stadtentwicklung ge-

genüber den vorherigen Stadtentwicklungsperioden dar. Dieser innovative Ansatz lenkt die Aufmerksamkeit auf bestimmte, räumlich definierte Stadtbereiche und erfaßt charakteristische Entwicklungspotentiale, Chancen und Herausforderungen.

Der STEP 05 weist in Summe 13 Zielgebiete auf, die für die Stadtentwicklung Wiens von substanzieller Bedeutung sind. Die 13 Zielgebiete unterscheiden sich voneinander in vielfältiger Weise: in der räumlichen Dimensionierung, den städtebaulichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen sowie in der stadtstrukturellen Bedeutung. Auch die Realisierungshorizonte sind unterschiedlich. In den Zielgebieten werden die Schwerpunkte der Stadtentwicklung in den kommenden Jahren gesetzt.

Planung und Entwicklung enden dabei nicht an administrativen Bezirksgrenzen. Sie erfolgen in übergreifenden Stadtregionen, die in einem inhaltlichen Zusammenhang stehen.

In diesen Zielgebieten wurden die vorhandenen Potentiale weitestgehend genutzt beziehungsweise angestrebte Ziele so weit erreicht, daß die beabsichtigte Weiterentwicklung durch die Linienorganisation ausreichend gesichert ist. ■

<http://www.wien.gv.at/bauen-wohnen/>



Foto: Michael Mössner / <http://www.oesterreichfotos.at>

In aspern Seestadt entstehen bis 2030 insgesamt 10.500 Wohnungen, 2896 Wohneinheiten sind bereits 2014/2015 fertig.

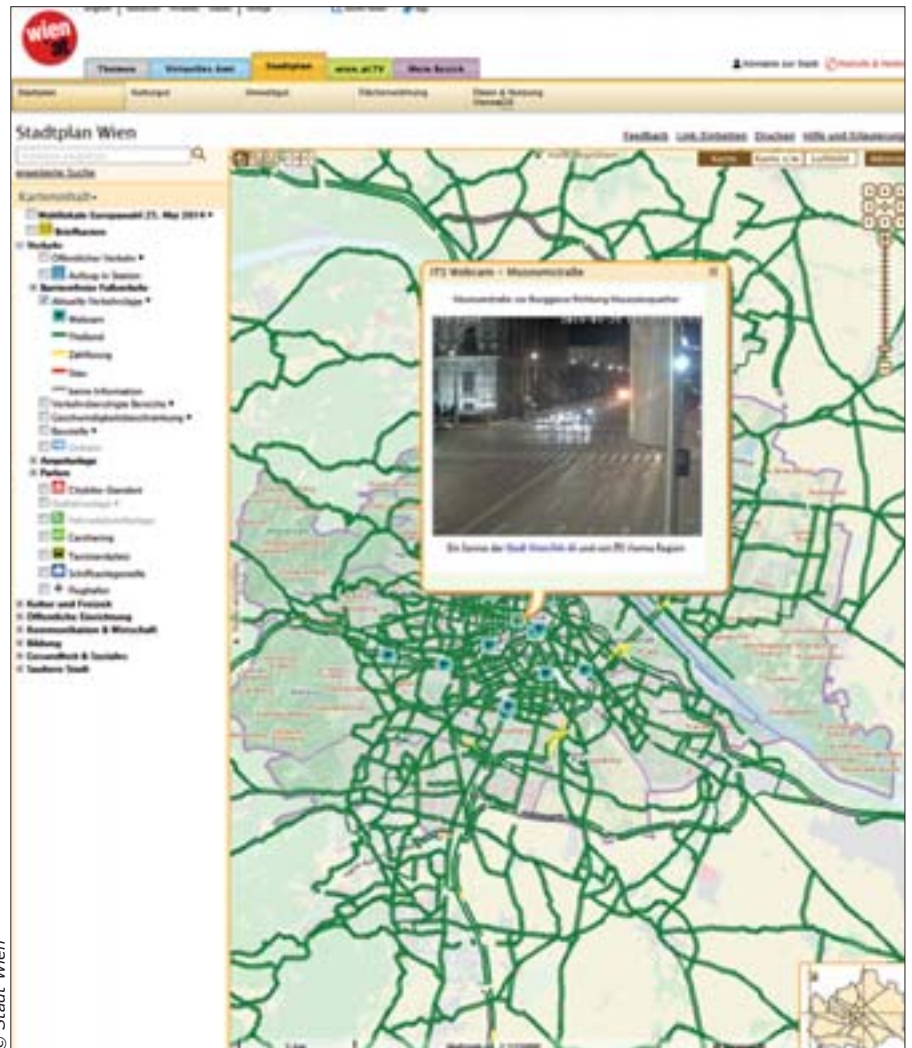
Neue Webcams zeigen aktuelle Verkehrslage

Insgesamt 20 moderne Outdoor-Kameras an hochfrequentierten Standorten in ganz Wien liefern seit kurzem rund um die Uhr Bilder zur aktuellen Verkehrslage.

Daten gewinnen, aufbereiten und auf breiter Ebene nutzbar machen, zählt zu den Hauptaufgaben der Gruppe Verkehrs- und Datenmanagement der Magistratsabteilung (MA) 46 (Verkehrsorganisation und technische Verkehrsangelegenheiten). Martin Schipany ist Leiter dieser Gruppe und sorgt mit seinen MitarbeiterInnen dafür, daß aus reinen Verkehrsdaten nützliche Anwendungen und Projekte werden, die den WienerInnen den Alltag erleichtern. Die Übertragung von Livebildern der aktuellen Verkehrslage an den Stadtplan von wien.at mittels Webcams ist so ein nützliches Projekt. „Für uns war wichtig, daß sich die Menschen selbst ein Bild machen können. Wie schaut es vor Ort aus, welcher Weg durch die Stadt ist für mich zu diesem Zeitpunkt optimal“, so Schipany, der vor über zwei Jahren begann, die Idee mit der Unterstützung von ITS Vienna Region in die Tat umzusetzen. „Um so ein Projekt durchführen zu können, war der Einsatz von Webcams ein ganz logischer Schritt. Mit den 20 Kameras können wir die Situation in besonders frequentierten Strassenzügen oder an Verkehrsknotenpunkten rund um die Uhr live zeigen. Die Wienerinnen und Wiener können das Service ganz einfach am wien.at-Stadtplan abrufen und haben dadurch auch gleich eine Entscheidungshilfe für die Wahl des passenden Verkehrsmittels.“

„Das vereinfacht die Routenplanung und hilft, Staus zu vermeiden. Die Stadt Wien erweitert damit ihr umfangreiches Serviceangebot und unterstützt die Bürgerinnen und Bürger beim sicheren und zügigen Vorankommen im Stadtverkehr. Durch die Kameras lassen sich die im Tagesverlauf wechselnden Verkehrsströme besser überblicken und Fahrzeiten können besser eingeschätzt werden“, so Wiens Vizebürgermeisterin und Verkehrsstadträtin Maria Vassilakou.

Der städtische Verkehr steckt täglich voller Herausforderungen – für jene die daran teilnehmen, und auch für diejenigen, die ihn organisieren. Schipany meint dazu: „Hier kommen viele, oft unterschiedliche Bedürfnisse zusammen. Die Integration der ver-



© Stadt Wien

Screenshot des wien.at-Stadtplans mit dem eingblendeten Fenster der Webcam Museumstraße: vor Burggasse Richtung Museumsquartier

schiedenen Verkehrsmittel und Fortbewegungsarten und das optimale Routing für die VerkehrsteilnehmerInnen bekommen eine immer größere Bedeutung.“ Und vielleicht entsteht aus diesem Gedanken bald das nächste, nützliche Projekt für die WienerInnen.

Insgesamt 20 moderne Outdoor-Kameras

Vor rund zwei Jahren wurde mit den detaillierten Planungen für das Projekt zur Einrichtung der Verkehrskameras begonnen. Die MA 46 Verkehrsorganisation und techni-

sche Verkehrsangelegenheiten erarbeitete das Konzept und evaluierte die verkehrsorganisatorischen Rahmenbedingungen. Die technische Umsetzung erfolgte durch ITS Vienna Region. Als Ergebnis dieser guten Zusammenarbeit konnten im vergangenen Jahr 12 Webcams online gehen. Vor kurzem wurde das Angebot erweitert, sodaß derzeit 20 Webcams Bilder zur aktuellen Verkehrslage im Internet zeigen.

Die Verkehrskameras sind an hochfrequentierten Verkehrsknoten und Straßen mit hohem Verkehrsaufkommen positioniert und

Schwerpunkt »Lebenswertes Wien«

über ganz Wien verteilt. An mehreren Standorten sind zwei Webcams installiert, um den Verkehr aus unterschiedlichen Perspektiven abzubilden, beispielsweise auf der Triester Straße stadteinwärts und stadtauswärts.

Datenschutz gewährleistet

Die Webcams sind fix installiert und nicht neig- oder schwenkbar. Auch ein Hinzuzoomen ins Bild ist nicht möglich. Das ist eine wichtige Voraussetzung um den Datenschutz der VerkehrsteilnehmerInnen zu gewährleisten. Weder Kennzeichen noch Personen sind erkennbar und die Anonymität bleibt gewahrt. Die Übertragung erfolgt über eine geschützte Mobilfunk-Datenverbindung und bietet so die größtmögliche Sicherheit. Die Webcams sind digitale Outdoorkameras mit Weitwinkelobjektiv und liefern eine Auflösung von 640 x 480 Pixel. Der hohe technische Standard garantiert eine optimale Nutzung der Server- und Leitungskapazitäten.

Für 2014 ist vorläufig kein weiterer Ausbau der Standorte geplant. Je nach Be-



Foto: Stadt Wien / Rudolf Salomon

Martin Schipany ist Leiter Gruppe Verkehrs- und Datenmanagement, Abt. Leiter-Stv. der MA 46, Projektleiter und »Ideeengeber« des Webcam-Projekts.

darf ist in den nächsten Jahren eine Ausweitung des Projekts aber durchaus denkbar.

Die Standorte

- Schottenring: Höhe Franz-Josefs-Kai Richtung Börse
- Franz-Josefs-Kai: bei Saltorbrücke Richtung Schottenring
- Museumstraße: vor Burggasse Richtung Museumsquartier
- Währinger Gürtel: bei Nußdorfer Straße Richtung AKH
- Währinger Gürtel: bei Lazarettgasse Richtung Alser Straße
- Triester Straße: bei Wienerbergstraße stadtauswärts
- Hietzinger Kai: bei Guldengasse stadtauswärts
- Hernalser Gürtel: bei Hernalser Hauptstraße Richtung AKH
- Brünner Straße: bei Shuttleworthstraße stadtauswärts
- Lundenburger Gasse: bei Brünner Straße Richtung A22
- Triester Straße: Höhe Franz-Schuh-Gasse stadteinwärts
- Laxenburgerstraße: Höhe Sonwendgasse stadtauswärts
- Kärntner Ring: bei Kärntner Straße Richtung Operngasse
- Friedrichstraße: Höhe Secession stadteinwärts
- Friedrichstraße: Höhe Secession stadtauswärts
- Währinger Gürtel: bei Nußdorfer Straße Richtung Nußdorfer Straße

- Europaplatz: bei Mariahilfer Straße Richtung Neubaugürtel
- Europaplatz: bei Mariahilfer Straße Richtung Mariahilfer Gürtel
- Landstraßer Gürtel: bei Gürtelauffahrt Richtung Ghegastraße
- Schlossallee: bei der Linken Wienzeile Richtung stadteinwärts

Zehntausende nutzen wien.at-Service

„Der wien.at-Stadtplan wird von den WienerInnen und Wien-BesucherInnen hoch geschätzt“, betont Stadtrat Christian Oxonitsch. „Täglich klicken mehr als zehntausend Menschen auf die Karteninhalte.“ Die neuen Webcams sind derzeit nur über die Desktop-Version des wien.at-Stadtplans abrufbar, das heißt in erster Linie von PCs und Tablets. Erst vor kurzem wurden die Echtzeitdaten der Wiener Linien via qando eingebettet und auch für Öffi-Haltestellen eingefügt. Weiters wurde der Karteninhalt „Verkehr“ um verkehrsberuhigte Bereiche ergänzt. Mit einem Klick sind Fußgänger- und Begegnungszonen, Wohnstraßen oder Tempo 30-Zonen sichtbar.

In Kürze wird eine neue Version des mobilen wien.at-Stadtplans zur Verfügung gestellt. Diese enthält dann auch die Einbahnen im Straßennetz, einen der meist gewünschten Inhalte der wien.at-Community. ■

Link zum Stadtplan auf wien.at:

<http://www.wien.gv.at/stadtplan/>

Link zum Stadtplan mit aktueller Verkehrslage auf wien.at:

<http://www.wien.gv.at/stadtplan/grafik.aspx?lang=de-AT&bookmark=RRZ0RZSUPLU4-cstGdGGERpDyBghmgP4X3-i>



Ein »vergrößerter« Blick auf die Inhalte des wien.at Stadtplan-Menüs

Ferienzeit ist Downloadzeit

Virtuelle Bücherei Wien feiert 500.000. Download. Auch bei der Rückgabe von »analogen« Büchern ist man in der Hauptbücherei – dank des ersten 24/7 Rückgabeautomaten – nicht mehr an Öffnungszeiten gebunden.

Thomas verbringt viel Zeit im Internet – zu viel Zeit nach Meinung seiner Frau, die ihm zu Weihnachten eine Jahreskarte der Büchereien Wien und einen E-Book-Reader geschenkt hat. Die Rechnung scheint aufzugehen, der einstige Lesemuffel ist auf dem besten Weg zum Bücherwurm. „Mittlerweile freue ich mich über die Schlangen an der Supermarktkassa, denn dann kann ich wieder ein paar Minuten lesen“, lacht Thomas.

Die Weihnachtsferien erlaubten vielen Menschen mehr als nur ein paar Minuten Lesezeit. In der Virtuellen Bücherei Wien standen sie auch an den Feiertagen vor offenen Türen – und haben diese förmlich eingearannt. Am ersten Weihnachtsfeiertag wurden so viele eBooks wie noch nie ausgeliehen, nämlich 1150. Auch an den folgenden Tagen verzeichneten die Büchereien Wien jeweils mehr als 1000 Downloads, Ende des Jahres erfolgte schließlich die 500.000. digitale Entlehnung. Die Anzahl der Menschen, die die Virtuelle Bücherei nutzen, hat sich seit 2011 verdoppelt.

Ein eBook – viele Möglichkeiten

Thomas findet es großartig, daß ihm ein- und dasselbe eBook zur gleichen Zeit auf einer Vielzahl von Geräten zur Verfügung steht: „Zu Hause lese ich am Laptop, in der U-Bahn am Handy und im Kaffeehaus am Reader – meinen Lesestoff habe ich jedenfalls immer bei mir.“ Während seiner Joggingrunde hört er eAudios; die digitalen Hörbücher können seit kurzem nicht nur auf diversen mp3-Playern, sondern per Streaming auch auf dem iPhone und iPad genutzt werden. Eine entsprechende Erweiterung der App für Android-Geräte ist für die nächste Zeit geplant. An die Rückgabe der eMedien muß Thomas übrigens nicht denken: wenn die Ausleihfrist abgelaufen ist, läßt sich die Datei einfach nicht mehr öffnen, Überziehungsgebühren können damit keine anfallen.

600 neue eMedien pro Monat

„Bis jetzt hat mein Mann ein Buch im Jahr gelesen – den jährlichen Krimi im Urlaub“, erzählt Thomas' Frau Susanna. „Seit er die Virtuelle Bücherei kennt, hat er schon vier eBooks verschlungen.“ Daß der Neo-



Foto: Stadt Wien

Es gibt eine »Onleihe«-App (für Android und iOS), über die man bequem eBooks im EPUB-Format auf das Smartphone oder Tablet laden, aber auch unterwegs Hörbücher mit (derzeit) iPhone oder iPad anhören kann...



Screenshot: http://www4.onleihe.at

Screenshot der Startseite der Virtuellen Bücherei Wien

Schwerpunkt »Lebenswertes Wien«

Vielleiter bald alle eMedien kennt, ist dennoch nicht zu befürchten. 30.000 elektronische Bücher, Hörbücher und Zeitungen umfaßt der Bestand derzeit, pro Monat kommen mehr als 600 neue hinzu. Thomas' Tochter freut sich zuletzt über die Neuzugänge bei den Zeitschriften: Um Lifestyle-Magazine wie „Glamour“, „Myself“ oder „Vogue“ zu kaufen, reicht das Taschengeld des Teenagers nicht aus, die Lektüre der ePapers ist für die Jugendliche kostenlos. Ihre Mutter interessiert sich mehr für aktuelle Romane – und ist damit nicht alleine: Die Bestleiher des vergangenen Jahres waren „Ewig dein“ von Daniel Glattauer, „Das Washington-Dekret“ von Jussi Adler-Olsen und „Inferno“ von Dan Brown.

Voraussetzung für die Nutzung der Virtuellen Bücherei Wien ist lediglich eine gültige Büchereikarte und ein Internetzugang. Das Service ist für alle NutzerInnen mit einer gültigen Büchereikarte kostenlos.

<http://www.virtuellebuecherei.wien.at>

Buchrückgabe rund um die Uhr

Morgens vor der Arbeit noch schnell die ausgeliehenen Bücher zurückbringen? Am Feiertag den Film aus der Bücherei angeschaut und ihn gleich retournieren? Dank der ersten Rückgabestation der Büchereien Wien ist das ab sofort möglich. Medien können auch außerhalb der Öffnungszeiten der Bücherei einfach und schnell zurückgegeben werden, und das rund um die Uhr und an sieben Tagen die Woche.

Der Automat befindet sich am Verkehrsknotenpunkt Urban-Loritz-Platz vor dem Lift zur Hauptbücherei und ist barriere-



Foto: Votava / PID

Stadtrat Christian Oxonitsch nahm den Rückgabeautomaten in Betrieb

frei zugänglich. Es können dort auch Medien aus allen 39 Zweigstellen der Büchereien Wien zurückgegeben werden. Stadtrat Christian Oxonitsch nahm den Automaten am Anfang November 2013 in Betrieb: „Die Rückgabestation ist ein tolles Service für alle LeserInnen mit Büchereikarte. Außerdem verkürzen sich dadurch auch die Wartezeiten an den Verbuchungsschaltern in der Bücherei.“

Kinderleichte Bedienbarkeit

Der Rückgabeautomat läßt sich einfach und intuitiv bedienen: die LeserInnen halten ihre Büchereikarte vor den Scanner, worauf sich eine Klappe an der Vorderseite des Geräts öffnet. In diese Öffnung werden die Medien einzeln hineingelegt. Da der gesamte Medienbestand der Büchereien Wien mit RFID-Chips (radio-frequency identification) ausgestattet ist, erkennt das Buchungssystem die Medien automatisch.

Nachdem alle Medien zurückgegeben wurden, bekommen die BenutzerInnen auf Wunsch eine Bestätigung über die Rückgabe ausgedruckt. Sind die Bücherwägen hinter der Rückgabeklappe voll, schickt der Automat eine SMS-Nachricht an MitarbeiterInnen der Bücherei, die die Behältnisse austauschen. Ein weiterer 24/7 Rückgabeautomat ist vor dem Eingang der Bücherei Liesing geplant. ■

<http://www.buechereien.wien.at>

Unter „Verkauf deine Klugheit und beschaff dir Staunen“ ist im „Österreich Journal“ pdf-Magazin, Ausgabe 83 vom 30. April 2010, ein umfangreicher Beitrag entstanden:

http://www.oesterreichjournal.at/Ausgaben/index_083.htm

Fotos von der Wiener Hauptbücherei am Gürtel und der Bücherei Sandleiten, die für diesen Beitrag entstanden sind, finden Sie auf <http://www.oesterreichfotos.at/galerien/wien/wien-bibliothek/>



Foto: Stadt Wien

Da der gesamte Medienbestand der Büchereien Wien mit RFID-Chips ausgestattet ist, erkennt das Buchungssystem die Medien automatisch.

WIG 64

Die Grüne Nachkriegsmoderne. Vor 50 Jahren, im April 1964, wurde die Wiener Internationale Gartenschau im Donaupark eröffnet. Das Wien Museum Karlsplatz widmet diesem Ereignis eine Ausstellung vom 9. April bis 31. August 2014.



© Wien Museum

Ein Blick auf das WIG-Gelände im April 1964, im Vordergrund: die Straßenbahnlinie 16, die vom Praterstern nach Stadlau führte.

Rund 2,1 Millionen BesucherInnen verzeichnete die damals größte Gartenausstellung Europas, die mit vielfältigen Attraktionen aufwarten konnte: Neben dem 252 Meter hohen Donauturm gab es u. a. einen Sessellift, mit dem man über Blumenbeete schweben konnte, eine Liliputbahn, zwölf Nationengärten, temporäre Sonderschauen im Freien, den neu angelegten „Irissee“, ein 41 Meter hohes Turmgewächshaus und einen skurrilen „Garten des 21. Jahrhunderts“ mit Pflanzen, die als Ernährung für Astronauten dienen sollten.

Als Großereignis der Nachkriegszeit hinterließ die WIG 64 nicht nur Spuren im kollektiven Gedächtnis, sondern auch eine der größten Wiener Parkanlagen des 20. Jahrhunderts. Die Ausstellung beleuchtet die WIG 64 im Kontext der planerischen Utopien und der Wiener Imagepolitik der Nachkriegszeit, erzählt aber auch von zeitgenössi-

schen Trends in der Gartengestaltung sowie von den Nachnutzungen und den Veränderungen des Areals bis heute. Als Objekte fungieren zeitgenössische Fotografien, Modelle, Filme, Plakate und persönliche Erinnerungen von WienerInnen.

Den Deutschen nacheifern

Vorbild für das Mammutprojekt waren die Gartenschauen, die vor allem in kriegszerstörten deutschen Städten veranstaltet wurden, um Grünanlagen wieder aufzubauen, neu zu schaffen und Stadtteile aufzuwerten. Den Anfang machte 1950 Erfurt mit der ersten nationalen Gartenschau der DDR, die erste westdeutsche „Bundesgartenschau“ („BUGA“) fand 1951 in Hannover statt, es folgten bis in die 60er-Jahre weitere zehn große Gartenschauen in der BRD. Sie wurden zum Symbol für das „Wirtschaftswunder“ und dienten der Positionierung im

„friedlichen Wettstreit“ der Städte und Nationen. 1958 bewarb sich Wien mit dem Donaupark (nachdem Laxenburg, der Lainzer Tiergarten und der Prater als Standorte verworfen worden waren), 1962 erhielt das Projekt vom Bureau International des Expositions in Paris offiziell den Rang einer Weltausstellung.

Gebaut auf Mist

Ein vorrangiges Ziel der WIG 64 war es, die Stadt „jenseits der Donau“ aufzuwerten. Das Areal zwischen Alter Donau und Donauhauptstrom – nur vier Kilometer vom Stephansdom entfernt – galt seit langem als „Problemgebiet“. Im östlichen Teil des heutigen Donauparks befand sich schon in Zeiten der Monarchie eine Militärschießstätte, zwischen 1940 und 1945 wurden hier 129 Menschen (Deserteure, „Wehrkraftzersetzer“, Regimegegner) von den Nationalsozialisten

Schwerpunkt »Lebenswertes Wien«

hingerichtet. Ein weiterer Teil der WIG 64 wurde auf der Fläche des ehemaligen „Bretteldorfs“ errichtet, einer behördlich nicht bewilligten Siedlung, die als „Slum von Kaisermühlen“ verschrien war. Die BewohnerInnen hatten sich bis dahin teils erfolgreich gegen Absiedelungsversuche gewehrt, u. a. 1926 in einer Auseinandersetzung, die als „Bretteldorfer Krieg“ bezeichnet wurde.

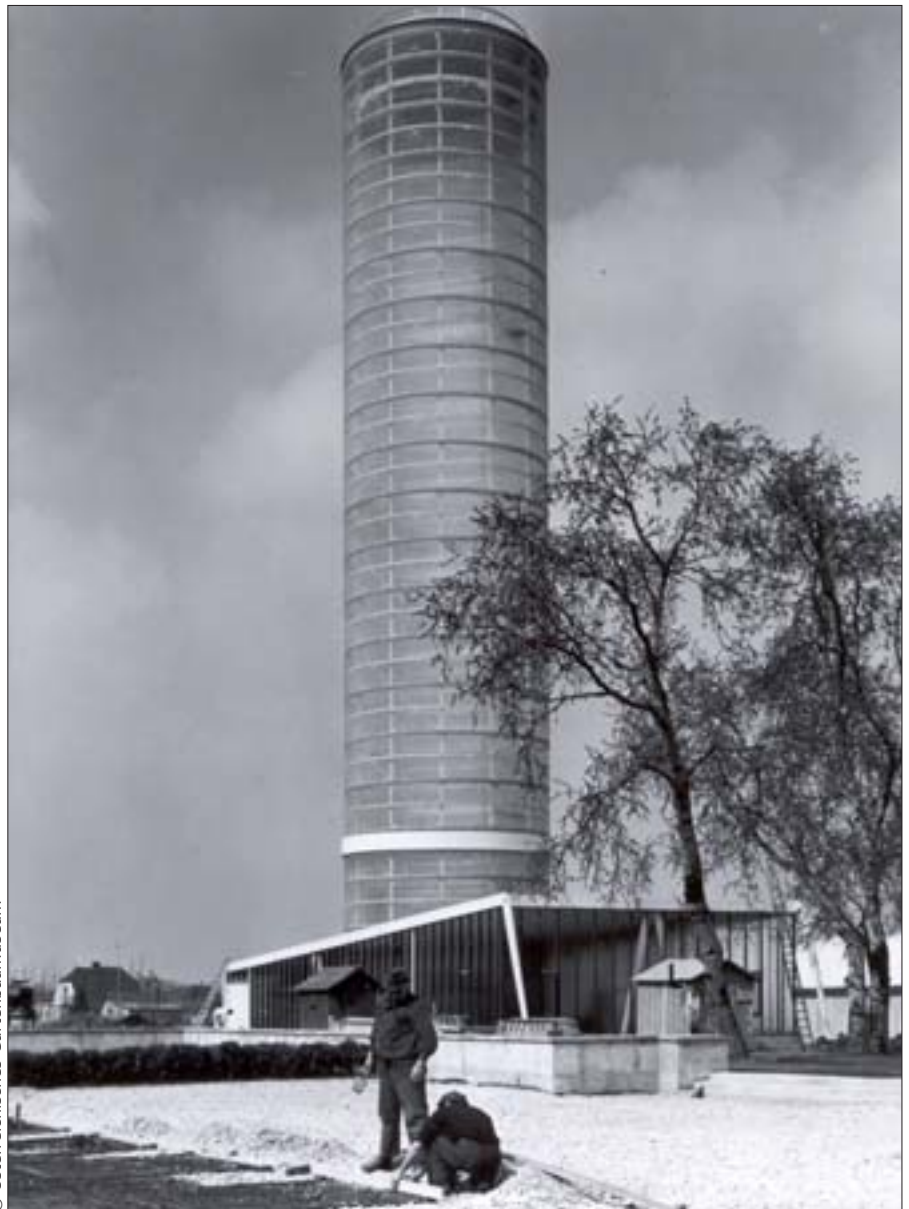
Zum Areal zählte außerdem die ehemalige Mülldeponie Bruckhaufen, auf der einst „Banlstierer“ und „Koksstierer“ im Abfall nach Verwertbarem suchten. Noch in den 1950er-Jahren arbeiteten 70 Personen auf der Deponie, deren Kapazität allerdings erschöpft war. Zur gleichen Zeit beschloß die Stadtverwaltung, in Zukunft auf Verbrennung statt Ablagerung des Mülls zu setzen. Die WIG 64 hatte jedenfalls mit den Altlasten zu kämpfen: Gase traten aus, das Grundwasser war stark kontaminiert. Dennoch erwies sich die Großausstellung als nahezu ideale Lösung für ein „Problemgebiet“, über dessen Geschichte man wortwörtlich das Gras wachsen lassen konnte.

Soziales Grün für gesunde und schöne Großstadtmenschen

Die WIG 64 bedeutet einen Paradigmenwandel in der Stadtplanung nach 1945: „Soziales Grün“ wurde zum Leitbegriff von Politikern, die den urbanen Grünraum als Gegenpol zur sich verdichtenden Stadt priesen. Die verkehrsgeplagten WienerInnen sollten hier Erholung finden. Mit der Schaffung neuer Parks sollte, so Bürgermeister Franz Jonas, eine moderne Großstadt entstehen, in der „viele gesunde, starke und schöne Menschen eine bessere Welt aufbauen können“.

Die WIG 64 fiel in eine Zeit, in der bescheidener Wohlstand und die Einführung der 45-Stunden-Woche erste Ansätze einer „modernen“ Freizeitkultur hervorbrachten. Ein deklariertes Ziel der Veranstalter war auch die Förderung von Tourismus und Gewerbe; nicht nur Wien, sondern ganz Österreich sollte imagemäßig davon profitieren. Nicht zuletzt im Bereich Gartenbau und Landschaftsarchitektur gab man sich modern und international.

Von Beginn an vermarktete die Stadt die WIG 64 als Schau der Superlative. 1,5 Millionen Blumen, 500.000 Sträucher, 2 Millionen Stauden und 40.000 Nadelbäume – damit stimmte man die Wiener Bevölkerung wie die internationale Öffentlichkeit auf das Ereignis ein. Das gesamte Areal umfaßte fast eine 1 Mio. m², eine gigantische Fläche, die



© Österreichisches Gartenbaumuseum

Turmgewächshaus von Othmar Ruthner auf der WIG 64, 1964



© ÖNB, Bildarchiv und Grafiksammlung

Heinz Conrads gratuliert der zweimillionsten WIG-Besucherin, 1964

Schwerpunkt »Lebenswertes Wien«

heutige Parkprojekte weit in den Schatten stellt (zum Vergleich: Helmut-Zilk-Park beim Hauptbahnhof 2017: 70.000 m², Seepark Aspern 2014: 50.000 m²).

Zukunftsweisend oder kleingärtnerisch?

Die Gesamtgestaltung trug die Handschrift des Stadtgardendirektors Alfred Auer. Er hatte die Leitung des Projekts übernommen, nachdem ein kurzfristiger, bloß österreich-weiter Wettbewerb keine überzeugende Lösung gebracht hatte. In der Mitte des Parks situierte Auer zwei große Flächen, die 180.000 m² große „Rasenschüssel“ mit dem Donauturm und den 30.000 m² großen Irissee. Die kleinteiligen Ausstellungsflächen waren in den Randbereichen des Parks angelegt. Neben Hallenschauen gab es permanente Themengärten und temporäre Sonder-schauen im Freien, u. a. eine Rosenschau. Der architektonisch umstrittene Donauturm mit seinem Drehrestaurant galt sofort als neues Wahrzeichen Wiens. Auch ein umfangreiches Rahmenprogramm sorgte dafür, daß man breite Bevölkerungsschichten – und nicht nur Garteninteressierte – anlocken konnte.

Die Bemühungen um hochkarätige internationale Beteiligungen an den Nationengärten waren erfolgreich, mit Roberto Burle

Marx für Brasilien, Hermann Thiele für Deutschland und Willi Neukom für die Schweiz kamen profilierte Landschaftsarchitekten zum Zug. International viel beachtet war das Turmgewächshaus des Wiener Ingenieurs Othmar Ruthner. Auf einer Grundfläche von 50 m² wurden tausende Töpfe in Paternoster-Art auf- und abtransportiert und dabei mit Wasser und Dünger versorgt. Das Gemüse und die Blumen der utopistischen Anlage verwendete man in den acht Restaurants der WIG.

Doch auch Kritik wurde laut: Ulrich Wolf, Präsident der Deutschen Gesellschaft für Gartenkunst und Landschaftspflege, mißfielen die Breite der Wege sowie die Größe und Monotonie der Eingangsplätze. In der „Presse“ wurde die WIG 64 als „Amtsprojekt“ bezeichnet, der Wiener Architekt Hermann Czech bezeichnete das Areal als „wildgewordene Phantasie eines Kleingärtners“, die schulmeisterliche Haltung der Stadtplanung sei in jedem Winkel spürbar. Im großen und ganzen war das Echo österreichweit allerdings euphorisch, weshalb man zehn Jahre später am Laaer Berg eine weitere Internationale Gartenschau veranstaltete.

Die Ausstellung wurde auch zum privaten Medienereignis: Viele probierten hier ihren ersten Fotoapparat aus oder drehten hier ihren ersten Schmalspurfilm.

Nach dem Ende der WIG 64 wurde der Donaupark 1965 der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Heute erstreckt sich der Donaupark auf einer Fläche von immerhin noch 600.000 m², beschnitten von UNO-City, Austria Center Vienna, Donau City und Donauuferautobahn.

Das Schlußkapitel der Ausstellung widmet sich den heutigen Nutzungen des Grünraums, eindrucksvoll ablesbar an der Fotoserie von Klaus Pichler und am Film von Peter Arlt und Manfred Schwaba, die im Auftrag des Wien Museums entstanden. Das weiträumige Areal lebt noch heute vom Wechselspiel aus gestalterisch definierten und nutzungs-offenen Räumen, die von den unterschiedlichsten Bevölkerungsgruppen genutzt werden.

Die Ausstellung wurde von Martina Nußbaumer (Wien Museum) sowie Ulrike Krippner, Lilli Lièka und Nicole Theresa Raab (Institut für Landschaftsarchitektur, Universität für Bodenkultur) kuratiert. Zur Ausstellung erscheint im Metroverlag ein reich bebildeter Katalog mit Texten von Annemarie Bucher, Ulrike Krippner, Lilli Lièka, Helmut Neundlinger, Andreas Nierhaus, Martina Nußbaumer, Peter Payer und Nicole Theresa Raab sowie einer Bildstrecke von Klaus Pichler und WIG-64-Bildern von Barbara Pflaum. ■

<http://www.wienmuseum.at>



© Wien Museum

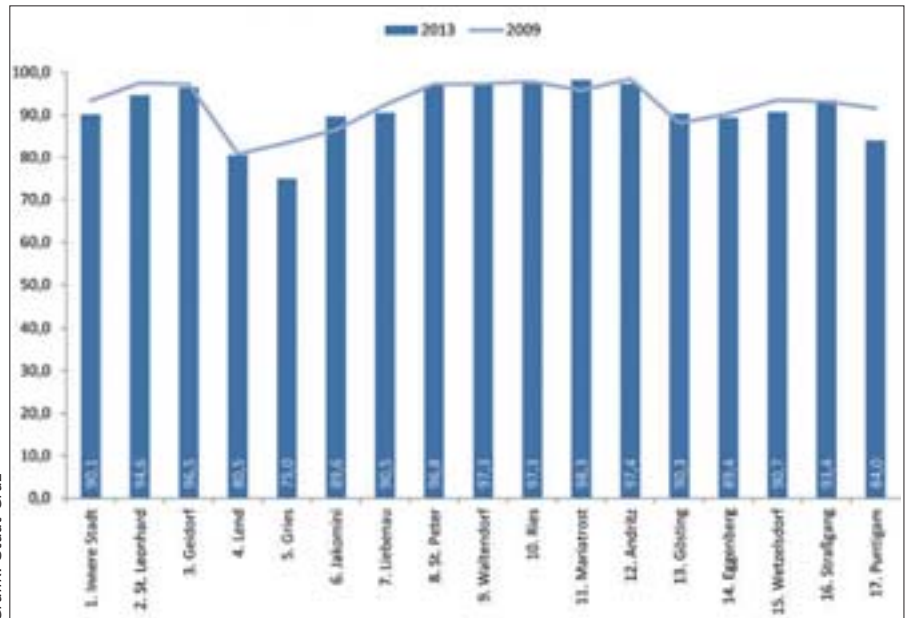
Neben dem 252 Meter hohen Donauturm gab es u. a. einen Sessellift, mit dem man über Blumenbeete schweben konnte.

Neun von zehn leben gerne in Graz

Die Ergebnisse einer Lebensqualität-Umfrage liegen vor.

Wie zufrieden sind die GrazerInnen mit der Lebensqualität ihrer Stadt? Und wie gerne leben sie hier? Rund 100 Fragen wie diese haben 9500 BürgerInnen, das sind 3,5 Prozent der EinwohnerInnen, zwischen 11. Oktober und 3. November 2013 bei der Umfrage zur Lebensqualität beantwortet. „Damit Graz auch in Zukunft eine der lebenswertesten Städte bleibt, gehen wir in unseren Planungen, seien es Jugend- oder Senioreneinrichtungen, Verkehr oder Grünraum, auf die Erwartungen und Bedürfnisse der Bevölkerung ein“, erklärte Bürgermeister Siegfried Nagl die Gründe, warum die Umfrage bereits zum dritten Mal durchgeführt wurde. Gemeinsam mit den UmfrageleiterInnen Barbara Rauscher und Peter Krusic präsentierte er am 6. März im Joanneumsviertel die Ergebnisse vor einem breiten, interessierten Publikum aus Politik und Verwaltung.

Grafik: Stadt Graz



Zum Beispiel: Auswertung der Frage: »Wie gerne leben Sie in Ihrem Stadtteil?«

Zwei Millionen Datensätze

Bei der Umfrage 2013 wurden 60.000 Papierfragebögen an ausgewählte Haushalte im Stadtgebiet geschickt, darüber hinaus gab es die Möglichkeit, online zu antworten. 75 Prozent der Antworten landeten auf einem Papierfragebogen, die Online-Option wurde hingegen von 25 Prozent genutzt. Insgesamt werteten die MitarbeiterInnen der städtischen Statistik, einem Referat der Präsidiabteilung, in den vergangenen Wochen mehr als zwei Millionen Einzeldaten aus. Die Anonymität aller Angaben bleibt freilich gewährt.

90,6 Prozent leben gerne hier

„Die Umfrage gibt uns fast 10.000 Feedbacks zur Entwicklung der Stadt und wir machen diese Daten selbstverständlich alle transparent“, versicherte das Stadtoberhaupt. Eines der erfreulichsten Ergebnisse: 90,6 Prozent, also neun von zehn GrazerInnen, leben gerne oder sogar sehr gerne in Graz. Alle erhobenen Daten wurden nicht nur nach 17 Bezirken, sondern darüber hinaus nach 46 kleinräumigeren Befragungszonen ausgewertet. Ein genauer Blick auf Detailergebnisse lohnt sich, denn dieser zeigt nicht nur Unterschiede zwischen den Bezirken, sondern auch innerhalb von Bezirken variieren die Ergebnisse deutlich.

Beispiel: Die Frage, ob die Menschen gerne in ihrem Stadtteil leben, beantworteten 98 Prozent der MariatrosterInnen mit Ja, in Gries – am anderen Ende der Skala – waren es mit 75 Prozent zwar deutlich weniger, aber immerhin auch noch drei von vier Personen. Allerdings: Selbst innerhalb des Bezirkes Gries gibt es Quartiere mit 80prozentiger Zustimmung ebenso wie solche, in denen

nur 65 Prozent der Bevölkerung die Frage mit Ja beantworteten.

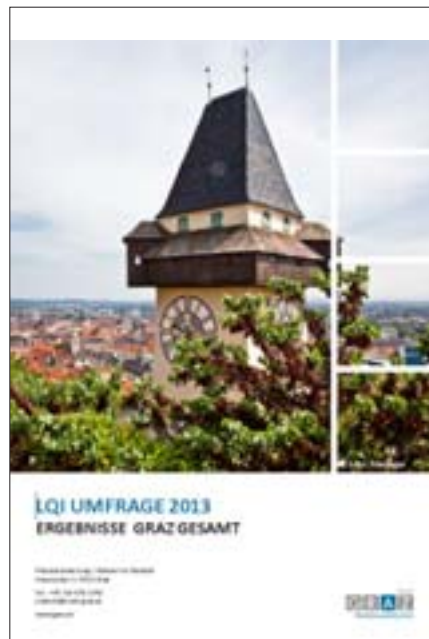
Wo liegt Handlungsbedarf?

Über alle abgefragten Bereiche – von Lebenshaltungskosten über Verkehr, Umwelt, Wohnen, Erholung und Freizeit und vieles mehr – wurden zwei Kriterien gemessen: Wie wichtig ist der Bereich und wie hoch ist die Zufriedenheit damit. Wo eine Spannweite zwischen Wunsch und Wirklichkeit sichtbar wird, dort herrscht Handlungsbedarf.

Die Auswertung dieser Lebensqualitätsindikatoren zeigte, daß die Erwartungen der Menschen insgesamt deutlich gestiegen sind. Besondere Brennpunkte wurden allerdings in den Bereichen Lebenshaltungskosten, Wohnen, Umwelt und Sicherheit deutlich. Eine hohe Zufriedenheit, wenig Spannweiten und somit einen geringen Handlungsbedarf gibt es hingegen bei Bildung und Kinderbetreuung sowie Erholung und Freizeit. „Wir schauen uns diese Ergebnisse alle Detail genau an und wir verstehen sie natürlich als Auftrag zum Handeln“, versicherte Bürgermeister Nagl.

Alle Ergebnisse sind auch online abrufbar.

<http://www.graz.at/umfrage>



OÖ: Goldenes Ehrenzeichen an NR-Präsidentin Prammer

Die Erste Präsidentin des Nationalrates wurde von Landeshauptmann Pühringer mit dem »Goldenen Ehrenzeichen des Landes Oberösterreich« ausgezeichnet.

Landeshauptmann Josef Pühringer würdigte am 21. März die Leistungen Barbara Prammers in der Frauenpolitik, in Integrationsfragen sowie im Einsatz gegen Diskriminierung und Rechtsextremismus: „Präsidentin Prammer ist eine Persönlichkeit mit Mut zum aufrechten Gang, eine Persönlichkeit, die zuverlässig auf der Seite der Benachteiligten steht. Und eine Persönlichkeit, die sich zu Wachsamkeit gegenüber allen Formen von Totalitarismus, Rassismus und Nationalsozialismus verpflichtet fühlt. Alle Jugendliche für die Werte der Demokratie zu sensibilisieren, ist ihr ein Herzensanliegen und der aufgrund des großen Interesses laufende Ausbau der von ihr initiierten Demokratiewerkstatt im Palais Eppstein bestätigt die Wichtigkeit ihres Bestrebens.“

Die Demokratiewerkstatt ist eine beispielgebende Einrichtung zur Förderung von Demokratieverständnis und politischem Interesse für die Altersgruppe zwischen 8 und 14 Jahren und ist als Werkstatt und Experimentierfeld mit unterschiedlichen Zugängen zu politischen Themen angelegt.

Pühringer dankte der Nationalratspräsidentin aber auch für die gute Zusammenarbeit in ihrer Zeit in der Landespolitik. Prammer war von 1991 bis 1995 Zweite Präsidentin des oö. Landtags und von 1995 bis 1997 Landesrätin für Naturschutz, Wohnbau und Verwaltungspolizei.

Pühringer betonte in diesem Zusammenhang insbesondere für die engagierte Mitarbeit bei der Vorbereitung des Nationalparks Kalkalpen: „Dadurch ist es gelungen, einen Meilenstein des Naturschutzes in Oberösterreich ins Werk zu setzen.“

Landeshauptmann-Stellvertreter Reinhold Entholzer würdigte die herausragenden Leistungen der Nationalratspräsidentin für mehr Demokratie und Gerechtigkeit: „Barbara Prammer, die als erste Frau mit dem Goldenen Ehrenzeichen ausgezeichnet wurde, hat sich in ihrer langjährigen politischen Laufbahn als gewissenhafte Sachpolitikerin ausgezeichnet, die sehr genau weiß, daß politisches Gestalten eine klare Vision braucht. Von dieser Vision einer offenen und demokratischen Gesellschaft ist Barbara Prammer



Foto: Oö. Landeskorrespondenz

v.l. Landeshauptmann-Stv. Reinhold Entholzer, Nationalratspräsidentin Barbara Prammer und Landeshauptmann Josef Pühringer

nie abgewichen. Ihre Verdienste in der oberösterreichischen Landesregierung, aber auch die zahlreichen Initiativen zur Öffnung des Parlaments als Ort des gesellschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Diskurses sind Beleg für ihren klaren Wertekompaß und ihren Mut.“

Geboren wurde Barbara Prammer am 11. Jänner 1954 in Ottgang am Hausruck/ Oberösterreich, einer Bergarbeitergemeinde mit langer sozialdemokratischer Tradition. Dieses Umfeld und die politische Aktivität ihrer Familie trugen schon bald zur politischen Sozialisierung Prammers bei, ihr Engagement in der Jungen Generation der SPÖ begann in den 70er Jahren. Die Grundwerte der Sozialdemokratie prägen seitdem ihr Tun in allen ausgeübten politischen Funktionen – was aber ihrer Objektivität als Nationalratspräsidentin keinesfalls entgegensteht. Ihren Auftrag sieht sie darin, einerseits zu einer sachlichen Zusammenarbeit zwischen Regierung und Parlament beizutragen, andererseits aber die Interessen des Nationalrats mit Nachdruck zu vertreten.

Nach ihrer Matura an der Handelsakademie Vöcklabruck begann Barbara Prammer 1973 ihre Ausbildung beim Gemeindeamt

Ottgang. Neben anderen Zuständigkeitsbereichen übte sie auch die Aufgabe als Standsbeamtin aus. 1978 verließ sie ihre Heimatgemeinde, um an der Johannes-Kepler-Universität Linz ein Studium der Soziologie zu absolvieren. Nach ihrem erfolgreichen Abschluß arbeitete sie als Sozial- und Berufspädagogin im Beruflichen Bildungs- und Rehabilitationszentrum (BBRZ). Anschließend war sie bei der AMS Landesgeschäftsstelle Oberösterreich tätig, derzeit ist sie in dieser Funktion karenziert. Ab 1991 war sie zunächst als Landtagsabgeordnete und Zweite Landtagspräsidentin in der oberösterreichischen Landespolitik tätig. 1995 wurde sie als Landesrätin für Wohnbau, Naturschutz und Verwaltungspolizei das erste weibliche Mitglied der oberösterreichischen Landesregierung und von der Bundes-SPÖ als eine der stellvertretenden Parteivorsitzenden gewählt. 1997 wurde Barbara Prammer in die Bundesregierung berufen, drei Jahre lang führte sie als Bundesministerin das Ressort Frauenangelegenheiten und Konsumentenschutz. Im gleichen Jahr übernahm sie auch – bis 2009 – den Vorsitz der SPÖ-Frauen.

Seit der Nationalratswahl im Oktober 1999 ist Barbara Prammer Abgeordnete zum

Personalia

Nationalrat, am 16. Juni 2004 wurde sie zur II. Präsidentin gewählt.

Seit 30. Oktober 2006 ist sie Nationalratspräsidentin und damit die erste Frau an der Spitze des österreichischen Nationalrates. Seit ihrem Amtsantritt bemüht sich Barbara Prammer erfolgreich darum, über die tagespolitischen Themen hinaus das Parlament für einen gesellschaftspolitischen, wissenschaftlichen und kulturellen Diskurs zu öffnen. Vor allem Jugendliche für die Werte der Demokratie zu sensibilisieren ist ihr ein besonderes Anliegen und der aufgrund des großen Interesses laufende Ausbau der von ihr initiierten Demokratiewerkstatt im Palais Epstein bestätigt die Wichtigkeit ihres Bestrebens: „Demokratie ist in Österreich zwar eine Realität, aber keine Selbstverständlichkeit. Wir müssen alle gemeinsam die Demokratie ständig mit Leben erfüllen – ich erinnere an einen Spruch, mit dem vor Jahren in Deutschland zur Wahlbeteiligung aufgerufen wurde: Wenn Du Dich nicht entscheidest, verlasse ich Dich. Deine Demokratie.“

Quellen: Land Oberösterreich, Parlamentskorrespondenz

Das Burgenland würdigte Landtagspräsident a.D. Hans Halbritter

Burgenlands Landtagspräsident a.D. DI Hans Halbritter ist am 20.03.2014 im 87. Lebensjahr verstorben. Im Gedenken an den großen Politiker nahmen die Mitglieder der Burgenländischen Landesregierung und die Abgeordneten zum Burgenländischen Landtag am 3. April im Rahmen einer Trauersitzung Abschied vom „Mitbegründer und Initiator der burgenländischen Landesentwicklung“. Hans Halbritter war 30 Jahre als Bürgermeister der Stadtgemeinde Neusiedl am See, 16 Jahre als Abgeordneter, 1 Jahr als 2. und schließlich 4 Jahre als 1. Präsident des Burgenländischen Landtages tätig. „Tief betroffen stehen wir der Tatsache gegenüber, dass DI Hans Halbritter, Präsident des Burgenländischen Landtages a.D., nicht mehr unter uns weilt. Dem öffentlichen Leben des Burgenlandes ist ein Mensch und Politiker, der viele Jahre lang das Geschehen seines Heimatlandes mitgestaltet und geprägt hat, abhandengekommen. Mit Hans Halbritter haben wir einen Menschen verloren, der auch als Politiker bleibende Spuren hinterlassen hat. Diese Trauersitzung soll ganz dem Andenken dieser großen Persönlichkeit gewidmet sein“, so Landtagspräsident Gerhard Steier. (siehe auch Seite 75)

OÖ: Großes Goldenes Ehrenzeichen an LH-Stv. a.D. Josef Ackerl



Foto: Land OÖ/kraml

LH Josef Pühinger (re.) und LH-Stv. Reinhold Entholzer (li.) mit LH-Stv. a.D. Josef Ackerl und Gattin, Ehrenzeichen und Verleihungsurkunde

Am 17. März wurde Landeshauptmann-Stellvertreter a.D. Josef Ackerl von Landeshauptmann Josef Pühinger mit dem „Großen Goldenen Ehrenzeichen des Landes Oberösterreich“ ausgezeichnet. Die Laudatio wurde von LH-Stv. Reinhold Entholzer gehalten, der Josef Ackerls Rolle als sozialpolitischen Befähiger und Gestalter hervorgehoben hat.

Landeshauptmann Pühinger würdigte Ackerl dabei als „starke Stimme und tatkräftigen Unterstützer all jener, die es in unserem Land aus irgendeinem Grund schwerer im Leben haben“.

In den etwas mehr als 20 Jahren als Sozialreferent in der Oö. Landesregierung hat Josef Ackerl das soziale Netz in unserem Land weiter entwickelt, ausgebaut und vieles gesetzlich abgesichert.

Es wurde ein neues Sozialhilfegesetz, das Sozialberufegesetz und ein neues Chancengleichheitsgesetz beschlossen. Dazu kamen die Frauenhäuser und die Schuldnerberatung. Ebenso wurden wichtige Reformen in der Jugendwohlfahrt durchgeführt und die Sozialberatungsstellen in den Bezirken ausgebaut.

Das Sozialbudget stieg während der Amtszeit von Josef Ackerl von 168 Millionen im Jahr 1993 auf 559 Millionen Euro (inklusive Pflege) im Jahr 2014.

Pühinger dankte aber auch dem langjährigen Gemeindereferenten Josef Ackerl für seine wertvollen Beiträge, den ländlichen Raum als lebendigen Raum zu erhalten. Viele kommunale Bau- und Investitionsprojekte

wurden durch ihn möglich gemacht und eine dauerhafte bauliche sowie soziale Infrastruktur geschaffen, die gerade in Landgemeinden der Abwanderung entgegen wirkt.

Weiters dankte Pühinger dem „Umwelt-pionier“ Josef Ackerl. Das „Linzer Luftpaket“, das von der Stadt Linz, dem Land Oberösterreich und der Industrie umgesetzt wurde, hat die Lebensqualität nicht nur in Linz, sondern in vielen Landesteilen erheblich erhöht.

LH-Stv. Reinhold Entholzer würdigte Josef Ackerl als langjährigen Gestalter und Befähiger, der es geschafft hat, zahlreiche sozialpolitische Meilensteine zu setzen, die auch im internationalen Umfeld zu den „best practice“-Beispielen gezählt werden. „Für Josef Ackerl stand immer die Selbstbestimmung aller Menschen im Mittelpunkt. Josef Ackerl wußte aber auch, daß dafür die politischen Rahmenbedingungen zu schaffen sind“, so Reinhold Entholzer zu Josef Ackerls Rolle als Befähiger.

„Josef Ackerl hat tiefe Spuren in Oberösterreich hinterlassen. Seine Qualitäts-offensive im Bereich der Alten- und Pflegeheime, die großen Würfe, die Josef Ackerl in der Sozialgesetzgebung erreicht hat und seine Beiträge als Gemeindereferent stehen exemplarisch für diese Leistungen. Nicht unerwähnt bleiben soll aber auch die Arbeit, die Josef Ackerl im Kleinen geleistet hat. Wer Josef Ackerl um Hilfe ersucht hat, konnte damit rechnen, daß er sich jeder Angelegenheit persönlich und mit Nachdruck annahm“so Entholzer.

Großes Goldenes Ehrenzeichen des Landes NÖ für Hilde Sochor

Landeshauptmann Erwin Pröll: »Eine ganz Große der Theaterwelt«

Mit Hilde Sochor würdige man „eine ganz Große der Theaterwelt“, sagte Landeshauptmann Erwin Pröll am 17. März bei der Verleihung des „Großen Goldenen Ehrenzeichens für Verdienste um das Bundesland Niederösterreich“ an die Schauspielerin Hilde Sochor, die heuer ihren 90. Geburtstag feierte.

Hilde Sochor sei „mit dem Theater groß geworden“ und habe „für das Theater gelebt“, so der Landeshauptmann über die Kammerschauspielerin, die in über 60 Jahren auf der Bühne mehr als 300 Rollen verkörperte. Pröll sprach der Schauspielerin seinen „großen Respekt für Ihre Lebensleistung“ aus.

Daß Sochor – privat und beruflich tief verwurzelt in der Bundeshauptstadt Wien – Niederösterreich schon vor Jahrzehnten zu ihrer Wahlheimat gemacht habe, bezeichnete der Landeshauptmann als „Kompliment für das Land und für die Kulturarbeit in unserem Land“, denn „jemand, der Niederösterreich zu seiner Wahl-Heimat wählt, der sagt Ja zur Lebensqualität dieses Bundeslandes, der sagt Ja zur Offenheit, die in diesem Land spürbar ist, und der sagt Ja zur Entwicklung auf kultureller Ebene.“

Hilde Sochor sprach in ihren Dankesworten über ihre langjährige Beziehung zum Bundesland Niederösterreich, in Niederösterreich – und zwar in Klosterneuburg – habe sie auch ihre ersten Auftritte bei Freilichtspielen absolviert.

Die Sochor ist 90 Jahre alt

Wer immer ein Interview mit Hilde Sochor erlebt hat, wird sehr oft den Satz gehört haben: „Ich hab in meinem Leben so viel Glück gehabt.“ Und wie ist dieses Glück zu erklären? Sochor studierte 1948 (was zu ihrer Zeit noch eine Ausnahme war), wurde Schauspielerin und das fast 70 Jahre lang; sie war die Ehefrau des bekannten Regisseurs und Theaterleiters Gustav Manker und ist die Mutter dreier Kinder: Katharina Scholz-Manker (Schauspielerin), Paulus Manker (Schauspieler und Regisseur) und Magdalena Manker (Ärztin). Ist das die Mischung von Glück? Wahrscheinlich – und sicherlich bei Hilde Sochor. Aber nicht nur sie hat Glück gehabt, sondern auch wir, die Zuseher, daß



Foto: NÖ Landespressediens/Reinberger

Landeshauptmann Erwin Pröll verlieh das »Große Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Bundesland Niederösterreich« an die Schauspielerin Hilde Sochor.

Publikum, wenn sie im Rampenlicht stand, wenn sie in ihren zahlreichen Filmen die Schauspielpartner in vielen ihrer Rollen so richtig aufmischte – mit ihrer unverkennbaren Stimme. Die Vokale dehnten sich in ihrem Mund zu einem ungeheuerlich langem Band. Da spielte sie die Tonleiter hinauf und hinunter und man mußte gar nicht hinsehen, um „Die Sochor“ sofort zu erkennen. Blick

und Mimik waren schon so genial, daß der Körper nicht mehr viel machen mußte. Sie konnte sitzen, stillstehen und die ganze Tragödie, die ganze Komödie, Lächerlichkeit, Boshaftigkeit, was immer sie auch darstellte, kam in höchster schauspielerischer Leistung dem Zuschauer entgegengeflogen. Es war Genuß pur, es war Lebenslust pur, es war Tragik pur – und man konnte die menschi-

Personalia

che Psyche mehr begreifen, als es viele der „g'scheitesten psychologischen Bücher“ vermochten. Man blickt auf Hilde Sochor und dringt tief in die menschliche Seele, trifft auf die verschiedensten Charakteren.

Die am 5. Februar 1924 geborene Hilde ist bei Mutter und Großmutter aufgewachsen. Schauspielerin wollte sie werden – und flog prompt durch die Aufnahmeprüfung am berühmten Reinhardtseminar. Wollen wir das heute glauben? „Die Sochor“? Durchgefallen? Ja, so was kann passieren, ist aber heute nicht peinlich für Hilde Sochor, wenn schon, dann eher für das Reinhardtseminar... So trabte sie zur Universität, erwischte prompt einen Studienzweig, wo ihr „fürchterlich fad“ war und wechselte zur Theaterwissenschaft. Sie spielte mit dem Gedanken,

Kritikerin zu werden. Dieses Studium wurde mit einer Promotion zu Ende gebracht und sie debütierte noch im selben Jahr als Stubenmädchen in der Uraufführung von Alexander Lernet-Holenias „Parforce“ an den Wiener Kammerspielen.

Sie wechselte bald ans Volkstheater und blieb diesem treu. Es kommt nicht darauf an, wieviele Rollen sie verkörpert hat, sondern wie oft sie uns glücklich, ergriffen, und entsetzt hat in ihrer Unverwechselbarkeit. Ob in Nestroy-Stücken, ob als „Mutter Courage und ihre Kinder“ von Bertold Brecht. Aus Interviews erfahren wir, daß sie viel gestritten haben – ihr Mann Gustav Manker und sie während der Proben, und andere Schauspieler sollen froh gewesen sein, wenn Hilde als Blitzableiter fungierte. Aber das hat sich pri-

vat nie fortgesetzt, wie sie schnell versichert und mit Inbrunst rückblickend meinte: „Es war wunderbar.“

Ja, es war wunderbar – ihr Leben und unsere Zeit, wenn wir daran teilhaben dürfen im Theater, im Kino und mit Patschen vor dem Fernsehapparat. Sehr oft stehe ich „Am Platz“ in Hietzing und warte auf den Autobus. Und seit Jahren schaue ich immer zu den Fenstern jenes Hauses hinauf, in dem Hilde Sochor gewohnt hat ... Illusion und Theater hält uns am Leben. Denn heute lebt „Die Sochor“ im Hilde Wagener-Künstlerheim in Baden und hat sich leider völlig von der Bühne zurückgezogen. Und leider viel zu selten „erwischt“ sie eine Fernsehkamera...

Christa Mössmer

Friederike Mayröcker für Lebenswerk ausgezeichnet

Im Kulturzentrum bei den Minoriten wurde der Dichterin der Preis der deutschen Stiftung »Bibel und Kultur« von Diözesanbischof Egon Kapellari verliehen.

Johannes Rauchenberger, Leiter des Kulturzentrums, und Birgit Pözl eröffneten am 14. März einen Abend, der eine beeindruckende Dichte künstlerischer Arbeiten bot. Gekommen war das Kuratorium der deutschen Stiftung „Bibel und Kultur“, um Friederike Mayröcker für ihr Lebenswerk zu ehren. Diözesanbischof Egon Kapellari begrüßte als Hausherr die bald 90jährige Dichterin: „Ihre Gedichte, Frau Mayröcker, sind das Gegenteil von Sprachverfall. Sie sind an der Grenze zwischen Wort und Schweigen angesiedelt und es geht von ihnen ein großer Zauber aus, der Liebe zur Sprache weckt.“

Die Musik von „impuls“ brachte Stücke von Matej Bonin, Beat Furrer und Michelle Agnes zu Gehör, die durch atmen, säuseln, und schroffe Klänge, Raum zum gespannten „zuhören“ schuf. In diesen Raum sprach Peter Waterhouse seine Laudatio. Mit Fragen zum neuesten Buch, den „études“ spannte Waterhouse einen Bogen, der „die Sprache der Sprache“ Mayröckers sorgfältig nachspürte. Mayröcker habe „kein Lebenswerk“ sondern ein „Lebendigkeitswerk“ geschrieben. Kein Ende, keine Grenze kenne die Arbeit der großen Dichterin, sondern „immer wieder neu beginnend“, „Anfänge“ und „Auferstehung“.



Foto: Gerd Neuhold, »Sonntagsblatt«

Johannes Rauchenberger, Diözesanbischof Egon Kapellari, Friederike Mayröcker

Johannes Rauchenberger, der stellvertretend für die Stiftungsvorsitzende Annette Shavan, die sich entschuldigen mußte, die Verleihungsurkunde vorlas, begründete die Entscheidung der Stiftung „Bibel und Kultur“. Mayröcker sei eine „zutiefst poetische Existenz“, in der „schreiben, lesen und

leben“ in eins fallen. Der Künstler Johannes Zechner eröffnet am 15. März im Kulturzentrum bei den Minoriten seine Ausstellung zur bildnerischen Übersetzung von Mayröckers Werk. Sechs Jahre lang hat er sich mit diesem auseinandergesetzt und dazu Bildtafeln geschaffen. ■

Goldene Wiener Auszeichnung für »Tolle Dolly« Schmidinger

Wiens Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny würdigte Dolores Schmidinger als Film- und Fernsehschauspielerin, Kabarettistin, Sängerin, Regisseurin und Autorin.

Mit Procol Harums „A Whiter Shade of Pale“ begann die Ehrung, mit John Prines „Speed of the Sound of Loneliness“ klang sie aus: Dolores Schmidinger wurde am 3. April im Wiener Rathaus mit dem Goldenen Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien ausgezeichnet. Zahlreiche Freunde und WeggefährtInnen waren gekommen, um zu gratulieren: Franz Mrkvicka, Stadtrat a. D., Marianne Klicka, dritte Landtagspräsidentin, Stadtrat Manfred Juraczka (ÖVP), Stadträtin Veronika Matiassek (FPÖ), Rabenhof-Chef Thomas Gratzler, Andrea Händler, Anja Rabitsch, Metropol-Direktor Peter Hofbauer, Franz Prokop, Bezirksvorsteher von Ottakring, und seine Vorgängerin Ernestine Grassberger.

Wiens Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny würdigte Dolores Schmidinger als Film- und Fernsehschauspielerin, Kabarettistin, Sängerin, Regisseurin und Autorin: „Egal in welcher Berufung, sie nimmt sich kein Blatt vor den Mund. Sie ist ehrlich bis hin zur schonungslosen Offenheit und macht sich dadurch verletzlich und angreifbar.“

Auch Kabarettist Karl Ferdinand Kratzl würdigte in seiner Laudatio die vielen Talente von Dolores Schmidinger und schwärmte über seine Kollegin: „Sie ist anregend, amüsant, euphorisch, frei, sanft, mutig und wertschätzend.“

Dolores Schmidinger zählte in ihren Dankesworten alle Preise auf, die sie je bekommen hat, vom Oscar der Friseure über die Verdienste um die Gastronomie bis hin zum Salzburger Stier, Skrapu-Preis und Goldenen Ehrenzeichen.

Dolores Schmidinger

wurde 1946 in Wien geboren. Ihre Mutter Johanna war Lehrerin, ihr Vater Josef Opersänger. So kam sie schon sehr früh in Kontakt mit klassischer Musik und erhielt ihren ersten Klavierunterricht. Über die Schauspielerschule Krauss kam sie 1964/1965 an Gerhard Bronners Theater am Kärntnertor. Anschließend gehörte sie 14 Jahre dem Ensemble des Volkstheaters an (1965-1979), sie spielte dort u.a. die Polly Peachum in der „Dreigroschenoper“, „Die schöne Helena“ von Peter



Foto: Alexandra Kromus / PID

Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny (l.) mit Schauspielerin und Kabarettistin Dolores Schmidinger und Musiker Willi Resetarits

Hacks und in allen Uraufführungen von Peter Turrinis Stücken („Rozznjogt“, „Der tollste Tag“, „Die Wirtin“). Im Jahr 1970 begann sie Lieder zu schreiben und hatte schließlich 1977 großen Erfolg mit dem Programm „Gurken haben keine Tränen“ im Wiener Konzerthaus. Es folgten die Show „Wann i geh“ und zwei LPs mit eigenen Liedern. Seit 1979 spielte sie am Theater in der Josefstadt. Ihren Durchbruch als Kabarettistin feierte sie 1990 mit dem Programm „Mit den Waffe(l)n einer Frau“, seither ist sie aus der österreichischen Kleinkunstszene nicht mehr wegzudenken. Zahlreiche Programme, wie „Die nackte Matrone 2 1/2“ (Theater Rabenhof, 1992), „Heil ist geil“ (1995), „Domina im Ausverkauf“ (1997), „Der Versuch der alten Dame“ (1999) oder „Operation Punschkrampf“ (2002) waren sehr erfolgreich. Gemeinsam mit ihrer Kollegin Andrea Händler reüssierte sie 2003 mit dem Programm „Alltagsgeschichten“ nach Elizabeth T. Spiras Fernsehdokumentation. Ebenfalls 2003 war sie in dem Soloprogramm „Die Queraussteigerin“ im Wiener Vindobona zu sehen, im Jahr 2005 spielte sie ihr 11. Soloprogramm „unartig“ im Vindobona, am 8. März 2011 (dem internationalen Frauentag) hatte ihr 12. Soloprogramm „Ich

war drüben“ in der Wiener Kulisse Premiere. Als Filmschauspielerin wirkte Schmidinger in Houchang Allahyaris Filmen „I love Vienna“, „Höhenangst“ und „Black Flamingo“ sowie in Ernst Hinterberges TV-Serien „Ein echter Wiener geht nicht unter“ und „Kaisermühlen-Blues“ sowie vielen anderen Filmen und Fernsehsendungen mit.

Dolores Schmidinger ist seit Jahrzehnten auch für gesellschaftliche und politische Fragen aktiv: sie engagiert sich gegen Gewalt an Kindern, gegen Rassismus und Folter und ist Mitglied der Aidshilfe. Aufsehen erregte eine Plakatkampagne der Aidshilfe, für die sie sich nackt fotografieren ließ. In den 80er-Jahren unterstützte sie Johanna Dohnals Aktion „Töchter können mehr“, deren Ziel es war, Mädchen für technische Berufe zu interessieren. 1988 veröffentlichte sie das Buch „Raus damit!“, in dem Schmidinger ihre Erfahrungen mit der Krankheit Bulimie verarbeitete. Das Buch, das sich auch als Ratgeber versteht, erschien 2008 in einer Neuauflage. 1975 erhielt sie den Karl-Skraup-Preis, 1988 den Nestroy-Ring der Stadt Wien und 1994 die wichtigste Kabarettauszeichnung, den Salzburger Stier und im Jahr 2003 das Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien. ■

Quantenchaos in ultrakalten Gasen entdeckt

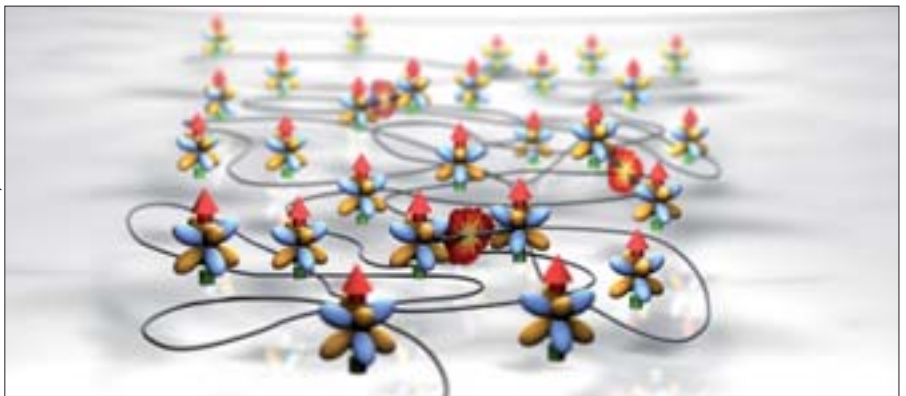
Auch einfache Systeme wie neutrale Atome können chaotisches Verhalten zeigen. Das hat ein Team um Physikerin Francesca Ferlino von der Universität Innsbruck mit Hilfe der Quantenmechanik entdeckt.

Ein Team um START- und ERC-Preisträgerin Francesca Ferlino vom Institut für Experimentalphysik der Universität Innsbruck hat erstmals den experimentellen Nachweis für chaotisches Verhalten von Teilchen in Quantengasen erbracht. „Wir sehen zum ersten Mal Quantenchaos im Streuverhalten ultrakalter Atome“, freut sich Ferlino. Die Physiker haben dieses Ergebnis unter Zuhilfenahme der Zufallsmatrixtheorie (engl.: Random Matrix Theory) nachgewiesen und belegen damit den universellen Charakter dieser statistischen Theorie, welche in den 1950er-Jahren von Nobelpreisträger Eugene Wigner zur Beschreibung von komplexen Systemen formuliert worden war. Obwohl die Wechselwirkung von Neutronen mit Atomkernen damals noch nicht genau bekannt war, konnte Wigner durch die Verwendung von Zufallsmatrizen zuverlässige Aussagen zu den Eigenschaften des komplexen Spektrums treffen. Diese sogenannte Zufallsmatrixtheorie findet heute in der Physik breite Anwendung, aber auch in der Zahlentheorie, der drahtlosen Nachrichtentechnik oder im Finanzmarktmanagement, um nur einige Bereiche zu nennen. In der Bohigas-Giannoni-Schmit-Vermutung wurde die Zufallsmatrixtheorie auch mit chaotischem Verhalten in quantenmechanischen Systemen in Verbindung gebracht. Der im Vorjahr verstorbene katalanische Physiker Oriol Bohigas gilt als Vater dieser Quantenchaos-Forschung.

Chaos in der Quantenwelt

Um Quantenchaos zu beobachten, kühlen die Physiker im Labor an der Universität Innsbruck Erbiumatome auf wenige hundert Nanokelvin ab und bringen sie in eine Laserfalle ein. Mit einem Magnetfeld beeinflussen sie das Streuverhalten der Teilchen und bestimmen nach einer kurzen Haltezeit die in der Falle verbliebenen Atome. So wissen die Forscher, bei welchem Magnetfeld sich zwei Atome zu einem schwach gebundenen Molekül verbunden haben. Man spricht dort von sogenannten Fano-Feshbach-Resonanzen. Die Physiker wiederholten das Experiment

Illustration: Erbium Team, Universität Innsbruck



Auch einfache Systeme wie neutrale Atome können chaotisches Verhalten zeigen.

mit verändertem Magnetfeld 14.000 Mal und fanden nahezu 200 Resonanzen. „Wir waren fasziniert davon, wie viele solcher Resonanzen wir fanden. Das ist ohne Beispiel in der Physik ultrakalter Quantengase“, berichtet Albert Frisch aus dem Team von Francesca Ferlino. Um die hohe Dichte an Resonanzen erklären zu können, griffen die Physiker zu statistischen Methoden. Mit der Zufallsmatrixtheorie von Wigner läßt sich nämlich zeigen, daß die unterschiedlichen Molekülniveaus miteinander gekoppelt sind. Dies bestätigten auch entsprechende Computersimulationen der Forschungsgruppe um Svetlana Kotochigova von der Temple University in Philadelphia, Pennsylvania, USA. „Die besonderen Eigenschaften von Erbium führen zu einem sehr komplexen Bindungsverhalten zwischen den Teilchen, das als chaotisch beschrieben werden kann“, erklärt Ferlino. Erbium ist vergleichsweise schwer und besitzt einen stark magnetischen Charakter, wodurch die Wechselwirkung der Atome stark richtungsabhängig ist. „Die Elektronenhüllen dieser Atome gleichen keinen Kugelschalen, sondern sind stark verformt“, erklärt Albert Frisch. „Die Art der Wechselwirkung zweier Erbiumatome unterscheidet sich dadurch maßgeblich von bisher untersuchten Quantengasen.“

Chaos im Labor studieren

Im Gegensatz zur Alltagssprache verstehen die Physiker unter Chaos nicht Unordnung, sondern ein wohl geordnetes System,

das aber aufgrund seiner Komplexität ein nicht vorhersagbares Verhalten zeigt. „Für das Verhalten eines einzelnen Atoms können wir in unserem Experiment keine genaue Aussage treffen, mit Hilfe von statistischen Methoden läßt sich aber sehr wohl das Verhalten aller Teilchen beschreiben. Uns steht damit ein sehr gut kontrollierbares Experiment zur Verfügung, um chaotische Prozesse genauer zu studieren“, ist Ferlino über diesen Durchbruch begeistert. Sie vergleicht die Methode mit den Gesellschaftswissenschaften, die gute Aussagen über das Verhalten einer größeren Gemeinschaft von Menschen treffen können, während die Beurteilung der Beziehung einzelner Personen der Psychologie überlassen werden muß. Mit dieser Arbeit wird auch eine Brücke zur Untersuchung von ultrakalten Gasen aus Molekülen und damit zur ultrakalten Chemie geschlagen. „Wir eröffnen hier ein neues Kapitel in der Welt der ultrakalten Quantengase“, ist Francesca Ferlino überzeugt.

Das Experiment und die statistische Analyse wurden am Institut für Experimentalphysik der Universität Innsbruck durchgeführt. Theoretische Unterstützung kam von John L. Bohn vom Joint Institute for Laboratory Astrophysics in Boulder, Colorado, und dem Team um Svetlana Kotochigova an der Temple University in Philadelphia, Pennsylvania. Das Innsbrucker Team wurde vom österreichischen Wissenschaftsfonds FWF und dem europäischen Forschungsfonds ERC finanziell unterstützt. ■

Explosive Kraft

Wissenschaftler der Uni Graz beobachtet erstmals die Entstehung eines extremen Sonnensturms im Detail.

Die Sonne liefert seit 4,5 Milliarden Jahren Licht, Wärme und Energie. Doch der mächtige Stern kann auch zum Störenfried werden: Regelmäßig schleudert er hochenergetische Teilchen und Magnetfelder ins All. Diese „Sonnenstürme“ genannten Ausbrüche können beim Zusammenstoß mit der Erde große Schäden anrichten. Einem internationalen Forschungsteam mit Beteiligung der Karl-Franzens-Universität Graz ist es nun erstmals gelungen, die Entstehung eines extremen Sonnensturms in bis dato nicht gekanntem Detail zu beobachten. „Hätte diese Teilchen-Eruption die Erde getroffen, wären die Konsequenzen für Stromleitungen und Satelliten nur schwer einschätzbar gewesen“, unterstreicht Christian Möstl vom Institut für Physik der Uni Graz die potenzielle Gefahr. Möstl ist Co-Autor der Studie, dessen eindrucksvolle Ergebnisse im renommierten Fachmagazin „Nature Communications“ veröffentlicht wurden.

Sonnenstürme entstehen durch Instabilitäten in den starken Magnetfeldern der Sonnenflecken auf der Oberfläche des Sterns. Sie sausen, angetrieben durch Explosionen in der Sonnenkorona, mit Geschwindigkeiten von Millionen Stundenkilometern durchs All. Trifft ein Sonnensturm auf das Erdmagnetfeld entstehen in hohen Breiten, wie Kanada oder Skandinavien, Nordlichter. „Diese Naturschauspiele sind aber nur ein schwacher Trost, weil die möglichen Risiken bei einem Zusammenprall überwiegen“, bestätigt Möstl. Denn nicht nur erdnahe Satelliten und das Stromnetz wanken unter der enormen elektromagnetischen Belastung: Transformatoren, Kraftwerke, Ölpipelines und der gesamte Funkverkehr – sie alle werden von den Turbulenzen im sogenannten „Welt-raumwetter“ in Mitleidenschaft gezogen.

Die genauen Folgen von extremen Sonnenstürmen sind aber nach wie vor unbekannt, da sie nur sehr selten auftreten und deshalb schwer zu beobachten sind. Diese Sensation gelang nun der NASA Stereo-Mission, deren Raumsonden erstmals den Ursprung einer enormen Teilcheneruption verfolgt haben. „Entscheidend dabei war das Zusammenspiel von insgesamt drei mittelschweren Auswürfen“, erklärt Möstl. „Zwei

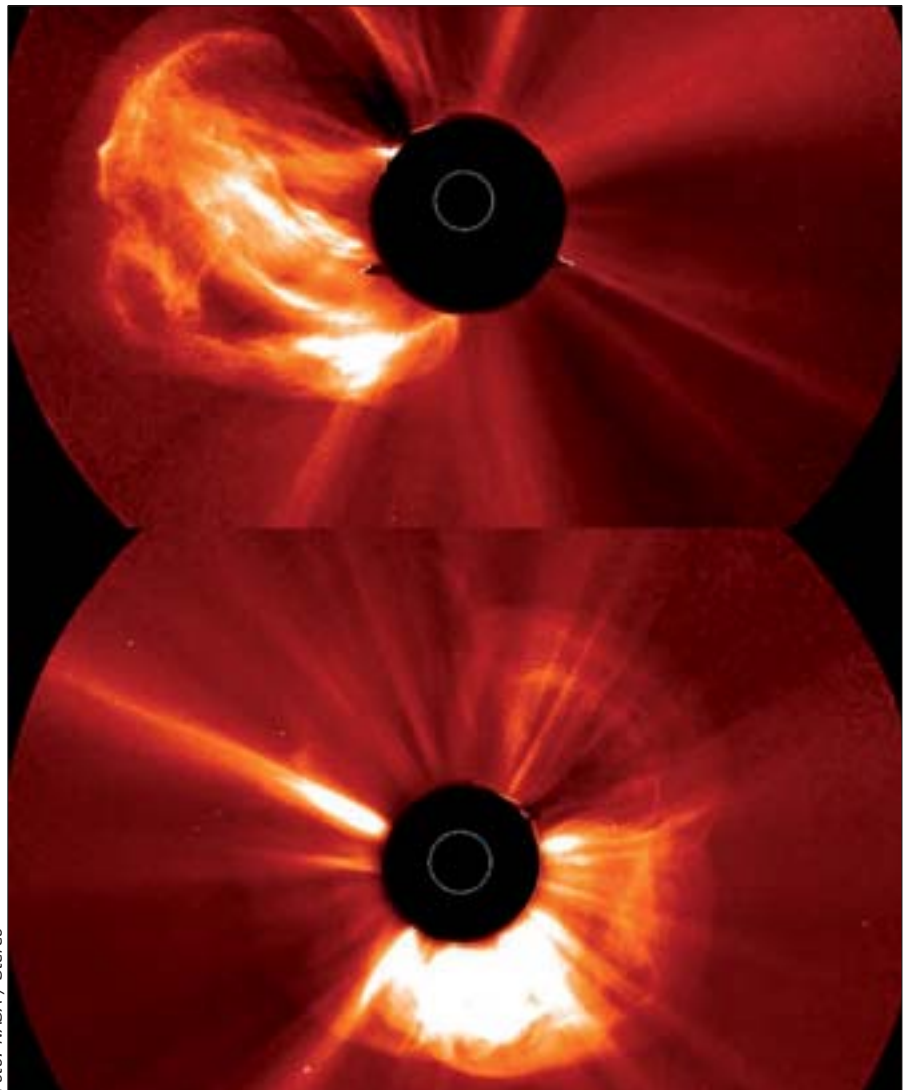


Foto: NASA / Stereo

Ein extremer Sonnensturm, aufgenommen aus zwei verschiedenen Perspektiven mit Raumsonden der NASA STEREO Mission. Die Bilder zeigen die Stürme als helle Erscheinungen in der Korona der Sonne. WissenschaftlerInnen ist es nun erstmals gelungen, die Entstehung eines extremen Sturms als Resultat von Wechselwirkungen zwischen mehreren Stürmen im Detail zu verstehen.

Sonnenstürme haben sich fast gleichzeitig von der Sonne gelöst. Durch den Windschatten eines früheren Sturms brauchten sie für die Entfernung Erde-Sonne, das sind 150 Millionen Kilometer, nur 19 Stunden.“ Ihr Magnetfeld erreichte außerdem etwa die zehnfache Stärke eines normalen Sonnenwinds. „Zum Glück entstanden all diese Stürme auf jener der Erde abgewandten Seite der Sonne und haben sich deshalb in eine andere Richtung bewegt“, klärt Möstl auf. Wäre die Erde aber ins Schlussfeld geraten, wären die Folgen nicht absehbar gewe-

sen, da es in jüngster Vergangenheit keinen Präzedenzfall für die Auswirkungen eines so starken Sonnensturms auf die technologische Infrastruktur gibt. „Diese Beobachtungen zeigen auch zum ersten Mal in aller Deutlichkeit, daß extreme Sonnenstürme auch während Sonnenzyklen entstehen können, die allgemein als ‚schwach‘ charakterisiert werden“, betont Möstl. Er macht sich für eine intensiviertere Grundlagenforschung zur Verbesserung der Echtzeit-Vorhersage von Sonnenstürmen – die immer noch mit großen Fehlern behaftet ist – stark. ■

Vorbild aus dem Tierreich

Weltweit erster biegbarer und transparenter Bildsensor sieht nun auch in die Tiefe.



Foto: JKU

Mit dem Bildsensor kann man nun sogar die Tiefe von Objekten berechnen. »Auf die Sprünge« hat ein Vorbild aus der Natur.

Erst 2013 haben Prof. Oliver Bimber und Alexander Koppelhuber M.Sc. vom Institut für Computergrafik an der JKU eine Weltneuheit präsentiert: Den ersten biegbaren und völlig transparenten Bildsensor. Nun haben die beiden Linzer Forscher in Kooperation mit Microsoft Research noch einen Durchbruch draufgesetzt: Mit dem Bildsensor kann man nun sogar die Tiefe von Objekten berechnen. „Auf die Sprünge“ geholfen hat den JKU-Forschern ein Vorbild aus der Natur: Die Sprungspinne. Das Ergebnis wird nun im renommierten „Optics Express Journal“ veröffentlicht.

Sprungspinnen haben eine interessante Eigenschaft: Sie haben einen statischen Fokus. Während im menschlichen Auge der Fokus je nach Distanz zum Objekt eingestellt wird, entstehen bei den Sprungspinnen je nach Entfernung Unschärfe auf der Netzhaut. Die Tiere ermitteln nun einfach die Distanz aus dem Grad der Unschärfe – und sind so extrem erfolgreiche Jäger. „Dieses Prinzip der Tiefenwahrnehmung haben wir übernommen“, erklärt Prof. Bimber. Ähnlich wie bei den Spinnen wird die Tiefenwahrnehmung quasi aus der Unschärfe rekonstruiert.

Multifunktions-Folie

Die Multitalent-Folien sind damit um eine Facette reicher. Im Prinzip handelt es sich um eine durchsichtige Folie, die mit fluoreszierenden Partikeln dotiert ist. Sie absorbiert Licht einer bestimmten Wellenlänge,

das dann in geringerer Frequenz wieder abgegeben und an den Rand der Folie transportiert wird. Mit Photosensoren und einem speziellen optischen Trick können die Lichtanteile gemessen werden, die den Foliendrand an jeder Stelle und aus jeder Richtung erreichen. Bei den vermessenen Daten handelt es sich um ein zwei-dimensionales Lichtfeld, welches innerhalb der Folie transportiert wird. Ähnlich wie bei der Computer-Tomografie kann aus diesen Daten das Bild – und nun auch die Tiefe – des aufgenommenen Objektes rekonstruiert werden. Dies ist möglich, weil die neuentwickelte Folie – ganz ohne Linsen – ihren Fokusabstand senkrecht zur Filmoberfläche verschieben kann. Aus diesen Fokusinformationen wird anschließend die Tiefe errechnet. „Unsere Technik bietet aber neben der Tiefenrekonstruktion noch eine weitere Neuheit: Sie ermöglicht eine multifokale Aufnahme.“ Das bedeutet, daß ohne Linsen viele Bilder mit unterschiedlichem Fokus gleichzeitig erzeugt werden können. Das ist keine rein theoretische Forschung, sondern ermöglicht unter anderem eine neue Generation von Touchscreens – sie wird man in Zukunft gar nicht mehr berühren müssen.

Höhere Flexibilität erreichbar

Um eine solche revolutionäre Neuheit zu entwickeln, wurde das Know-how vieler Fachbereiche zusammengeführt. „Da spielen viele Disziplinen hinein, Mathematik ebenso

wie Materialwissenschaften, Informatik und Naturwissenschaften“, betont Bimber den interdisziplinären Ansatz. Im weltweiten Forschungswettbewerb um neue optische Sensoren hat die JKU damit die Nase mit vorn. Die neuen Sensoren können nicht nur beliebig groß gestaltet oder gebogen, sondern auch in Schichten übereinander gelegt werden. „So können helle und dunkle Bereiche gleichzeitig aufgenommen werden, und Über- oder Unterbelichtungen, wie sie mit heutigen Kameras bei kontrastreichen Szenen möglich sind, gehören der Vergangenheit an“, beschreibt Bimber.

Vielfältige Anwendungsmöglichkeiten

Der Sensor ist vor allem für neue Benutzerschnittstellen interessant. „Berührungslose Touchsensoren sind eine Hauptanwendung.“ Neben linsenlosen Kameras könnten die Folien aber auch bei „smart skins“ Anwendung finden, was Robotern helfen könnte, selbständiger mit Menschen zu interagieren. „Es wäre zudem möglich, beliebige Objekte, wie die Windschutzscheibe eines Autos, in einen Bildsensor zu verwandeln“, so Prof. Bimber. Und sogar spielfreudige Menschen könnten profitieren: Auch für 3D-Sensorik, wie sie z.B. im Kinect-System der X-Box verwendet wird, könnte die neue Technik Anwendungsmöglichkeiten bereithalten. ■

Videoverweis:

<http://youtu.be/mkw19kr6Wx8>

Seeanemone ist genetisch halb Tier, halb Pflanze

Evolutionsbiologe Ulrich Technau und sein Team von der Universität Wien fanden überraschenden evolutionären Einsichten heraus

Das Team um den Evolutions- und Entwicklungsbiologen Ulrich Technau von der Universität Wien fand heraus, daß die Seeanemone einerseits eine ähnlich komplexe „Gen-Landkarte“ besitzt wie die Fruchtfliege oder andere tierische Modellorganismen. Das legt nahe, daß dieses Prinzip von Genregulation bereits 600 Millionen Jahre alt ist und auf gemeinsame Vorfahren von Mensch, Fliege und Seeanemone zurückgeht. Andererseits hat sie mit Pflanzen die Art der Proteinregulation durch „micro-RNAs“ gemeinsam. Diese überraschenden evolutionären Einsichten publizieren die ForscherInnen in zwei Artikeln im renommierten Fachjournal „Genome Research“.

Wie wir aussehen, welche Form wir haben und wie unser Körper funktioniert, ist neben Umwelteinflüssen weitgehend das Werk unserer Gene. Diese sind jedoch selten Einzelspieler, vielmehr wirken sie im Team und regulieren sich in ihrer Aktivität und Expression gegenseitig in gen-regulatorischen Netzwerken.

Einfache Organismen mit komplexem Genmaterial

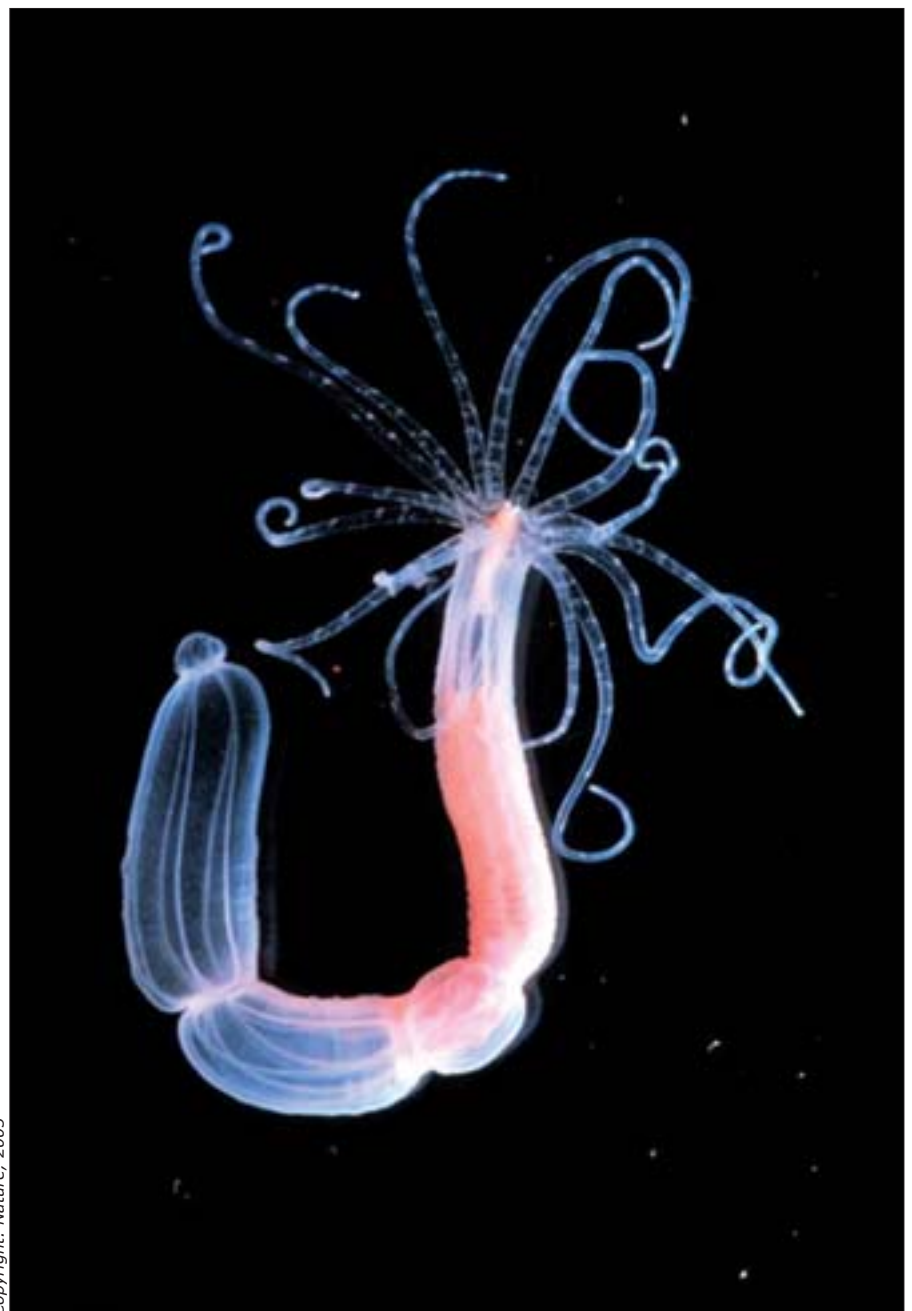
Im letzten Jahrzehnt haben Genomsequenzierungen von Menschen und vielen Tieren gezeigt, daß anatomisch einfache Organismen wie die Seeanemone erstaunlicherweise ein ähnlich komplexes Genrepertoire wie höhere Modellorganismen aufweisen. Dies legte den Schluß nahe, daß es nicht die An- oder Abwesenheit einzelner Gene ist, die über Unterschiede der morphologischen Komplexität entscheidet. WissenschaftlerInnen entwickelten die Hypothese, daß genregulatorische Netzwerke von simplen Organismen wie der Seeanemone einfacher gestrickt sind als die des Menschen oder anderer komplexer Tiere.

Ein Maß für die Komplexität von Genregulation ist die Verteilung und Dichte von regulatorischen Sequenzen im Genom. An diesen Motiven, „Enhancer“ und „Promotoren“ genannt, können sich sogenannte Transkriptionsfaktoren mit der DNA in spezifischer Weise binden und die Expression von Zielgenen regulieren. „Diese kurzen

Motive in einem Ozean von Nukleotiden zu finden, ist jedoch alles andere als trivial“, erklärt Ulrich Technau, Professor am Department für Molekulare Evolution und Entwicklung der Universität Wien.

Während die Gene also gewissermaßen die Worte in der Sprache der Genetik sind,

stellen die „Enhancer“ und „Promotoren“ die Grammatik dar. Diese genregulatorischen Sequenzen korrelieren mit bestimmten chemischen, epigenetischen Modifikationen der mit der DNA überall verwobenen Histon-Proteine, dem Chromatin. Durch eine ausgefeilte molekularbiologische Methode,



Copyright: Nature, 2005

Ausgewachsener Polyp von *Nematostella vectensis*



Foto: privat

Univ.-Prof. Ulrich Technau, Department für Molekulare Evolution und Entwicklung Universität Wien

der Chromatin-Immunpräzipitation, konnte die Hertha-Firnberg-Stipendiatin Michaela Schwaiger in der Gruppe von Ulrich Technau die „Enhancer“ und „Promotoren“ im gesamten Genom der Seeanemone identifizieren und mit den Karten komplexer Organismen vergleichen.

Genregulation vergleichbar mit tierischen Organismen

„Da die Seeanemone eine ähnlich komplexe ‚Landkarte‘ von genregulatorischen Elementen besitzt wie die Fruchtfliege oder andere tierische Modellorganismen, liegt für uns der Schluß nahe, daß dieses Prinzip von komplexer Genregulation auf gemeinsame Vorfahren von Mensch, Fliege und Seeanemone zurückgeht“, so Michaela Schwaiger.

MicroRNAs wichtig für Entwicklungsprozesse beim Menschen...

Neben der Kontrolle der Transkription von DNA in RNA kann die Genexpression aber auch noch danach, auf der post-transkriptionellen Ebene, d.h. bei der Übersetzung der RNA in Proteine, reguliert werden. Hierbei spielen „microRNAs“ eine wichtige Rolle. MicroRNAs sind kurze RNAs, die an

Ziel-RNAs binden und ihre Translation hemmen können. In den letzten Jahren hat man bei vielen Tieren 100-200, beim Menschen sogar über 1000 verschiedene miRNAs identifiziert, von denen etliche eine wichtige Rolle im Stoffwechsel und vor allem in Entwicklungsprozessen spielen. Mutationen in manchen miRNAs sind mit schweren Fehlentwicklungen und auch Krebs assoziiert. Jede miRNA kann in sequenz-spezifischer Weise an bis zu 100 verschiedene RNAs binden. „Man geht daher davon aus, daß 30-50 Prozent aller menschlichen protein-kodierenden Transkripte durch miRNAs reguliert werden“, erklärt Ulrich Technau. Unklar ist jedoch, wie tierische miRNAs in der Evolution entstanden sind.

... und bei Pflanzen

miRNAs hat man auch in Pflanzen entdeckt, doch man geht davon aus, dass sie unabhängig entstanden sind, weil sie (1) keinerlei Sequenzähnlichkeit zu tierischen miRNAs haben, (2) einen anderen Entstehungsweg haben und (3) einen gänzlich anderen Wirkmechanismus haben als die bislang untersuchten Tiere: Pflanzliche miRNAs binden mit hoher Sequenzspezifität an sehr

wenige Ziel-RNAs und leiten mithilfe von Argonaute-Proteinen die spezifische Spaltung der RNA ein. In Kollaboration mit amerikanischen, französischen und norwegischen Gruppen haben Ulrich Technau und sein Team insgesamt 87 miRNAs aus der Seeanemone isolieren können.

„Die Seeanemonen-microRNAs haben alle Charakteristika von pflanzlichen microRNAs: Sie weisen eine fast perfekte Komplementarität zu ihren Ziel-RNAs auf, die daraufhin dann gespalten und nicht wie in anderen Tieren gehemmt werden“, erklärt Erstautor und Marie-Curie Stipendiat Yehu Moran. Zudem fand Moran zusammen mit David Fredman und Daniela Praher das Protein HYL-1, das bei Pflanzen essentiell für die microRNA Biogenese ist und das man zuvor für pflanzenspezifisch hielt.

Die große Überraschung war aber, daß die Seeanemonen-miRNA alle Charakteristika von pflanzlichen miRNAs haben: Sie weisen eine fast perfekte Komplementarität zu ihren Ziel-RNAs auf, die daraufhin dann gespalten und nicht wie in anderen Tieren gehemmt werden. Zudem fanden die Forscher ein Protein, HYL-1, das bei Pflanzen essentiell für die Biogenese der miRNAs ist und das man zuvor in keinem der tierischen Modellorganismen gefunden hat. Vergleicht man die Sequenzen der miRNAs, so findet man je eine miRNA mit Ähnlichkeit zu einer pflanzlichen und tierischen miRNA.

Nachdem also das Genom, das Genrepertoire und die Genregulation auf DNA-Ebene der Seeanemone dem der Wirbeltiere erstaunlich ähnlich ist, ist die post-transkriptionelle Regulation so wie in Pflanzen und geht vermutlich auf einen gemeinsamen Vorfahren mit Pflanzen zurück. Diese Befunde sind der erste qualitative Unterschied zwischen den Nesseltieren und den „höheren“ Tieren und geben einen Einblick, wie wichtige Ebenen der Genregulation unterschiedlich evolvierten können. ■

Publikationen in „Genome Research“

Schwaiger, M., Schönauer, A., Rendeiro, A.F., Pribitzer, C., Schauer, A., Gilles, A.F., Schinko, J.B., Renfer, E., Fredman, D., and Technau, U. Evolutionary conservation of the eumetazoan gene regulatory landscape. In: *Genome Research*. DOI: 10.1101/gr.162529.113

Moran, Y., Fredman, D., Praher, D., Xi, L.M., Meng Wee, Z., Rentsch, F., Zamore, P. Technau, U., and Seitz, H. (2014). Cnidarian microRNAs frequently regulate their targets by cleavage. In: *Genome Research*. DOI: 10.1101/gr.162503.113

Die Gründung der Albertina

Zwischen Dürer und Napoleon – von 14. März bis 29. Juni 2014



Foto: © Albertina, Wien

Albrecht Dürer, Feldhase, 1502

Die Gründung der Albertina. Zwischen Dürer und Napoleon zeigt erstmals rund 100 Meisterwerke aus der Sammlung Herzog Alberts von Sachsen-Teschen in einer Ausstellung. In seiner rund 50jährigen

Sammlertätigkeit konnte Herzog Albert die bedeutendsten Zeichnungen – von Raphael, Michelangelo und Leonardo über Bruegel, Rembrandt und Rubens bis zu Caspar David Friedrich – erwerben und zu einer einzigarti-

gen Kollektion vereinen. Albert beauftragte im Jahr 1774 den genuesischen Kunstkenner und österreichischen Gesandten Giacomo Conte Durazzo eine Sammlung anzulegen. Am 4. Juli 1776 überreichte Durazzo dem

Herzog in Venedig über tausend Kupferstiche als Grundstock der neuen Sammlung. Sie bildet bis heute den Kernbestand der Albertina, die mit einer Million Kunstwerken eine der größten grafischen Sammlungen der Welt ist.

Herzog Albert von Sachsen-Teschen

Die Ausstellung in der Albertina kreist kulturhistorisch um das Leben und Wirken Herzog Alberts von Sachsen-Teschen und seine einzigartige Sammlung an Meisterzeichnungen. Die Lebensspanne des Herzogs, von 1738 bis 1822, wird durch 400 Ausstellungstücke eindrucksvoll dokumentiert: Diese führen den Besucher vom Zeitalter des höfischen Barock unter Maria Theresia und der Aufklärung, über die Vormoderne und die Revolutionsjahre in Amerika und Europa bis zum biedermeierlichen Vormärz nach dem Wiener Kongreß.

Zu Beginn der Ausstellung wird die Pracht der Residenzstädte Wien und Dresden durch Gemälde, Veduten und Schmuckstücke vermittelt. Das repräsentative Leben von Herzog Albert und seiner Ehefrau Erzherzogin Marie Christine beginnt in Preßburg und findet seine glanzvolle Fortsetzung in Brüssel. Als Statthalter der Österreichischen Niederlande ließen sich die beiden ein pompöses Residenzschloß in Laeken errichten. Von der exquisiten Ausstattung zeigt die Ausstellung unter anderem das 94-teilige Silberservice von Ignaz Würth, Möbel von David Roentgen und Gobelins aus der königlichen Manufaktur in Versailles.

Parallel zum Aufbau einer Druckgrafiksammlung begann Herzog Albert mit dem Sammeln von Zeichnungen. Die Übersiedlung in die Österreichischen Niederlande eröffnete Albert und Marie Christine ab 1781 durch die geografische Nähe zu den großen Kunstzentren Paris, London und Amsterdam vielfältige Kontakte zu Händlern und anderen Sammlern und damit neue Ankaufsmöglichkeiten, nicht zuletzt von niederländischen Künstlern.

Ab 1794 ging das Sammlerehepaar dazu über, ganze Sammlungskonvolute zu erwerben, wodurch der Bestand mit hochkarätigen Werken schnell anwuchs, die letztendlich den Weltruhm der Sammlung begründeten.

Mit dem Ausbruch der Französischen Revolution am 14. Juli 1789 geriet das Weltbild des Ancien Régime endgültig aus den Fugen. Nach der verlorenen Schlacht in Jemappes, in der Herzog Albert als kommandierender General der Österreichischen Niederlande das Heer befehligte, flüchtete das



© Albertina, Wien (Dauerleihgabe des Kunsthistorischen Museums Wien, Gemäldegalerie)

Anonym, Herzog Albert von Sachsen-Teschen mit dem Plan der Schlacht von Maxen, 1777

Paar nach Wien. Die einzigartigen Kunstgegenstände der Sammlungsgründer wurden in das Wiener Palais – die heutige Albertina – transferiert und zeugten bis zu ihrem Verlust 1919 vom Reichtum und Geschmack des Sammlungsgründers.

Die letzten Lebensjahrzehnte verbrachte Herzog Albert weitgehend von der Öffentlichkeit zurückgezogen in seinem 1802 prächtig ausgebauten Palais und widmete sich primär der Erweiterung seiner Sammlung. Interessiert beobachtete er die militärischen Leistungen seines Adoptivsohnes Erzherzog Carl und beauftragte 1812 die erste heroisierende Darstellung des Heerführers in der Schlacht bei Aspern gegen die Truppen Napoleons. Diese Zeitspanne wird in der Ausstellung durch Exponate zu Napoleon I., Erzherzog Carl und dessen Bruder Kaiser Franz I. von Österreich veranschaulicht.

Im Jahr 1816 bestimmte Herzog Albert in seinem Testament die Sammlung zum unteilbaren und unveräußerbaren Fideikommiß, wodurch sie 1822 zunächst an den Universalerben und Adoptivsohn Erzherzog Carl fiel und bis heute komplett erhalten geblieben ist.

Die Rolle von Marie Christine

Auch die Rolle von Erzherzogin Marie Christine wird in der Ausstellung neu beleuchtet. Die Lieblingstochter von Kaiserin Maria Theresia war eine talentierte Zeichnerin und für einige der großen Akquisitionen der Sammlung verantwortlich. Marie Christine wies ihren Gemahl auf Schlüsselwerke der frühen kunsthistorischen Literatur wie jene von Winckelmann hin und schenkte ihm 1766 die ersten Druckgrafiken. Überdies ist es zuallererst ihrer gesellschaftlichen



© Albertina, Wien

Leonardo da Vinci, Halbfigur eines Apostels, 1493-1495

Stellung als Erzherzogin – sie führte den Titel auch nach der Hochzeit –, ihrer Position als Statthalterin der Niederlande und ihrer opulenten Mitgift zu verdanken, daß Herzog Albert überhaupt in die Lage versetzt wurde, in so großem Umfang auf höchstem Niveau zu sammeln.

Nach ihrem Tod 1798 erteilte Albert dem berühmtesten Bildhauer seiner Zeit Antonio Canova den Auftrag, ein imposantes Grabmonument zu entwerfen. Canova gestaltete ein pyramidenförmiges Kenotaph, das neben dem Palais des Herzogs in der Augustinerkirche aufgestellt wurde – das erste öffentliche Grabdenkmal für eine Frau in Wien.

Die Sammlung

Die herzogliche Sammlung beeindruckt sowohl im historischen Vergleich als auch nach heutigen Maßstäben durch ihr breites



© Albertina, Wien

Jakob von Alt, Das Palais Herzog Alberts mit der Augustinerbastei, 1816

Spektrum, die angestrebte enzyklopädische Vollständigkeit, ihre Qualität, ihren Umfang und vor allem durch die so zahlreich vertretenen Meisterzeichnungen, die zu den Ikonen der Kunstgeschichte zählen.

Die Ausstellung beginnt mit der Kindheit von Albert und Marie Christine, gefolgt von ihrer Heirat und der „Grand Tour“ durch Italien. Der darauffolgende Ausstellungsraum markiert den Beginn der Sammlung und der Aufklärung und zeigt unter anderem ein Gemälde von Durazzo sowie Büsten von Voltaire und Rousseau. Danach wird Alberts Zeit als Fürst in seinem Residenzschloß Laeken beleuchtet. Eingebettet in die Lebensgeschichte von Herzog Albert und Marie Christine werden anschließend die Meisterwerke aus der Sammlung der Albertina nach Schulen geordnet präsentiert. Darunter befinden sich die deutsche Kunstlandschaft mit Dürer und Schongauer, die Künstler der holländischen und flämischen Schule sowie die Meister Italiens. Nachfolgend wird das Napoleonische Zeitalter behandelt sowie der Tod von Marie Christine und Herzog Albert. Am Ausstellungsende wird die Mattres Modernes gezeigt, dabei handelt es sich um Werke von Alberts Zeitgenossen, die etwa ein Drittel seiner Sammlung ausmachen.

Auch das Herzstück der Albertina, Dürers berühmter „Feldhase“, wird nach zehnjähriger Ruhepause wieder gezeigt. Herzog Albert erhielt ihn 1796 durch einen Tausch von Kunstwerken mit Kaiser Franz II. Der „Feldhase“ gilt bis heute aufgrund seiner außergewöhnlich realistischen Darstellung als eines der bedeutendsten Kunstwerke der Sammlung. Bemerkenswert ist auch, daß

sich die Provenienz der Zeichnung lückenlos bis in Dürers Werkstatt zurückverfolgen läßt, deren Fenster sich bei genauer Betrachtung in den Augen des abgebildeten Hasen spiegeln.

Die Sammlung Herzog Alberts beeindruckt durch weltweit einzigartige Qualität und Umfang: Das nach Alberts Tod 1822 erstellte Gesamtinventar umfaßt rund 14.000 Zeichnungen und 200.000 Druckgrafiken. Viele der Meisterzeichnungen – von Michelangelos Männerakten über Dürers „Feldhasen“ bis zu Rubens’ Kinderportraits – zählen heute zu den berühmtesten Werken der Kunstgeschichte.

In der herzoglichen Sammlung befinden sich Werke von Künstlern des frühen 15. bis zum frühen 19. Jahrhundert. Von Beginn an gliedert Herzog Albert seine Sammlung systematisch nach kunsthistorischen Kriterien, nach Schulen und Kunst-Landschaften. Die Deutschen und Österreicher nehmen den ersten Platz ein, gefolgt von den Werken niederländischer, italienischer und französischer Künstler. In den letzten beiden Jahrzehnten seines Lebens erwirbt Albert zunehmend Werke zeitgenössischer Künstler („Mattres modernes“). Sie machen rund ein Drittel seiner Zeichnungssammlung aus. Alle Zeichnungen aus Alberts Besitz sind mit einem vom Herzog selbst entworfenen Prägestempel versehen: sein Monogramm „AS“ für Albert von Sachsen.

Eine Vorliebe Herzog Alberts sind neben Historien- und Genredarstellungen vor allem Landschaften. Der Sammler bevorzugt sorgfältig durchgezeichnete und farbig oder mit



© Albertina, Wien

Peter Paul Rubens, Nikolaus Rubens mit Korallenschnur, um 1619

Lavierung bildmäßig ausgearbeitete Werke: Die Zeichnung interessiert ihn weniger als Dokument eines künstlerischen Schaffensprozesses, sondern als ein dem Gemälde äquivalentes Werk mit eigenen, nur der „lichten“ Zeichnung innewohnenden, ästhetischen Qualitäten.

Die italienischen Meister (Renaissance bis Spätbarock)

An der Wende des 15. zum 16. Jahrhundert wird die Zeichnung zum Fundament aller Künste erklärt. Die Zentralperspektive und die wiederentdeckte Antike sowie die genaue Abbildung der Wirklichkeit werden zum ästhetischen Ideal, der Humanismus verdrängt das mittelalterliche Weltbild, denn der Mensch ist nun „das Maß aller Dinge“. Der menschliche Körper ist auch das thematische Bindeglied zwischen dem Künstler-



© Albertina, Wien

Pieter Bruegel d. Ä., Die großen Fische fressen die kleinen, 1556

Amy Winehouse: Ein Familienporträt

Von 11. März bis 20. August 2014 im Museum Judenplatz.



© Island Records / Photofest

Amy Winehouse in publicity photo for *Black to Black*, 2008 album

Das Jüdische Museum Wien, ein Museum der Wien Holding, porträtiert die 2011 jung verstorbene Musikerin, wie sie kaum jemand kennt: tief verwurzelt in der jüdischen Geschichte ihrer Familie, die in den 1890er-Jahren aus Weißrußland nach England einwanderte.

Leidenschaft für die jüdische Tradition

Alex Winehouse, der Bruder der Musikerin, und seine Frau Riva haben in enger Zusammenarbeit mit dem Jewish Museum London an Hand vieler Objekte und persönlicher Erinnerungsstücke einen ganz speziellen Blick auf das Leben von Amy Winehouse ermöglicht. Ihre Lieblingsgitarre und die Plattensammlung ihrer Jugend, ein Koffer voller Familienfotos, legendäre Outfits ihrer Auftritte und Gegenstände aus ihrer Wohnung in Camden machen ihre Leidenschaft für Musik, Mode, ihre Stadt London, aber auch für

die jüdische Tradition greifbar. „Sie war stolz auf ihre Londoner jüdische Identität“, sagt Alex Winehouse. In dieser Ausstellung wird dieser vielfach unbekannte Aspekt von Amy Winehouse nachvollziehbar.

„Jüdisch zu sein heißt für mich, als richtige Familie miteinander Zeit zu verbringen. Es geht nicht darum, eine Kerze anzuzünden und eine Bracha zu sprechen“, zitiert Museumsdirektorin Danielle Spera die Ausnahmekünstlerin in ihrem Vorwort zum Ausstellungskatalog. Genau dieser Aspekt, die Familie und deren Zusammenhalt als ein zentrales Element im Judentum, soll deutlich werden.

Die Ausstellung, die vom Jüdischen Museum London konzipiert wurde, wirft damit einen ganz neuen Blick auf Amy Winehouse, die einmal gesagt haben soll: „Am Ende des Tages bin ich ein jüdisches Mädchen.“ An einem historisch so bedeutenden Ort wie

dem Museum Judenplatz ist die Ausstellung genau richtig angesiedelt und das Jüdische Museum Wien setzt damit ein wichtiges Zeichen, wie zentral auch internationale Themen für Wien und das Jüdische Museum Wien sind.

Katalog zur Ausstellung

Zur Ausstellung erscheint ein Katalog in mit 96 Seiten Deutsch ISBN-13: 978 0 74781 486 3, Englisch ISBN-13: 978 0 74781 485 6, der auch im Bookshop Singer im Museum in der Dorotheergasse 11, 1010 Wien, erhältlich ist.

„Amy Winehouse: Ein Familienporträt“, eine Ausstellung des Jüdischen Museums Wien in Zusammenarbeit mit dem Jüdischen Museum London, ist von 11. März bis 20. August 2014 im Museum Judenplatz, Judenplatz 8, 1010 Wien zu sehen. ■

<http://www.jmw.at>

Was ist Architektur?

Diese Frage beschäftigte den Künstler, Architekten, Designer, Ausstellungsmacher und Theoretiker Hans Hollein, der am 30. März seinen 80. Geburtstag feierte, von Beginn seiner Tätigkeit an.

„Alles ist Architektur“ – so die kurze Antwort des mit dem Pritzker-Preis hochdekorierten Architekten Hans Hollein. Waren es zu Beginn seiner Laufbahn in den späten 1950er- und 1960er-Jahren wegweisende theoretische Schriften zur Architektur und auf der Höhe der internationalen Avantgarde stehende visionäre Architekturzeichnungen, Modelle und Collagen, in denen Raum, Baukörper, Stadt und Kommunikation neu gedacht wurden, folgten diesen spektakuläre Wettbewerbsentwürfe für Museumsbauten wie das Guggenheim Museum im Salzburger Mönchsberg. Mit richtungsweisenden Bauten wie dem Museum Abteiberg in Mönchengladbach und dem Museum für Moderne Kunst Frankfurt definierte Hollein das Verhältnis von Kunst und Architektur neu. Mit ihnen und dem Haas-Haus in unmittelbarer Nachbarschaft des Wiener Stephansdoms avancierte er in den 1980er-Jahren zum Star der internationalen Architekturszene. In den 1990er- und frühen 2000er-Jahren entstanden weitere wichtige Bauten wie die Zentrale der Banco Santander in Madrid, das Europäischen Zentrum für Vulkanismus in der französischen Auvergne bei Clermont-Ferrand, die österreichische Botschaft in Berlin, die Centrum Bank in Vaduz, das Headquarter der Interbank in Lima und das Bürogebäude Media Tower (General Tower) in Wien. Zu den in den letzten fünf Jahren fertiggestellten Projekten zählen Wohnhochhäuser in Peru, ein Büro- und Fabrikgebäude sowie weitere sechs Wohnhochhäuser in Taiwan. Aktuell in Bau befindet sich das 200 Meter hohe Bürohochhaus SBF Tower im chinesischen Shenzhen.

„Alles ist Architektur“ schließt jedoch auch Holleins Arbeit als Designer und Künstler mit ein: Seine Geschäftslokale – wie das Kerzengeschäft Retti in Wien von 1964-1965 – wurden zu Ikonen des Designs, Hollein entwarf Möbel, Lampen, Geschirr, Schmuck, Skulpturen, Installationen und opulente Ausstellungsinszenierungen. Als Universitätsprofessor in Österreich, Deutschland und den USA, Direktor der Architektur-Biennale Venedig (1996), Österreich-Kommissär der Kunstbiennale Venedig (1978-1990), Vorsitzender des Wiener Fachbeirats



© Alexandra Pawloff

Architekt Hans Hollein (2011)

für Stadtplanung und Stadtgestaltung, Präsident des Österreichischen Kunstsenats sowie der ZV Zentralvereinigung der Architekten Österreichs hat er weit über das eigene künstlerische Werk hinaus den kulturellen Diskurs geprägt.

Zwei Ausstellungen

Anlässlich seines 80. Geburtstages werden sich zwei Museumsausstellungen seinem umfassenden Werk widmen: „Hans Hollein: Alles ist Architektur.“ (12. April bis 28. September 2014) im Museum Abteiberg in Mönchengladbach und die Schau „Hollein“ (25. Juni bis 5. Oktober 2014) im MAK Wien – Österreichisches Museum für angewandte Kunst/Gegenwartskunst. Bereits 1987/88 fanden Retrospektiven seines Werks im Pariser Centre Georges Pompidou, im Museum des 20. Jahrhunderts in Wien und in der Nationalgalerie Berlin statt.

Ein spannendes, erfülltes Leben

Hans Hollein, am 30. März 1934 in Wien geboren, entstammt einer Familie von Bergbauingenieuren. Sein Studium absolvierte er

an der Wiener Akademie der bildenden Künste bei Clemens Holzbauer (Diplom 1956). Zu seinen prägenden Erfahrungen wurde eine lange Reise durch die USA, wo er in Chicago am ITT (Illinois Institute of Technology) und an der University of California, Berkeley studierte und dort 1960 mit dem Master of Architecture abschloß. In Amerika beschäftigte sich Hollein mit dem Werk von Ludwig Mies van der Rohe, Frank Lloyd Wright, Richard Buckminster Fuller, die er auch persönlich traf, und anderer Architekten der Moderne. Besonders interessierte ihn die verdrängte modernistische Linie der österreichischen Architektur mit Friedrich Kiesler, Rudolph M. Schindler und Richard Neutra. Ein weiterer wichtiger Einfluß ergab sich aus seiner Beschäftigung mit den Prinzipien der indianischen Pueblo-Architektur. Seine Masterthesis mit dem Titel „space in space“, visualisiert durch amorphe Gebilde und Hängeskulpturen, gab die Richtung der folgenden Jahre vor: Die Auffassung von Architektur als geistiger Ordnung, das Verhältnis Mensch, Raum und Natur, die Herleitung des Bauens aus dem Kultischen



© Atelier Hans Hollein / Sina Banihmad

Zu Holleins bekanntesten und gleichzeitig umstrittensten Bauten zählt gewiß das Haas-Haus (1985-1990) am Stephansplatz.

sowie die Faszination für Technik, Weite und Weltraumfahrt wurden zu Holleins Themen, zu seinem Programm und seiner Vision.

Um 1960 formierte sich in Wien die Architekturszene neu. Hollein fand nach der Rückkehr in seine Heimatstadt vor allem in Walter Pichler einen engen Mitstreiter gegen den Funktionalismus der Nachkriegsarchitektur. Mit ihm veranstaltete er 1963 in der von Monsignore Otto Mauer geleiteten „Galerie nächst St. Stephan“ die vielbeachtete Ausstellung „Architektur“, in deren Zentrum utopische Entwürfe von Stadtarchitekturen, Zeichnungen und Skulpturen standen. Theoretische Schriften untermauerten die Entwürfe. In seinem Essay „Architektur“ schreibt Hollein 1963: „Architektur ist eine geistige Ordnung, verwirklicht durch Bauen. Architektur – eine Idee, hineingebaut in den unendlichen Raum, die geistige Kraft und Macht des Menschen manifestierend, materielle Gestalt und Ausdruck seiner Bestimmung, seines Lebens. [...] Ein Bauwerk ist es selbst. Architektur ist zwecklos. Was wir bauen, wird seine Verwendung finden. Form folgt nicht Funktion.“

Gemeinsam mit Walter Pichler, Oswald Oberhuber und Gustav Peichl gründete Hol-

lein 1964 die Zeitschrift „Bau. Schrift für Architektur und Städtebau“, in der die österreichische Avantgarde ein wichtiges Sprachrohr fand. Mit seinen Schriften und visionären Zeichnungen, Skulpturen und Collagen, die sich heute in Sammlungen internationaler Museen wie dem Museum of Modern Art in New York oder dem Centre George Pompidou in Paris befinden, wurde Hans Hollein zu einem der wichtigsten Vertreter der Avantgarde der 1960er-Jahre. Er entwickelte pneumatische Gebilde, ein aufblasbares mobiles Büro und eine Telefonzelle als Minimalbehausung samt TV und sanitärer Einrichtung und zielte auf eine Erweiterung der Architektur ins Unendliche durch das Medium der Telekommunikation. Seine „Transformationen“, Collagen, in denen Flugzeugträger, ein Kaffeeservice oder ein Kühlergrill zu monumentalen Gebäuden umgedeutet und in Landschaften oder urbane Strukturen gesetzt werden, zählen zu den einprägsamsten Ikonen der visionären Architektur.

Architekturutopien und -schriften

Die Architekturutopien und -schriften bilden das Fundament seiner vielfältigen Arbeit und dienen bis zu seinen jüngsten Projekten

als aus gegenwärtigen Blickwinkeln bearbeitbares Material. So greift Hollein für den Wettbewerbsentwurf seines Kulturzentrums SACC in Dahran in Saudi-Arabien (2007), das aus hoch aufgeschichteten felsenähnlichen Formationen besteht, auf utopische Städteentwürfe wie die „Überbauung Wien“ mit einer megalithischen Struktur, Aquarelle und eine Studie für das „Experimental Theatre“ in St. Louis, Missouri aus den frühen 1960er-Jahren zurück. Die skulpturale Grundform des im Bau befindlichen SBF Tower Shenzhen mit seinen integrierten Gärten bezieht sich ebenso auf visionäre Wolkenkratzerentwürfe von 1959 und zeugt von der Nachhaltigkeit der frühen Entwürfe und Überlegungen.

Büro in Wien

Bereits 1964 betreibt Hollein ein Architekturbüro in Wien. Sein erster unabhängiger Auftrag wird die Gestaltung des Kerzengeschäftes Retti (1964-1965) in Wien. In diesem auf nur 14,8 qm realisierten Geschäftslokal, das in seiner Materialität durch Aluminium und Spiegel bestimmt wird, hat Hollein effektiv eine neue, an den Geräten der Raumfahrt orientierte Ästhetik umgesetzt. 1966 erhielt er dafür den amerikanischen

Kultur

Reynolds-Award. Dem Kerzengeschäft folgten weitere Aufträge, darunter die Richard L. Feigen Gallery in New York (1967-1969), das Wiener Juweliergeschäft Schullin I und II (1972-1974, 1981-1982), das Wiener Einrichtungsgeschäft „Section N“ (1971-1972), das Österreichische Verkehrsbüro im Opernringhof (1976-1978) mit den berühmt gewordenen raumhohen Messingpalmen als Zitaten des Reisens, die Innengestaltung des Museums für Glas und Keramik in Teheran (1977-1978) sowie die New Yorker Filiale des Münchner Modehauses Ludwig Beck im Trump Tower (1981-1983). All diese Projekte zeichnen sich nicht zuletzt durch die Verwendung kostbarer Materialien aus, die gewiß zu Teilen Holleins früher Auseinandersetzung mit der Wiener Moderne, mit Adolf Loos, Josef Hoffmann, der Wiener Werkstätte und deren universalistischer Orientierung, geschuldet ist.

Hollein verstand sich von Beginn an als Künstler und Theoretiker, für den es keine Trennung zwischen den einzelnen Sparten gibt. So ist nur naheliegend, daß er gemäß seiner Maxime „Alles ist Architektur“ Kunstobjekte, Ausstellungsgestaltungen („Die Türken vor Wien“, 1983; „Traum und Wirklichkeit, Wien 1870-1930“, 1985, beide im Künstlerhaus Wien), Bühnenbilder (etwa für Arthur Schnitzlers „Komödie der Verführung“ am Burgtheater), Möbel, Schmuck, Türklinken, Brillen, Lampen, Uhren (u. a. für Alessi und Munari) entwarf. 1972 vertrat er mit der Rauminstallation „Werk und Verhalten, Leben und Tod, alltägliche Situationen“ Österreich auf der Biennale in Venedig. Von 1978 bis 1990 war er Österreichs Kommissär der Kunst-Biennale Venedig und in Folge mehrfacher Kommissär der Architektur-Biennale Venedig (1991, 1996 und 2000); 1996 fungierte er als deren Direktor. Als Gastprofessor an zahlreichen amerikanischen Universitäten, Professor an der Staatlichen Kunstakademie Düsseldorf (1967-1976) und Leiter der Meisterklassen für Industrial Design (1976-1979) sowie für Architektur (1979-2002) an der Universität für angewandte Kunst in Wien genoß Hollein auch als Lehrender hohes Ansehen.

Museumsentwürfe und -bauten

Wie ein roter Faden ziehen sich Holleins Museumsentwürfe und -bauten durch seine Vita. Neue Maßstäbe setzte das Städtische Museum Abteiberg in Mönchengladbach (1972- 1982). Bezeichnend ist, daß Hollein als Architekt und Künstler an die Aufgabe herangegangen ist. Angestrebt war ein dia-



Städtisches Museum Abteiberg, Mönchengladbach, Deutschland, 1972-1982



Bankgebäude Centrum Bank, Vaduz, Liechtenstein, 1999-2002



»Vulcania Centre Européen du Volcanisme«, Auvergne, Frankreich, 1994-2002

lektisches Verhältnis zwischen dem Bauwerk, dem Raum und dem Kunstwerk – nicht im Sinn einer Integration, sondern einer Konfrontation, die das Potenzial der Objekte und des Raumes sichtbar und erlebbar werden läßt. „Der Architekt schafft ein autonomes Kunstwerk – für Kunstwerke und Menschen“, erläuterte Hans Hollein seine Vorgangsweise. Einen ebenso Aufsehen erregenden Bau setzte Hollein mit dem Museum für Moderne Kunst Frankfurt um (1983-1991). Dem auf einem dreieckigen Grundstück geplanten Gebäude liegt die Idee eines Flugzeugträgers – ein Motiv, das sich in Holleins frühen Collagen findet – zugrunde. Auch die Architektur des MMK Frankfurt zeichnet sich durch eine hohe Sinnlichkeit aus, der Wechsel zwischen Enge und Weite, Höhe und Tiefe, Licht und Schatten, Geschlossenheit und Offenheit, Abgrenzung und Einbeziehung des Außenraums bestimmt das Empfinden des Besuchers und schärft den Blick für die Kunstwerke. Dantes „Inferno“ und Jules Vernes „Reise zum Mittelpunkt der Erde“ sind die Themen, auf die sich die ersten Skizzen des unterirdischen Museums „Vulcania“ in der französischen Auvergne bei Clermont-Ferrand (1994-2002) beziehen. Man betritt die vorwiegend unterirdischen Räume über eine lange Rampe, die hinab in einen metaphorischen Vulkanschlund führt, ein Kegel, außen mit dunklem Lavagestein gedeckt und im Inneren mit goldschimmernden Metallplatten ausgekleidet. Der Rundgang ist ein Erlebnis des Eindringens in die tiefen Schichten der Erde.

Mit dem Thema eines unterirdischen Museums hatte Hollein sich bereits in seinem spektakulären, preisgekrönten, aber letztlich nicht umgesetzten Entwurf für das Guggenheim Museum im Salzburger Mönchsberg (1989) auseinandergesetzt. Das Gebäude gräbt sich durch eine skulpturale Treppenanlage drei Geschosse tief in den Berg hinein. Trotz großer internationaler Anerkennung wurde das Salzburger Projekt ebenso wie ein später für Wien geplantes Guggenheim Museum (1994-1995) nicht realisiert. Weitere bedeutende Wettbewerbsentwürfe entstanden für das New National Theatre of Japan (1986, Zweitplatziertes), die Wald Disney Concert Hall in Los Angeles (1987-1988, Zweitplatziertes), das Compton Verrney Opera House (1988-1989, Zweitplatziertes), das Guangdong Museum für Kunst und Natur in Guangzhou (2004), das Sheik Zayed National Museum in Abu Dhabi (2007) oder das Meixi Lake International Culture and Arts Center in Changsha, China (2011).



© Hans Hollein & Partner ZT GesmbH

Bürohochhaus, Shenzhen, China, 2008-2016

Zu Holleins bekanntesten und gleichzeitig umstrittensten Bauten zählt gewiß das Haas-Haus (1985-1990) schräg gegenüber dem Wiener Stephansdom. Trotz anfänglicher Gegenstimmen wird die bahnbrechende Funktion des Bauwerks für zeitgenössisches Bauen auch an prominentester Stelle inmitten des historischen Stadtkerns nicht geschmäleret. Beindruckend ist die Einbeziehung der gotischen Domarchitektur durch die Spiegelung in der Glasfassade und deren Zusammenspiel mit der reich gegliederten und komplexen Außenwand des Haas-Hauses, die ihrerseits den Stein des Doms aufnimmt. Hollein hat in den darauffolgenden Jahren weitere wichtige Bauten in Österreich verwirklicht: das Niederösterreichische Landesmuseum und die Ausstellungshalle St. Pölten mit seinem markant geschwungenen Eingangsdach (1992-2002), in Wien die Volksschule Donau-City (1993-1999), die Büro-

hochhäuser Saturn Tower Donau-City (2002-2004) und den Media Tower (Generali Tower) am Donaukanal (1994-2000), das Entrée und das Café der Albertina (2001-2003), das Bürogebäude Welle am Stadtpark (mit Dieter Hayde, 2004-2008). Seit 2010 arbeitet Hans Hollein zusammen mit Christoph Monschein in der Hans Hollein & Partner ZT GmbH.

Zitate, oft kühn platziert, die Holleins gesamtes Oeuvre durchziehen – sei es das überdimensionale Tabakblatt an der Fassade seiner „Tabaktrafik“ (1991-1994), die Palmen des Verkehrsbüros oder die immer wiederkehrenden Säulen, die ihm das zu kurz greifende Etikett eines postmodernen Architekten verpaßt haben –, werden beispielsweise in der Centrum Bank in Vaduz (1997-2002) im gesamten Baukörper eingesetzt. Die nahe Gebirgskette wird in der Architektur als massiver grauer Block in der Landschaft, als be-

Atelier Hans Hollein / Sina Banahmad



Österreichische Botschaft Berlin, Deutschland, 1996-2000

Foto: BKA / Hans Hofer



Kunst- und Kulturminister Josef Ostermayer bei seiner Festrede zum 80. Geburtstag

wegte, freigelegte skulpturale Form aufgenommen. Gleich einem Solitär aus zwei großen ineinanderverschobenen Kuben und einem gekappten Kegel steht das Büro- und Fabrikgebäude ETON-Solar in Tainan-City in Taiwan (mit Adam Chen/touchstone Architects, 2005-2008) inmitten einer Parklandschaft. Ebenfalls Bezug auf ihre urbane Umgebung nehmen die Hochhäuser, die Hollein in den letzten Jahren umgesetzt hat. Der 90 Meter hohe Turm der Interbank in Lima, Peru (1995- 2001) schmiegt sich mit seiner gekurvten Fassade an die flankierende Fahrbahnschleife der Stadtautobahn an und beachtet durch den Gegensatz zwischen Kubus und geschwungener Linie. Der SBF Tower in Shenzhen in China (mit SADI Shenzhen General Institute of Architecture Design and Research, 2009-) hingegen setzt durch seine

integrierten Gärten einen Kontrapunkt zu den anderen Hochhäusern der Umgebung.

In seinem Vortrag „Zurück zur Architektur“ hat Hollein 1962 gefragt: „Wie muß eine wahre Architektur von heute aussehen? Vierdimensional, gebaut, roh, rau bis kristallin, schwarz bis weiß, aber nicht schwarz-weiß, über der Erde schwebend, in den Himmel schießend, schief, plastisch, sinnlich, herrschend, schmutzig, in dauernder Verwandlung begriffen, zwecklos und doch verwendbar, geballt, raumstrahlend.“ Seine Antwort hat bis heute Gültigkeit.

Vielfach ausgezeichnet

Für sein reiches Schaffen wurde Hans Hollein mit zahlreichen Preisen ausgezeichnet, darunter mit dem Reynolds Memorial Award, USA (1966, 1984), dem Preis der

Stadt Wien für Architektur (1973), dem Großen Österreichischen Staatspreis (1983), dem Pritzker Architecture Prize, USA (1985), dem Großen Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland (1997), dem Arnold W. Brunner Memorial Prize in Architecture der American Academy of Arts and Letters (2004), dem Großen Goldenen Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich (2009) und dem Preis für Kreativität und Innovation der Spanisch-Österreichischen Unternehmervereinigung (CEHAUS) gemeinsam mit Rafael Moneo (2012).

Dankesworte des Bundesministers für Kunst und Kultur, Verfassung und öffentlichen Dienst

„Ich möchte mich mehrfach bedanken: einerseits beim Architekturzentrum Wien für die Organisation der heutigen Veranstaltung und andererseits beim MAK, das im Juni eine Ausstellung über Hans Hollein eröffnen wird“, sagte Bundesminister Josef Ostermayer am 3. April bei der Veranstaltung „Alles ist Architektur – a tribute to Hans Hollein“ im Architekturzentrum Wien. „Nach den vielen Meisterwerken von Hans Hollein würden wir uns natürlich freuen, wenn er ein Buch über sein umfangreiches Schaffen herausbringt – er arbeitet bereits an einer Publikation, die mittlerweile rund 1000 Seiten umfaßt“, sprach Ostermayer die noch möglichen Projekte an, so auch die Aufarbeitung und Erforschung eines großen Archivs des Künstlers.

„Nachdem es uns nicht immer möglich ist, die über die ganze Welt verstreuten Projekte Hans Holleins zu besichtigen, bin ich froh über eine 2011/2012 stattgefundene Ausstellung in Graz. Dabei wurde eindrucksvoll gezeigt, wie breit sein künstlerisches Schaffen ist. Von seinen Anfängen, wo es um Architektur-Utopien und städtebauliche Utopien gegangen ist, über verschiedene Designobjekte die einen großen Bekanntheitsgrad erlangt haben, bis hin zu den graphischen Arbeiten, war dort alles zu sehen“, erwähnte Ostermayer auch einige der Stadtbild prägenden Projekte in Wien, vom Haas-Haus an einem zentralen Platz der Bundeshauptstadt über den Mediatower am Donaukanal bis zu Schulen, die auch als Lebensraum fungieren.

„Ich bedanke mich jedenfalls für die heutige Initiative und die bevorstehenden Ausstellungen in Deutschland und Österreich. Hans Hollein ist tatsächlich weltberühmt, nicht nur in Österreich“, so Ostermayer. ■

<http://www.hollein.com>

Serie »Österreicher in Hollywood«

Der Wiener Autor Rudolf Ulrich dokumentiert in seinem Buch »Österreicher in Hollywood« 400 Einzelbiografien mit beigeschlossenen Filmografien und über 12.000 Film- und Fernsehproduktionen aus Hollywood mit österreichischer Beteiligung. In der **75. Folge** portraitiert er

Rudolph Maté

Kameramann/Regisseur/Produzent

Rudolph Maté (eigentlich Rudolf Mayer)¹⁾, Sohn von Anton Mayer und dessen Gattin Theresa Bach, wurde am 21. Jänner 1898 in Krakau geboren, einem Zentrum europäischer Kultur im ehemals habsburgischen Kronland Galizien. Er promovierte an der Kunstakademie in Budapest, begann als Labortechniker und war 1919 Kamera-Assistent bei der Erstellung von „Kutató Sámuel“, einem der ersten Filme, die Alexander Korda in Ungarn produzierte. Maté arbeitete danach in mehreren europäischen Städten, 1920 bis 1922 in Wien (unter seinem Geburtsnamen), in Berlin bei Dekla-Bioskop und der Ufa, 1927/28 erneut in Wien, ab 1928 in Frankreich und England. Zunächst im Second Unit-Bereich tätig, führte seine beeindruckende Lichtführung in einer Epoche, da Belichtungszeit und Dichte der Atelierbeleuchtung noch geschätzt werden mußten, zum Engagement bei Carl Theodor Dreyers grandiosem Historienfilm „La passion de Jeanne d'Arc“ (1928), womit ihm in seinem Metier der Durchbruch gelang. Maté war in einige der prestigereichsten europäischen Filme involviert, Dreyers „Vampyr“ (F/D 1932), ein surreales Werk des Horrorgenres, Alexis Granowskys in den Sievinger Ateliers in Wien zweisprachig gedrehtes parodistisches Märchen „Die Abenteuer des Königs Pausole“ / „Les aventures du roi Pausole“ (D/F 1933), René Clairs avantgardistischer Streifen „Le dernier Milliardaire“ (F 1934) und im selben Jahr in Fritz Langs, auf dessen Weg in die USA in Paris



Foto: Archiv Rudolf Ulrich

Rudolf Maté

entstandene Molnár-Verfilmung „Liliom“, ehe ihn Fox 1935 nach Hollywood holte.

Der Krakauer wollte eigentlich nur als Gast bleiben, fand aber als einer von wenigen Neulingen Zugang zur Gewerkschaft Camera Man's Union. Anfangs bei Fox, United Artists und anderen Studios nur in Low-Budget-Produktionen wie die spanischsprachige Version „Nada más que una mujer“ des Dramas „Pursued“ von 1934, das Musical „Metropolitan“ (1935) und die Romanze „Come and Get It“ (1936) eingesetzt, bedeutete der Wettbewerb mit der Menge arrivierter Hollywood-Kameraleute für ihn eine enthusiastisch angenommene Herausforderung. Maté benötigte nur kurze Zeit, um in die „top list of Hollywood cinematographers“ aufzurücken. Er arbeitete für RKO, nachdem Samuel Goldwyns bevorzugter Kameramann Gregg Toland 1942 in die US-Navy eintrat, holte ihn der große Showman und unabhängige Produzent als Head of Photography, 1943-1948 verpflichtete ihn Columbia. Maté entwickelte sich zum Virtuosen, der im Rahmen seiner Bildregie in der Ausleuchtung der Szenen wesentlich die Dramaturgie unterstützte, wobei die von ihm gestalteten Filme mit ungewöhnlichen Kameraeinstellungen oder -bewegun-



Foto: Archiv Rudolf Ulrich

Rita Hayworth mit dem von ihr favorisierten Kameramann Rudolph Maté und dessen Crew für »Cover Girl« vor der für den Film verwendeten Technicolor-Kamera.

Serie »Österreicher in Hollywood«



Foto: Archiv Rudolf Ulrich

Rudolph Maté bei Regieanweisungen an Robert Mitchum und Linda Darnell, die Hauptdarsteller des Thrillers »Second Chance« (»Mörder ohne Maske«) der RKO von 1953.

gen, dominanten Großaufnahmen und Beleuchtungseffekten eine außergewöhnlich fotografische Qualität und Schärfe erhielten.

Zur hohen Dichte seiner Spitzenwerke zählen „Dodsworth“ („Zeit der Liebe – Zeit des Abschieds“, 1936), ein Melodram nach Sinclair Lewis, das den Ruhm des Regisseurs William Wyler begründete, Alfred Hitchcocks düsteres Spionagedrama „Foreign Correspondent“ („Mord“, später „Der Auslandskorrespondent“, 1940), das Maté die erste von vier aufeinander folgenden Oscar-Nominierungen für die beste Schwarz-Weiß-Fotografie einbrachte, Ernst Lubitschs beschwingte Polit-Satire „To Be or Not to Be“ („Sein oder Nichtsein“, 1942), das realistische II. Weltkrieg-Drama „Sahara“ (1943) von Zoltan Korda, der Revuefilm „Cover Girl“ („Es tanzt die Göttin“, 1944) mit Rita Hayworth, wofür ihn die Academy für die beste Farbfotografie nominierte und der glamouröse Kultfilm „Gilda“ (1946), erneut mit Rita Hayworth, eine Schauspielerin mit Starqualitäten, die insgesamt viermal vor seiner Kamera stand.

Nach der 15jährigen Arbeit an Artfilmen in Europa und der Zeit als „head-photographer“ in der Movie-Metropole, begann für Maté ab 1947 eine neue Karrierephase, als

ihn Columbias Produktionschef Harry Cohn mit der Dialogregie der auf Ginger Rogers zugeschnittenen Komödie „It Had to Be You“ (1947) betraute. Bei dem Fantasy-Film

„The Return of October“ (1948) versuchte sich der Kameraveteran erstmals als Produzent, seine Neigung galt indes der Inszenierung und Schauspielerführung. Mit einem



Foto: Archiv Rudolf Ulrich

Irene Dunne, Regisseur Charles Vidor und Rudolph Maté am Set der Columbia-Komödie »Over 21« von 1945.

Serie »Österreicher in Hollywood«

Vertrag unter seiner üblichen Gage startete der Newcomer im Regiesessel mit drei herausragenden Kriminaldramen, „The Dark Past“ (1948), „D.O.A.“⁽²⁾ („Opfer der Unterwelt“, 1950), das zu den Klassikern des „film noir“ zählt und der Jules Dassin's „Naked City“ von 1948 nachgebildete Thriller „Union Station“ („Das Labyrinth“, auch „Menschen ohne Seele“, 1950), eine elektrisierende Studie in psychotischer Schurkerei, Matés meistdiskutierter und der von ihm bevorzugteste Film. Studios wie Columbia, Paramount oder Universal stellten Maté mit William Holden, Charlton Heston, Alan Ladd, Tyrone Power, Jane Wyman, Ann Baxter und Barbara Stanwyck prominente Darsteller zur Verfügung, jedoch oft auch nur mäßige Drehbücher im Format für B-Filme. Sein Regiestil war in auffälliger Form von einer visuellen, impressiven Ausgestaltung und Behandlung des Optischen geprägt, die Reputation als Regisseur beruht daher im wesentlichen auf seiner früheren Kameraarbeit, die ihm einen Platz in der Filmgeschichte sichert.

Maté, Entdecker vieler neuer Talente, Alan King, Joey Bishop, Terry Moore, Piper Laurie oder Tony Curtis, inszenierte 1959/60 im TV-Bereich mehrere halbstündige Episoden der von Toreto Enterprises hergestellten und von NBC ausgestrahlten Anthology „The Loretta Young Show“ sowie bis 1962 einige Produktionen in Europa, England, Italien und Griechenland. Darunter der Musikfilm „For the First Time“ („Serenade einer

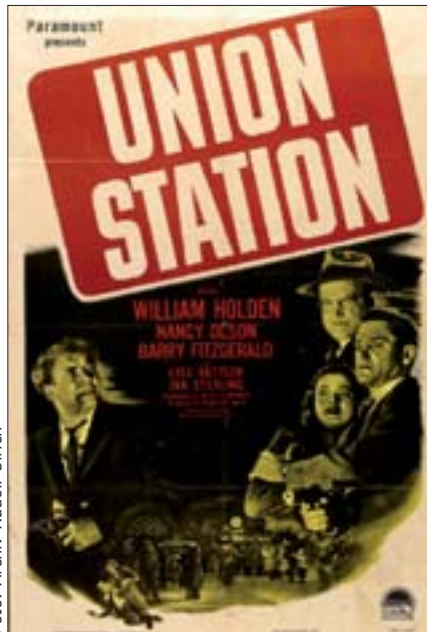


Foto: Archiv Rudolf Ulrich

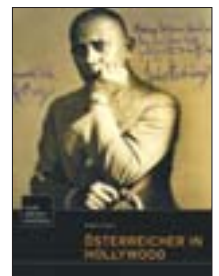
Werbeplakat zu der in Chicago spielenden, an den Kinokassen überaus erfolgreichen Paramount-Produktion »Union Station«, in der stilvollen Regie von Rudolph Maté.

großen Liebe“, US/D/I) mit dem Sänger Mario Lanza, das überlange historische Fox-Spektakel „The 300 Spartans“ („Der Löwe von Sparta“) und abschließend für Adelphia/MGM „Seven Seas to Calais“ („Pirat der sieben Meere“), ein Abenteuer, das den Kampf des englischen Seehelden Francis Drake gegen die mächtige spanische Armada thematisiert.

Als Kameramann setzte Maté Maßstäbe in kreativer „cinemathography“ und erfindrischen Effekten, seine diesbezügliche internationale Filmografie umfaßt 72 Titel, dazu über 30 Regiearbeiten in Hollywood. 1963 zog sich der „director“, der nie die Sprache der Kameramänner verlernte, aus gesundheitlichen Gründen aus dem Filmgeschäft zurück. Seine Passion war die Fischerei, um dieser ausreichend frönen zu können, baute er sich in Bishop (CA) ein Haus in der Nähe eines größeren Forellengewässers. Rudolph Maté blieb kaum mehr als ein Jahr Zeit, den Ruhestand zu genießen, er starb am 27. Oktober 1964 in seinem Domizil in Beverly Hills an den Folgen einer Herzattacke. Die Urnen-Bestattung erfolgte im Mausoleum des Holy Cross Cemetery in Culver City, Los Angeles County.

- 1) In einigen biografischen Abhandlungen amerikanischer Provenienz wird Matés Geburtsname als Rudolf Matheh angegeben.
- 2) D.O.A. – Dead on Arrival ist eine amerikanische kriminalistische Formel dafür, daß die Polizei nur noch den Tod feststellen konnte.

Mit dem Buch „Österreicher in Hollywood“ legte der Zeithistoriker Rudolf Ulrich die lang erwartete Neufassung seines 1993 erstmals veröffentlichten Standardwerkes vor. Nach über zwölfjährigen Recherchen konnten 2004 die Ergebnisse in Form einer revidierten, wesentlich erweiterten Buchausgabe vorgelegt werden. „Diese Hommage ist nicht nur ein Tribut an die Stars, sondern auch an die in der Heimat vielfach Unbekannten oder Vergessenen und den darüberhinaus immensen Kulturleistungen österreichischer Filmkünstler im Zentrum der Weltkinematographie gewidmet: „Alles, was an etwas erinnert, ist Denkmal“, schließt der Autor.



Rudolf Ulrich und der Verlag Filmarchiv Austria bieten Ihnen, sehr geehrte Leserinnen und Leser, die Möglichkeit, im „Österreich Journal“ einige Persönlichkeiten aus dem Buch „Österreicher in Hollywood“ kennenzulernen.

Rudolf Ulrich
 „Österreicher in Hollywood“; 622 Seiten, zahlreiche Abb., 2. überarbeitete und erweiterte Auflage, 2004; ISBN 3-901932-29-1; <http://www.filmarchiv.at>



Foto: Archiv Rudolf Ulrich

Jinx Falkenburg, Otto Krueger und Kameramann Rudolph Maté bei der Betrachtung erster Filmproben zum temperamentvollen Revuefilm »Cover Girl«.

Sport und Wohlfühlen in Wien

Sicher: Sängerknaben, Stephansdom, Kunst und Kultur sind wichtig, um Wien zu genießen. Aber dafür, dass die Donaumetropole eine der Städte mit der weltweit höchsten Lebensqualität ist, sorgen eigentlich andere Dinge.

Von Thomas Rottenberg.



© Wien Tourismus / Claudio Alessandri

Ein wunderschöner Blick über die Dächer von Wien: im Vordergrund die Hofburg, dahinter das Rathaus und der Kahlenberg

Manche Eigenschaften lassen sich numerisch erfassen: Steuern, Mieten, Betriebsgrößen, Einwohner- und Infrastrukturdaten – Standortfaktoren für die Wirtschaft. Doch Wohlfühlen läßt sich ebenso wenig objektiv in Zahlen messen wie die Bequemlichkeit eines Sofas oder die Flauschigkeit eines Bademantels: Weich steht für angenehm. Aber wie mißt man das?

Schwer bis gar nicht. Man spürt es. Und kann natürlich vergleichen: Wiens Wohlfühlfaktor ist durch Studien belegt. 2014 wurde Wien zum fünften Mal in Folge vom internationalen Beratungsunternehmen Mercer als lebenswerteste Stadt weltweit ausgezeichnet (Quality of Life Survey/Mercer Consulting Group) und belegte damit den ersten Platz in den „Wellness-Charts“.

Klar, ruft da jeder. Wien, das ist Kaffeehaus, Walzer, Wiener Schnitzel. Wien, das sind Theater, Oper und Museen von Welt-

rang. Wien, das sind herzige Buben mit Engelsstimmen, weiße Pferde in vollendeter Dressur und feiner Wein beim Heurigen.

Aber das alleine macht eine Stadt noch nicht lebenswert. Dazu braucht es mehr als Lipizzaner, Sisi-Träume und Sängerknaben, weil man, um in einer Stadt zu wohnen und zu leben – und seien es nur ein paar Tage als Besucher – Ruhepunkte braucht.

Das beginnt bei ganz banalen Dingen, die den Menschen in Wien so selbstverständlich sind, daß sie sie meist gar nicht mehr erwähnen – das Grün, das Wasser und die Sicherheit.

Beginnen wir bei der Sicherheit: Wien ist zwar Großstadt, aber doch so sicher, wie manches Dorf es gern wäre. Alleine in dunkelster Nacht auf der Straße? Es dürfte schwer sein hierzustadt jemanden – ob Mann ob Frau, ob jung ob alt – zu finden, dem dazu das Wort „Angst“ einfiel.

Hochquellwasser und Wienerwald

Was das Wasser und den Grünraum angeht, wären andere Städte gern die Stadt an der Donau: Das Wasser, das in Wien aus der Leitung kommt, hat eine Qualität, die schon so manchen Unternehmer im Rathaus mit der „tollen“ Idee hat anklopfen lassen, es in Flaschen gefüllt teuer zu verkaufen. Erfolglos – aber das nur nebenbei. Und auch mit dem Grünanteil Wiens kann in ganz Europa keine Großstadt mithalten: Wälder, Wiesen, Parks, aber auch Gartenanlagen, Sportstätten und Felder machen mit ca. 20.200 ha rund die Hälfte der Wiener Stadtfläche aus, die Donau und die anderen Wiener Gewässer gar nicht mitgerechnet. Aber all das fällt den WienerInnen nur auf, wenn sie nicht zu Hause sind. Weil dann irgendwas fehlt, was das Leben gerade in Wien so angenehm macht.

Um beim Grün zu bleiben: Wien ist eine Waldstadt. Die Westgrenze der Stadt bildet

ÖJ-Reisetip

der Wienerwald, eine Hügelkette, deren dichter Waldbestand die Stadt nicht nur mit Sauerstoff, sondern auch mit Wander- und Mountainbike-Routen jeglicher Länge und jeden Schwierigkeitsgrades versorgt. Gut beschil­dert läßt es sich da über Stock und Stein, durch den Wald und über Hügelketten aus der Stadt hinaus und wieder zum Ausgangspunkt radeln. Natürlich sind auch die Wanderwege gut und übersichtlich aus­geschil­dert. Allerdings so übertreiben wie jener Wiener, der die Stadt auf einem dieser Stadt­wanderwege schon über 500 Mal zu Fuß umrundet hat, muß man es ja nicht gleich. Es genügt auch ein kleinerer Spaziergang durch die Weingärten auf einen der Hausberge der Stadt, zum Beispiel auf den 382 Meter hoch gelegenen Cobenzl oder auf den 425 Meter hohen Leopoldsberg mit einem wunderschönen Blick über die Stadt. Auf den Cobenzl und den Leopoldsberg kommt man bequem auch mit dem öffentlichen Bus (Linie 38A ab U4-Station Heiligenstadt). Informationen über Wander­routen sowie umfangreiches Planmaterial gibt es im Rathaus der Stadt Wien.

<http://www.wien.gv.at>

Sprechende Bäume auf der Himmelwiese

Die WienerInnen haben ihre Lieblingswiesen. Die Himmelwiese zum Beispiel. Die liegt im Wienerwald, am obersten Zipfel der von Grinzing hier herauf­führenden Himmelstraße, wenige Gehminuten vom Cobenzl entfernt. Hier gibt es nicht nur einen traumhaften Rundblick, sondern auch die „sprechenden Bäume“, die im Sommer sogar Musik machen: Im so genannten „Lebensbaumkreis am Himmel“ sind Bäume gepflanzt, denen nach altem Glauben ähnliche Bedeutung wie den Sternzeichen zugesprochen wird. Ihre Geschichte erklingt aus kleinen Lautsprechern, die mittels Lichtschranke durch Vorbeigehende aktiviert werden. Oder es ertönt daraus klassische Musik, aber auch Jazz. Und manchmal gibt es dort sogar Live-Musik-Veranstaltungen.

Auf der gleich unterhalb liegenden „Bellevuewiese“ tut sich bei schönem Wetter einiges, hier wird gerne mit der Seele gebaumelt. Und der Ausblick genossen: Denn daß der Name des Ortes Programm ist, erkannte schon einer der berühmtesten Söhne der Stadt: Ein Gedenkstein an der nicht unbedingt einfach zu erreichenden Aussichtswiese besagt, daß Sigmund Freud hier oft und gerne verweilt haben soll. Die Bellevuewiese findet, wer die Himmelstraße noch ein



Auf den Cobenzl und den Leopoldsberg kommt man bequem auch mit dem öffentlichen Bus – und wird mit diesem Ausblick auf die Donau belohnt.



Der »Nationalpark Donau-Auen« erstreckt sich über 9300 Hektar als nahezu unberührte, oft sogar tatsächlich urwaldartige Aulandschaft donauabwärts.

paar hundert Meter weiter wandert und dann rechts zu einem kleinen, ebenfalls nicht zu übersehenden Parkplatz abzweigt. Der Freudstein ist am linken Rand der Wiese aufgestellt.

Wien am Nationalpark

Wer die Natur lieber „pur“ hat, findet genau das am anderen Ende der Stadt: Wien ist die einzige Millionenstadt der Welt, die über einen Nationalpark verfügt. Der „Nationalpark Donau-Auen“ beginnt in Wien und erstreckt sich über 9300 Hektar als nahezu

unberührte, oft sogar tatsächlich urwaldartige Aulandschaft donauabwärts. Der Wiener Teil, ziemlich genau ein Drittel des Nationalparks, heißt Lobau und ist ein Stück erlebbarer Natur – um so etwas zu erreichen, müssen anderswo Menschen stundenlang mit dem Auto fahren. In Wien reicht dazu der öffentliche Nahverkehr. Oder das Boot-Shuttle.

Die Lobau und den Nationalpark Donau-Auen erreicht man mit dem Bus 91A (ab U1-Station Kaisermühlen – Vienna International Centre). Das „NationalparkBoot“ fährt vom 2. Mai bis 26. Oktober täglich um 9 Uhr von

ÖJ-Reisetip

der Salztorbrücke beim Schwedenplatz zur Au an der Donau und macht es so möglich, den Nationalpark vom Wasser aus zu erleben. Sanft, versteht sich, als stiller Beobachter eines prachtvollen Naturschauspiels. Die Fahrt dauert inklusive Nationalparkführung rund vier Stunden. Im Nationalpark wartet ein geschulter Guide auf die BesucherInnen (Anmeldung spätestens am vorherigen Tag vorher bei der Nationalpark-Forstverwaltung).

<http://www.wald.wien.at>

<http://www.donauauen.at>

Am Strand der Neuen und der Alten Donau

Überhaupt die Donau. Die haben auch die WienerInnen und Wiener jahrzehntelang einfach „übersehen“: Seit der Strom 1875 reguliert und somit nicht mehr ständig eine Überschwemmungsgefahr darstellte, lag Wien nicht mehr „an“, sondern „neben“ der Donau. Erst als in den 1970er-Jahren zur Verbesserung des Hochwasserschutzes das so genannte „Entlastungsgerinne“ – ein paralleler Donauarm entlang des ganzen Stadtlauferes des Stromes – errichtet wurde, rückte Wien wieder an die Donau: Die WienerInnen überraschten ihre Politiker und nahmen die

21 Kilometer lange künstliche Insel mitten in der Stadt sofort in Besitz. Heute sind die Ufer der Donauinsel – insgesamt 42 Kilometer Strand – eine Sensation, um die jede Weltstadt (Rio vielleicht ausgenommen) Wien beneidet: Mit der U-Bahn braucht man vom Stephansplatz, der Stadtmitte, exakt sechs Minuten, um zu baden, zu flanieren oder am Abend in einer der Bars am Wasser Strandfeeling zu genießen. Die Donauinsel ist mit den U-Bahn-Linien U1 (Station Donauinsel), U6 (Station Neue Donau) und U2 (Donaumarina und Donaustadtbrücke) erreichbar. Rund um die U1-Station Donauinsel gibt es zahlreiche Lokale und Bars.

Wer nicht nur im Wasser surfen will, hat seit Ende 2012 mit dem wien.at-Public WLAN einen kostenfreien Internetzugang auf der Donauinsel. Dieser steht zwischen der Floridsdorfer Brücke und der Reichsbrücke zur Verfügung. Ausgenommen ist nur der als Ruhebereich definierte Abschnitt zwischen der Brigittenauer Brücke und dem Donauturm. Nach der kostenlosen Registrierung der Handynummer wird ein Paßwort per SMS übersendet und dann kann's schon losgehen. Übrigens: Was auf der Donauinsel los ist, und wo, erfährt man bei der „Inselinfo“ (beim Wasserspielplatz rund 350 Meter

stromabwärts von der Reichsbrücke, geöffnet Mai-Oktober Mi, Fr, Sa, So 12-18 Uhr, Telefon ++43 / (0)1 / 4000-96500 bzw. per Mail <mailto:inselinfo@ma45.wien.gv.at>

Wassersport, Radfahren und Laufen

Auch die Segler und Surfer fühlen sich auf der Donauinsel wohl. Denn der Wind, der zwischen den Wiener Hausbergen wie durch eine Düse den Fluß entlang weht, kann durchaus als „anspruchsvoll“ gelten. Das bestätigen auch alle, die auf der Alten Donau – einem malerischen, alten Donauarm – die Kunst des Segelsetzens erlernen. Es gibt aber auch Tret-, Ruder- und Elektroboote und auf der leichter zu befahrenden Neuen Donau zusätzlich noch einen Wasserski- und Wakeboardlift <http://www.wakeboardlift.at> Für Adrenalinkicks sorgt seit 2013 eine 250 Meter lange Wildwasseranlage bei der Steinspornbrücke auf der Donauinsel. Höchste Sicherheitsstandards sind gewährleistet und auch HobbysportlerInnen ab zwölf Jahren mit Schwimmkenntnissen können sich hier mit Kajaks, Tubes oder Rafts in die Fluten stürzen.

<http://www.wien.gv.at/freizeit/sportamt/sportstaetten/wildwasseranlage.html>

Um den Weg von der Innenstadt ans Wasser zu finden, bedarf es aber nicht unbedingt



Foto: Michael Mössmer / <http://www.oesterreichfotos.at>

Die Ufer der Donauinsel sind eine Sensation, um die jede Weltstadt (Rio vielleicht ausgenommen) Wien beneidet

ÖJ-Reisetip

Foto: Michael Mössner / <http://www.oesterreichfotos.at>



Auf der Donauinsel halten Dutzende Bars und Restaurants vielfältiges Angebot bereit.

des Bootes oder der U-Bahn: Wien ist eine ausgesprochene Fahrradstadt. Nicht nur das dichte Netz an Radwegen (über 1200 Kilometer städtischer Radwege) läßt immer mehr Wienerinnen und Wiener – trotz des hügeligen Terrains – den Drahtesel besteigen. Auch WienbesucherInnen sind so gut unterwegs: ob auf geführten Fahrradtouren zu den Sehenswürdigkeiten, auf einer Rundreise zu den Denkmälern der berühmten Komponisten und Dichter in den schönen Parks entlang der Ringstraße wie Stadtpark, Volksgarten oder Burggarten oder auf eigene Faust mit dem Leihrad: Man ist schneller als zu Fuß und trotzdem hautnah an der Stadt.

Manche Regionen sind überhaupt am besten per Rad zu erleben – Radverleihe in Wien: <http://www.wien.info/de/wien-fuer/sport>

Der Prater etwa. Er ist über sechs Quadratkilometer groß und war ursprünglich ein Stück Aulandschaft nahe der Stadt. Die Habsburger benutzten ihn über Jahrhunderte als kaiserliches Jagdgebiet. In seinem vordersten Teil durfte das Waldpersonal Gasthäuser und Lustbarkeiten errichten – der Ursprung des heutigen „Wurstelpraters“ mit dem Riesenrad und seinen sonstigen Attraktionen von historischen Ringelspielen über Geisterbahnen bis zu modernen Hochschau-



© WienTourismus / Popp & Hackner

Manche Regionen in Wien sind überhaupt am besten per Rad zu erleben...

bahnen. Dahinter erstrecken sich ausgedehnte Wiesen und Wälder: Allein die „Prater Hauptallee“, die etwa bis zur Mitte dieses alten Auwaldes führt, ist fast fünf Kilometer lang. Neben RadfahrerInnen und InlineskaterInnen gehört sie mittlerweile zu praktisch jeder Tages- und Nachtzeit den JoggerInnen. Schließlich freut sich jede Lunge beim Laufen über Waldluft mehr als über

klassische Stadtluft. Wohl deshalb führt der Vienna City Marathon, der mit all seinen Wettbewerben Jahr für Jahr im Frühling etwa 41.000 LäuferInnen aus 120 Ländern auf einen Rundkurs durch die Stadt lockt, auch durch den Prater.

Laufen kann man aber auch anderswo. Rund um die Stadt sind die schönsten Laufstrecken ausgeschildert: Im Lainzer Tier-

ÖJ-Reisetip

Foto: Michael Mössner / <http://www.oesterreichfotos.at>



Im Lainzer Tiergarten am Westrand der Stadt führt eine der leichteren Laufstrecken durch schattigen Wald zur Hermesvilla.

garten etwa, einem Park am Westrand der Stadt, führt eine der leichteren über 310 Höhenmeter und 13,4 Kilometer durch schattigen Wald zur Hermesvilla. Selbst Ortsunkundige können sich nicht verlaufen, so ausführlich ist die Beschilderung: Das versicherten LäuferInnen, die die Wiener Laufrouen auf Herz und Nieren (und Lungen) sofort testeten, als die Schilder angebracht waren. Das Lainzer Tor, Ausgangspunkt der Laufroue zur Hermesvilla, liegt auf der Hermesstraße (erreichbar mit dem Bus 60B).

Aber auch in der Stadt kommen JoggerInnen nicht unter die Räder. Wer sich gerne in historischer Umgebung sportlich betätigt, kann dies im Botanischen Garten gleich neben dem Belvedere tun: Vor über 250 Jahren ließ Maria Theresia hier einen Hortus Medicus anlegen, um Medizinstudenten eine praxisnahe pflanzenkundliche Ausbildung zu ermöglichen. Heute steht der Botanische Garten der Universität Wien für Forschungszwecke zur Verfügung und beherbergt sowohl heimische und exotische als auch gefährdete Pflanzen und Bäume. Hier kann zwischen kalifornischen Mammutbäumen und chinesischem Bambus gejoggt werden.

<http://www.botanik.univie.ac.at>

Imperiales Lauf-Vergnügen gibt es auch etwas weiter westlich. Bei Sisi etwa, genauer gesagt: in Schönbrunn. Leicht möglich, daß

die Läufer, die zwischen Gloriette und Kaiserschloß ihre Runden ziehen, auf einer Route unterwegs sind, die schon der Kaiserin als Trainingsstrecke diente. Denn Elisabeth war ihrer Zeit weit voraus – und ihren Zeitgenossen nicht zuletzt auf Grund ihres Fitnessprogramms nicht immer ganz geheuer. Heute würde sie wohl mit Inlineskates unterwegs sein – wenn auch nicht in Schönbrunn, denn dort sind die Wege mit Kies gestreut. Stattdessen rollt der meist junge

Wiener, die sportliche Wienerin entweder auf der Donauinsel oder – nach dem Vorbild der großen Pariser Nachtskate-Umzüge – am Freitagabend quer durch die Stadt. Nicht immer zur Freude der Autofahrer zwar, aber das ist wahrlich kein Wiener Spezifikum.

Geh' ma baden

Wien-spezifisch – und hier schon erwähnt – ist dagegen der längste Strand, den eine europäische Binnenstadt aufweisen kann:



© WienTourismus / Popp & Hackner

Der Wienerwald bietet eine Vielzahl an beschilderten Laufstrecken.

ÖJ-Reisetip

Mit 42 Kilometern Badestrand an der Neuen Donau haben die WienerInnen allerdings noch lange nicht genug. Sobald die Temperaturen es nur irgendwie zulassen, stürmt man die Bäder. Zum Beispiel die Strandbäder an der Alten Donau mit weitläufigen Parkanlagen, wo man selbst an heißen Sommersonntagen noch ruhige Plätze findet. Oder man flüchtet auf die Hügel rund um die Stadt: Wer im Sommer tagsüber das Krapfenwaldbad am Kahlenberg besucht, bekommt unweigerlich den Eindruck, daß die jungen und schönen Wiener (und Wienerinnen) wohl lieber die weniger hübschen in der Stadt zu ihren Füßen in Büros und Geschäften schmoren lassen und daß in dieser Stadt kaum gearbeitet wird – sei’s drum: Wer die Chance hat, einen heißen Sommertag in netter Gesellschaft an einem Pool mit Panoramablick über die Stadt zu genießen, kann mit seinem schlechten Gewissen offenbar locker leben. Das Krapfenwaldbad ist – wie alle Wiener Freibäder – von Anfang Mai bis Mitte September geöffnet (Krapfenwaldgasse 65-73, 1190 Wien, erreichbar mit dem Bus 38 A). Einen Überblick über die Wiener Bäder gibt es unter <http://www.wien.gv.at>

Das Schönbrunner Bad gilt als eines der schönsten Sommerbäder und lädt zu sommerlichem Badespaß in den Schönbrunner Schloßpark. Es bietet ein 50 Meter langes Sportbecken, einen Fitness- und Wellnessbereich und einen Beachvolleyballplatz. Ausserdem ist das Bad von April bis September täglich geöffnet, von Anfang Juni bis Mitte August sogar bis 22 Uhr (Schloßpark Schönbrunn, 1130 Wien

<http://www.schoenbrunnerbad.at>

Und bei Schlechtwetter? Hallenbäder gibt es überall in der Stadt. Und Spezialbäder – wie das „Kaiserbründl“ etwa. Doch dieses wunderschöne, im Stil eines orientalischen Serails gehaltene Bad steht nur Männern, die Männerbekanntschaften nicht abgeneigt sind, offen. Frauen haben – strikt und ausnahmslos – keinen Zutritt (Weihburggasse 18-20, 1010 Wien, <http://www.kaiserbruendl.at>

Aber auch Frauen und Familien, die sich neben dem Badespaß für historische Bäderarchitektur interessieren, kommen auf ihre Rechnung: Das 1926 gegründete Amalienbad im zehnten Bezirk etwa ist ein wahres Juwel dieser Kunst. Einzig das Glasdach, das sich innerhalb von nur drei Minuten öffnen ließ, um das Hallen- zum Freibad zu machen, überstand den Zweiten Weltkrieg nicht, ansonsten ist der Originalzustand dank aufwändiger Sanierungsarbeiten erhalten geblieben. Modernste Badeunterhaltung gibt



© WienTourismus / Bernd Preiml

Die Strandbar Herrmann am Donaukanal gegenüber der Urania



© WienTourismus / Daniela Stallinger

Das 1926 gegründete Amalienbad im zehnten Bezirk etwa ist ein wahres Juwel.

es natürlich auch, etwa im Diana-Erlebnisbad: kein Platz für Leistungsschwimmer, aber ein Badespaß, wo Kinder und alle, die

gerne mit Wasser spielen, sich austoben können. Mit Wasserrutschen, Strandlandschaften, Wildbachanlagen.

ÖJ-Reisetip

Mitten in der Stadt, und zwar im Donaukanal nahe der Urania, verlockt in der warmen Jahreszeit das Badeschiff zu einem Sprung ins kühle Naß – eine erfrischende Abwechslung zum Sightseeing. Am Sonnendeck stehen Liegestühle zur Verfügung und auch für Drinks und kulinarische Genüsse ist gesorgt.

Oberlaa und Heuriger

Im Kurpark Oberlaa am Südrand Wiens sprudelt eine Thermalquelle, die schon die alten Römer zu schätzen wußten. Die heute dort bestehende „Therme Wien“ wurde jüngst umgebaut und gigantisch vergrößert. Seit ihrer Neueröffnung Ende 2010 präsentiert sie sich als eine in Europa einzigartige Anlage auf 75.000 m². Familien-, Kinder-, Aktiv- und Relaxbereiche, die entlang eines imaginären Flußlaufes angelegt sind, bieten Spaß und Erholung für alle Geschmäcker und Altersgruppen. Hochwertige Architektur und ansprechendes Design bilden die Kulisse für Grottenbecken, ein Sprudelbecken, finnische Saunen, Dampfbäder, Breit-, Reifen- und Erlebnisrutschen, Sprungtürme, Massageliegen und vieles mehr. Kinderanimation, ein Kino und die erste Thermen-Bibliothek Österreichs runden das Angebot ab (Kurbadstraße 14, 1100 Wien)

<http://www.thermewien.at>

Innerhalb der Wiener Stadtgrenzen wachsen auf ca. 700 Hektar Weinstöcke – meist auf den Hängen der Wiener Hausberge. Dort, wo Wein wächst, wird er auch getrunken. Und weil es die WienerInnen gerne gemütlich haben, wird beim Trinken auch gegessen. Wenn dann vielleicht die typisch wienerische Heurigenmusik von den Schrammelmusikern erklingt, fühlen sich BewohnerInnen der Stadt – und ihre Gäste – wie im siebenten Himmel. Denn wer lange genug den Schrammeln zuhört, spürt die Weichheit der Stadt auf einmal auch in sich selbst. Im Herzen. Dann ist man wirklich angekommen. In Wien. Einer Stadt zum Wohlfühlen. ■

<http://www.wien.info>



© WienTourismus / Bernd Preiml

Mitten in der Stadt, und zwar im Donaukanal nahe der Urania, verlockt in der warmen Jahreszeit das Badeschiff zu einem Sprung ins kühle Naß.



© Cathrine Stukhard/Therme Wien

Seit ihrer Neueröffnung 2010 präsentiert sich die Therme Wien als eine in Europa einzigartige Anlage auf 75.000 m². Familien-, Kinder-, Aktiv- und Relaxbereiche.



Ein Blick über die Wiener Ringstraße, aufgenommen vom Dach des Burgtheater gegenüber dem Rathaus

© WienTourismus / Christian Stemper



Foto: Popp und Hackner, Wien Tourismus

Alles für eine lebenswerte Stadt. 24 Stunden Service für die WienerInnen.

► Wiens Lebensqualität ist top. Die Menschen leben und arbeiten gerne in dieser Stadt. Das Angebot der Stadtverwaltung ist breit: Gratiskindergärten, geförderte Wohnungen, Ausbau von Schulen, gut funktionierende Öffis, ein Gesundheitssystem auf hohem Niveau, saubere Straßen und Sicherheit in der Stadt tragen zu diesem guten Lebensgefühl bei. Die Stadt Wien investiert laufend in Infrastruktur, Forschung, Entwicklung und Wirtschaft. Wien wird auch in Zukunft eine attraktive Stadt sein und den Menschen ein gutes Leben in einer gut verwalteten Stadt ermöglichen. Tausende MitarbeiterInnen tragen 365 Tage im Jahr dazu bei. <http://www.wien.at>

Bezahlte Anzeige

Stadt+Wien
Wien ist anders.